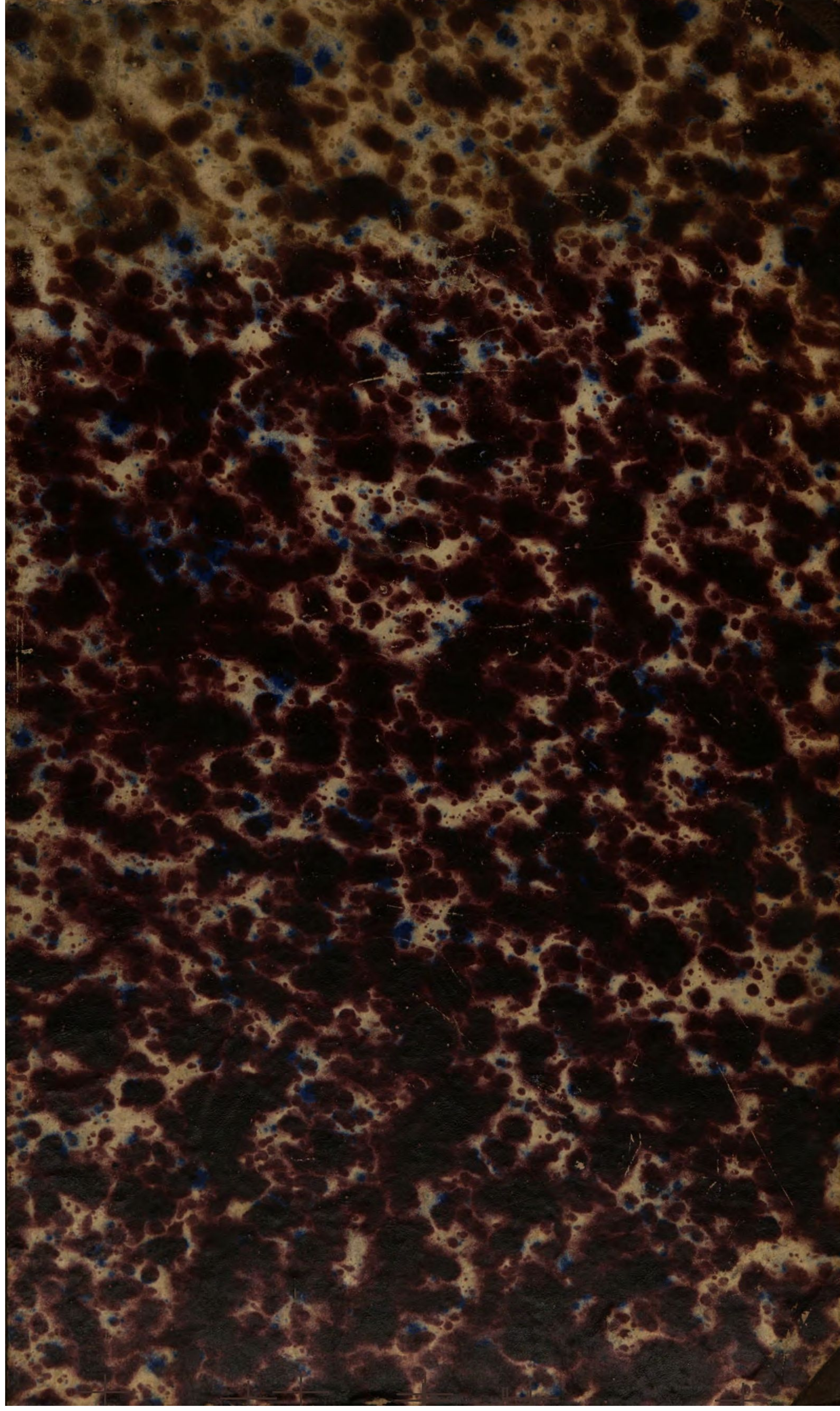




Menc. 245^m—

Uebergang

Der
Uebergang zur Goldwährung.

Eine Sammlung von Preisschriften

herausgegeben

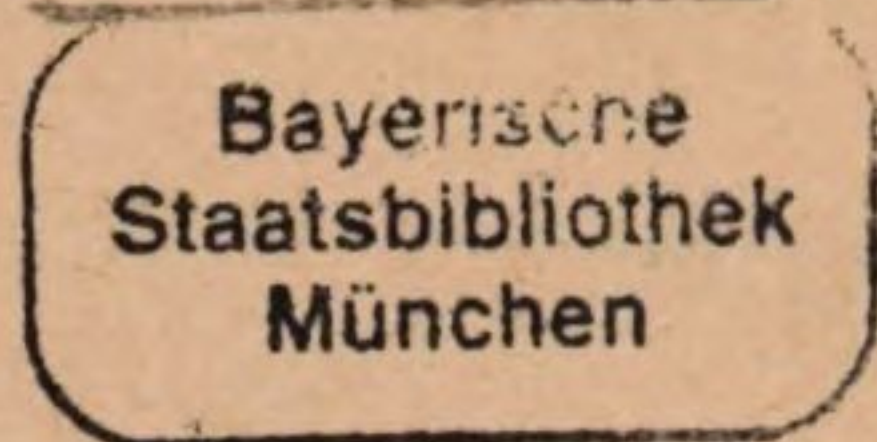
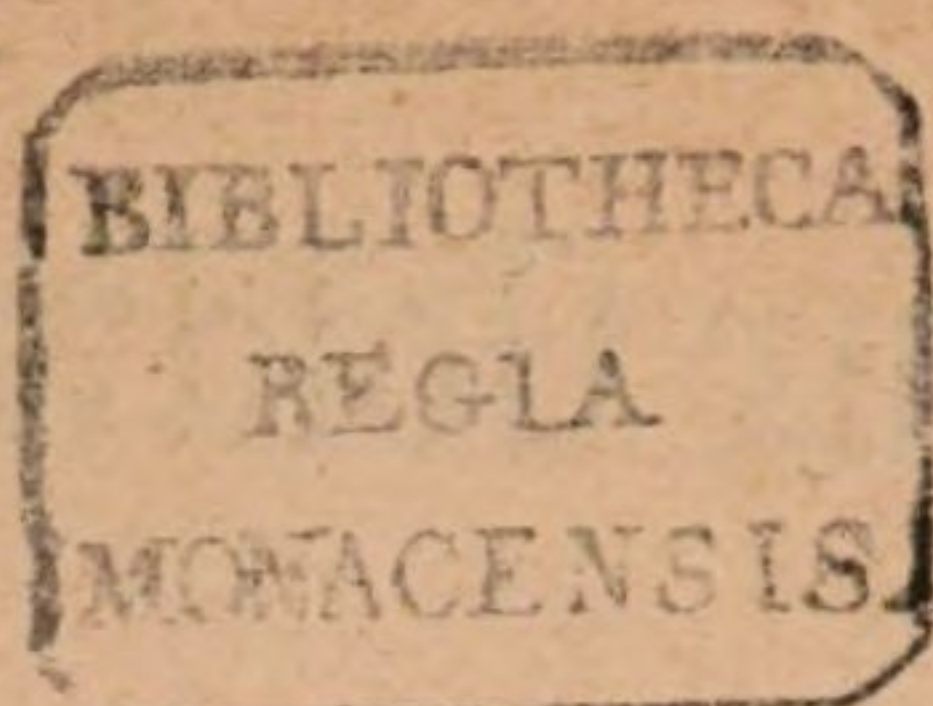
von

dem bleibenden Ausschuss des Deutschen Handelstages.



Berlin, 1868.

Verlag von Stilke & van Muyden,
Unter den Linden No. 21.



Inhalt.

Einleitung.	Seite
Der Uebergang von der Silberwährung zu der Goldwährung, von H. Grote in Hannover	1
Die Einführung der Goldwährung in Deutschland, von Georg Millauer, Königlicher Münzmeister in München	77
Zur Deutschen Münz-Reform, von Hermann Weibezahn, Secretair der Handelskammer in Cöln	129
Die nothwendigen Vorbereitungen für den Uebergang zur Gold- währung, von R. Bach in Buchholz in Sachsen	163
Beantwortung der Preisfragen durch Joh. Georg Killermann, Königlicher Landgerichts-Assessor in Arnstorf in Niederbayern	195



Einleitung.

Als im November 1867 der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages sich in Berlin versammelte, um die Vorlagen für die nächste Plenarsitzung vorzubereiten, wurde auch der Münzfrage gedacht. Es wurde als eine auffallende Erscheinung bezeichnet, dass, während über die Nothwendigkeit der Einführung der Goldwährung in Deutschland sich die öffentliche Meinung allmählich schlüssig gemacht habe, — wenn auch über den zu Grunde zu legenden Münzfuss noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, — von Seiten der Regierungen bisher kein Schritt geschehen sei, um diese wichtige Angelegenheit ihrer Erledigung näher zu führen. An einer neuen Gewerbeordnung, einer neuen Processordnung, einer neuen Mass- und Gewichtsordnung, an der Verbesserung des Hypothekenwesens wird eifrig gearbeitet; dass auch eine neue gemeinsame Münzordnung für den norddeutschen Bund ein dringendes Bedürfniss ist, dessen Befriedigung die Verfassung des norddeutschen Bundes in sichere Aussicht stellt, schien vergessen zu sein.

Diese Erwägungen veranlassten ein Mitglied des Ausschusses, die Frage anzuregen, ob es nicht wohlgethan sei, in einer besonderen Denkschrift die Nothwendigkeit des Ueberganges zur Goldwährung und die Frage des besten Münzfusses erörtern zu lassen. Es könne dies entweder dadurch geschehen, dass man einen

Gelehrten von anerkanntem Rufe auf dem Gebiete der Argyristik direkt um die Ausarbeitung einer solchen Schrift ersuche, oder dadurch, dass man ein Preisausschreiben erlasse, welches der wichtigen Frage neue Kräfte zuzuführen geeignet sei.

Ein anderes Mitglied des Ausschusses, welches seit einer Reihe von Jahren der Münzfrage seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat, widersprach diesen Vorschlägen in ihrer allgemeinen Fassung, während es dieselben unter gewissen Einschränkungen gern unterstützen wollte. Die Vorzüge der Goldwährung seien so vielfach, so erschöpfend erörtert worden, dass es Niemandem gelingen werde, darüber neue Gedanken zu Tage zu fördern. Ueber den Münzfuss werde freilich noch lebhaft gestritten, indessen seien auch hier von der einen wie von der anderen Seite alle Gründe erschöpft und keine Anregung werde im Stande sein, hier neue Ideen hervorzurufen. Allein die Frage habe Eine Seite, welche bisher völlig vernachlässigt worden. Man habe vielfach von der Goldwährung, von einem Franken- oder Marksysteme als von einer in sich abgeschlossenen Erscheinung gesprochen, aber noch Niemand habe seine Aufmerksamkeit den Massregeln zugewandt, welche erforderlich seien, um uns von den gegenwärtig herrschenden Münzsystemen zu dem neu zu begründenden hinüberzuleiten.

Der Redner begründete diese Ansicht in eingehender Weise, und das Resultat seiner Darlegung war, dass der Ausschuss einstimmig beschloss, ein Preisausschreiben zu erlassen, dasselbe aber auf die von dem letzten Redner hervorgehobenen Gesichtspunkte zu beschränken. Die Redaktion des Preisausschreibens wurde einer Commission von drei Mitgliedern anvertraut, deren Aufgabe wesentlich nur darin bestand, die gehörten Gründe in knapper Form wiederzugeben. Das Ausschreiben, wie es aus ihren Händen hervorgegangen ist, und demnächst in allen gelesenen Blättern Deutschlands erschien, lautet wörtlich:

„Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages hat in seiner letzten Konferenz beschlossen, die Herstellung

deutscher Münzeinheit wieder auf die Tagesordnung des nächsten Handelstages zu setzen, und zwar unter Empfehlung des Anschlusses Deutschlands an die Normen der Münzconvention zwischen Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien vom 23. December 1865 und an das von der internationalen Münzkonferenz vom Juni 1867 befürwortete Princip der reinen Goldwährung. Mehrere gewichtige Momente, welche seit September 1865 für die deutschen wie die internationalen Münzverhältnisse eingetreten sind, enthalten nach der Ueberzeugung des Ausschusses die dringende Aufforderung, von den Resolutionen des ersten und dritten Handelstages in der Münzfrage zurückzutreten und dagegen nunmehr den Uebergang zur reinen Goldwährung und zum Frankensystem anzurathen. Eine nähere Motivirung dieses Vorschlags gehört nicht hierher und bleibt den Verhandlungen im Plenum des Handelstags vorbehalten.

Der Ausschuss giebt sich darüber keiner Täuschung hin, dass bei gut geregelten und seit längerer Zeit in ununterbrochener fester Geltung bestehenden Münzzuständen auf der Basis alleiniger Silberwährung, dem Uebergange zur alleinigen Goldwährung oder auch zu einer so geordneten Doppelwährung, dass thatsächlich die Goldwährung vorherrschend werden muss, mehrfache praktische Schwierigkeiten und rechtliche Bedenken nachdrücklich entgegenreten und die Regierungen von einer solchen Münzreform abschrecken. Unter Anderm müssen sich hierbei folgende Fragen aufdrängen.

Wenn der Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung beschlossen würde, ist hierfür die Vermittlung durch zeitweilige Einführung der Doppelwährung anzurathen, und welche Modalität empfiehlt sich hierfür am meisten? oder aber erscheint es rathsamer, ohne das Medium einer Doppelwährung durch Ansetzung eines angemessenen, bestimmten Termins, wann die gesetzliche Geltung der einen Währung aufhören und die der andern beginnen soll, die Münzreform zu bewerkstelligen?

Welche Werthrelation der Edelmetalle ist für die Konvertirung der früher in Silber bedungenen oder herkömmlichen Zahlungen in die neuen Gold-Münzeinheiten zu bestimmen, sei es bei Beliebung einer zeitweiligen Doppelwährung, sei es bei unmittelbarem Uebergange mit vorgängiger Frist zur eventuellen Vornahme von Kündigungen?

Welche Rückwirkungen sind solcher Münzveränderung auf bestehende (kündbare und unkündbare) Zahlungsverbindlichkeiten beizulegen? Sind hierbei, je nach der Art derselben, rechtliche Unterschiede zu machen, und eventuell welche? —

Wer unbefangen und eingehend diese Fragen erwägt, wird die wesentliche Bedeutung der damit verknüpften Bedenken und Schwierigkeiten nicht verkennen.

Nach Ansicht des unterzeichneten Ausschusses wird die baldige Verwirklichung eines Ueberganges Deutschlands zur Goldwährung und darauf begründeter Münzeinigung nicht allein innerhalb Deutschlands, sondern auch mit einem grossen Theil der angrenzenden Staaten vorwiegend davon abhängen, dass die Regierungen wie das Publikum eine klare Vorstellung erhalten von den im volkswirthschaftlichen Interesse zweckmässigsten Vorbereitungen und Uebergangsmassregeln bei so durchgreifender Münzveränderung, sowie von denjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche geeignet sind, in rechtlicher Beziehung wegen der vor dem entscheidenden Termin des Uebergangs nach dem früheren Münzwesen noch bestehenden Zahlungsverbindlichkeiten eine der Billigkeit wie der Natur der Sache entsprechende Ausgleichung herbeizuführen.

Diese wichtigen Fragen scheinen bisher bei Weitem noch nicht in dem Grade und Umfange, wie sie es verdienen, Gegenstand eingehender specieller Untersuchungen oder Erörterungen gewesen zu sein, so viel auch sonst in neuerer Zeit über die Vorzüge der Goldwährung im Allgemeinen, über die besten Modalitäten des bei solcher Veränderung anzunehmenden Münzsystems,

über die principielle Unrichtigkeit der Doppelwährung u. A. geschrieben und verhandelt worden ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat der unterzeichnete Ausschuss es für zweckdienlich und zeitgemäss erachtet, nachstehende Preisaufgabe zu stellen:

Welche Vorbereitungen und Uebergangsmassregeln sind anzurathen, und welche gesetzlichen Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung bestehender Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, wenn in einem Lande, wo auf Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?

Der Ausschuss will, um Missverständnissen vorzubeugen, nochmals hervorheben, dass er nicht eine umfassende Abhandlung über die Vorzüge der Goldwährung oder über die vorgeschlagenen Modalitäten einer hierauf begründeten Münzreform in Deutschland, worin die vorbemerkte specielle Frage mehr beiläufig erörtert würde, wünscht, sondern dass es vielmehr nur auf eine klare Darlegung und gründliche Untersuchung der aufgestellten speciellen Frage ankommt. Zum Ueberfluss wird auch noch darauf hingewiesen, dass es mit der hier vornehmlich in's Auge gefassten concreten Eventualität eines Ueberganges der deutschen Staaten von der alleinigen Silberwährung des 30-Thaler- und 52½-Gulden-Fusses zu der alleinigen Goldwährung mit Münzen, 77½ Stück auf das Pfund Münz-Gold, sich wesentlich anders verhält als bei der blossen Veränderung des Münzsystems unter Beibehaltung derselben Währung. — Dass eben so wenig die Lage derjenigen Staaten, wo die gesetzlich bestehende Silberwährung nur nominell ist, während in Wirklichkeit in Folge des Zwangscourses eine schwankende Papiervaluta gilt, für die vorliegende Aufgabe massgebend sein kann, wird von selbst einleuchten.

Dagegen steht es dem Zwecke unserer Preisaufgabe nicht wesentlich entgegen, wenn auch die beim Uebergange von einer

gesetzlich bestehenden Doppelwährung zur alleinigen Goldwährung in Betracht kommenden besonderen rechtlichen Momente neben der Erörterung der Hauptfrage mit berücksichtigt würden.

Die sich um den Preis bewerbenden Schriften sind in deutscher Sprache abzufassen, müssen deutlich geschrieben und paginirt, ferner mit einem Wahlspruch versehen und von einem versiegelten Briefe begleitet sein, der auswendig denselben Wahlspruch trägt, inwendig den Namen und Wohnort des Verfassers angiebt. Die Bewerbungsschriften sind spätestens bis zum 30. April 1868 an das Central-Bureau des Deutschen Handelstages (Berlin, Neue Börse) einzusenden. Der ausgesetzte Preis für die als die beste befundene Beantwortung der gestellten Aufgabe beträgt

Fünzig Friedrichs'dor ($283\frac{1}{3}$ Thlr. Preuss. Cour.).

Die Zuerkennung des Preises und die Veröffentlichung der Preisschrift wird durch den bleibenden Ausschuss des Handelstages erfolgen. Derselbe behält es sich vor, eventuell auch andern eingereichten Schriften, welchen der erwähnte Preis nicht zuerkannt ist, eine Remuneration zu bewilligen und deren Veröffentlichung ebenfalls zu veranstalten, falls die Einsender nicht ausdrücklich sich dagegen erklären sollten.

Berlin, December 1867.

Der bleibende Ausschuss des Deutschen Handelstages.“

Der Erfolg, den dieses Ausschreiben hatte, war ein für den Ausschuss selbst erfreulicher und überraschender. Es gingen nicht weniger als achtzehn Bewerbungsschriften ein. Wenngleich sich unter denselben etwa sechs befanden, die einem offenbaren Missverständnisse über die Intentionen des bleibenden Ausschusses ihre Entstehung verdankten, so gaben doch die übrigen nicht allein ein erfreuliches Zeugniß dafür ab, dass die angeregte Frage ein lebhaftes Interesse wachgerufen, sondern trugen auch mehr oder weniger zur Lösung derselben bei.

Die Ausübung des Preisrichteramtes hat der Ausschuss selbstständig in die Hand genommen. Als er sein Ausschreiben erliess, war es nicht seine Absicht, sich als eine Spruchbehörde hinzustellen, die über Leistungen der volkswirthschaftlichen Wissenschaft zu Gericht zu sitzen vor Anderen berufen sei. Seinem Wesen gemäss verfolgte er vielmehr einen rein praktischen Zweck: er wollte auf eine für die Praxis ausserordentlich wichtige, von der Theorie aber völlig vernachlässigte Frage die Aufmerksamkeit richten. Zu diesem Zweck war das Preisausschreiben das gebotene Mittel, und dieses wiederum erheischte eine Preisvertheilung als seine nothwendige Consequenz.

Wohl wurde von einer Seite der Wunsch rege, man möge zur Ausübung des Preisrichteramtes ausserhalb des Ausschusses stehende Männer hinzuziehen, die auf dem Gebiete des Geldwesens eine umfassende Erfahrung gewonnen haben. Von anderer Seite wurde dem entgegengehalten, dass es alsdann unvermeidlich sei, auch hervorragende Theoretiker für die Unterstützung des Ausschusses zu gewinnen. In beiden Fällen sei aber eine gewisse Gefahr vorhanden, dass die neu hinzutretenden Kräfte bei Beurtheilung des Werths der Arbeiten dem Umstande ein Gewicht einräumten, ob sie selbst mit den gewonnenen Resultaten übereinstimmten.

Der Entschluss, das Richteramt auf die eigenen Schultern zu nehmen, wurde dem Ausschusse dadurch erleichtert, dass in einer eingesetzten Subcommission von drei Mitgliedern, welche eine gewissenhafte Prüfung der eingegangenen Arbeiten vorgenommen hatte, sich eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten herausstellte, und dass es derselben gelang, auch die übrigen Mitglieder des Ausschusses einstimmig für ihre Vorschläge zu gewinnen. Der zweiten von uns mitgetheilten Arbeit wurde wegen des geschickt gruppirten historischen Materials, welches sie liefert, wegen der gefälligen, besonders an das Verständniss des Laien sich wendenden Darstellung, der dritten Arbeit wegen des energischen Denkprocesses, aus welchem sie hervor-

gegangen, volle Anerkennung ertheilt; nichtsdestoweniger war man einverstanden in der Ansicht, dass der ersten von uns veröffentlichten Arbeit wegen ihres Reichthums an selbstständigen und fruchtbringenden Gedanken der Preis gebühre.

Es ist dieser demgemäss der ausgeschriebene Preis zugesprochen worden, und den beiden anderen soeben erwähnten Arbeiten sind mit Rücksicht auf die hervorgehobenen Verdienste derselben ein zweiter und ein dritter Preis zuerkannt worden. Noch zwei andere Arbeiten erachtete der Ausschuss der Veröffentlichung für würdig. Die als vierte abgedruckte erörtert mit Scharfsinn, inwiefern der Modus des Ueberganges ein anderer sein müsse, je nachdem das System, zu welchem übergegangen wird, ein anderes ist. Die fünfte Arbeit endlich stellt für die Rechtsfrage einen ganz besonderen Gesichtspunkt auf, der einer näheren Prüfung nicht vorenthalten bleiben darf.

Diese fünf Arbeiten vertreten zugleich fast sämtliche Standpunkte, welche in der Concurrenz zum Ausdrucke gekommen sind. Nur von denjenigen Schriften, welche der Ansicht huldigten, dass der Uebergang zur Goldwährung plötzlich und ohne Vorbereitung durch ein Gesetz decretirt werden könne, ist keine zum Abdruck gebracht worden, weil die unüberwindlichen Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens nach Ansicht des Ausschusses von den Verfassern nicht hinreichend erwogen waren. Von dem Abdruck der übrigen Arbeiten ist Abstand genommen; was an beachtenswerthen Gedanken in denselben zerstreut liegt, kehrt in den abgedruckten Arbeiten in vertiefter und bereicherter Gestalt wieder.

Auf Grund dieser Erwägungen hat der Ausschuss in seiner Sitzung vom 21. Juli c. folgende Beschlüsse gefasst: den Preis von 50 Frd'or. der Arbeit mit dem Motto:

Schwerlich besteht eine gleich wichtige und gleich gemeinnützige Anstalt, worüber die öffentliche Meinung so wenig unterrichtet wäre, als das Münzwesen;

ferner der Arbeit mit dem Motto:

Medicatio tempore!

einen zweiten Preis von 25 Frd'or.;
der Arbeit mit dem Motto:

Geld ist Waare,

einen dritten Preis von 20 Frd'or. zuzusprechen;
endlich den Arbeiten, von denen die eine das Motto führt:

Prüfet Alles und das Beste behaltet!
die andere dagegen von Herrn Johann Georg Killermann
unter Nennung seines Namens eingesandt war, Honorare von je
10 Frd'or. zuzuerkennen und diese fünf Arbeiten in einem Collectiv-
bande zu veröffentlichen.

Bei Eröffnung der versiegelten Couverts sind als Verfasser
ermittelt worden:

1) der Arbeit mit dem Motto: „Schwerlich besteht eine
gleich wichtige etc.“

Herr Dr. jur. H. Grote in Hannover;

2) der Arbeit mit dem Motto: „Medicatio tempore“

Herr Georg Millauer, Kgl. Münzmeister in München;

3) der Arbeit mit dem Motto: „Geld ist Waare“

Herr Hermann Weibezahn, Secretair der Handels-
kammer in Cöln;

4) der Arbeit mit dem Motto: „Prüfet Alles und das Beste
behaltet“

Herr Robert Bach in Buchholz in Sachsen.

Vor Beginn des Abdrucks ist jedem der Herren Verfasser
seine Arbeit zur Revision noch einmal zugestellt worden. Einem
derselben ist hierdurch die Möglichkeit geboten worden, auf
frühere literarische Arbeiten aus seiner Feder zu verweisen, was
sich bei der ersten Einsendung durch die vorgeschriebene Ano-
nymität verboten hatte. Bei den — zum Theil tief eingreifenden
— Umarbeitungen haben die Herren Autoren die vom Ausschusse
ihnen vorgeschlagenen Wünsche auf Abänderung bereitwillig berück-
sichtigt. Da sich indessen diese Wünsche nur auf Streichung ein-
zelner Wendungen und Episoden bezogen, vertreten die Autoren vor
dem Forum der Wissenschaft ihre Ansichten selbstständig. Diese

Vertretungsverbindlichkeit erstreckt sich auch auf die Orthographie, hinsichtlich deren eine Gleichmässigkeit nicht erzielt werden konnte.

Ein Urtheil zur Sache selbst abzugeben, ist nicht Aufgabe des Ausschusses; er enthält sich sowohl jeder kritischen Bemerkung über die einzelnen Ausführungen, wie jedes zustimmenden Urtheils. Er glaubt, seine Obliegenheiten dadurch erfüllt zu haben, dass er der Wissenschaft und dem deutschen Handelsstande die durch ihn veranlassten Arbeiten vorlegt. Nach dem Werthe der letzteren glaubt er dies mit einer gewissen Genugthuung thun zu dürfen. Diese Genugthuung wird ihm auch nicht dadurch verkümmert, dass gegen die Formulirung der Preisaufgabe aus der Mitte der Herren Preisbewerber heraus eine scharfe, aber nicht gerechtfertigte Kritik geübt worden ist. Derselbe ist vollkommen der Ansicht, dass Herr Dr. Grote sich genau innerhalb der Schranken des Programms gehalten hat, und dass die Auslegung, welche er der Fassung desselben gegeben, nicht mit dem Geiste übereinstimmt, aus welchem es hervorgegangen. —

Die Rechtsfrage, welche einen der zur Bearbeitung gestellten Punkte bildet, hat in den letzten Wochen in einem juristischen Werke*) eine Bearbeitung gefunden.

Da es den Erwerbern dieses Werkes von Interesse sein wird, den gegenwärtigen Stand der Streitfrage zu übersehen, lassen wir die betreffende Stelle — ohne Kritik und Commentar — folgen:

„Eine Schwierigkeit ergiebt sich hier nur noch, wenn zu einem andern Metall als Grundlage der Währung übergegangen wird, wie es bei der Haltung der meisten andern Münzsysteme für die Staaten, welche bisher noch an der Silberwährung festhalten, nur eine Frage der Zeit wird sein können. Hier muss

*) Ueber den rechtlichen Begriff des Geldes und den Inhalt von Geldschulden. Von Dr. Gustav Hartmann, Professor zu Basel. (Braunschweig 1868, Verlag der Hofbuchhandlung von Eduard Leibrock.)

nothwendig auf das im freien Verkehr zwischen Gold und Silber bestehende Verhältniss zurückgegangen werden. Entscheidender Zeitpunkt dafür kann aber unmöglich der Moment der späteren solutio jeder einzelnen Schuld sein. Denn eine auf eine feste Münzsumme einmal abgestellte Schuld kann nicht rücksichtlich der Höhe ihres Betrages für einen ganzen Zeitraum auf das Ungewisse gesetzt werden, wovon die Unzuträglichkeit bei einem schwebenden verzinslichen Darlehn am klarsten hervortreten würde. Auch würde damit gar leicht eine thatsächliche Benachtheiligung der Gläubiger gegeben sein. Denn wenn ein grosses Land plötzlich den grössten Theil seines bisherigen Münzmetalls auf den Markt wirft, kann es nicht fehlen, dass für die ganze nächste Zeit eine merkliche Werthverringerung desselben begründet wird, ohne dass mit der relativen Preissteigerung des anderen gesuchten Edelmetalls eine entsprechende Erhöhung seiner Kaufkraft gegenüber anderen Waaren Hand in Hand ginge.

Umgekehrt, für jede einzelne Schuld auf den Cours zur Zeit ihrer Entstehung zurückzugehen, würde es, abgesehen von dem Verstoss gegen das Princip der Praktikabilität des Rechts auch an allem juristischen Grunde fehlen. Hiernach bleibt nichts übrig, als auf Grund des durchschnittlichen Courses unmittelbar vor der Zeit des Ueberganges den Werth allgemein zu fixiren; wobei es Sache der auf nationalökonomische Untersuchung gestützten legislativen Erwägung im einzelnen Fall sein muss, eine Zeit relativ dauerhaften Courses für den Uebergang auszuwählen und die Grenzen für den Durchschnitt richtig festzustellen.“



D e r Ü b e r g a n g

von

der Silberwährung zu der Goldwährung

von

H. Grote

in Hannover.



Motto:

„Schwerlich besteht eine gleich wichtige und gleich gemeinnützige Anstalt, worüber die öffentliche Meinung so wenig unterrichtet wäre, als das Münzwesen.“

(Hoffmann: Lehre vom Gelde. S. 159.)

Es war gewiss eine recht nützliche, man sollte glauben notwendige Vorarbeit zu einer neuen Gesetzgebung, wenn vor zwei und fünfzig Jahren ein berühmter Gelehrter den Beruf seiner damaligen Zeit zu einer solchen prüfte, und ihn in Folge dessen bezweifelte. Anscheinend zu einem gleichen Resultate würde vor dreissig Jahren Hoffmann ebenfalls gelangt sein, als er der öffentlichen Meinung das Unterrichtetsein über das Münzwesen absprach. — Savigny machte es sich zur Aufgabe, durch Lehren und Schriften einer späteren Zeit diesen Beruf zu hinterlassen, und es ist ihm vielleicht gelungen. Auch Hoffmann ist bemühet gewesen, die öffentliche Meinung über das Geldwesen besser zu unterrichten, aber all' das Unendliche, welches in dem letzten Jahrzehende über Geld- und Münzwesen geschrieben und geredet ist, beweiset, dass Hoffmann's Streben ein vergebliches blieb, und dass „die öffentliche Meinung“ jetzt noch eben da steht, wo sie zu seiner Zeit stand, so dass man, auch ohne Savigny's Geist zu haben, unserer Zeit den Beruf zur Gesetzgebung über das Münzwesen wohl dreist absprechen darf.

Die allseitig drängenden Umstände machen aber eine neue Gesetzgebung überall zum unabweisbaren Bedürfnisse. Ob man dasselbe nachhaltig werde befriedigen können, will ich dahin gestellt sein lassen. Mag dann die kommende Zeit im Gelingen erndten, was die unserige im Versuchen säete!

In wie viele Theile wollen wir das Bärenfell zerlegen? Das ist die Frage, über welche die Leute sich blutige Köpfe schlugen. — Endlich kömmt einer, der fragt: auf welche Weise werden wir den Bären fangen können? Daran hatte keiner gedacht!

Was für ein Münzsystem wollen wir wählen? Welche Währung, welche Zählweise, welchen Münzfuss? Darüber ist in dem letzten Jahrzehende gar viel geschwätzt und gesudelt. — Auf welche Weise kann man zu einem neuen Münzsysteme gelangen — wie kann, unter gegebenen Verhältnissen, der Übergang von einem Münzsysteme zum andern bewerkstelligt werden? Das ist die vermeintlich untergeordnete Frage, die nun endlich auch einmal aufgeworfen wird.

Jahre lang hatten Handelstage, volkswirthschaftliche Congresse, Handelskammern sich die Köpfe — wenn auch nicht blutig geschlagen, doch zerbrochen über die Münzfrage, über das quid? derselben, ohne an das quomodo? zu denken, als endlich denn der Ausschuss des deutschen Handelstages, um doch einmal der Sache näher zu kommen, den Streit über Währung, Zählweise und Münzfuss als entschieden zu Gunsten der Goldwährung, des französischen Münzfusses und einer der Franken-Rechnung sich anschliessenden Zählweise voraussetzt, und die Frage stellt:

Welche Vorbereitungen und Übergangsmassregeln sind anzurathen, und welche gesetzlichen Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung bestehender Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, wenn in einem Lande, wo auf der Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?

Indem ich meine Ansichten über diese Fragen darlegen will, muss ich vorher, hinsichtlich einiger bei denselben in Betracht kommender Verhältnisse die besonderen Standpunkte, aus denen ich letztere betrachtet wissen will, feststellen.

Um mich hierüber verständlich machen zu können, will ich daher zuvörderst angeben, wie ich die verschiedenen Arten von Währung, und die verschiedenen Arten von Verkehr auffasse und von einander unterscheide.

1. Es ist eine allgemein verbreitete, und auch in dem Programme der Preisaufgabe hervortretende Ansicht, dass die der Organisation des Geldwesens zum Grunde liegende Währung eine dreifache sein könne, nämlich: Gold-, Silber- oder Doppel-Währung. Diese Ansicht halte ich für einen Grund-Irrthum, denn es sind hier unter dem Worte Doppelwährung zwei total verschiedene Organisationsarten verstanden und mit einander vermischt. Es müssen vielmehr vier ganz von einander verschiedene — nicht Arten, sondern Formen der Währung von einander unterschieden werden: die reine Gold-, die reine Silberwährung, die aus beiden gemischte, und die doppelte Währung, oder vielmehr: die parallelen Währungen, wo beide erstere selbständig neben und unabhängig von einander bestehen.*) — Es kann der Fall sein, dass die Gold- und die Silberwährung zu einer einzigen mit einander verschmolzen werden; es kann aber auch der Fall sein, dass beide ganz getrennt neben einander bestehen. Diese letztere Organisationsart ist es, welche überall und stets von denen gänzlich übersehen wird und unbeachtet bleibt, welche unsern Gegenstand besprechen. Eben diese ist es, auf welche der Ausdruck „Doppel“-Währung ausschliesslich passt, denn das Eigenthümliche der anderen Art besteht eben darin, dass beide Metall-Währungen zu einer einzigen, also nicht doppelten, mit einander verschmolzen werden. Um das gegenseitige Verhältniss beider Arten von Doppelwährung ganz treffend zu bezeichnen, kann man sagen, dass bei der einen die beiden Metallwährungen in chemischer, bei der andern in mechanischer Verbindung mit einander stehen; in ihrer praktischen Erscheinung unterscheiden sich beide darin, dass bei der einen die beiden Metallwährungen in einer gesetzlich vorgeschriebenen, festen und unveränderlichen Werthrelation stehen, bei der andern aber letztere von dem schwankenden Handelspreise beider Metalle gegen einander abhängt. Bei jener unterliegt der Geldhandel einer polizeilichen Taxe, bei letzterer wird der Preis von der Nachfrage bestimmt.

*) L'étalon d'or, l'étalon d'argent, l'étalon mixte oder mêlé (vulgo: le double étalon) und l'étalon double oder richtiger: les étalons parallèles.

Erstere war möglich und ausführbar, so lange der Verkehr nicht allzu weit über die Gränzen des localen Kramhandels hinausging; seitdem es einen Welthandel giebt, dem keine Gesetzgebung gebieten kann, erscheint jene Taxe als ein völliger Unsinn, denn selbst in dem kleinsten Gebiete, bei dem kleinsten Verkehre ist sie nicht mehr durchzuführen. — In Hamburg bestehen die Banco- und die Courant-Währung als zwei — nicht durcheinander gemischte, sondern als zwei concurrirende Währungen neben einander, obgleich Silber die Basis beider ist. Wirklich verhalten sich Barren und Münzen als eben so schroffe Gegensätze zu einander, wie Goldmünzen und Silbermünzen.

Und ganz so, wie in der Stadt Hamburg zwei Währungen neben einander für verschiedene Arten des Verkehrs bestehen, so bestehen seit mehr als hundert Jahren im nord-westlichen Deutschlande zwei Währungen — die Bremer Goldwährung und eine Silberwährung (nach einander die des Leipziger, des Conventions- und des preussischen Münzfusses) — neben einander, und zwar völlig wie jene — für die verschiedenen Arten des Verkehrs — neben einander.

Dieses Neben-einander-Bestehen der Gold- und Silberwährung — diese eigentliche Doppelwährung — ist es, welche allgemein gänzlich übersehen und ignorirt und mit jener „sogenannten“ Doppelwährung, nämlich der Identificirung der Gold- und Silberwährung mittelst polizeilicher Taxe — gemünztes Geld mit Zwangscours! — verwechselt wird, — eine Verwechselung, welche sogar die terminologische Unterscheidung beider Zustände so erfolgreich ausgeschlossen hat, dass es nicht möglich ist, über Fragen, die das Geldwesen betreffen, sich verständlich zu machen, ohne vorher ein Capitel aus dem ABC-Buche der Geldlehre vorgetragen zu haben.

Um mir die Verständlichmachung im Folgenden nicht zu erschweren, will ich nicht neue terminologische Schwierigkeiten hervorrufen, und daher unter dem Worte „Doppelwährung“, so unpassend die Bezeichnung auch ist *), wie gewöhnlich die poli-

*) Das Wort „doppelt“ bedeutet: Etwas ganz gleiches zweifach genommen, passt also eigentlich weder zur Bezeichnung der Misch-Währung, noch

zeiliche Geld-Taxe, den Zwangscours verstehen, dagegen jenen nordwest-deutschen Zustand des Geldwesens mit dem von mir zu diesem Behufe neuerfundenen Ausdrucke: „Parallel-Währungen“ zu bezeichnen mir erlauben.

Ich habe in den letzten Jahren sehr viel von Gold-, von Silber- und von Doppel-Währung gehört und gelesen, aber nie und nirgend etwas von parallelen Währungen (das heisst: dem, was ich darunter verstanden wissen will). Wenn es mir durch das vorstehend Gesagte möglich gewesen wäre, allen sich für die ob-schwebende Frage irgendwie Interessirenden den Unterschied zwischen Doppel- (oder Misch-) Währung und den parallelen Währungen einleuchtend zu machen, so könnte ich jetzt die Feder niederlegen, und den ausgesetzten Preis zehnfach in Anspruch nehmen, denn, so wie ein auch noch so weitschweifig aufgegebenes Räthsel durch das Aussprechen eines einzigen Wortes gelöst ist, so ist in der Aufstellung jener Unterscheidung das vollständige Material zur erschöpfenden Beantwortung aller Bestandtheile der vorgelegten Frage enthalten, und es bedarf, zur Erledigung der Aufgabe, nur noch der weiteren Anwendung der Folgerungen aus jener Unterscheidung auf jene Bestandtheile.

2. Um aber diese Anwendung zu ermöglichen, muss ich vorher noch auf eine andere Verschiedenheit aufmerksam machen, deren richtige und scharfe Auffassung nicht bloss in die das Geldwesen betreffenden Fragen, sondern auch, wie ich glaube, in manche andere, tief eingreift, die aber, ganz wie jene vorhin besprochene, eben so sehr und so häufig und so gänzlich übersehen wird.

Das erste Lebensbedürfniss des Verkehrs, sobald er sich der Windeln entledigt hat, ist das Geld. Aber um das Bedürfniss des Verkehrs befriedigen zu können, muss man vorher gewahr geworden sein, dass der Verkehr von zweifacher, sehr verschiedener Art ist: der grosse und der kleine Verkehr: der des

der parallelen Währungen, auf letztere aber doch immer noch besser, als auf erstere, bei welcher zwei verschiedene Währungen zu einer einzigen gemischt werden. Auf den Ausdruck kömmt an sich nichts an; er ist aber, wenn man viererlei Systeme unterscheiden soll, jedenfalls zweideutig, also unbequem.

Weltmarkts und der Börsen, und der des Gemüsemarkts und des Bäckerladens. Es kann sehr leicht kommen — und es ist schon gekommen — dass der, welcher sich den Segen des einen Verkehrs verdient, den Fluch des andern auf sich lädt! — Mir hat es schon oft geschienen, als ob auch diese Unterscheidung — die so oft übersehene, so selten beachtete! — ebenfalls ein Hauptschlüssel sei, der die verschiedensten Schlösser zu öffnen, ein Lehrsatz sei, mittelst dessen man die verschiedenartigsten Streitfragen einer Entscheidung näher zu bringen vermöge. Die Unterscheidung zwischen grossem und kleinem Verkehre greift vielleicht tief ein in die Beurtheilung der neuerlich so lebhaft erörterten Fragen über Gewerbefreiheit, über Zinswuchergesetze und über Wechselfähigkeit, und ich habe mich oft der Besorgniss nicht erwehren können, dass eben durch das Nichtbeachten jener Unterscheidung manches Kind mit dem Bade ausgeschüttet sei! — Dieser Unterschied zwischen den beiden Arten des Verkehrs kömmt denn auch in der Geldlehre — in allen ihren einzelnen Theilen und zwar noch weit mehr als jener zwischen den beiden Arten der „Doppelwährung“ — zur Sprache. Wenn ich, nach Analogie anderer Wissenschaften, zwischen einer reinen und einer angewandten Geldlehre unterscheiden wollte, so könnte ich sagen, dass die Verschiedenheit der Doppelwährung in ersterer, die des Verkehrs in letzterer eingreifender hervorzuheben ist.

Diese beiden Unterscheidungen berühren sich bei vorliegender Frage insofern, als da, wo die Parallel-Währungen völlig durchgeführt sind oder wo überhaupt zwei Geld-Währungen neben einander bestehen, wie in Hamburg, die eine derselben dem grossen, und die andere dem kleinen Verkehre dient. Es ist hierbei der Unterschied zu beachten, dass die zweifache Währung in Hamburg ursprünglich eine identische war, was sie auch sein konnte, dass aber ihre spätere Verschiedenheit erst durch Gesetzgebung bewirkt ist, wozu letztere auch die Macht haben konnte, weil diese beiden Währungen einerlei Basis haben; dass dagegen die Parallel-Währungen des nord-westlichen Deutschlands nie identisch gewesen sind, weil sie es nicht sein konnten, und dass das Verhältniss beider zu einander

nicht gesetzlich geregelt blieb, weil die Gesetzgebung sich hier als völlig machtlos auswies. Sie war aber bei Zeiten klug genug, dies einzusehen, und das Geldwesen wurde nicht durch sie, sondern allmählich durch den Verkehr organisirt.

Die Gesetzgebung hatte Jahrhunderte hindurch die thörichte Ansicht festgehalten, Gold und Silber seien völlig homogene Substanzen, und Niemand widersprach, so lange es fast nur kleinen Verkehr gab. Als der grosse Verkehr sich zu entwickeln begann, handelte dieser der Ansicht gemäss, dass Gold und Silber heterogene Substanzen seien. Der Kampf, den diese beiden Ansichten seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts mit einander geführt haben, bildet den Inhalt der Geldgeschichte seit dieser Zeit. In England hat die Regierung ihren Irrthum officiell erst 1816, die deutschen Regierungen haben ihn 1857, die niederländische bereits 1847 eingestanden. Die französische ist noch 1867 wieder zu demselben zurückgekehrt.

Das Programm setzt — mehr oder weniger ausdrücklich ausgesprochen, aber doch unbedingt — voraus: „dass das nicht-österreichische Deutschland von der Silber-Währung zur Gold-Währung, und zwar unter zu-Grundelegung des Napoleond'or-Münzfusses für letztere, übergehe, und stellt in Bezug hierauf drei verschiedene Fragen auf, durch deren genügende Beantwortung, wie es mir scheint, der Gegenstand fast völlig erschöpfend besprochen sein würde. Hieran sich schliessend, würde die Erörterung in drei Theile zerfallen, welche ich kurz als 1) die Rechtsfrage, 2) den Übergang und 3) die Vorbereitung zu denselben bezeichnen will. Wenn das Programm diese drei Fragen in umgekehrter Ordnung aufstellt, so halte ich diese Reihenfolge für eine völlig gleichgültige.

Das Programm hat in seinen Eingangssätzen diese drei Fragen näher specificirt und charakterisirt, aber so nahe, dass es die Erörterung in enge, vielleicht mitunter allzu enge Schranken eingebannt zu haben scheint.

Im Jahre 1747 verlangte die Academie der Wissenschaften zu Berlin als Preisaufgabe eine festere Begründung der Leibnitz-

schen Monaden-Lehre. Justi gewann den Preis, indem er, statt der Aufgabe zu entsprechen, nachwies, dass die Monaden-Lehre eine Chimäre sei. Im Jahre 1766 gab die Jablonowski'sche Societät zu Leipzig als Preisfrage die Lebensbeschreibung Lech's, des Gründers des polnischen Reichs auf; Schlözer gewann den Preis, indem er bewies, dass ein Mensch Namens Lech nie gelebt habe! — Man darf also wohl behaupten, dass es in Deutschland, nach der auctoritas rerum similiter judicatarum, dem usus forensis und der Praxis bereits Rechtens sei, dass man sich bei der Beantwortung von Preisfragen durch die Formulirung derselben in keine irgend welche Schranken bannen zu lassen brauche, und ich werde daher kein Bedenken tragen, mich vorkommenden Falls über die specielleren Voraussetzungen des Programms hinauszusetzen. Mit dieser Absicht bespreche ich

I. Die Rechtsfrage.

Der Absatz 4 des Programms formulirt näher diese Frage wörtlich dahin:

- a) „Welche Werthrelation der Edelmetalle ist für die Convertirung der früher in Silber bedungenen oder herkömmlichen Zahlungen in die neuen Gold-Münzeinheiten zu bestimmen, sei es
- b) „bei Beliebung einer zeitweiligen Doppelwährung, sei es
- c) bei unmittelbarem Übergange mit vorgängiger Frist zur eventuellen Vornahme von Kündigungen?“

Diese drei Unterfragen betrachten es als völlig entschieden, dass

- 1. eine Werthrelation in jener Hinsicht überhaupt gesetzlich zu bestimmen sei, und dass
- 2. eine zeitweilige Doppelwährung oder
- 3. ein unmittelbarer Übergang nur von einer „Beliebung“ abhängen.

Ich bin aber hinsichtlich jeder dieser drei Unterfragen ganz anderer Ansicht als das Programm. Allein es scheint mir, als gehöre nur die erste derselben in diesen der Erörterung der Rechtsfrage bestimmten Abschnitt, und als seien die anderen

beiden erst im zweiten Abschnitte, der von dem Übergange zu handeln hat, zu besprechen.

Was denn nun zunächst a) die gesetzliche Bestimmung einer Werthrelation betrifft, so glaube ich mich, um den Umfang der Frage vollständiger übersehen zu können, nicht auf die hier allein berührte Frage *de lege ferenda* beschränken zu müssen, sondern vorher auch die *de lege lata* berühren zu dürfen.

Freilich findet sich weder im gemeinen noch in irgend einem Particularrechte eine ausdrückliche oder auch nur analog anwendbare Bestimmung über eine Geldveränderung der fraglichen Art. Die Entscheidung kann hier nur einem allgemeinen Rechtsgrundsatz entnommen werden, und als solchen finde ich keinen, als das *pr. J. quibus modis toll. obl. (III., 30): Tollitur autem omnis obligatio solutione ejus quod debetur, vel si quis, consentiente creditore, aliud pro alio solverit**). — Nun wird freilich derjenige, welcher, wie so Mancher, entweder gar keinen Unterschied zwischen Gold- und Silber-Währung kennt, oder unter der „Doppelwährung“ bloss die polizeiliche Geld-*Taxe* versteht und die Parallel-Währungen ganz übersieht, die Anwendbarkeit jener Stelle auf bestehende Zahlungsverbindlichkeiten in Abrede nehmen, weil er meint, dass, wer mit Gold zahlt, was er in Silber schuldet, *id quod debetur* zahle, und weil er nicht weiss, dass Gold statt Silber ein *aliud pro alio* sei, welches nur *consentiente creditore* gezahlt werden kann. Diese Auffassung kann aber dem Sachkundigen nur als ein aus Unkenntniss der Geldlehre hervorgehender Irrthum erscheinen.

Indessen kennt die Geldgeschichte keine Fälle, in welchen diese Gesetzesstelle auf Zahlungsverbindlichkeiten beim Übergange von der einen Währung zur anderen angewandt wäre, ganz abgesehen davon, dass in Zeiten, wo der Verkehr in der Kindheit lag, ein Unterschied der Währungen gar nicht in Frage gekommen sein würde. Denn in den beiden Fällen, wo der Über-

*) Dasselbe sagt die *L. 2, §. 1 D. de reb. cred. (12, 1)*: „*Aliud pro alio invito creditore solvi non potest*; und noch entschiedener in Bezug auf Münzsorten die *L. 99 D. de solut. et lib. (46, 3)*: *Debitorem (d. h. Creditorem) non esse cogendum, in aliam formam nummos accipere, si ex ea re damnum aliquod passurus sit.*

gang von der einen Währung zur andern eine unmittelbare Folge gesetzlicher Anordnung war, hatte in der vorhergehenden Zeit eine völlige Zerrüttung des Geldwesens stattgefunden — vor Constantin und vor Karl dem Grossen, so dass die Zeitgenossen von einem Übergange gar nichts wissen und bemerken konnten; und in den anderen Fällen — um die Mitte des 14., am Anfang des 16. und des 18. Jahrhunderts — war der Übergang ohne die Gesetzgebung, bloss durch den Verkehr bewirkt, wo er, wie in diesen Fällen nicht anders möglich, allmählich, mittelst des Durchganges durch die Parallel-Währungen, stattfindet. Alles historisch Vorkommende bietet keine Analogie des jetzt in Frage stehenden Falles. Nun hat allerdings die Wiederherstellung geordneter Geldverhältnisse nach der Kipperzeit im 17., und nach der Ephraimiten-Zeit während des siebenjährigen Krieges manche juristische Schriften und Abhandlungen über die Währung bei Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten hervorgerufen, allein diese Schriften beziehen sich nur auf die während einer vorübergehenden Überschwemmung mit Falschmünzen contrahirten Verbindlichkeiten, bei welchen eine Veränderung der Währung weder durch Gesetzgebung noch durch den Verkehr stattgefunden hatte, und nach deren Aufhören es sich lediglich um Ermittlung des ejus quod debetur, aber nicht, wie bei der Veränderung des Währungsmetalls, um ein aliud pro alio handelte. Und wirklich behandeln diese Schriften auch nicht sowohl die Rechtsfrage, als nur, behuf jener Ermittlung, die Geschichte der vorhergegangenen Calamität; und, im Widerspruche mit ihren Resultaten, sagte schon Höpfner (in seinem einst so bekannten „Commentar,“ §. 768) sehr richtig: „Wenn der Gläubiger beweisen könnte, dass die dem Schuldner vorgestreckten Münzsorten zur Zeit des Contracts einen höheren Cours gehabt haben, als sie nach ihrem inneren Werthe haben sollten, z. B., dass die Ephraimiten zur Zeit des Contracts noch für voll und gut ausgegeben worden, so ist er damit zu hören.“ Ganz dieser Ansicht entgegen verfuhr die Hannöverische Gesetzgebung zweimal: bei Einführung der Pistolen von 1834 und bei Umrechnung der Conventions-Münze auf preussisches Courant. An alles dieses erinnere ich aber hier nur insofern, als ich darauf aufmerksam machen will,

dass die bei Gelegenheit jener früheren Vorgänge angestellten Rechtserörterungen auf wesentlich Anderes als das jetzt zur Frage Gekommene sich beziehen.

Alle die unzähligen gesetzlichen Tarife, durch welche man den Cours der Gold- gegen Silbermünzen hat feststellen wollen, namentlich auch der preussische Tarif des Friedrichsd'or von 1830, welcher eigentlich einen Übergang von den Parallel-Währungen zu der Doppel-Währung, jedoch nur für das Rechnungswesen der öffentlichen Cassen bildet, bezwecken nur die Organisation der Doppelwährung, also nicht einen Übergang von der einen zu der andern Metall-Währung, sondern vielmehr eine noch engere Vermischung beider, wie sie beim damaligen Standpunkte des Verkehrs noch möglich war. Rechtsfragen konnten dabei nicht Veranlassung zu Erörterungen des bestehenden Rechts geben.

Eine Erörterung der Folgen des Überganges von der einen Währung zur andern für die Exegese der Quellen des römischen Rechts — denn nur hierauf Bezügliches wird gegeben — hat Savigny (System des R. R. IV, 210) mitgetheilt. Aber in wenigen Zeilen hat der grösste Jurist mehrfache Unkenntniss der Geldlehre gezeigt, und obendrein, wie mir wenigstens scheint, die Vorschrift der L. 5. C. de legg. et const. (I., 14) nicht allzu genau berücksichtigt.

Die Geldgeschichte Deutschlands dürfte wohl keine Vorgänge in Bezug auf den Wechsel der Währung nachweisen können, in denen sich die Gesetzgebung oder die Jurisprudenz um die juristischen Folgen eines solchen Wechsels zu bekümmern gehabt hätte. Umstände, wie die jetzt eingetretenen, waren früher nie vorgekommen.

Wenn es sich nun *de lege ferenda* handelt, so hängt es davon ab, auf welchen Standpunkt überhaupt denn die Legislation sich stellen, welches von den möglichen beiden sich schnurstracks entgegenstehenden Principien das ihrige sein solle. Das eine dieser Principe lautet: *Fiat Justitia et pereat mundus!* Dabei steht die Gesetzgebung dann aber festgebannt auf der oben wörtlich angeführten Institutionen-Satzung. Das andere Princip lautet aber: *Salus publica suprema lex esto* oder *Summum jus summa in-*

juria! Von diesem Principe gilt, was Schiller von „des Feuers Macht“ sagt; es vermag wohlthätig zu wirken, aber es kann auch auf ebenster Bahn im sanftesten Fortschritte nach Belieben zum Staats-Banquerotte, zur Guillotine en permanence oder zum Communismus führen. Das Schonendste, was man von einer, von diesem Principe ausgehenden Legislation erwarten darf, ist Billigkeit, und wirklich scheint der siebente Absatz des Programms nur „eine der Billigkeit entsprechende Ausgleichung“ zu hoffen, welche sich über die jura quaesita hinaussetzt! Hiermit wäre aber die Entscheidung der Frage von dem Grunde und Boden des Rechts weggeschoben auf den Flugsand der Politik, wo die Gewalt einer durchgreifenden Gesetzgebung dem wohlerworbenen Rechte des Einzelnen vorgeht. Wozu dann aber noch mühsam juristische Knoten lösen, wo ein müheloser Schwerthieb auf jede Frage eine leicht zu gebende Antwort giebt? Zur Führung solcher Schwerthiebe Anweisung zu geben, will ich mich jedoch nicht zum Fechtmeister machen!

Aber glücklicherweise bedarf es hier gar keiner legislativen Fechterkünste. Es bedarf nur der Durchführung jener Institutionen-Satzung, und, um diese als durchführbar und anwendbar anzuerkennen, nur einer deutlichen Erkenntniss dessen, was die echte und rechte Geldlehre hierbei anrath.

Die Antwort auf die oben mit a) bezeichnete Unterfrage wird also lauten: Es ist überhaupt keine Werthrelation für die fragliche Convertirung zu bestimmen, denn eine solche Bestimmung würde eine rechtswidrige, aus reiner legislativer Willkür hervorgegangene, aber zugleich eine, behuf des Überganges von der Silberwährung zur Goldwährung völlig entbehrliche und überflüssige Massregel sein. Es erledigen sich damit die unter b) und c) aufgestellten weiteren Fragen, deren erste — die Beliebung einer zeitweiligen Doppelwährung — nach meiner Ansicht schon dadurch völlig ausgeschlossen wird, dass die Doppelwährung durchaus nicht „beliebig“ ist. Die Möglichkeit einer polizeilichen Taxe hängt davon ab, dass dieselbe schwankend den Marktpreisen folge. Eine bleibend unveränderliche Brod- oder Fleischtaxe würde vorkommenden Falls Bäcker und Schlächter zu Grunde richten können, also zuletzt unbefolgt bleiben. So lange die Marktpreise der

Metalle nicht beträchtlich schwankten, konnte sich eine Doppelwährung im kleinen Verkehre noch erhalten, wie dies lange Zeit Frankreich möglich gewesen ist, namentlich so lange die edelen Metalle kein gesuchter Artikel für den Welthandel, also für mercantilische Speculationen waren. Seitdem letzteres aber der Fall geworden ist, würde sich die Doppelwährung auch nicht einmal im kleinen Verkehre mehr halten können. Wie man es aber möglich machen solle, sie für eine, in die Privatrechte und das Eigenthum tief eingreifende Massregel zwangsweise erst noch wieder einzuführen, das würde wenigstens ich, dem grossen Verkehre, der Börse gegenüber, nicht möglich zu machen wissen. — Ebenso wenig vermag ich für die unter c) angegebene Massregel irgend einen Grund zu finden. Weshalb soll die Convertirung mittelst Kündigung nicht der Privatwillkür überlassen bleiben?

Es ist die Richtung der neueren Zeit, im Gegensatze mit — nicht sowohl den Ansichten oder Grundsätzen, sondern den Empfindungen und Gesinnungen einer früheren, die sogenannte Heiligkeit der Privatrechte, der Gesetzgebung gegenüber, nicht mehr anzuerkennen. Ursprünglich ist dieser Grundsatz von despotischen Regenten behuf selbstsüchtiger Zwecke aufgestellt. Er ging allmählich in die öffentliche Meinung über, und wurde, so verwerflich er anfangs gefunden war, als richtig und wohl begründet aufgenommen; er wurde weiter entwickelt, und führte zur Ausbildung einer ganz neuen Theorie der gesellschaftlichen Zustände: des Socialismus und dessen weiterer Consequenz: des Communismus. Der Grundsatz dieser Ansicht ist bereits so in den Saft und das Blut der Zeitgenossen übergegangen, er ist bereits so zur unwillkürlichen Empfindung geworden, dass nicht leicht etwas zur Sprache kömmt, wobei nicht ein dieser Zeitrichtung entsprechendes Streben durchblickte und herausgeföhlt werden könnte, und wäre es auch noch so unmotivirt, noch so sehr am unrechten Orte.

Nach dem Principe *Salus publica suprema lex esto* sind nun nicht bloss zum unmittelbaren öffentlichen Wohle, behuf gemeinnütziger Anlagen, Expropriationen vorgenommen, sondern es sind auch, im Interesse des Nationalwohlstandes, der Landwirthschaft, also mittelbar des öffentlichen Wohls, contractliche Ver-

hältnisse des Privatrechts durch die Gesetzgebung abgeändert, so dass, nach Willkür des Schuldners anstatt ejus quod debetur, ein aliud pro alio, auch dissentiente creditore, geleistet werden darf, und anstatt der Naturalleistungen der Gutspflichtigen, Ablösungscapitale gezahlt werden. Dabei ist, behuf Capitalisirung der Renten, der fünfundzwanzigfache Betrag des Geldwerthes, und behuf Ermittlung des Werthes der Naturalien der dreissigjährige Durchschnittspreis derselben, beides als ein in den Augen beider Contrahenten muthmasslich billiges aliud, von der Gesetzgebung gewählt.

Aber diese, bei der Expropriation oder der Ablösung vorkommenden Fälle einer Convertirung privatrechtlicher contractlicher Leistungen bieten keine Analogieen für die bei einer Veränderung der Münzwährung in Frage kommenden dar, denn in jenen Fällen ist die Convertirung unerlässlich und nothwendig, bei der Veränderung der Münzwährung ist sie ganz überflüssig und entbehrlich.

Unerlässlich und nothwendig würde sie allerdings da sein, wo eine neue Münzwährung nach einer unmittelbar vorhergegangenen Münzzerrüttung von kürzerer oder längerer Dauer, durch Scheidemünz-, Assignaten- oder Papiergeld-Unfug eingeführt wird, wo dann aber etwas ganz anderes eintritt, als eine Convertirung. Denn wenn es mit den vorhandenen Zahlungsmitteln dahin gekommen ist, dass sich mit der Benennung einer Geldsumme gar kein bestimmter Werthbegriff mehr verbinden lässt, so handelt es sich für die Gesetzgebung nicht sowohl darum, jene Benennungen auf Beträge der neuen Währung zu reduciren, sondern nur erst ihnen einen, nach der Ausdrucksweise der neuen Währung bestimmten Werthbegriff beizulegen.

Dergleichen steht hier aber nicht in Frage. Die Münzzustände in Norddeutschland sind freilich augenblicklich keineswegs „solide“, aber ihre Basis ist eine sehr wohl geordnete Silberwährung*). Weshalb sollte man denn hier von der Fiction

*) „Solide“ sind die Münzzustände in Norddeutschland insofern nicht, als die bestehende Gesetzgebung, die, dem Verkehre gegenüber, der die Goldwährung fordert, auf der Ausschliesslichkeit der reinen Silberwährung allzu fest besteht, das dem Verkehre unentbehrliche Gold aus dem

einer vorhandenen Zerrüttung des Münzwesens ausgehen, und dieser gemäss eine, doch möglicherweise nicht anders als willkürlich aufgestellte Werthrelation ausfindig zu machen suchen, deren Bedürfniss gar nicht wird nachgewiesen werden können? Wozu soll man denn hier eine tabula rasa fingiren, die gar nicht vorhanden ist, die, wenn man sie haben wollte, gar nicht einmal sofort zu schaffen sein würde?

Wenn unter Umständen, wie sie jetzt in Norddeutschland bestehen, mit einem Schlage von der Gesetzgebung an die Stelle der Silberwährung die Goldwährung gesetzt wird, so werden dadurch keineswegs die Zahlungsmittel der ersteren auch mit einem Schlage vertilgt sein. Man wird sie nicht vertilgen können; es wäre aber auch ein ganz desperates Beginnen der Gesetzgebung, sie vertilgen zu wollen! Es wird eine, aus der Natur der Sache sich von selbst ergebende Folge der Einführung der Goldwährung sein, die aber im Gesetze gar nicht vorgeschrieben wird, dass einstweilen die Parallel-Währungen durch den Verkehr, nämlich den grossen Verkehr, eingeführt werden. Im nordwestlichen Deutschlande besteht seit 1857 die reine Silberwährung, aber für den Capital- und Rentenverkehr, der einen Zweig des grossen Verkehrs bildet, besteht nach wie vor die Goldwährung, wenn nach dieser contrahirt wurde, und täglich werden, z. B. namentlich bei Mieth-Contracten, beim Pferdehandel, aufs neue Contracte nach Goldwährung abgeschlossen und darin regelmässig erfüllt. Keinem Menschen fällt es ein, sich durch das factische Bestehen der Parallel-Währungen beeinträchtigt oder belästigt zu halten. Die reine Silberwährung besteht daneben ganz ungestört, in ihrer Ausschliesslichkeit aber nur für die öffentlichen Cassen und den kleinen Verkehr. Dass aber auch die lediglich im Interesse des Handels und der Gewerbe bestehenden öffentlichen Geldanstalten, ungeachtet der Forderungen

Umlaufe fern hält und dessen Ersetzung durch Credit-Geld aller Art gewähren lässt. Ich kann nicht anerkennen, dass die Münz- und Geld-Zustände eines Landes solide seien, in welchem, neben Zetteln auch von ganz geringen Werthbeträgen, fast nur fremde Goldmünzen als Hauptzahlungsmittel im Verkehre umlaufen; vielmehr ist mehrfach bereits die Besorgniss ausgesprochen, es gehe einer Geld-Crisis entgegen!

und der Bedürfnisse des grossen Verkehrs, ebenfalls zu dieser Ausschliesslichkeit gesetzlich gezwungen sind, darin liegt es, dass die Münzzustände in Norddeutschland nicht „solide“ erscheinen, und dass, der bestehenden Gesetzgebung zum Trotze, die Einführung der Goldwährung für eine Nothwendigkeit erklärt wird. Wenn sich die Gesetzgebung 1857 gegen den grossen Verkehr hinsichtlich der theilweise bestehenden Goldwährung versündigte, soll sie dann jetzt dasselbe hinsichtlich der bestehenden Silberwährung wiederholen?

Was kann ich zu Ihrem Besten thun? fragte der Handelsminister die Organe des grossen Verkehrs. Bekümmern Sie sich gar nicht um uns! war die Antwort. Und das war die richtige.

Auf die Frage: „Welche gesetzliche Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung bestehender Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, wenn — die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?“ lautet daher die Antwort: Gar keine! Die einzige hier zulässige, der Gerechtigkeit, der Politik, den Forderungen der Geldlehre entsprechende gesetzliche Bestimmung ist bereits in den Institutionen Justinian's ausgesprochen.

Völlig diesem Grundsatz gemäss verfahren denn auch die seit dem Jahre 1857 in allen deutschen Staaten erlassenen Münzgesetze. So z. B. sagt das Hannöverische von 1857 im

§. 1. Die Grundlage des Münzwesens Unseres Königreichs ist die reine Silberwährung.

§. 30. Den öffentlichen Cassen sowohl wie den Privatpersonen ist gestattet, Zahlungsverbindlichkeiten, welche in Pistolen zu erfüllen sein würden, mittelst Zahlung in Kronen zu erfüllen; und

§. 39. Es steht Unseren Unterthanen, nach wie vor, frei, auch auf andere Münzsorten zu contrahiren; alsdann muss die Zahlung in der contractmässigen Münzsorte geleistet werden.

Damit war also neben der reinen Silberwährung dem Verkehre völlig überlassen, nach der Goldwährung zu handeln; es waren also die Parallel-Währungen gesetzlich aufrecht erhalten, und an Bestimmung einer Werthrelation war nicht gedacht, nicht bloss weil sie ganz unnütz, sondern auch weil sie durchaus

schädlich gewesen wäre. Weshalb sollte denn nicht neben einer reinen Goldwährung genau das nämliche statt finden?

So wie man seitdem neben den Münzen der reinen Silberwährung und den zu derselben gehörenden Scheidemünzen eine in gar keiner Werthrelation zu jenen stehende Goldmünze hatte, so wird man auch, neben den Münzen der reinen Goldwährung und den zu derselben gehörenden Scheidemünzen — aus mehr oder weniger feinem Silber, aus Billon und aus Kupfer — eine in gar keiner Werthrelation zu jenen stehende Silbermünze haben können und dürfen und, ich glaube, für's Erste wenigstens müssen.

Es ist ein grosser Unterschied, ob ein Übergang zu einem anderen Münzfusse, mit Beibehaltung der nämlichen Metallwährung, oder ob ein Übergang von der einen Metallwährung zu der andern gemacht wird*). Bei dem ersteren Falle haben die Gesetze von jeher vorausgesetzt, dass eine Zahlungsverbindlichkeit nicht auf eine bestimmte einzelne Münzsorte, sondern auf eine bestimmte Menge gesetzlich vermünzten edeln Metalles gehe, und daher z. B. bestimmt, dass eine Schuld von 20 Thalern Conventions-Münze mit 21 Thalern Preussisch Courant getilgt werden könne. Ebenso wurde bestimmt, dass die nach Pistolen oder Friedrichd'or bedungenen Zahlungen mit dem in denselben enthaltenen, in Goldkronen vermünzten Goldquantum zu erfüllen seien. Die res fungibilis sollte hierbei nicht die Münze, sondern das edele Metall sein, auch wenn die eine Münzsorte, als Handelswaare, einen höheren Coursverth als die andere gehabt hätte. Daher wurde mit der Einführung der Goldkronen die Ausmünzung der Pistolen sofort eingestellt. — Ein anderes ist es aber bei der Veränderung der Metallwährung, bei der Einführung der Goldwährung, bei welcher das vermünzte Silber nur noch als Scheidemünze dient, die früheren Silbermünzen aber noch als Handelsmünze, behuf Erfüllung früher ein-

*) Ich kann nicht genug warnen vor dem Übersehen und Verkennen des grossen, wesentlichen Unterschiedes zwischen dem Übergange zu einem Homogenen und dem zu einem Heterogenen. Was hinsichtlich des ersteren vorgekommen ist, das passt durchaus nicht auch auf den letzteren; es findet auch nicht die entfernteste Analogie zwischen beiden Fällen statt.

gegangener Zahlungsverbindlichkeiten, umlaufen. Hierbei werden die letzteren Münzen, ohne Beeinträchtigung der neuen Goldwährung, sobald der Silberpreis und der Coursverth der früheren Silbermünze dies vortheilhaft erscheinen lässt, fortdauernd, sowohl für Rechnung der Bergverwaltung als der Geldhändler, welche das Silber dazu in die Münzstätten liefern, auszumünzen sein. An Zahlungsmitteln der früheren Silberwährung wird es also, so lange dieselben noch begehrt werden und eine gefragte Waare bleiben, nicht fehlen können. Aber die Bestimmung ihres Coursverthes, gegen Gold, bleibt dem Verkehre überlassen.

Nachdem endlich der Wiener Münzvertrag von 1857 den Riesenschritt vorwärts gethan hat, die gesetzlich fixirte Werthrelation, die polizeiliche Taxe, d. h. die sogenannte Doppelwährung, abzuschaffen, so wäre es ein ungeheurer Rückschritt, eine gesetzlich fixirte Werthrelation, sei es zu welchem Zwecke, in welchem Umfange, auf welche Zeitdauer es wolle, wieder herzustellen!

Die Einführung der Goldwährung statt der Silberwährung ist eine finanzielle, eine handelspolitische, eine national-ökonomische Massregel, mit welcher aber juristische, auf privatrechtliche Verpflichtungen bezügliche Folgen oder Rückwirkungen an sich gar nicht verbunden sind und sein dürfen, und es wird eine Hauptrücksicht bei dem Übergange sein müssen, denselben so herbeizuführen, dass dergleichen Einflüsse auf's Privatrecht dabei völlig ausgeschlossen werden. Wo nicht die unerlässliche Nothwendigkeit einer Expropriation, einer Ablösung eintritt, da müssen solche Gewaltschritte der Gesetzgebung unterbleiben. Wie viel mehr müssen sie wohl in einem Falle unterbleiben, wo man wahrlich darüber raffiniren müsste, wie wohl nur überhaupt der gesetzlichen Anordnung eine Einwirkung auf privatrechtliche Verhältnisse beigelegt und verschafft werden könnte.

Die Rechtsfrage erledigt sich in vorliegendem Falle dahin, dass das Privatrecht bei einer Münzgesetzgebung gar nicht in Frage kömmt und kommen darf.

Ich kann nicht umhin, dem Programm den Vorwurf zu machen, dass es von einer ganz irrigen *petitio principii* ausgehe, indem es bei der Währungsveränderung das Eintreten einer Rechts-

frage supponirt. Allerdings erzählt die Geldgeschichte vielfach von Veränderungen des Münz- und Geldwesens, welche mannigfaltige Folgen und Rückwirkungen auf Privatrechtsverhältnisse hatten; aber diese traten nicht bei wohlgeordneten Münzzuständen, sondern nach grossen Zerrüttungen derselben ein. Wenngleich die jetzt in Norddeutschland bestehenden Münzzustände den Bedürfnissen des grossen Verkehrs nicht mehr entsprechen und desshalb geändert werden müssen — zerrüttet sind sie keineswegs; die Lage der Dinge ist also eine ganz andere, als sie in früheren Fällen war, und muss daher von einem ganz anderen Standpunkte aus beurtheilt werden.

Unter einer „Zerrüttung“ des Münzwesens ist aber nicht etwa bloss ein völliger Untergang desselben zu verstehen, wie er vor Diocletian, vor Pipin, in der Kipper- und in der Assignaten-Zeit stattgefunden hat. Eine Zerrüttung des Münzwesens war auch in Hamburg vorhanden, als man einst entdeckte, dass der Thaler in der Bank mehr als 9, und abermals als man entdeckte, dass der Markstücke mehr als 34 auf die feine Mark gingen; sie fand in Norddeutschland statt, als man nach dem siebenjährigen Kriege entdeckte, dass die Ephraimiten nicht nach einem 21-, sondern nach einem 40- bis 50-Guldenfusse geschlagen seien; sie fand in Hannover statt, als 1834 die Regierung aussprach, ihre Goldmünzen seien keine Friedrichsd'or, wie sie es hatten sein sollen, sondern nur Pistolen, und ihre umlaufende Conventionsmünze sei 2½ pCt. schlechter als gesetzliche. In solchen Fällen mögen dann die Juristen, wie es geschehen ist, Dissertationen über die Folgen und Rückwirkungen der Zerrüttung des Münzwesens auf Privatrechtsverhältnisse schreiben, falls nicht die Gesetzgebung, wie in Hannover, durch einen Machtspruch eine Expropriation ohne Entschädigung decretirt, ohne auf Höpfner's oben angeführte Bemerkung Rücksicht zu nehmen; aber was sollen die Juristen damit zu thun haben, wenn die Gesetzgebung, im völligen Einverständnisse mit dem Verkehre, von einer wohlgeordneten Silberwährung zu einer wohlgeordneten Goldwährung übergehen will, und diesen Übergang auf dem einfachsten und natürlichsten Wege ohne alle Gewaltthätigkeit, ohne alle Eingriffe in Privatrechtsverhältnisse vor sich gehen lassen kann und lässt?

Ich wende mich jetzt zu dem zweiten Theile der Frage, und stelle die den Übergang betreffende der auf die Vorbereitungen zu diesem Übergange bezüglichen voran, weil ich den Übergang selbst erst kennen muss, ehe ich ihn vorbereiten kann.

II. Die Übergangs-Massregeln.

Ehe man von der Art und Weise des Überganges redet, müsste eigentlich von dem die Rede sein, zu welchem man übergeht. Diesem aber überhebt mich die entschieden ausgesprochene Voraussetzung des Programms, dass der Übergang ausschliesslich zu einer Goldwährung, welcher der Napoleond'or als Basis diene, gemacht werden soll, — eine Voraussetzung, durch welche die Erörterung der Frage nicht bloss sehr vereinfacht, sondern auch sehr erleichtert wird; denn wenn man nur erst mit Allem, was sich auf den Übergang zu dem französischen Münzsysteme bezieht, völlig auf dem Reinen wäre, so würde es sehr leicht sein, das hierüber Ermittelte auf jedes andere denkbare Münz- und Geld-System einer Goldwährung analoger Weise zu übertragen und anzuwenden.

Es handelt sich um den Übergang zu einer reinen Goldwährung. Dieses aber — wohlverstanden — unter der, auch im Programme völlig zugelassenen Voraussetzung zweier Clauseln; erstlich: dass diese reine Goldwährung keine ausschliessliche sei, und zweitens: dass dieselbe nicht plötzlich, auf einen bestimmten Termin völlig durchgeführt dastehe.

Unter der Voraussetzung dieser beiden Clauseln würde ein, den Übergang von der Silberwährung zur Goldwährung decretirendes Gesetz nothwendiger Weise die drei, oben aus dem Hannöverischen Münzgesetze von 1857 angeführten §§ enthalten müssen. Damit wird der Übergang schnell, aber dennoch allmählich, auf eine, in gar keine Verhältnisse irgend störend eingreifende Weise, kaum spürbar und merklich vor sich gehen.

Bei der Frage von diesem Übergange ist nun die schärfste Auffassung des grossen Unterschiedes zwischen dem grossen und dem kleinen Verkehre von der grössten Wesentlichkeit. Diese beiden Erscheinungsseiten des Volkslebens werden auf sehr

verschiedene Weise von einer Veränderung des Münzwesens betroffen; ihre ganz verschiedenen Interessen und Forderungen dabei müssen daher völlig getrennt von einander erwogen werden.

Man kann drei Kreise annehmen, in denen sich

A. **Der grosse Verkehr** bewegt: in dem Capital- und Renten-Wesen, in dem Handelsverkehre und in dem Staats-Finanzwesen. Was

1. Das Capital- und Renten-Wesen betrifft, so bezieht sich eben auf dieses vorzugsweise und meist ausschliesslich, was ich in dem ersten Abschnitte über die Rechtsfrage gesagt habe. Die sich auf das Renten-Wesen gründenden Verhältnisse, zu denen auch das völlig auf privatrechtlicher Grundlage beruhende Staatsschulden-Wesen gehört und nothwendig gehören muss, unterscheiden sich darin — wenigstens im Allgemeinen — von dem auf den Handelsverkehr und das Finanzwesen sich gründenden, dass sie bleibend und permanent sind, dagegen die letzteren nur vorübergehend bestehen, und nach einiger Zeit einen Abschluss finden. Beide Arten der Verhältnisse werden daher von einer Münzveränderung in ganz verschiedener Weise berührt.

Die privatrechtlichen Verhältnisse können und dürfen nicht anders als im Einverständnisse beider Theile abgeändert werden; ein anderes ist weder nothwendig noch nützlich. Zahlungsverpflichtungen werden daher stets nach derjenigen Währung und in derjenigen Münzsorte zu erfüllen sein, nach und in welcher sie bedungen sind. Die Zahlungsmittel der abgeschafften Währung werden fortdauernd so lange mit Leichtigkeit zu haben sein, als nicht etwa der Verkehr selbst sie aus dem Umlaufe verdrängt, und dies wird ganz gewiss nicht geschehen, so lange sie nicht entbehrt werden können und fortdauernd zur Erfüllung privatrechtlicher Verpflichtungen erforderlich sind, also eine gesuchte Waare bleiben und bei eintretendem Mangel daran mit Vortheil fortdauernd neu ergänzt werden. Ich brauche nicht durch Anführung von Beispielen darzustellen, wie solche Zustände in der Wirklichkeit aussehen; sie sind so vielfach vorgekommen, dass sie überall bekannt sind. Wer irgend eine Art von Zahlungsmitteln nöthig hat, der wird sie sich überall verschaffen können — theurer oder wohlfeiler,

je nachdem der Cours steht. Bei niedrigem Course gewinnt der Debitor, bei hohem der Creditor. Das gleicht sich aus, und überhaupt sind die Preisschwankungen bei Zahlungsmitteln, wegen deren man wohl schon den armen Schuldner bedauert hat, längst so drückend nicht empfunden, als andere Preisschwankungen, z. B. der Kornpreise. Die „unglücklichen Schuldner“ sind heut zu Tage auch grossentheils Kaiser und Könige, und die „glücklichen Gläubiger“ bestehen aus Wittwen und Waisen, deren Nothpfennige und Pupillengelder in Staatspapieren angelegt sind. Wenn in Frankreich zu Gunsten der „Doppelwährung“ angeführt ist, dass dabei der arme Schuldner nach Wahl mit den wohlfeileren Zahlungsmitteln zahlen könne, so ist das ganz verkehrt! Jeder hat das zu zahlen, was er schuldig ist; wenn er statt dessen wählen kann, was er zahlen will, so hört alles Recht auf und die Politik tritt an dessen Stelle. — Wenn aber die Geldverhältnisse sich so umgestalten, dass die Beibehaltung eines Zahlungsmittels dem einen oder gar beiden Betheiligten nachtheilig wird, so wird es schwerlich an Gelegenheit fehlen, die Verpflichtung durch Einverständniss umzuwandeln, und in den meisten Fällen wird dies schon zeitig geschehen, sei es auf die eine oder die andere Weise. Es findet dieses sogar, wie die Erfahrung lehrt, auch bei unkündbaren Renten statt; es giebt deren, die aus dem Mittelalter stammen, und seitdem — wie oft schon! — convertirt sind. Wenn — unwahrscheinlichsten Falls — einst in späteren Zeiten in vereinzelten Fällen Schwierigkeiten sich darlegen sollten, so mag alsdann — aber alsdann erst die Gesetzgebung nachhelfen nach bestem Ermessen.

In wie weit eine theilweise oder totale, plötzliche oder allmähliche Convertirung der Staats-Schulden erforderlich oder wünschenswerth sei, darüber lässt sich im Allgemeinen nichts sagen; es ist aber auch um so überflüssiger, als Finanz-Operationen derart sehr häufig vorkommen, und in Staaten mit wohlgeordnetem Staatshaushalte, wie doch in allen norddeutschen vorzugsweise, sehr viel leichter ausgeführt werden können, so wie ohne Nachtheile für beide Theile. Eine, wiewohl allmähliche, doch rascher vor sich gehende Convertirung wird jedoch jedenfalls erheblich dazu beitragen, falls sich dieses wünschenswerth zeigen sollte, einer

neu eingeführten Geldwährung schneller Eingang zu verschaffen. Da, nach der reinen Theorie einer solchen Convertirung, dieselbe darauf beruhet, dass die gesammte, nach der Silberwährung contrahirte Staatsschuld gekündigt und baar zurückgezahlt, hierzu aber eine ganz neue Anleihe gleichen Betrags nach der Goldwährung contrahirt werde, so würde die Werthrelation hierbei nur für das innere Rechnungswesen der Finanzverwaltung, theoretisch nicht aber für die Staatsgläubiger in Frage kommen, und es bedarf dann durchaus keiner gesetzlichen Fixirung derselben. Die Erfahrung lehrt aber, dass es bei dergleichen Convertirungen zu solchen theoretischen Extremen nicht kömmt, sondern dass die Staatsgläubiger sehr coulante Leute sind, mit denen man sich sehr leicht arrangirt. Der theoretische Grundsatz der Convertirung mittelst Kündigung der alten durch Contrahirung einer neuen Anleihe wird nämlich praktisch da erschwert, wo die Schuld- und Rentenverschreibungen dem Course unterworfen sind. Allein alle Rentenzahlungen, Zinsen und Dividenden gehören dem privatrechtlichen Verkehre an. Mögen also da die Leute zusehen, wie sie miteinander fertig werden — das werden sie selbst verstehen. Streiten sie sich darüber, so wird der Richter schon wissen, wie er zu entscheiden hat; dem hilft sein Justinian, der im Voraus für Alles gesorgt hat. Nur die Gesetzgebung braucht deshalb weiter sich nicht zu bemühen. — Die Beträge der gezahlten Renten fließen meist in den kleinen Verkehr hinein. Schon durch die, nur zu den Einheiten der neuen Goldwährung passende Scheidemünze ist der kleine Verkehr sofort gezwungen, zur Goldwährung überzugehen. Der Empfänger der nach der bisherigen Silberwährung in Thalern gezahlten Renten ist also zunächst genöthigt, das Empfangene beim Geldwechsler in die Zahlungsmittel der Goldwährung umzusetzen. Hierbei hängt er von dem schwankenden Course ab; er kann, dem letzteren nach, bald mehr, bald weniger als Rente beziehen. Sagt ihm dies nicht zu, so wird er sich sehr leicht entschliessen, die ihm — wahrscheinlich doch wohl zu einem Durchschnitts-Course — angebotene Convertirung anzunehmen. Jedenfalls erspart er sich doch den Weg zum Wechsler. Auch der Renten-Zahler wird schwerlich geneigt sein, diese Convertirung zu er-

schweren, denn er wird seine zur Zahlung der Renten bestimmten Einnahmen häufig in der neuen Goldwährung machen, also, wenn er nach der bisherigen Silberwährung zahlen soll, die Zahlungsmittel der letzteren ebenfalls erst einwechseln, also ankaufen müssen. Zahler wie Empfänger werden aber sehr bald gewahr werden, dass sie das, was sie dem Geldwechsler zollen müssen, besser selbst verdienen, also beide einer billigen Convertirung schwerlich Hindernisse in den Weg legen wollen. Es ist nicht zu glauben, dass unter solchen Umständen Schwierigkeiten entstehen. Bleiben zuletzt einige halsstarrige Nicht-Convertenten übrig, so trifft den Empfänger die Strafe, dass er für die immer weniger gesuchten Zahlungsmittel der Silberwährung weniger Äquivalent in denen der Goldwährung erhalten wird. Auf diese Weise wird sich der Kreis, in welchem die parallelen Währungen Anfangs herrschen, immer mehr und mehr verengen; die eine der beiden Währungen wird allmählich zur alleinherrschenden werden und die Concurrenz beider wird nur den Übergang zu der ausschliesslichen Goldwährung gebildet haben.

Verhältnisse dieser Art sind jedem Nordwest-Deutschen von Jugend auf bekannt geworden; Anderen mögen sie vielleicht auf den ersten Anblick etwas fremdartig erscheinen. Aber durch diese hohle Gasse muss der Übergang kommen; es führt kein anderer Weg zur Goldwährung! —

Festzuhalten ist, dass es sich hier um die Thätigkeit der Münzpolizei, nicht der Finanzverwaltung — zweier ganz verschiedener Functionen der Staatsgewalt — handelt, bei welcher erstere nur die Beihülfe der letzteren in Anspruch nimmt. Wie schnell, in welchem Umfange, mit was für Mitteln und auf welche Art und Weise letztere diese Beihülfe leisten könne und wolle, das zu beurtheilen ist ihre Sache; damit haben wir hier auch nicht zu thun. Der Münzpolizei, von deren Thätigkeit allein hier die Rede sein darf, kann das gleichgültig sein. Die Finanzverwaltung kömmt hier in zweifacher Weise in Betracht; einmal insofern sie die Münzpolizei unterstützen soll, und sodann insofern sie selbst den Anordnungen der letzteren unterworfen ist, also für sich selbst zu sorgen hat.

2. Der Handelsverkehr. — Soetbeer sagt von der Ham-

burger Bankwährung: Es wäre ein Vortheil, wenn man aufhörte sich dieses Zahlungsmittels und dieser Rechnungsweise zu bedienen, „allein auf dem Wege der Münzreform lässt sich das nicht ohne Weiteres und unmittelbar erreichen, sondern muss dies der kaufmännischen Praxis und der Zeit überlassen bleiben.“ Mit diesem Ausspruche hat Soetbeer gezeigt, dass er einen tiefen, scharfen und treffenden Blick in das Wesen des Hamburger Geldverkehrs gethan hat. Auf diesem Wege will ich einen Schritt weiter thun! — Buchstäblich das, was Soetbeer von einem Übergange der Hamburger Bankwährung, ihrem Zahlungsmittel und ihrer Rechnungsweise, zu einer andern Währung und deren Bestandtheilen sagt, gilt von dem Übergange jeglicher Währung zu einer andern, namentlich in dem Übergange von der Silberwährung zur Goldwährung. Dieser Übergang ist, soweit es den Verkehr der Handelswelt berührt, lediglich „der kaufmännischen Praxis und der Zeit“ zu überlassen! „Laissez-nous faire, Monseigneur!“ antworteten die Kaufleute dem Minister. Das „Floreat commercium“ kann erst dann vollständig zur Wahrheit werden, wenn es keine Handelsminister mehr giebt! — Freilich wird sich sowohl die Zeit als die kaufmännische Praxis beim Übergange zur Goldwährung ganz anders benehmen, als beim Verlassen der Bankwährung. Die Zeit wird sich gar sehr verkürzen, und die Praxis, das heisst: der grosse Handelsverkehr wird um so bereitwilliger die Neuerung sich aneignen, als er selbst es allein ist, der sie so laut und so dringend herbeigerufen hat. Der Renten-Verkehr wird gezwungener Weise einstweilen sich mit den Parallel-Währungen durchhelfen müssen; der Handelsverkehr wird sofort freiwillig zur reinen Goldwährung übergehen können, wenn er will. Und er wird wollen. Wie er das anzufangen habe, darüber wird er sich wohl nicht erst noch belehren zu lassen brauchen!

Was hinsichtlich der einzelnen Handels- und Gewerbetreibenden gilt, das gilt ebenso von den Vereinigungen derselben, den Gesellschaften. Eine Actien-Gesellschaft steht so wie rechtlich, so auch in vorliegender Hinsicht factisch, einem Individuum völlig gleich, und hat, so wie letzteres, die Freiheit, sich zu entschliessen. Eine Einwirkung der Gesetzgebung auf ihre Entschlüsse ist auch hier fehlerhaft. „Laissez-nous faire“ hatten sie gesagt. Und sie

hatten Recht. „Faites donc!“ sagt man ihnen jetzt, und damit wird man ebenfalls das Rechte, und zwar das einzig Rechte getroffen haben.

Bei dem Übergange von der einen Währung zur anderen sind besonders die für Rechnung Vieler gegründeten Geldinstitute, die Banken, betheiligt, indem sie ganz vorzugsweise den Beruf haben werden, dem grossen Handelsverkehre bei einem schnellen und erleichterten Übergange zu der neuen Währung behülflich zu sein.

Die Gesetzgebung hat in die Thätigkeit der Individuen wie der Gesellschaften hierbei nicht einzugreifen; sie kann hie und da indirect einen Vorschub leisten, indem sie Hindernisse, die unter ihrem Einflusse stehen, beseitigt. Ein Hinderniss, den Goldkronen Eingang zu verschaffen, war es z. B., dass die Geld-Courszettel der Börsen, deren Formulare ohne Zweifel von den Regierungen hätten vorgeschrieben werden können, trotz der abgeschafften Zählweise der früheren Goldwährung, fortführen, theilweise den Cours der umlaufenden Goldmünzen nach dieser Zählweise zu notiren. Es wird daher dafür zu sorgen sein, dass alle Notirungen in den Geld-Courszetteln der Börsen sofort ausschliesslich nach der Zählweise der neuen Goldwährung eingerichtet werden.

Geldinstitute, welche für Rechnung der Staatscasse wirthschaften, sowie auch die, welche wie die Creditanstalten, unter unmittelbarer Leitung der Regierung stehen, werden, namentlich die ersteren, benutzt werden, um durch ihre Operationen den Übergang zu der neuen Währung zu beschleunigen und zu erleichtern. So weit sie durch privatrechtliche Verhältnisse gebunden sind, gilt, wie sich von selbst versteht, von ihnen alles das hierüber oben Gesagte; hinsichtlich der finanziellen oder mercantilischen Richtung ihrer Thätigkeit stehen sie den am grossen Verkehre sich betheiligenden Individuen gleich, und die, in jedem einzelnen Falle vielleicht verschiedenartig eintretenden Erwägungen haben auch sie zu leiten und ihr Verfahren zu bestimmen. Allgemeines lässt sich hierüber weiter wohl nichts sagen; die unerschöpfbaren Details auch nur beispielsweise anzudeuten, gehört nicht hieher.

3. Das Staats-Finanzwesen. Ich habe schon oben darauf aufmerksam gemacht, dass die Münzreform durch eine Vorschrift der Münzpolizei vor sich geht, der die Finanzverwaltung wie jeder Geldverwalter unterworfen ist. Die Finanzverwaltung hat nach vorgenommener Neuerung ihre Angelegenheiten dieser gemäss neu zu ordnen, allein ihre Thätigkeit wird daneben noch durch eine zweite Richtung: der Münzpolizei bei dieser Reform behülflich zu sein, beschäftigt werden. In letzterer Hinsicht hat sie, vor Allem anderen, die der neueinzuführenden Währung entsprechenden Zahlungsmittel anzuschaffen, was wohl eben den Haupttheil der den Übergang vermittelnden Vorbereitungen zu derselben bildet, wovon hernach die Rede ist.

Abgesehen nun davon, dass die Finanzverwaltung vielfach durch privatrechtliche Verpflichtungen gebunden ist, so kann sie auch da, wo diese nicht obwalten, nicht, wie ein Individuum, bei ihren Anordnungen behuf und während des Übergangs zur Goldwährung bloss ihren eigenen Vortheil im Auge haben, sondern es ist zugleich ihre Pflicht, zu verhindern, dass irgend Jemand durch den Übergang benachtheiligt oder gedrückt werde; sie wird es verhindern, auch wenn sie sich dadurch, wenn auch nicht Schaden, doch Unbequemlichkeit bereiten sollte. Es handelt sich hier nur darum, im Allgemeinen auf die Rücksichten hinzuweisen, welche von diesem Gesichtspunkte aus zu nehmen sein dürften.

Eine — und auch grosse — Unbequemlichkeit für die Finanzverwaltung ist die, dass sie sich — meist freilich auf nur kürzere, in einzelnen Fällen vielleicht auf längere Zeit — in die Parallelwährungen fügen muss, und dass sie einstweilen in allen Zweigen ihrer Verwaltung — was vielleicht bisher nur in sehr wenigen der Fall war — durcheinander nach der Silber- und nach der Goldwährung rechnen muss, bis es ihr gelungen sein wird, ihre Einnahmen sowohl als ihre Ausgaben ausschliesslich nach der letzteren zu reguliren. Wie bald dies ausführbar sein wird, das lässt sich im Voraus durchaus nicht beurtheilen, weil es von Umständen abhängt, auf die nicht immer auch erfolgreich eingewirkt werden kann.

Die Ausgaben der Finanzverwaltung lassen sich im Allge-

meinsten in drei Arten vertheilen: Rentenzahlungen, Ankäufe und Besoldungen. Bei jeder dieser drei Arten von Ausgaben wird sich der Übergang zur Zahlung nach der Goldwährung auf verschiedene Art gestalten. Von den Rentenzahlungen ist bereits oben die Rede gewesen. Bei der Convertirung der Schuldscheine hat die Verwaltung ziemlich freie Hand. Sie kann diese Convertirung nach und nach vornehmen, oder schneller vor sich gehen lassen, je nachdem es ihr oder den Gläubigern convenirt. In welchem Umfange es ihr conveniren wird, das hängt zum Theil wohl von jenen Umständen ab, die sich nicht vorher sehen lassen. Die Parallel-Währungen werden hierbei so lange walten, bis die gesammte Staatsschuld auf eine oder die andere Weise convertirt sein wird. Was die Ankäufe betrifft, so hängen diese entweder von bereits abgeschlossenen Contracten ab; dann findet lediglich das Statt, was oben über die Rechtsfrage gesagt wurde; oder sie werden neu bedungen — dann hat wiederum die Verwaltung freie Hand, die Zahlung in der einen oder der anderen Währung, je nach der Art der zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel, zu bedingen. Die Besoldungen sind, so weit sie aus Staatscassen erfolgen, den privatrechtlichen Zahlungsverbindlichkeiten nicht völlig gleich zu stellen; bleibende oder vorübergehende Zulagen verändern sie eben so mannigfaltig, als bleibende oder vorübergehende Abzüge, und die Gesetzgebung pflegt mit gleich wenig Bedenklichkeit die einen wie die anderen zu verfügen. Dass bei der Einführung der Goldwährung für alle Zweige des Staatsdienstes ganz neue Besoldungs-Etats entworfen werden würden, versteht sich wohl von selbst. Man würde dabei nach einer beliebigen Werthrelation reduciren, und die gefundenen Beträge durch Erhöhung oder Herabsetzung aufs Neue abrunden, um darnach bei Anstellungen und Beförderungen die Besoldungen zu bestimmen. Bei den bereits feststehenden Besoldungen kann etwa auch durch ein Besoldungssteuer-Gesetz, wie es schon in manchen Staaten bestanden hat, das Mittel gefunden werden, behuf der Reduction der Beträge und ihrer Wiederabrundung „Abzüge“ zu machen, und sodann, wo es nöthig, durch bewilligte Zulagen zu ergänzen. Eine derartige Massregel würde offenbar in der gesetzlichen

Fixirung der Werthrelation behuf Umrechnung der Besoldungen von der Silberwährung auf die Goldwährung liegen, z. B. so, dass $1\frac{1}{3}$ Thaler für 5 Franken in Gold gerechnet würden, wobei je 100 Thaler, die fast in allen Besoldungssätzen rund aufgehen, = 75 Gold-Fünf-Frankenstücke betragen. Hätten nun zufällig die Napoleonsd'or einen höhern Cours als $5\frac{1}{3}$ Thaler, so läge darin ein Besoldungsabzug, der als eine Besoldungssteuer gerechtfertigt erscheinen würde; stände der Cours zufällig niedriger, so würde eine Gehaltszulage darin liegen. — Es steht ja auch frei, in dem einen Dienstzweige oder der einen Besoldungsclassen die Besoldung nach der neuen Währung früher eintreten zu lassen, als in einer anderen. Die Besoldungsfrage wird die Schwierigkeiten des Überganges wohl nicht erheblich erhöhen.

Bei der Staats-Finanzverwaltung richtet sich nicht, wie sonst, die Ausgabe nach der Einnahme, sondern, umgekehrt, letztere wird nach dem Betrage der ersteren bestimmt. Jetzt tritt aber der Fall ein, dass sich wenigstens die Zahlungsmittel bei der Ausgabe nach denen bei der Einnahme richten müssen. — Die Verwaltung wird dahin streben, dass ihre Einnahmen baldthunlichst ausschliesslich in den Zahlungsmitteln der Goldwährung erfolgen, wobei dann abermals alle diejenigen ausfallen, welche, wie z. B. Pachtungen, auf privatrechtlichen Contracten beruhen. Von den Steuern wird ein beträchtlicher Theil lediglich von den am grossen Verkehre Theilnehmenden bezahlt: die Zölle und die von den reicheren Gewerbtreibenden gezahlten. Für diese Steuern würden beim Eintritte der Goldwährung neue Tarife zu entwerfen sein, nach denen jene Steuern sofort erhoben werden können, da diejenigen, welche sie entrichten, dafür zu sorgen wissen, sich die erforderlichen Zahlungsmittel ohne grosse Belästigung und Kosten zu verschaffen. Die Grundsteuern werden vielfach nur in geringen Beträgen erhoben, in den entfernteren Gegenden des platten Landes verbreiten sich die Zahlungsmittel der neuen Währung vielleicht langsamer. Hier wird man die neuen Tarife etwas später in Vollzug setzen; später vielleicht bei den niederen Beträgen, oder in einzelnen Gegenden; die Goldwährung muss Niemanden und nirgends Unbequemlichkeiten oder Verlegenheiten bereiten. Bei den persönlichen Steuern kann man sofort zur neuen Währung

übergehen; die, welche die höheren Beträge bezahlen, wissen sich die neuen Zahlungsmittel zu verschaffen; die kleinen Beträge werden grösstentheils nur in Scheidemünze, d. h. unter dem Betrage eines Goldstücks, bezahlt. Directe Steuern, die einer Erneuerung der Veranlagung unterliegen, so wie die Stempelsteuer, die Sporteln, die Post- und Eisenbahn-Gefälle, können nach der bequemsten und am besten passenden Werthrelation in der neuen Währung erhoben werden, ohne dass der Zahlende viel davon gewahr wird.

Ich bin weit davon entfernt, dies Alles in's Detail auszumalen; für wen thäte ich das? Ich habe bloss durch einige blindlings herausgegriffene Beispiele den Grundsatz selbst etwas illustriren wollen: dass die Staats-Finanzverwaltung ihr Cassenwesen einige Zeit hindurch nach den Parallel-Währungen wird einrichten müssen, dass aber, abgesehen von einer an sich kurzen und thunlichst zu verkürzenden Übergangsperiode und ihrem mehr scheinbaren als wirklichen Wirrsale, die Schwierigkeiten des Überganges gar nicht zu besorgen sind, selbst wenn — was doch wohl unerlässlich — dieser Übergang mit der grössten Schonung der Zahlungspflichtigen durchgeführt wird.

Die weitere Ausführung gehört auch nicht der Geldlehre an — auch nicht der Finanzwissenschaft, sondern der concreten Finanzverwaltung eines bestimmten Staates. Und unter den Eingeweihten des letzteren Faches giebt es vielleicht keinen Einzelnen, der sich einer, zur vollständigen Übersicht über die Details dieser Verhältnisse befähigenden Sachkunde rühmen dürfte.

B. Der kleine Verkehr wird von einer Veränderung der Metall-Währung gar nicht, von einer Veränderung des Münzfusses mitunter etwas, mehr oder weniger, dagegen aber von einer Veränderung der Zählweise auf das empfindlichste berührt.

Wenn der Übergang zu der Goldwährung mittelst zeitweiser Zulassung der Parallel-Währungen geschieht, so sind die Schwierigkeiten für den grossen Verkehr, den ich in dieser Hinsicht in Vorstehendem in allen seinen Kreisen und Phasen betrachtet zu haben meine, dabei nicht etwa nur gar so gross nicht, sondern es sind dabei Schwierigkeiten so gut wie gar nicht vorhanden, denn die Gesetzgebung thut tagtäglich Schritte, die offenbar mit

unendlich grösseren Schwierigkeiten verknüpft sind, ohne dass doch Jemand in den Modalitäten derselben grosse Schwierigkeiten erblickte. Und diese Schwierigkeiten sind unstreitig da sogar noch geringer, wo, freilich neben einer best-geordneten Silberwährung, nicht bloss keine solide, sondern vielmehr in sehr missliche Beschaffenheit gerathene Münzzustände vorhanden sind. Sollte aber dieser Übergang ohne die zeitweise Zulassung der Parallel-Währungen mit einem Schlage, an einem Tage, oder wohl gar mit Wiedereinführung der Doppelwährung geschehen, so ist ganz gewiss derselbe nicht etwa nur schwierig, sondern in jeder Hinsicht völlig unmöglich, es wäre denn, dass damit zugleich eine General-Expropriation oder die Einführung des Communismus verbunden würde.

Anders verhält sich dieser Übergang für den kleinen Verkehr, wenn damit eine neue Zählweise verbunden ist. Die Münzzustände mögen übrigens sein welche sie wollen, sie mögen wohlgeordnet oder zerrüttet sein, so bleiben jene Schwierigkeiten für den kleinen Verkehr sehr grosse, um so grössere, je weniger sich die neue Zählweise der bestehenden und ihren Werthbeträgen anschliesst, — Schwierigkeiten, die für alle beim grossen Verkehre Betheiligten, für die Staats-Finanzverwaltung, für die Gesetzgebung so gut wie gar nicht vorhanden sind.

Meine streng begränzte Aufgabe ist: eine Goldwährung auf der Basis des Napoleond'or darzustellen. Von der Besprechung einer von einer andern Basis ausgehenden Goldwährung und der „Modalitäten einer hierauf begründeten Münzreform in Deutschland“ muss ich mich so fern wie möglich halten. Wohlan! es sei! Allein wenn ich von den Einwirkungen des Überganges zu der neuen Währung auf den kleinen Verkehr ganz schweigen wollte, so würde ich meinen, den einen Haupttheil der Frage ganz unberührt gelassen zu haben; von jenen Einwirkungen würde ich aber gar nichts zu sagen wissen, wenn ich die „Modalitäten des bei solcher Veränderung anzunehmenden Münzsystems“ nicht besprechen dürfte. Ich glaube aber, es reicht hin, wenn ich mich innerhalb der Basis des Napoleonsd'or und an den vom Handelstags-Ausschusse angerathenen „Übergang zum Franken-Systeme“ halte.

„Zur Goldwährung und zum Frankensysteme“ — wie das Programm sagt. Unter dem „Frankensysteme“ kann hier nun wohl nicht das System des „Silberfranken“ gemeint sein — das wäre eine *Contradictio in adjecto*. Das „Frankensystem“ beruht auf einem Mehrstücke des Franken, auf einer Goldmünze, von welcher der Frank ein idealer Theil ist. Das, die nächste Vervielfältigungsstufe dieses idealen Theils darstellende Münzstück ist aber das goldene Fünffrankenstück; dieses ist damit die Basis des Frankensystems und der französischen Goldwährung. Einen Namen hat dieses Münzstück nicht; man kann es nur mittelst einer langen Aufzählung seiner verschiedenen Qualitäten bezeichnen. Die Franzosen haben — wahrscheinlich der vermeintlich theoretischen Vollkommenheit ihres Münzsystemes wegen — es sorgfältig vermieden, den Münzstücken desselben officielle Namen zu geben. Ich sehe darin nichts weiter, als die in Münzangelegenheiten überall und überhaupt und auch im Mangel an betreffender Literatur erscheinende Unkunde der Franzosen in der Geldlehre, die hier die Begriffe: „Rechnungsmünze“ und „Münzstück“ von einander zu unterscheiden nicht vermochte! Da ich mich gern möglichst kurz fasse, so möchte ich dem Dinge einen Namen geben. — Wenn das Münzstück das Fünffache einer Untereinheit ist, wie der altrömische Quinar ursprünglich das Fünffache des As, so könnte man es treffend: Quinar nennen*). Weil es aber dem österreichischen Speciesthaler gleichwerthen soll, so ist dort der Name: „Goldthaler“ vorgeschlagen, der jedoch in Norddeutschland unpassend, weil zweideutig, ist. Eher noch dürfte man „Doppelgulden“ sagen, was freilich für „eine Einheit“ unpassend ist. Die französische *vox populi* nennt es „cent-sous“, und hat damit bereits richtig auf seine centesimale Eintheilung in 100 Sous hingewiesen. Das kommt uns gut zu statten!

Dass der Frank die Einheit des französischen Münzsystems ist, hat seinen Grund nicht darin, dass er als die zweckmässigste hierzu gewählt wäre, sondern dass man einst, ohne weitere

*) Ich will es hier so nennen, um mich kurz ausdrücken zu können, aber ich bin weit davon entfernt, diese, für eine Rechnungs-„Einheit“ so unpassende Benennung vorzuschlagen.

Prüfung der Zweckmässigkeit, das bereits vorhandene Livre beibehielt.

Der Frank ist aber, bei seiner Centesimal-Eintheilung, eine höchst fehlerhafte Einheit des Rechnungssystems, denn die „Centime“ ist, wegen ihres zu geringen Betrages, für sogar den kleinen Verkehr eine eben so unbrauchbare Untereinheit, als der Hamburger Pfenning, der portugiesische Réi oder der türkische Asper. Der geringste Werthbetrag, den der grosse Verkehr noch achtet, ist, wie die Erfahrung dies in Frankreich zeigt, der Sou.

Zur Einheit des, auf das Frankensystem gegründeten Rechnungssystems der Goldwährung eignet sich also nur jener goldene Quinar mit der Eintheilung in 100 Sous (Solidi, auf deutsch: Schillinge). Und diese Münze ist denn auch von dem metrologischen Comité der Pariser Ausstellung von 1867 im § 5 seiner Vorschläge als allgemeine Rechnungsmünze empfohlen. Ich werde von der Voraussetzung ausgehen, dass dieser wohlbegründete Vorschlag des Comité der allgemein angenommene sein werde, da ich von der Art des Überganges des kleinen Verkehrs zu einem neuen Rechnungssysteme, um verständlich zu sein, nicht wohl ohne Annahme eines concreten Falles reden kann.

Wenn nun für den grossen Verkehr, und zwar jede Art desselben, die gesetzliche Fixirung irgend einer Werth-Relation eine, weil unausführbare, ganz unmögliche sein würde, indem in den Augen des grossen Verkehrs jede Münzsorte nur eine Waare, ein Gegenstand des Welthandels ist, deren Cours mit jedem Börsentage schwankt, so ist dagegen diese Fixirung für den kleinen Verkehr, der nur local bleibt und nur mit so geringen Werthbeträgen zu thun hat, dass die Coursschwankungen dabei im Einzelnen nicht empfunden werden können, eine Nothwendigkeit, wenigstens in so weit es sich, behuf des Überganges, um die augenblickliche Umrechnung der Werthbeträge handelt, und also diese Fixirung vorzugsweise nur die Nominal-Beträge der Scheidemünzstücke zu treffen hat.

Hierbei wird der Quinar nicht anders als zu 40 Sgr. tarifirt werden können, und hiernach würde sein Werth betragen:

- = 500 Centimen,
- = 480 Pfennige,
- = 400 sächsische Pfennige,
- = 400 österreichische Halb-Neukreuzer,
- = 560 süddeutsche Viertelkreuzer,
- = 280 süddeutsche Halbkreuzer,
- = $213\frac{1}{3}$ Lübsche Dreilinge.

Da der Sou oder Schilling die unterste Rechnungs-Einheit des grossen Verkehrs ist und auch in Deutschland sein wird, so kann es für letzteren nur völlig gleichgültig sein, ob die weitere Untereintheilung des Schillings, von der nur der kleine Verkehr berührt wird, eine decimale, eine quartale oder, wenn es ausführbar wäre, eine duodecimale sei. Für den kleinen Verkehr dagegen ist diese Untereintheilung von der grössten Wichtigkeit, theils bleibend, hinsichtlich der arithmetischen Handhabung der Werthbeträge, theils hinsichtlich der, freilich vorübergehenden, aber in den Folgen sehr einflussreichen Umrechnung derselben.

Die Wahl bei dieser Untereintheilung kann nur zwischen der quintalen und der quartalen schwanken, denn das Zehntel oder das Zwölftel würde Grössen ergeben, die, wie der Hamburger Pfennig, für auch den kleinsten Verkehr zu geringfügig sein würden. Und aus demselben Grunde würde auch in Süddeutschland ein geringeres Theilstück, als der ohnehin dort nicht einmal überall vorhandene Viertelkreuzer, nicht brauchbar sein können. Wohl aber würde der baierische Bierheller durch einen Zehntel-Schilling ersetzt werden müssen, wo nicht durch einen Zwölftel, dem der jetzige Bierheller noch näher steht. (Der Quinar oder vielmehr das 40-Silbergroschen-Stück ist = 1000 Zehntel - Schillingen = 1120 Bierhellern = 1200 Zwölftel-Schillingen.)

Die grosse Wichtigkeit der Wahl der Untereinheit in Bezug auf den kleinen Verkehr beruht nun darin, dass, einerseits, wenn das neue Theilstück einen höheren Werthbetrag hat, als das ihm jetzt nächstwerthende, alle Preise der geringeren Beträge um diese Differenz gesteigert werden, andererseits aber, wenn das Theilstück einen geringeren Werthbetrag hat, die Preise keines-

wegs durchweg oder vorzugsweise auf diesen letzteren herabgehen, sondern sich etwa sogar um eine volle Einheit steigern, was der kleine Verkehr noch weit unangenehmer empfindet. Ein Beispiel hiervon ist so eben im Hannoverlande vorgekommen, seitdem dort, an die Stelle der Decimaltheilung des Silbergroschens, die Duodecimaltheilung getreten ist, in Folge dessen alle Preise, die vorher $\frac{1}{5}$ Silbergroschen betrugen, nicht etwa auf den, der Benennung der geringsten Münzstücke entsprechenden Betrag von $\frac{1}{6}$ Groschen herabgingen, sondern sich auf den von $\frac{1}{4}$ Groschen erhöhten, was eine Preiserhöhung von 25 pro Cent ausmacht.

Solche Rücksichten werden auf den Münz-Congressen stets übersehen, weil auf denselben regelmässig nur die Interessen der Finanzverwaltung, der Münztechnik und höchstens noch die des grossen Verkehrs vertreten und deshalb berücksichtigt sind, was aber sehr einseitig ist, da der kleine Verkehr von jeder Beschädigung seiner Interessen sehr viel schmerzlicher berührt wird, als der grosse, weil es ihm nicht, wie dem letzteren, möglich ist, die Schäden irgendwie auszugleichen. — Eine Familie von fünf Personen brauchte bisher zum Frühstücke fünf 2-Pfenningbröte, welche = 1 Sgr. kosteten. Jetzt kosten sie $1\frac{1}{4}$ Sgr. Freilich sind sie etwas grösser, aber hier geht es nur nach der Stückzahl, nicht nach dem Gewichte. Eine solche Mehrausgabe wiederholt sich aber im Laufe des Tages vielfach, und der Hausvater legt sich nie ohne einige Flüche über die neue Zählweise zu Bette!

Diese Rücksichten sprechen insbesondere auch gegen die Quintal-Eintheilung, da bei dieser alles, was vielleicht $\frac{1}{2}$ Sou kosten würde, stets 3 Centimen kostet, was dann, weil dieser Betrag in einem unbequemen Verhältnisse zum Sou steht, wieder dahin führt, dass unter dem Preise von 1 Sou gar nichts mehr verhandelt wird. Aber dann geht es überall so, wie jetzt nur in den Apotheken, wo für weniger als $\frac{1}{2}$ Groschen nichts verkäuflich ist, während man oft nur für einen Pfenning gebrauchen kann (wie z. B. Salbe, Pflaster, Colodium).

Es bedarf, glaube ich, keiner weiteren Ausführung, dass hierin eine Vertheuerung mancher, nur in geringerer Menge erforderlichen Lebensbedürfnisse, oder etwas einer Vertheuerung

ganz gleichwirkendes liegt, die der Wohlhabende übersieht, die aber dem Ärmeren vielfach drückend ist. Das Übersehen der Interessen des Letzteren zeugt aber von kläglicher Einseitigkeit!

Da nun schon im Allgemeinen die Quintal-Eintheilung des Sou für den kleinen Verkehr, der nur zu halbiren und zu vierteln versteht, sich unbrauchbar zeigt, und etwa ein Anschluss an die französische Untereintheilung, die ohnehin dort nur auf dem Papiere, als geschriebener Decimalbruch, besteht, sich auch nur auf den Franken bezieht, bei einer ganz localen Frage gleichgültig ist, so wird wohl zunächst aus diesen Gründen die Quartal-Eintheilung des Schillings vorzuziehen sein.

Bei dieser Frage muss sodann das Verhältniss der umlaufenden Münzstücke zu den neuen Werthgrössen erwogen werden.

Bei der festen Werth-Relation von 1 Thaler = $\frac{3}{4}$ Quinar stellt sich das Verhältniss der Münzstücke und Werthbeträge also:

40 Silber Groschen	=	100 Schillingen
20 „ (1 Fl.)	=	50 „
10 „	=	25 „
5 „	=	12 $\frac{1}{2}$ „
2 $\frac{1}{2}$ „	=	6 $\frac{1}{4}$ „
2 „	=	5 „
1 „	=	2 $\frac{1}{2}$ „
$\frac{1}{2}$ „	=	1 $\frac{1}{4}$ „

Hier zeigt sich, dass die Stücke zu $\frac{1}{2}$, 2 $\frac{1}{2}$ und 5 Groschen, letztere wenigstens neben Stücken zu 10 Schillingen ($\frac{1}{2}$ -Franken), unbequeme und unbrauchbare Mehrstücke des Schillings sind, dass aber dagegen die Stücke von 1, 2 und 10 Sgr. der neuen Zählweise völlig entsprechen, das von 20 Silber Groschen sogar unentbehrlich sein würde.

Von der geringeren Scheidemünze sind

4 Pfennig preussisch	=	0 $\frac{5}{6}$ Schilling
2 „ „	=	0 $\frac{5}{12}$ „
1 „ „	=	0 $\frac{5}{24}$ „

was nicht passt.

Dagegen sind die sächsischen Stücke zu 2 und 1 Pfennig

und die österreichischen zu 1 und $\frac{1}{2}$ Neukreuzer gerade denen zu $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Schilling entsprechend.

Umgekehrt würden die erforderlich werdenden Münzstücke des neuen Systems sein:

10 Schillinge (Markstücke) aus Silber = 4 Silbergroschen,

Aus Kupfer:

2 Schillinge (Doppelschillinge) = $9\frac{3}{5}$ Pf. preussisch

1 „ „ = $4\frac{4}{5}$ „ „

$\frac{1}{2}$ „ (Doppelpfenninge) = $2\frac{2}{5}$ „ „

$\frac{1}{4}$ „ (Pfenninge) = $1\frac{1}{5}$ „ „

oder anstatt der letzten beiden Arten bei der Quintal-Eintheilung:

$\frac{4}{5}$ Schilling = $3\frac{21}{25}$ Pfenning

$\frac{3}{5}$ „ = $2\frac{22}{25}$ „

$\frac{2}{5}$ „ = $1\frac{23}{25}$ „

$\frac{1}{5}$ „ = $0\frac{24}{25}$ „

Bei der Wahl der Quartal-Eintheilung des Schillings muss Preussen eben zu der sächsischen Neupfennings-Zählweise übergehen, wobei die Preise um 20 pro Cent gesteigert werden. Bei Wahl der Quintal-Eintheilung würden die Preise sich von 100 auf 96 vermindern, falls dann nicht vielfach eine Steigerung von 2 Pfennigen auf 3 Centimen, was 44 pro Cent, oder gar eine von den jetzt so beliebten 3 Pfennigen, als $\frac{1}{4}$ Silbergroschen, auf 5 Centimen, was $66\frac{2}{3}$ pro Cent betragen würde, eintreten sollte. Jedenfalls würde sich das nach Verschiedenheit der Gegend verschiedenartig gestalten.

Alles dieses hat nur Einfluss auf die kleinsten Werthbeträge. Einen, dem Betrage nach grösseren Einfluss hat die Veränderung der Münzgrössen auf diejenigen Preise, die an den Betrag grösserer Münzstücke geknüpft sind. Wenn die Stücke zu 5 und zu $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen abgeschafft und durch Stücke von 4 Silbergroschen (10 Schilling) ersetzt werden, so steigern sich manche Preise von $2\frac{1}{2}$ auf 4, und andere fallen von 5 auf 4. Das gleicht sich dann aus. Dies berührt bereits den kleinsten Verkehr beinahe nicht mehr; es betrifft meist nur Waaren, die sich schon der Qualität der Luxusgegenstände nähern.

In Süddeutschland würden die Preise der letzteren Art z. B.

von 100 auf $93\frac{1}{3}$ fallen, denn da 10 Schilling = 14 Kreuzer, 15 Kreuzer aber = $\frac{1}{4}$ Gulden sind, so würde an die Stelle des Viertel-Guldens der Zehntel-Quinar treten, die Preise also von 15 Kreuzer auf 14 herabgehen. Auch bei den kleineren Beträgen werden sich hier die Preise zum Theil mindern, da 6 Kr. = $4\frac{2}{7}$ Schill. und 3 Kr. = $2\frac{1}{7}$ Schill. sind, was sich auf 4 und 2 Schill. abrunden würde. Dagegen scheint es völlig gleichgültig, ob man hier den Schilling in 4 oder 5 Untertheile zerlegt, da sehr wahrscheinlich der Betrag von 1 Kr. sich überall auf 1 Schilling erhöhen wird. Doch würde sich die Viertheilung insofern empfehlen, als sich durch den $\frac{1}{4}$ Schill. wahrscheinlich da, wo jetzt $\frac{1}{2}$ Kr. der mindeste Werthbetrag ist, auch Werthe zu $\frac{1}{4}$ Schill. einfinden würden, was bei dem $\frac{1}{5}$ Schilling, nicht bloss wegen des allzu geringen Betrages, sondern auch wegen des arithmetisch unbequemen Bruches, schwerlich der Fall sein dürfte. Für je geringere Geldbeträge noch etwas käuflich ist, desto wohlfeiler ist das Leben; aber dies hat seine Gränze. In Hamburg z. B. geht die Wohlfeilheit noch so weit, dass man für 1 Mark 64 mal kaufen kann. Wollte man aber allda, um grössere Wohlfeilheit einzuführen und statt dessen 96 Ankäufe für 1 Mark möglich zu machen, die Dreilinge abschaffen und Zweilinge statt deren einführen, so könnte leicht der Erfolg sein, dass die Preise sich auf 1 Sechsling steigern und für 1 Mark nur noch 32 Ankäufe möglich wären.

III. Die Vorbereitungs-Massregeln.

Behuf des Überganges von der reinen Silberwährung zur reinen Goldwährung wird — wie sich von selbst versteht — zweierlei in Betracht genommen werden müssen: die Abschaffung der ersteren und das in's Lebenrufen der letzteren. Es handelt sich hierbei lediglich um die Veränderung der Zahlungsmittel — die Beseitigung der bisherigen und die Herbeischaffung der neuen, und in beider Hinsicht muss wieder auf das Strengste zwischen dem grossen und dem kleinen Verkehre unterschieden werden, da beide auch in dieser Hinsicht eine ganz verschiedenartige Berücksichtigung erfordern. Bei dem grossen Verkehre handelt es sich

um das Courant beider Währungen, bei dem kleinen um die Scheidemünze derselben. Dem grossen Verkehre liegt es ob, selbst und mit eigenen Kräften einen bedeutenden Theil der Reform auszuführen, aber bei dieser Mitwirkung lässt er sich keineswegs überall so leiten, wie es im Interesse der Massregel wünschenswerth; der kleine Verkehr widerstrebt so einer Reform, falls er nicht behutsam genug dabei behandelt wird, mitunter mit der zähesten Widerspenstigkeit, aber er fügt sich sehr leicht, wenn es ihm dabei bequem gemacht wird. Ich will zuerst von letzterem sprechen, da das Verfahren hinsichtlich desselben ein sehr einfaches sein kann.

I. Für den kleinen Verkehr kann der Übergang zu dem neuen Münzsysteme urplötzlich vor sich gehen und in wenigen Wochen vollständig durchgeführt dastehen, wenn dieser Moment vorher vollständig vorbereitet, nämlich wenn dafür gesorgt ist, dass die gesammte, mit dem neuen Münzsysteme nicht oder nicht bequem übereinstimmende Scheidemünze mit einem Schlage aus dem Verkehre gezogen und durch eine neue bereit gehaltene ersetzt werde. Wo man dies versäumt, da quält man nur das Volk oder verhindert wenigstens die Durchführung einer neuen Zählweise, wie sich z. B. ersteres im Königreiche Westfalen, letzteres in Frankreich gezeigt hat.

Das nächste wird also sein müssen, den Münzfuss für diese Scheidemünze der neuen Währung aufzustellen, worüber das Nähere jedoch ausserhalb meiner Aufgabe liegen dürfte, insofern nicht dadurch die vorbereitenden Massregeln wesentlich bedingt sind.

In der Vervielfältigung der Münzsorten hat man neuerlich keinen Vorzug, sondern eine mangelhafte Seite eines Münzgesetzes erkannt, und wohl mit Recht. Nur bei den kleinsten Werthbeträgen wird durch Vervielfältigung dem kleinen Verkehre eine wesentliche Bequemlichkeit, und zwar ohne irgend einen Nachtheil anderer Art gewährt.

Bei der Goldwährung ist alle Silbermünze nur Scheidemünze, ja, es ist sogar nicht einmal nothwendig, dass es überhaupt Silbermünze gebe. Es ist daher gleichgültig, ob sie aus feinerem oder schlechterem Silber, oder auch, was bei reiner Silberwährung so bedenklich ist, aus Billon gemacht sei. Diese schmutzige Waare

ist jedoch neuerlich fast überall abgeschafft, und für ein ganz neues Münzsystem rechtfertigt nichts ihre Beibehaltung.

Das neue System bedarf höchstens drei, nothwendig wohl nur zwei Silbersorten: Stücke zu 50 und zu 10 Schillingen (zu $2\frac{1}{2}$ und zu $\frac{1}{2}$ Frank). Für eine dritte Sorte muss die Wahl zwischen den Stücken zu 5 und zu 4 Schillingen (dem $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$ Frank) getroffen werden. Früher hatte man in Frankreich das erstere, neuerlich ist das letztere eingeführt. Die Wahl hängt davon ab, ob man ein Theilstück der oberen oder ein Mehrstück der unteren Einheit, ob man das Viertel des Franken oder das Vierfache des Sou vorziehen wolle. Da diese Werthgrösse lediglich im Gebiete des kleinen Verkehrs liegt, so ist das letztere sicher das richtigere; allein für das hier erörterte Münzsystem würde, wenn man überhaupt diese Werthgrösse darin aufnehmen will, das Stück zu $\frac{1}{4}$ Frank oder 25 Centimen oder 5 Sous den Vorzug verdienen, weil es, nach der angenommenen Werth-Relation, genau dem Betrage von 2 Silbergrroschen entspricht, dagegen der $\frac{1}{5}$ Frank (zu 20 Centimen oder 4 Sous) = 1 Silbergrroschen $7\frac{1}{3}$ Pfennig preussisch, oder 1 Neugroschen 6 Pfennige sächsisch, oder 8 Neukreuzer österreichisch, zu den umlaufenden Münzsorten und den üblichen Zahlungsbeträgen sehr schlecht oder beziehungsweise nicht gut passt. Man würde dies Stück etwa erst später, wenn die bisherigen Münzsorten sich verloren haben und verschollen sind, einführen können, einstweilen aber jenes erstere, welches sich auch als etwas weniger geringen Volumens empfiehlt, vorziehen dürfen. Richtiger gewählt ist eigentlich das andere, obgleich jenes den Nutzen gewährt, dass man damit bequemer das Viertel des Quinars, 25 Schilling, bilden kann. — Übrigens scheint mir diese kleinste Silbermünzsorte fürs erste völlig entbehrlich zu sein.

Darauf aber sollte man hierbei keine Rücksicht nehmen: sich damit den französischen Silbermünzen anzuschliessen. Im Gegentheile ist es sogar nöthig, dass Staaten, die, bei der Goldwährung einerlei Gold-Münzsorten haben, in den dazu gehörenden silbernen Scheidemünzen möglichst von einander abweichen, so dass es sich sogar unbedingt empfiehlt, dass die, den Nominalbeträgen nach übereinstimmenden Silbersorten verschiedener

Staaten, auch wenn sie gleichen Silberinhalt haben, sich wenigstens durch Durchmesser, Feingehalt und Gewicht erkennbar von einander unterscheiden. Es ist ein ganz unwesentlicher Beitrag zur allgemeinen Einheit im Münzwesen, dass auch die Scheidemünze überall die nämliche sei. Vielmehr kann dies zu einem wesentlichen Nachtheile führen. Denn wenn es auch durchgeführt würde, dass keiner der im Münzwesen übereinstimmenden Staaten mehr als das verabredete, das unumgänglich nothwendige Quantum von Scheidemünze in Umlauf setzt, so kann es doch der Fall sein, dass sich die Scheidemünze in irgend einer Gegend in Folge zufälliger Conjunctionen anhäuft und dann auch zur Zahlung grösserer Summen verwandt wird, wodurch, wenn irgend eine Störung des grossen Verkehrs hinzukömmt, die reine Goldwährung durch eine Silberscheidemünz-Währung schwer beeinträchtigt werden müsste. Es ist also völlige Verschiedenheit der Scheidemünze in den verschiedenen Ländern etwas sehr wünschens-, daher sehr empfehlenswerthes; die Erfahrungen rathen zu grosser Vorsicht in dieser Hinsicht. Die Verschiedenheit kann vorkommenden Falls von grösstem Nutzen sein, — von Schaden niemals. Die Einheit der Währung wird dadurch am sichersten erhalten, die Einerleiheit braucht gar nicht eingeführt zu werden. Scheidemünze ist, wie das Papiergeld, nur ein Creditgeld.

Hinsichtlich der Kupfermünzen sind die französischen immerhin als Vorbilder zu gebrauchen; die decimalen Spielereien dabei — in Bezug auf Gewicht und Durchmesser der Münzstücke — sind gleichgültig. Die etwaige Viertelung des Sou wird vielleicht auf den Münzfuss der kleinsten Sorten Einfluss haben dürfen. Im letzteren Falle sind Stücke zu 2, 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Schillingen nothwendig.

Wenn die einzelnen Kupfermünzstücke der neuen Scheidemünze — nämlich die neuen Stücke zu 1 Schilling oder 4 Pfennigen, dann die $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Schillinge zu 2 und 1 Pfennigen, diesen Nominalbeträgen nach, einen bedeutenderen Werth darstellen als die jetzt umlaufenden gleichnamigen, so können letztere ohne Nachtheil zu dem erhöhten Werthe im Umlaufe bleiben, denn alsdann gewinnt der zufällige Inhaber derselben.

Wenn aber die neuen Münzen einen, wenn auch nur wenig geringeren Werthbetrag darstellen, als die alten, so werden sie einzuwechseln sein. In Sachsen und Österreich stellen sie genau den nämlichen Werth dar, können also im Umlaufe bleiben. Die preussischen haben einen geringeren als diesen Nominalwerth, können also — und zwar zum Vortheile der Inhaber — auf den Werth der neuen Pfennige erhöht werden, was die Einführung des neuen Münzsystems für den kleinen Verkehr nicht bloss erleichtert, sondern auch fast unbemerktbar macht.

Von den jetzt umlaufenden Scheidemünzsorten schliessen sich also die Stücke von 2 und 1 Silber Groschen (5 und $2\frac{1}{2}$ Schillingen) und von 4, 2 und 1 Pfennigen den Werthgrössen der neuen Zählweise genau an, und beeinträchtigen das Ins-Leben-treten derselben durchaus nicht. Unbequem dagegen sind die Stücke zu $2\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{2}$ Silber Groschen, weil sie sich, bei einem Betrage von $6\frac{1}{4}$ und $1\frac{1}{4}$ Schilling, der neuen Zählweise nur in einem bis zur völligen Unbrauchbarkeit unbequemen Verhältnisse anschliessen. Der Dreier, zu $\frac{3}{4}$ Schilling, ist praktisch allerdings nicht so unbequem, und da manche Preise eben an seinen Werthbetrag geknüpft sind, so steht er nicht im Wege.

Dagegen die Stücke zu $2\frac{1}{2}$ und zu $\frac{1}{2}$ Silber Groschen sind sobald als möglich zu beseitigen, denn da namentlich erstere im kleinen Verkehre das vorherrschende Zahlungsmittel bilden, so würde ihr fortdauernder Umlauf das Ins-Leben-treten der neuen Zählweise fast unmöglich machen.

Es sind also in Bezug auf die Scheidemünze, behuf sofortigen Überganges zu der Zählweise des neuen Münzsystems, unter Voraussetzung des hier angenommenen Verhältnisses:

- 1) die Stücke zu $2\frac{1}{2}$ und zu $\frac{1}{2}$ Silber Groschen aus dem Verkehre zu ziehen, und
- 2) zunächst die letzteren durch Stücke zu 2 Schillingen oder 8 Pfennigen aus Kupfer zu ersetzen.

Späterhin werden mit Hülfe der letzteren auch die Silber Groschen aus dem Umlaufe zu ziehen sein, deren fernerer Umlauf aber, bis zum völligen Durchdringen der neuen Rechnungsart nach Schillingen, nützlich ist, um eine Steigerung der Preise

zu verhindern, wenngleich sie diesem Durchdringen im Wege stehen.

Der Ersatz der Billon-Scheidemünze durch kupferne ist begreiflicherweise für die Münzkasse sehr vortheilhaft. Von den $2\frac{1}{2}$ -Groschenstücken will ich hernach reden.

Für den kleinen Verkehr liegen also alle Umstände behuf des Überganges zu dem neuen — vorausgesetzten — Münzsysteme sehr günstig, — was von grossem Werthe ist!

II. Hinsichtlich der Zahlungsmittel des grossen Verkehrs sind die Goldmünzen und die Silbermünzen, und, bei letzteren die Thaler und Doppelthaler einerseits, und die Theilstücke des Thalers, die $\frac{2}{3}$ -, $\frac{1}{3}$ - und $\frac{1}{6}$ -Thalerstücke andererseits zu unterscheiden.

1. Die Thaler und die Doppelthaler, diejenigen beiden Münzsorten, welche bisher und zwar factisch ausschliesslich, die Basis der reinen Silberwährung bildeten.

Da es ein grosser und verderblicher, obgleich viel verbreiteter Irrthum ist, dass die sofortige und vollständige Einführung der reinen Goldwährung die sofortige und vollständige Abschaffung der bisherigen reinen Silberwährung zur Bedingung habe, vielmehr erstere so gut wie unmöglich ohne ein vorläufiges Neben- (nicht „Durch“-) einander-bestehen beider ist, so kommen, bei der Erörterung der Übergangs-Massregeln, die Thaler gar nicht in Betracht. Die Thaler bleiben nicht bloss nach wie vor, als Zahlungsmittel der reinen Silberwährung im Umlaufe, sondern es werden deren auch, sobald der Handels-Cours der Metalle diese Art der Verwerthung des rohen Silbers gewinnbringend erscheinen lässt, auf Speculation fortwährend gemünzt für Rechnung jedes Speculanten, es mag ein solcher ein Banquier oder Geld- oder Metallhändler, der sich, gleichviel wie und woher, Silberbarren verschafft hat, oder es mag ein solcher die Staats-Bergwerks-Verwaltung sein, die es vortheilhafter findet, ihre Ausbeute nicht in Gestalt von Barren, sondern von Thalerstücken in den Handels-Verkehr zu bringen. Das wird besonders oder ausschliesslich davon abhängen, wie lange die Parallel-Währungen sich erhalten können, wie lange der Verkehr für gut finden wird, behuf einzelner Arten von Zahlungen, sich als Zahlungsmittel des Silbers zu

bedienen. Die Staats-Finanz-Verwaltung kann darauf viel, aber nur theilweise einwirken.

Als gesetzlicher Werthmesser dient ausschliesslich das Gold. Reine Goldwährung herrscht, reine Silberwährung wird ungestört geduldet, nämlich von der Gesetzgebung, deren Duldung hierbei die Staats-Finanzverwaltung eben so sich zu Statten kommen lässt, wie jeder Privatmann.

Die Art und Weise, auf welche beide Währungen, die reine Gold- und die reine Silberwährung, die eine als herrschende, die andere als geduldete, oder auch beide völlig gleichberechtigt, neben einander bestehen, hat man bisher in Bremen und in Hannover kennen gelernt. In Hannover waren beide früher gleichberechtigt; später war hier das Silber dem Golde gegenüber, so wie in Bremen das Gold dem Silber gegenüber herrschend.

Ganz genau dieselbe Rolle, welche bisher der Thaler in Bremen neben der reinen Goldwährung gespielt hat, wird er auch da zu spielen haben, wo er bisher, bei reiner Silberwährung, die Basis und das Zahlungsmittel derselben war, und wo jetzt die reine Goldwährung eingeführt werden soll. So wie, bei der Silberwährung, dieser gegenüber die Kronen und Pistolen einen nach den Rechnungseinheiten der Silberwährung ausgedrückten, schwankenden Cours haben, so bei der Goldwährung dieser gegenüber die Thaler, deren schwankender Cours ebenfalls nach den Einheiten dann der Goldwährung ausgedrückt wird.

Hierbei ist nun aber wohl zu beachten, dass die Courschwankungen der Thalerstücke in Bremen fast nur vom grossen Verkehre, im Geldhandel, beachtet werden, dagegen der kleine Verkehr, der die Thalerstücke nur einzeln handhabt, von den Schwankungen nur dann Kenntniss nimmt, wenn diese sehr bedeutend werden. Der Unterschied, den das Coursschwanken auf ein Münzstück von nur geringerem Werthbetrage, wie den Thaler hervorbringt, kann nicht so beträchtlich sein, als der, den er auf eine Goldmünze von bedeutenderem Werthbetrage ausübt.

Um nun, der Verdeutlichung wegen, den Einfluss der Courschwankungen bei den Parallel-Währungen auf den Werth der einzelnen Thalerstücke, beispielsweise, anschaulich zu machen, füge ich hier eine Zusammenstellung der vielleicht eintretenden

Course hinzu; voran stelle ich die verschiedenen Course der Napoleonsd'or nach Thalern in der bisherigen Zählweise, und füge sodann in der mittleren Columne die Zahl hinzu, welche in der Folge den Cours der Thaler angeben wird. Diese Zahl hat einen zweifachen Sinn: sie giebt die Anzahl der Schillinge der Goldwährung, welche, wechselnd, auf das Thalerstück gehen, und zugleich die Anzahl der Quinare an, welche = 100 Thalern sind:

Cours der Napoleonsd'or:		100 Schill. = Quin. Werthrelation.	
		1 Thlr. = Schill.	
1 Nap. = 5 Thlr. 0 Sgr. — Pf.		= 80.	14,368
„ = 5 „ 5 „ 6 ⁷⁷ „		= 76 ⁵⁴	15.
„ = 5 „ 7 „ — „		= 76 ⁴³	15,038
„ = 5 „ 8 „ — „		= 75 ⁹⁴	15,135
„ = 5 „ 9 „ — „		= 75 ⁴⁷	15,226
„ = 5 „ 10 „ — „		= 75.	15,325
„ = 5 „ 11 „ — „		= 74 ⁵³	15,421
„ = 5 „ 12 „ — „		= 74 ⁰⁷	15,517
„ = 5 „ 13 „ — „		= 73 ⁶²	15,613

s. err. in c.

Gerade so nun, wie der Thaler in Bremen während der letzten Jahrzehende einen wechselnden Cours von 64, 65 und 66 Groten Goldwährung gehabt hat, so würde er ihn von 74, 75 und 76 Schillingen haben können. Aber diese Unterschiede, die freilich an der Börse sich sehr bemerkbar machen, würden vom kleinen Verkehre, beim Umlaufe einzelner Stücke schwerlich stark empfunden werden, da der Durchschnitts-Cours von 75, als $\frac{3}{4}$ der Rechnungseinheit der Goldmünze, ein so sehr bequemes Verhältniss giebt, dass man, ohne drängende Umstände, ihm gegenüber das Schwanken gern übersehen würde. Indessen ist wahrscheinlich, dass dann sich der Thaler aus dem kleinen Verkehre sehr zurückziehen würde, falls man nicht verabsäumt, den letzteren reichlich mit den Zahlungsmitteln der neuen Goldwährung zu versehen.

2. Die Theilstücke des Thalers der Courantwährung, die $\frac{2}{3}$ -, $\frac{1}{3}$ - und $\frac{1}{6}$ -Stücke müssen eingezogen und durch die grobe Scheidemünze der neuen Goldwährung ersetzt werden. Diese wird, wie schon oben gesagt, am zweckmässigsten aus Stücken

zu 50 und zu 10 Schillingen ($2\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{2}$ Franken, zu 20 und 4 bisherigen Silbergröschen) bestehen.

Es ist für die Einheit des Münzsystems gar nicht störend, dagegen wie vorhin gesagt, rathsam, vielleicht dürfte man sagen nothwendig, dass, bei übereinstimmender Goldmünze in allen Ländern, die silberne Scheidemünze überall eine verschiedene sei. — Zudem ist die neue französische Silbermünze, sowohl hinsichtlich des Schrots als des Korns, nach einer sicherlich ganz irrigen, auch praktisch verwerflichen Theorie ersonnen. Es kömmt gar nichts darauf an, dass das rauhe Kilogramm in einer runden Anzahl von Stücken ausgebracht werde, sondern es ist für den Handel sehr viel wesentlicher, dass dies hinsichtlich des feinen Kilogramms der Fall sei; und dass man das Korn $\frac{835}{1000}$ fein gewählt hat, statt $833\frac{1}{3}$ ($= \frac{5}{6}$) kann nur auf einer Decimal-Grille beruhen. Das Decimalsystem dient bloss für arithmetische Zwecke; anderweit angebracht ist es unnütz oder sogar unbequem. Die Vorzeit trieb ihre Possen mit der heiligen Siebenzahl; die Thorheit der Mitwelt hat dieser die heilige decem substituirt!

Angenommen die französischen Silbermünzen zu $\frac{5}{6}$ fein, so gehen der Stücke von $2\frac{1}{2}$ Franken = 96 auf's feine Kilogramm. Und wenn diese, was freilich hierher nicht gehört, von brandfeinem Silber, so wie es die Hütten und die Affinageanstalten liefern ($\frac{992}{1000}$, genau $\frac{125}{126}$ fein), geschlagen würden, wobei der raschen Abgreifung durch den Umlauf vorgebeugt und das bei der Beschickung unnütz vergeudete Kupfer gespart werden würde, so wöge das Stück = $10\frac{1}{2}$ Gramme.

Wenn die Stücke zu 96 aufs Kilogramm oder 48 aufs deutsche Münzpfund = $\frac{2}{3}$ Thaler werthen, so bilden sie einen 32-Thalerfuss, und dies würde also der Scheidemünzfuss der neuen Goldwährung sein, welcher eine Werth-Relation von 14,351 ergibt. Hierbei würden 2 Gulden dieser Scheidemünze, welche den Betrag des Quinars darstellen sollen, ihrem Silberinhalte nach ($20\frac{5}{8}$ Gramm) genau $1\frac{1}{4}$ Thaler betragen. Die neue Scheidemünze, die, ihrem Münzfusse, wenigstens dem Silberinhalte nach, mit der neuen französischen völlig übereinstimmt, würde also, den Thaler zu $1\frac{1}{2}$ dieser Gulden gerechnet, $6\frac{2}{3}$ Procent schlechter als das bisherige Courant der Silberwährung sein, wohlverstanden als die

vollhaltigen Thaler derselben. Letzteres wird auch wohl von den österreichischen Gulden und von den sächsischen neuen $\frac{1}{3}$ -Thalerstücken gelten, aber die preussischen $\frac{1}{3}$ - und $\frac{1}{6}$ -Thalerstücke sind weit schlechter an Gehalt, so dass die neue Scheidemünze vielleicht durchschnittlich um 3 Procent schlechter als diese Münzsorten sein könnte. Es werden also beim Einziehen und Umprägen letzterer jedenfalls doch 3 Procent gewonnen, womit die Kosten dieser Umprägung so reichlich gedeckt werden, dass damit auch noch die Kosten der Einziehung und Umprägung der $2\frac{1}{2}$ -Silbergroschenstücke, woran sonst wohl verloren würde, da sie nicht sämmtlich, wie die $\frac{1}{2}$ -Silbergroschen, durch Kupfermünzen ersetzt werden können, gedeckt werden.

Wenn ich mich der Ausdrücke „Einziehung“ und „Umprägung“ bediene, so folge ich dabei dem in solchen Fällen üblichen Sprachgebrauche, bin aber nicht der Meinung, dass zur Umprägung das in diesen einzuziehenden Münzsorten enthaltene Silber verwandt werden könne. Das zur Ausprägung der neuen Scheidemünze erforderliche Silber muss vor der Einziehung jener Münzsorten angeschafft und vermünzt werden.

Der Pariser Münz-Vertrag von 1865 nimmt als Bedarf an Scheidemünze auf den Kopf der Bevölkerung 6 Franken, nach der neuen Scheidemünz-Währung = $1\frac{1}{2}$ Thaler, an. Hiernach würden für Norddeutschland etwa für 45 Millionen Thaler an silberner Scheidemünze erforderlich sein. Das mag wohl zutreffend sein. Da die neuen Münzstücke zunächst die $\frac{1}{6}$ - und $\frac{1}{12}$ -Thalerstücke zu ersetzen haben, so wird der bei Weitem grösste Theil dieser Summe in Zehn-Schillings-Stücken ($\frac{1}{2}$ -Franken) auszumünzen sein.

Wenn der Staatsschatz und die Bank bedeutende Baar-Vorräthe liegen hat, so werden sie der Münz-Anstalt auch bedeutende Vorschüsse machen können und diese in den Stand setzen, einen grossen Theil des Bedarfs an neuer Scheidemünze bereit zu halten.

In Erwägung aber, dass diese Vorschüsse nicht sowohl in Silberbarren, als in ausgemünzten Thalern geleistet werden würden, und es, da es doch nicht beabsichtigt zu werden braucht, diese Thaler aus dem Umlaufe zurückzuziehen, weniger vortheil-

haft sein könnte, sie dennoch in Scheidemünze umzuprägen, so giebt eben jener grosse Bedarf an 10-Schillingsstücken ein Mittel an die Hand, die Ausgabe derselben und damit die Einziehung der durch sie zu ersetzenden Münzsorten im Voraus, noch vor dem Termine des Ins-Leben-tretens der Goldwährung, zu beschaffen.

Bei der, für den Umlauf der einzelnen Thalerstücke im kleinen Verkehre einstweilen angenommenen Vergleichung des Thalers zu = 75 Schillingen der Goldwährung, ist das 10-Schillingsstück = 4 Silber Groschen Courant, jedoch wird es nach einem 32-Thalerfusse ausgemünzt sein. Es könnte daher schon lange vor dem Termine des Eintretens der Goldwährung mit der Ausmünzung und Ausgabe dieser Münzsorte und dagegen der Einziehung zunächst der $2\frac{1}{2}$ -Silbergroschen-Stücke begonnen werden, und diese neue Münzsorte würde für 4 Groschen umlaufen, auch wenn sie eine ganz andere Werthbezeichnung im Gepräge hätte. — Wenn es aber schon für die Bequemlichkeit des gemeinen Lebens höchst wünschenswerth ist, dass jeder ausgeprägten Münzsorte ein bestimmter bezeichnender Name beigelegt werde, so wird man den neuen $\frac{1}{10}$ -Quinaren nur den Namen „Mark“ zu geben brauchen, um sie, ohne alle weitere Werthbezeichnung, eben so gut bei der einen Währung für 4 Silber Groschen, als bei der anderen für 10 Schilling umlaufen zu lassen. — (Es wäre übrigens — beiläufig gesagt — ein wahrer Vandalismus, wenn bei einer Reform des Münzwesens, wie der bevorstehenden, die ältesten, der germanischen Urzeit angehörenden Münzbenennungen „Mark, Schilling und Pfennig“ aus der deutschen Sprache verdrängt werden sollten! Für die Stücke zu 50, 10, 1 und $\frac{1}{4}$ Sous sind vier Benennungen erforderlich, zu denen keine besser geeignet sind, als die zur Hälfte bereits für die ähnlichen Beträge üblichen: Gulden, Mark, Schilling und Pfennig).

Was über die obigen Andeutungen hinsichtlich dieses Gegenstandes hinausgeht, gehört bereits in eine desfallsige Instruction des Münzmeisters oder lässt sich nur nach genommener näherer Rücksprache mit demselben weiter ausführen. Hierbei kommen die besonderen Einrichtungen und Kräfte der Münzanstalt in Betracht. Überhaupt will bei den Münzangelegenheiten vielerlei

berücksichtigt sein, welches so concreter Natur ist, dass es im Allgemeinen kaum anders als in allgemeinen Redensarten sich besprechen lässt. Finanzminister und Münzmeister verhalten sich hierbei gleichsam wie ein Spekulant; ein solcher muss seine Mittel, seinen Credit und die Conjunctionen kennen, was ganz concrete und momentane Dinge sind. Und dieses trifft nun ganz vorzugsweise zu bei dem dritten und wesentlichsten Stücke der Vorbereitungen, dem

3. die Goldmünzen und ihre Anschaffung betreffenden, und hierbei kömmt wiederum abgesondert in Betracht: Das gemünzte Geld und das Creditgeld.

Wenn ein Münzvertrag oder ein Münzgesetz mit einem Schlage und an einem Tage, da, wo bisher reine Silberwährung herrschte und wo zugleich durch künstliche Mittel dem Verkehre das Gold vorenthalten war, die Goldwährung einführen will, so muss es auch urplötzlich den gesammten Bedarf des grossen Verkehrs an den Zahlungsmitteln der neuen Währung herbeizuschaffen verstanden haben. Der lässt sich aber hierbei weder pacisciren noch decretiren. Ein solcher Moment kann, auch bei den besten Vorbereitungen, nur da eintreten, wo günstige Conjunctionen obwalten, die sich nicht einmal berechnen, geschweige denn schaffen lassen. Die Goldmünzen können nicht so im voraus bereit gelegt werden, wie die Scheidemünze. Umgekehrt wird hier, um Goldmünzen machen zu können, erst die Goldwährung eingeführt sein müssen.

Indessen wo Nachfrage ist, da bleibt auch das Angebot nicht aus. Wo ein Bedarf ist, da strebt der Handel, ihm zu genügen. Gold ist immer käuflich für den, der es bezahlen kann. Wer Silber hat, der kann Gold kaufen; am Besten thäte er freilich, es eben dann zu kaufen, wenn das Silber hoch im Preise steht und das Gold daneben wohlfeil ist. Diese Conjunction war einst da, aber sie ist vorüber; die Handelspreise der Metalle stehen für Einführung der Goldwährung nicht mehr so günstig. Das Gold wird aber dadurch herbeigezogen, dass man es unentbehrlich für den Verkehr macht, und darauf hat die Gesetzgebung oder die Finanzverwaltung vielen Einfluss. Was hierbei zu versuchen ist, habe ich schon oben, wo von dem Übergange selbst die Rede war, angedeutet. Wenn auf den dort gezeigten Wegen

das Bedürfniss nach Gold rege gemacht ist, so wird das Gold auch nicht ausbleiben, und die unter dem Einflusse der Staatsverwaltung stehenden Geld- und Handelsanstalten werden dabei grosse Beihülfe gewähren.

Die Münzanstalten werden es an ihrer Thätigkeit nicht fehlen lassen. Sie werden das zur Vermünzung angebotene Gold so hoch bezahlen und so billig vermünzen, dass, mit Verzicht auf allen Gewinn und Schlagschatz, nur eben die baaren Auslagen ersetzt werden. Insbesondere wird man den Münzanstalten Frachtfreiheit bei allen Transportanstalten des Staats für Ab- und Zusendungen von Gold gewähren. —

Die bisherigen einheimischen Goldmünzen werden sehr bald im Course gegen die neuen Goldmünzen, durch ihre Unbequemlichkeit und Unbrauchbarkeit so fallen, dass sie auf den Betrag ihres Goldinhalts mit Abzug der, zu diesem Behufe möglichst niedrig angesetzten Kosten der Ummünzung, herabgehen werden. Wenn diese Goldmünzen nicht mehr, wie bisher und alt-herkömmlich, mit den Münzen der Silberwährung, sondern mit den Rechnungseinheiten der neuen Goldwährung verglichen werden, so sind sie einzeln für den Verkehr völlig unbrauchbar, und können nur noch massenweise al marco verhandelt werden, was sie sofort in den Schmelztiegel führt. Es werden, ihrem Goldinhalte nach, werth sein (hierbei aber der Quinar zu $1^{45}/_{100}$ Gramme fein Gold angenommen):

1 Goldkrone	=	6 Q.	89 ⁶⁵ Sch.
(1 Friedrichd'or	=	4 „	16 „)
1 Pistole	=	4 „	10 ⁵⁰⁹ „
1 Ducat	=	2 „	37 ³⁷ „
100 Thaler Goldwährung	=	82 „	10 ¹⁸ „
(1 Sovereign	=	5 „	04 ⁹⁶ „)

So wie der Courszettel diese Münzsorten in dergleichen Decimalbrüchen notirt, sind sie für den Verkehr, im Einzelnen, verloren. Es versteht sich, dass ein ähnlicher, fester Tarif gesetzlich bekannt gemacht wird, nach welchem alle in Goldmünzen ausgedrückten privatrechtlichen Leistungen auf die neue Goldmünze umgerechnet werden.

Die Friedrichsd'or habe ich jedoch in obige Reductions-Tabelle

eigentlich nur, gleich den Sovereigns, der Vergleichung halber aufgenommen. Erstere bilden ein münzförmiges Creditgeld, welches auf Silberwährung lautet, einen Zweig der Staatsschuld, und können nicht anders, als durch Einlösung *al pari* aus dem Umlaufe gezogen werden. Es kann aber zu jeder Zeit, auch noch vor dem Termine des Eintritts der Goldwährung, eine Kündigung dieses Theils der Staatsschuld, mit Präclusivfrist, vorgenommen werden, oder vielmehr würde diese Massregel, als Vorbereitung jenes Eintritts, nothwendig sein.

Ein erfolgreiches Mittel, um ohne Schwierigkeit und Opfer die Goldwährung in den Verkehr einzuführen, besteht in der Convertirung des, von der Finanzverwaltung und den unter ihrer Leitung stehenden Geldanstalten in Umlauf gesetzten Creditgeldes: der Cassenscheine und der Banknoten. Es würde sich sogar rechtfertigen, nach dem Beispiele Hollands, als es zur reinen Silberwährung überging, einen bedeutenden Betrag von Cassenscheinen, die nach möglichst kurzen Fristen, so wie die Ausmünzung der Goldmünzen fortschreitet, gegen letztere wieder eingelöst werden, auszugeben, um eiligst den Markt mit Zahlungsmitteln zu versehen. Für den Fall, dass die Vorbereitungen des Eintritts der Goldwährung, bei der etwa gewünschten Beschleunigung der Massregel, Hindernisse fänden, oder Handelsconjuncturen unerwartete Schwierigkeiten herbeiführten, könnte es auch durchaus zweckmässig und völlig unnachtheilig erscheinen, mittelst eines provisorischen Münzgesetzes das jetzt bestehende Münzgesetz theilweise dahin abzuändern, dass, sei es mit Beibehaltung oder mit völliger Abschaffung der Goldkronen, deren Fortmünzung jedenfalls eingestellt würde, und an die Stelle derselben die französischen Goldmünzen treten, und zwar dies mit vorläufiger Beibehaltung der reinen Silberwährung, die dann erst nach Vollendung aller Vorbereitungen eingeführt würde, wobei, wie sich von selbst versteht, alle Bestimmungen des Wiener Vertrages, welche die Doppelwährung ausschliessen und die reine Silberwährung aufrecht erhalten, in Kraft bleiben, oder doch nur in soweit modificirt würden, als sie die ausschliessliche Silberwährung aufrecht halten zu wollen scheinen; ich sage: „scheinen“, denn wenn es in der Vertragsurkunde heisst: die reine Silberwährung

solle aufrecht erhalten werden, so hätte dies nicht den Sinn haben dürfen: die Silberwährung solle die ausschliessliche sein, sondern: sie solle rein aufrecht erhalten werden, d. h. frei von der Mischwährung oder sogenannten Doppelwährung, aber immerhin neben einer mit ihr concurrirenden, parallel laufenden, ebenfalls reinen Goldwährung. Und dass letzteres eigentlich die, nur unrichtig und zweideutig oder unverständlich ausgedrückte Meinung war, zeigt sich deutlichst darin, dass der Vertrag den Goldkronen ein selbständiges Rechnungssystem, mit Kronzehnteln und deren „decimaler weiterer Eintheilung“ hinzufügte, also sie zur Basis einer reinen Goldwährung machte. — Wenn man lange im Voraus, schon vor dem ins-Leben-treten der Goldwährung, und wäre es auch nicht anstatt, doch neben dem 10-Grammenstücke, das $1^{45}/_{100}$ Grammenstück als einheimische Goldmünze zuliesse — wie lange nicht haben in deutschen Ländern verschiedene Arten von Goldmünzen, sämmtlich als einheimische, namentlich Ducaten und Carolinen, oder erstere mit Goldgulden und Friedrichsd'or neben einander bestanden! — so würden günstige Conjunctionen zum Goldausmünzen benutzt werden können; und wenn auch diese Ausmünzung der Quinare noch ganz unterbliebe, so würde es dann immer schon eine wesentliche Vorbereitung für die Einführung der Goldwährung sein, wenn wenigstens die Cassenscheine in andere, auf Goldwährung, auf Quinare lautende umgewandelt würden, die dann freilich, gleich den Kronen und den in Masse in Norddeutschland bereits umlaufenden französischen Goldmünzen einstweilen noch den Coursschwankungen unterliegen würden. Dieses würde freilich erst dann geschehen müssen, wenn man den Eintritt der Goldwährung in nicht allzu langer Zeit beabsichtigte. Es könnten dann bereits manche Einnahmen, manche Ausgaben nach dieser Quinar-Währung ebenso stipulirt werden, als dies schon jetzt in Kronen geschehen darf.

Wie sich von selbst versteht, würde, neben einer gesetzlichen Zulassung französischer Goldmünzen als einheimischer Zahlungsmittel, auch der Art. 22 des Wiener Münzvertrages von 1857, der die Ausgabe von Cassenscheinen und Banknoten, die nicht auf Silberwährung lauten, untersagt, gesetzlich modificirt werden müssen,

und damit den Banken gestattet werden, auch, neben der reinen Silberwährung, nach reiner Goldwährung zu verkehren.

Bei einer, der Einführung der Goldwährung noch vorhergehenden Convertirung der Cassenscheine wird jedoch auch zu erwägen sein, ob man demjenigen Theile des Verkehrs, der sich der ausschliesslichen Silberwährung so lange bedient, als nicht die Goldwährung als herrschend an ihre Stelle tritt, die Cassenscheine einstweilen völlig entziehen soll, was denn eine nur theilweise und allmähliche Convertirung derselben rathsam machen könnte.

Bei allen diesem handelt es sich weniger um die Sorge, bereits entgegenstehenden Schwierigkeiten zu begegnen, als um die Behutsamkeit, welche das Entstehen von Schwierigkeiten verhindert.

Ich habe nun hiermit der gestellten Frage insofern formell genügt, als ich 1) die Rechtsfrage, 2) den Übergang und 3) die Vorbereitungen zu der Goldwährung durchgegangen bin; allein ich habe insofern dem Inhalte des Programms freilich nicht ganz entsprochen, als ich von den in den Eingangssätzen desselben ausgesprochenen Anheimgaben abgewichen bin; und eben so glaube ich nun noch in einigen Nachträgen über die Schranken desselben hinausgehen zu dürfen.

Das Programm wünscht „die principielle Unrichtigkeit“ der sogenannten „Doppelwährung“ nicht besprochen zu sehen. Freilich ist über dieselbe unendlich viel geschrieben, gedruckt, gesprochen und verhandelt; aber wenn man bemerkt, wie mühsam und weitschweifig da nur erst den Begriff derselben zu entwickeln und klar zu machen gesucht wird, so sollte man fast fürchten, dass alles jenes Viele hierzu wenigstens ganz unnütz gewesen ist. Wirklich hat man aber auch diese Ansicht mehr in ihren Folgerungen, in ihrer Erscheinung, nicht aber hinlänglich in ihrer Wurzel, ihrer Quelle angegriffen und bestritten; ja, man bemerkt sogar in diesen Reden und Schriften oft nur allzu deutlich, dass es darin anklingt, wie in dem Briefe, den Lichtenberg's Dienstmagd — in der Aufklärungsperiode — an ihre

Freundin schrieb: „Ich danke Gott jeden Morgen auf den Knien, dass er mich hat zur Gottesleugnerin werden lassen“. Im Principe leugnen sie die Statthaftigkeit der Doppelwährung, und dennoch setzen sie bei der Anwendung im Einzelnen wiederum mehr oder weniger ihre Unvermeidlichkeit voraus!

Die Sache verhält sich folgender Gestalt:

Als die Botanik noch in der Kindheit stand, erkannten die Botaniker nur genera der Pflanzen; als sie sich entwickelte, unterschied man auch species. Aller Fortschritt im Erkennen beruhet auf dem Unterscheiden! Die Geldlehre liegt noch in den Windeln, weil sie nicht unterscheidet, und fortdauernd die heterogensten Begriffe identificirt.

Auch im Geldwesen erkannte man einst und lange Zeit hindurch nur das genus: „Edelmetall“, und hielt demgemäss die Goldmünze für das Mehrstück der Silbermünze. Dies ist die Ansicht, auf welcher die Doppelwährung beruhet. Als man aber entdeckte, dass dies genus zwei wesentlich verschiedene species: Gold und Silber enthalte und beide Metalle nicht mehr für im Wesentlichen identisch ansah, gewahrte man, dass da, wo das eine von beiden Geld sei, das andere Waare sein müsse. Das ist nun erkannt, aber längst nicht von Allen, denn, wie Soetbeer, einer der ersten unter den Kennern der Geldlehre, der erste unter denen der Geldgeschichte, bemerkt (Verhandl. des 9. Congr. d. Volkswirthe, S. 64): „lässt sich dies auch daraus abnehmen, dass Frankreich hierin keineswegs allein steht, sondern auch die Vereinigten Staaten von Amerika die Doppelwährung principiell beibehalten haben.“ — Freilich! dass die Ansicht, die Erde stehe still und die Sonne bewege sich, noch herrsche, lässt sich daraus abnehmen, dass man in der Kalmuckei und in Patagonien noch daran glaubt. Wie denn auch eben in Paris und Neuyork die Klopffeister erst kürzlich noch die mehrsten Gläubigen gefunden haben!

Der Begriff eines Werthmessers setzt Identität der Massstäbe voraus, und Identität ist die logische Bedingung jeder Währung. Mehrfache Währung besteht überall, wo diese Identität fehlt; auch der preussische Courantfuss beruhet sogar bloss auf dem Thaler, indem eine und dieselbe Silbermasse einen verschie-

denen Preis hat, je nachdem sie in $\frac{1}{1}$ - oder in $\frac{1}{6}$ -Thalern vermünzt ist, was jeder Hamburger Courszettel zeigt.

Wenn nun, dem Schwanken der Werth-Relation — das heisst: des Preises — nach, Gold und Silber sich wie Geld und Waare gegen einander verhalten, so können sie nicht identisch sein. Sie willkürlich als identisch betrachten zu wollen, ist unmöglich, wenn man täglich sich vom Gegentheile überzeugt. Der Begriff eines Werthmessers ohne Identität der Massstäbe enthält eine *contradictio in adjecto*, ist also logischer „Unsinn.“

Aber der Begriff der Doppelwährung ist sogar noch mehr! Jemand hat einst, ich weiss nicht, zu welcher Stunde, seinen Schatten gemessen, und gefunden, dass er gerade eine Elle lang ist. Seitdem bedient er sich zum Messen beliebig bald der Elle, bald seines Schattens, ohne Berücksichtigung der Tageszeit (oder des Courszettels). Wenn er von dem Abnehmen und Zunehmen der Schattenlänge gar nichts weiss, so ist er sehr unwissend; weiss er davon, und misst dennoch mit dem Schatten, dann steht es noch schlimmer mit ihm! — Der französische Finanzminister hat, laut Zeitungsnachricht, noch im März 1868 (!!) ein „questionnaire“ an alle Handelskammern über die Frage gesandt, ob die Abschaffung der Doppelwährung „mit Unzuträglichkeiten sehr ernster Art verbunden sei oder nicht.“ So fragt man in Frankreich, in dem Augenblicke, wo Frankreich seine Münzgesetze der ganzen Welt als Richtschnur aufdringen will und Jedermann sich darin ergeben zu wollen scheint! — Wie unendlich weiter ist doch Deutschland dagegen bereits 1857 fortgeschritten!

Es steht aber auch nicht einmal eine Rückkehr zu der Doppelwährung frei; diese Rückkehr ist eine Unmöglichkeit, denn wenn erst etwas als unwahr und abergläubisch allgemein erkannt ist, so lässt sich der Glaube daran nicht wiederherstellen,

Non unquam pristinos colores

Lana refert, medicata fuco!

Und die Börse hat den Glauben an die Doppelwährung unwiederbringlich verloren.

In der That ist aber auch das, was in Frankreich im Sommer 1867 geschehen ist, als man aufs Neue silberne Fünf-Frankenstücke ausmünzte, nicht eine Wiederherstellung der Doppelwäh-

rung oder die Einführung der Parallel-Währungen, sondern ein Herumspringen von der einen reinen Währung auf die andere, wobei Niemand weiss, woran er ist.

Dem Übergange zur Doppelwährung steht nicht Schwierigkeit, sondern Unmöglichkeit entgegen; das Eintreten der Parallel-Währungen ist aber etwas von selbst erfolgendes, sobald ihm nur nicht künstliche Schwierigkeiten bereitet werden. Dem Übergange zur reinen Goldwährung können allerdings mehrfache Schwierigkeiten entgegen treten, die theilweise eine Folge zufälliger ungünstiger Handels-Conjuncturen sein, theilweise aus unrichtigem Verfahren der Gesetzgebung und der Finanzverwaltung hervorgehen könnten. Durch günstigere Zufälle würden die ersteren ganz wegfallen, durch Umsicht die letzteren grossentheils beseitigt werden.

Die „Doppelwährung“ ist bereits in den Augen des grossen Verkehrs — um mit Lichtenberg zu reden — ein Messer ohne Klinge an welchem der Stiel fehlt, und wenn die Gesetzgebung die Goldwährung auf einen bestimmten Termin herbestellen wollte, so würde es ihr sicherlich eben so ergehen, wie dem Herrn B . . . , in der Geschichte, die abermals Lichtenberg erzählt: „Ist es denn wahr, dass Herr B . . . Geister citiren kann? — Ja, citiren kann er sie wohl, aber sie kommen nur nicht!“ — Die Parallel-Währungen werden aber, als solche, überhaupt nicht eingeführt, sondern sie entstehen von selbst, dadurch, dass die Goldwährung eingeführt, die Silberwährung aber nicht abgeschafft wird. Auf einen bestimmten Termin lässt sich indessen die eine so wenig einführen, als die andere abschaffen.

Wenn aber die Regierungen sich, durch lediglich auf irrige Voraussetzungen gegründete Schwierigkeiten und Bedenken, von der Beseitigung der Doppelwährung abhalten lassen sollten, so ist die Festhaltung dieses Standpunkts etwas sehr gefährliches, denn sie könnte dahin führen, dass der richtige Augenblick zur Ergreifung einer wichtigen Massregel versäumt wird, und sich darüber Schwierigkeiten entwickeln, die nicht da waren, und dass sich mangelhafte Zustände ausbilden, denen man hatte vorbeugen können und sollen. Die Einseitigkeit des Wiener Vertrags von 1857 hat bereits viele solcher Zustände geschaffen.

Wenn es darauf ankömmt, wie der Absatz 7 des Programms mit Recht der Meinung ist, „dass die Regierungen wie das Publicum eine klare Vorstellung erhalten“ von der Einführung der Goldwährung und ihren Folgen, so würde man beiden diese Vorstellung nicht klarer geben können, als durch eine Darstellung des Geldwesens, wie es seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. im nordwestlichen Deutschlande bestanden hat. Wer die dortigen Zustände nur einigermaßen kennt, der hat die klarste Darstellung von Verhältnissen, die im übrigen Deutschlande allerdings unbekannt sind, woraus denn die Hülfs- und Rathlosigkeit hervorgeht, welche theils in Klagen, theils im Empfehlen der allerverkehrtesten Besserungsmassregeln laut wird. Im nordwestlichen Deutschlande hatte man die reine Goldwährung und die reine Silberwährung, beide getrennt, jede rein für sich. Als durch grosse Coursschwankungen dies Nebeneinanderbestehen beider unbequem wurde, gewann die eine der beiden mehr und mehr die Oberhand. Wenn die Gesetzgebung dies Nebeneinanderbestehen stören wollte, so waren 1857 die Umstände bereits so, dass sie die Goldwährung zur Alleinherrschaft zu verhelfen streben musste. Statt dessen that sie das Umgekehrte und strebte die Goldwährung völlig zu unterdrücken. Ihr Verfahren dabei war das einzig richtige, nur hätte sie es nach der andern Seite hin anwenden müssen. Um nun von der ausschliesslichen Silberwährung zu der vorerst neben dieselbe tretenden Goldwährung zu gelangen, giebt es kein anderes Mittel, als zunächst jene Zustände des nordwestlichen Deutschlands künstlich eintreten zu lassen, und dann, durch Begünstigung der Goldwährung, dieser die Oberhand zu verschaffen.

Wenn ich den Gegenstand erschöpfend behandeln will, so muss ich jetzt den drei Capiteln über die Frage, wie man die Goldwährung einzuführen habe, noch ein viertes, über die Frage, wie man sie auch in Bestand zu erhalten habe, hinzufügen.

Zuvörderst will ich jedoch noch auf diejenigen Bestandtheile des französischen Münzsystems aufmerksam machen, in welchen,

nach den bisherigen von der Geldgeschichte gelieferten Erfahrungen, die Erhaltung der Integrität dieses Münzsystems über kurz oder lang gefährdet erscheinen könnte. Diese sind:

1) Die Beschickung der edelen Metalle mit unedelen. Diese Beschickung ist die eigentliche Ursache, aus welcher bisher noch alle Münzsysteme zu Grunde gegangen sind, weil, wie durch Entdeckungen in der Chemie neuerlich nachgewiesen ist, diese Beschickung der hauptsächlichste Grund der bedeutenden Gewichtsverminderung der Münzstücke durch den Umlauf ist. Nachdem Hoffmann (Lehre vom Gelde S. 24) bereits gesagt hat: „Es ist schwer, einen haltbaren Grund für die Legirung der Goldmünzen anzugeben,“ sagt die metrologische Commission zu Paris 1867: „Il est à désirer, que les monnaies soient partout frappées au titre de $\frac{9}{10}$ “. Weshalb? Nun, wenn es Hoffmann nicht gewusst hat, so wird es jene Commission wohl eben so wenig wissen! — Ausserdem macht die Beschickung den Feingehalt, das Korn der Münzen unsicher.

2) Der Mangel an Übereinstimmung des Münzsystems mit dem Gewichtssysteme, welcher das Gewicht, das Schrot der einzelnen Münzstücke unsicher macht. Das goldene 20-Frankenstück wiegt $6\frac{14}{31}$ Gramme und enthält an feinem Golde $5\frac{25}{31}$ Gramme. Das Korn der Münzen, zu $\frac{9}{10}$, soll damit nach dem Decimal-Systeme geordnet sein, ein wunderliches Missverstehen desselben, denn dieser Gehalt gehört nur dem Nonal-Systeme an. Beim Schrote der Münzen treten nur 31stel auf, die einem Trigesimo-primal-Systeme angehören, aber mit den decimalen Grössen des Gewichtssystems arg im Widerspruche stehen.

Neben diesen beiden, im Schrote und Korne des Münzfusses liegenden Grundgebrechen des französischen Münzsystems leidet dasselbe auch noch an zwei zufälligen Mängeln, die sich allerdings leicht beseitigen lassen, nämlich

3) an der mangelhaften Gestalt der Münzstücke, welche der Münzfälschung Vorschub leistet, indem der zu geringe Durchmesser und daher die Dicke der Schrötlinge das Ausbohren derselben, und der kerbenweise verzierte Rand das Befeilen derselben befördert, und

4) an dem für den Verkehr unbequemen Werthbetrage der

Rechnungs-Einheiten, da wenigstens die Centime eine für den grossen Verkehr ganz unbrauchbare Werthsteigerungs-Stufe ist. Diesem ist aber auf's Beste abgeholfen, wenn der Quinar mit seinen 100 Sous zur Rechnungs-Einheit gewählt wird.

Behuf einer Verbesserung des Feingehaltes liegt noch eine Aushülfe darin vor, dass man das in's französische Münzsystem noch nicht aufgenommene Stück zu 25 Franken zur universalen Basis der Goldwährung macht und dieses aus ganz feinem Golde münzt, oder doch, wenn bei dem jetzigen Läuterungsverfahren des Goldes leicht noch ein Zusatz von bis 2 pro mille übrig bleibt, gesetzlich den Feingehalt auf $\frac{999}{1000}$, mit einer Toleranz von 1 pro mille besser oder schlechter bestimmt, womit wohl auch das ängstlichste chemische Gewissen beruhigt werden könnte. — Wenn es darauf ankäme, wenigstens das einzelne Stück auf runde Grössen des Gewichts-Systems zu reduciren, so liegt nahe die sowohl der Technik als dem Verkehre unmessbare Verminderung des Gehalts an feinem Golde auf $7\frac{1}{4}$ Gramme. (Statt $7,25806$ auf $7,25000$). Durch diese Herabsetzung des Münzfusses würde der Betrag des 25-Frankenstücks von 2500 Centimen auf deren $2497\frac{2}{9}$, oder von 500 Sous auf deren $499\frac{4}{9}$, vermindert werden.

Die deutsche Goldkrone, deren angebliche Unbrauchbarkeit bloss darauf beruhet, dass das Gesetz sie auf eine zweckwidrige Weise in den Verkehr eingeführt hatte, wäre, wenn man sie, statt $\frac{9}{10}$ fein, aus affinirtem Golde gemünzt hätte, eine, nicht bloss theoretisch, sondern auch, weil nur eine Münzsorte, wie alsdann diese, die dauernde, zweifellose Basis einer Goldwährung abgeben kann, eine praktisch so gut wie vollkommene Münze gewesen.

Der Übergang zu dieser scheint aber der Zukunft vorbehalten zu sein.

Wunderlich ist es, dass Frankreich, dessen jetziges Münzsystem nur ein, hinsichtlich seiner Grundlage zerrüttetes Überbleibsel der Organisation des Münzsystems von 1802 ist, und wo die öffentliche Meinung — jetzt bereits notorischer Weise — über das Münzwesen schlechter unterrichtet ist, als sonst irgendwo, sein eigenes Münzsystem der civilisirten Welt als allgemeines aufdringen will; wunderlich ist es, dass Frankreich und die

im Münzwesen bereits mit ihm verbündeten Länder — Österreichs Beitritt ist noch nicht ausgeführt — aus eigener Production auch nicht den geringsten Beitrag an edelen Metallen auf den Markt liefern. Die Metall-producirenden Länder — in Europa: Norddeutschland, Russland, ausserhalb: England für seine Colonien, Nord-Amerika — sind dem französischen Münzverbande noch nicht beigetreten. Nur erst zwei derselben brauchten sich zu verbünden, um den Franzosen, die zu einer Münzsystems-Dictatur so wenig berechtigt sind, diese zu entreissen! *)

IV. Die Aufrechthaltung der Währung.

Den drei im Programme der Preisaufgabe gestellten Fragen ist noch eine vierte: wie das nun einzuführende Münzsystem auch in seiner Integrität erhalten werden könne, hinzuzufügen, weil der Gewinn, der durch den mühsam gemachten Übergang zu einem neuen Münzsysteme erreicht wird, durch eine über kurz oder lang eintretende Beeinträchtigung des letzteren wieder vereitelt oder doch geschmälert werden kann.

In einer: „Die Geldlehre“ betitelten Schrift**) hatte ich (im §. 24) den Übergang von der einen Währung zu einer anderen besprochen, musste mich jedoch allda auf das Allgemeine beschränken, da eine genauere Erörterung dieses Gegenstandes schlechterdings nur

*) In ganz Deutschland ist die Goldmünze von 10 Grammen Goldinhalt bereits gesetzlich; der nordamerikanische Gold-Dollar, mit 1,504⁶ Gm. Goldinhalt, der russische Halb-Imperial, mit gesetzlich 5,998³ Gm. Goldinhalt, ebenso der preussische Friedrichsd'or mit 6,032 Gm., kann auf die Beträge des metrischen Systems — 1½ und 6 Gm. — gesetzlich abgerundet werden, ohne dass solche Veränderungen des Gehalts praktisch irgend bemerkbar sein könnten. Der Übergang zu einer Rechnungs-Einheit von 1 Gramme Gold könnte in allen diesen Fällen sogar ohne allen Einfluss auf das Münzsystem vor sich gehen. Nur der englische Sovereign, von 7,322³ Gm. Goldinhalt, fügt sich nicht dazu.

**) „Die Geldlehre. Insbesondere der Wiener Münzvertrag von 1857, die Goldkronen und die deutschen Handelsvereine,“ von H. Grote. Leipzig, 1865. — Diese Schrift bildet, jedoch mit Weglassung des im Titel erwähnten, nur auf die eben jetzt vorliegenden Münzverhältnisse bezüglichen letzten Abschnittes, zugleich eine Abtheilung des IV. Bandes der „Münzstudien.“

durch Anknüpfung an einen ganz concreten Fall, an ein Beispiel des Überganges von einem bestimmten, als bestehend vorausgesetzten Zustande zu einem anderen, im Voraus bestimmten, wie der Fall jetzt in der Preisaufgabe vorgelegt wurde, gegeben werden kann. Bei der steigenden Wichtigkeit der Frage wünschte ich späterhin meine Ansichten über dieselbe auch im Einzelnen aussprechen zu können, und schrieb hierzu einen Aufsatz für die Zeitschrift „Münzstudien“*), in welchem ich, um die Darstellung noch so allgemein wie möglich zu halten, ein Münzsystem, zu welchem der Übergang supponirt wurde, fingirte, und hierzu, um zugleich die in der „Geldlehre“ ausgesprochenen Ansichten in wenigen kurzen Sätzen wiederholen zu können, ein ideales Münzgesetz auf der von Michael Chevalier (Verhandl. des 9. Congr. d. Volkswirthe, S. 63) empfohlenen Basis entwarf, welches alle möglichen Vorzüge eines solchen in sich vereinigen sollte. Um, wie sich von selbst versteht, hierbei eine der wesentlichsten Bedingungen eines guten Münzgesetzes — die Übereinstimmung des Münz- und des Gewichts-Systems — festzuhalten, musste ich als Basis des Systems eine Münze von 10 Grammen feinen Goldes annehmen. Dieser Gesetzentwurf ist, mit Ersetzung jener Basis durch das französische Münzsystem, nebst einem Theile der hiernach gleichfalls umgeänderten Erläuterungen zu demselben, nachstehender:

Entwurf eines Münzgesetzes.

§. 1. Währung.

Zahlung kann nur in gesetzlichen Goldstücken geleistet werden, sobald nicht ausdrücklich ein Anderes bedungen ist.

§. 2. Scheidemünze.

Zahlungen unter dem Betrage des gesetzlichen Goldstücks werden in Goldmünzen minderen Betrages oder in Silbermünzen, unter dem Betrage der mindesten Silbermünze in Kupfermünzen, unter dem Betrage der mindesten Kupfermünze gar nicht geleistet.

§. 3. Münzgewicht.

Das Münzgewicht ist das Gewicht des metrischen Systems.

§. 4. Zählweise.

Rechnungseinheit ist der Betrag von 145 Centigrammen

*) Band VII, S. 113. Die Bogen waren bereits im October 1867 gedruckt; das Heft, von welchem sie einen Theil bilden, hat, wegen verspäteter Lieferung der dazu gehörenden Steindrücke, erst im August 1868 ausgegeben werden können.

Gold (5 Fr.), Namens , welcher in 100 Untereinheiten getheilt wird.

§. 5. I. Goldmünzen. Schrot.

Es sollen als gesetzliche Goldstücke gemünzt werden Münzen zu fünf Rechnungseinheiten von $7\frac{1}{4}$ Grammen an Gewicht. (Nach §. 21 dürfen auch Stücke zu 2 und 1 Rechnungseinheiten nach französischem Münzfusse gemünzt werden.)

§. 6. Korn.

Die Goldstücke sollen aus reinem affinirtem Golde ohne absichtlichen Zusatz gemünzt werden.

§. 7. Toleranz.

Die Abweichung vom gesetzlichen Gewichte soll bei dem einzelnen Goldstücke nicht über $\frac{1}{400}$ mehr oder weniger betragen.

§. 8. Durchmesser.

Der Durchmesser des Goldstücks soll 28 Millimeter betragen.

§. 9. Zahlungsart.

Bei Zahlungen im Betrage von 20 Goldstücken (500 Fr.) und mehr soll das volle Gewicht des Betrages in gesetzlichen Goldstücken zugewogen, nicht gezählt werden.

§. 10. II. Silbermünzen. Schrot.

Der Betrag von $\frac{1}{10}$ Goldstück ($2\frac{1}{2}$ Fr.) soll dargestellt werden durch eine Silbermünze, Namens Gulden, welche $10\frac{1}{2}$ Gramme, der von $\frac{1}{50}$ des Goldstücks ($\frac{1}{2}$ Fr.) durch eine Silbermünze, Namens Mark, welche 21 Decigramme wiegt.

§. 11. Korn.

Die Silbermünzen sollen aus einer Metall-Mischung gemünzt werden, welche 125 Theile feines Silber und 1 Theil Kupfer enthält.

§. 12. Toleranz.

Die Abweichung vom gesetzlichen Gewichte soll bei dem einzelnen Stücke nicht über 5 Centigramme mehr oder weniger betragen.

§. 13. Durchmesser.

Der Durchmesser des Guldens soll 32, der des Markstücks 21 Millimeter betragen.

§. 14. III. Kupfermünzen.

Der Betrag von $\frac{1}{100}$ der Rechnungseinheit soll dargestellt werden durch eine Kupfermünze, Namens Schilling (Sou = 5 Centimen), der von $\frac{1}{400}$ durch eine Kupfermünze, Namens Pfennig.

§. 15. Arten, Schwere und Durchmesser.

Es dürfen aus Kupfer gemünzt werden, Stücke zu 1 und 2 Pfennigen und zu 1 und 2 Schillingen, welche bzw. $1\frac{1}{4}$, $2\frac{1}{2}$, 4 und 8 Gramme wiegen und bzw. 18, 22, 26 und 30 Millimeter im Durchmesser haben.

§. 16. Verfertigung der Münzen.

Alle Münzen sollen im Ringe geprägt werden, die Silber- und Kupfer-Münzen mit glattem Rande. Der Spiegel der Stempel

der Goldmünzen soll guillochirt, deren Rand mit plattgequetschten Perlchen verziert sein.

§. 17. Aufschriften.

Die Stempel der Goldmünzen sollen die Bezeichnung: „7½ *Grammaria auri puri*“ abgekürzt enthalten, die der Silber- und Kupfermünzen durch Ziffern die Anzahl der in ihnen dargestellten Untereinheiten, die aller die Jahrszahl angeben.

§. 18. Münzkosten.

Der Ankaufspreis des Goldes bei den Münzstätten soll 998 Goldgramme für das Kilogramm betragen.

Zusätze.

§. 19. Affinir-Anstalt.

Das zu vermünzende Gold soll vorher in der mit der Münzstätte verbundenen Affinir-Anstalt affinirt werden.

§. 20. Frachtfreiheit.

Die Münzstätten haben bei den Staats-Transport-Anstalten Frachtfreiheit für Ab- und Zusendungen von Gold.

§. 21. Handelsmünzen.

Als Handelsmünzen dürfen die nach dem Jahre 1800 in Deutschland gesetzlich gewesenen Goldmünzen und Silbermünzen, sobald letztere mehr als 15 Gramme an Silber enthalten, auch in früher üblich gewesener Gestalt, ferner ausgemünzt werden.

Als Handelsmünzen dürfen auch ausländische Gold- und Silbermünzen, jedoch mit einheimischen Zeichen und Inschriften und mit genauer Beobachtung ihres im Auslande gesetzlichen Münzfusses nachgemünzt werden.

Hinsichtlich der Ausmünzung von Handelsmünzen haben sich die Münzstätten nach den ihnen deshalb zu ertheilenden besonderen Vorschriften zu richten.

§. 22. Marken.

Die Ausmünzung gesetzlicher und auch anderer, für den Local- und Privat-Verkehr bestimmter Kupfer-Münzsorten ist den münzberechtigten Personen überlassen.

§. 23. Papiergeld.

Die von öffentlichen Cassen und von Geldanstalten ausgegebenen, nicht auf den Namen des Inhabers lautenden Werthpapiere sollen nicht auf weniger als den Betrag von 20 Rechnungseinheiten (100 Fr.) ausgestellt sein.

§. 24. Münz-Instructionen.

Das Münzgesetz soll durch die den Münzbeamten zu ertheilenden Instructionen ergänzt werden.

§. 25. Einführungsgesetz.

Die Verhältnisse dieser Münzordnung zu den früheren Münzordnungen werden durch ein besonderes Einführungsgesetz festgestellt.

Erläuterungen.

Zu §. 4. Der Goldbetrag des Fünf-Frankenstücks ist zu einer Rechnungsmünze sehr viel geeigneter, als das zu viel beträchtliche Pfund Sterling oder der zu viel geringe Frank. Mit ersterem hat man fast stets Brüche, bei letzterem sofort hohe Zahlen. Die Abrundung seines Goldinhalts von $1\frac{14}{31}$ Gm. auf 1,45*) würde ein Herabgehen des Münzfusses um $1\frac{11}{100}$ pro mille bewirken, was aber weder der kleine noch der grosse Verkehr beachtet. Der Thaler des 30-Thalerfusses war um $2\frac{24}{100}$ pro mille schlechter als der des 14-Thalerfusses und sogar dieses, mehr als noch einmal so beträchtliche Herabgehen der Währung war zu geringfügig, um vom Verkehre beachtet zu werden.

Wenn die Pariser Commission von 1867 das Fünf-Frankenstück zur Rechnungseinheit der ganzen civilisirten Welt gemacht zu sehen wünscht, so hätte sie demselben auch einen Namen geben sollen. In Ermangelung eines solchen schlage ich den Namen „Pase“ vor, der, einestheils allen, wenigstens civilisirten Völkern der Erde insofern unanstössig erscheinen kann, als er die alt-hebräische und biblische Benennung von „fein Gold“, $\text{פָּז} (Jes. 13, 12), \text{ὀβρυσσον}$, *obrussum*, ist**), wo alsdann auch die Münzenbenennungen: Dipase, Tetrapase und Pentapase (für 10-, 20-, 25-Frankenstücke), obgleich voces hybridae, doch nach Analogie von 1 Mos. 20, 16 und Richter 16, 5: mille oder centum argenti (sc. siclis), sprachrichtig gebildet wären; und anderntheils würde dieser Name, was hierbei sehr in Betracht kömmt, für die Sprachen aller civilisirten Völker orthoepisch und orthographisch passen***).

Eine Zählweise, die sich nicht auf das Decimal-System gründet, wird — mit Recht — vom grösseren Verkehre gänzlich verworfen; die freilich ebenfalls wohlbegründeten Ansprüche des kleinen Verkehrs auf das Duodecimal-System müssen jenem gegenüber zurücktreten, aber die Interessen beider lassen sich bei der untersten Grösse des Systems durch die Verbindung des Decimal-Systems mit dem Quartal-Systeme glücklich vereinigen. Der grössere Verkehr verschmähet eine allzu winzige Steigerungsstufe, wie es die Centime ist, aber der kleinere Verkehr bedarf einer kleineren Steigerungsstufe, als es die vier- oder fünf-fache Centime sein würde. Der grosse Verkehr rechnet nur

*) $1\frac{14}{31}$ Gm. = 1,451⁶¹²⁹⁰ abgerundet auf = 1,450. Hierbei würden fünf Franken, anstatt 100 Sous, deren nur 99 $\frac{1}{2}$, und statt 500, nur 499 $\frac{3}{4}$ Centimen enthalten. Diese Abweichung ist praktisch unmessbar, weil unwägbare, bleibt daher unbeachtet.

**) Ich setze dabei voraus, dass die Rechnungseinheit nicht auf diesem Münzstücke, sondern auf dem idealen Fünftel des „gesetzlichen Goldstücks“ beruhe.

***) Auch die Engländer würden, ohne „Pause“ schreiben zu müssen, nicht nothwendig „Pehse“ zu sprechen brauchen.

mit der Rechnungseinheit und deren Hundertstel, der kleine Verkehr theilt dies Hundertstel, da ein Zwölftel desselben auch für ihn eine zu geringe Grösse wäre, in bequeme vier Viertel, denen aber der grössere Verkehr eine Rechnungsspalte nicht einräumt, weil so geringe Beträge bei ihm nicht in Frage und in Zahlung kommen. Damit entgeht der grosse Verkehr der Plage der Duodecimal- und der kleine der der reinen Decimal-Zählweise; eine andere Combination ist bei den jetzigen Preis-Verhältnissen nicht ausführbar. Der Sou oder was ihm nahe steht ist die beste Grösse der Rechnungs-Untereinheit des grossen Verkehrs, aber das Zwölftel des Sous ist eine zu kleine für den kleinen, so wie das Zwölffache der Centime eine schon zu grosse für den grossen Verkehr.

Zu §. 5. Wenn der Goldinhalt des Fünf-Frankenstücks = 1,45 Gm. angenommen wird, so wird der des 25-Frankenstücks, der Haupt-Goldmünze und der Basis des Systems, = $7\frac{1}{4}$ Gm. Gold betragen, wodurch wenigstens einigermaßen das Münzsystem mit dem Gewichtssysteme — einer der drei Hauptvorteile eines Münzsystems — in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Wenn nun in diesem §. 5 unter „Gesetzlichen Goldmünzen“ in dem besonderen Sinne dieses Entwurfs (vergl. §. 1) nur Stücke von 25 Franken verstanden sind, so fallen die jetzt in Frankreich eingeführten Goldmünzsorten von $\frac{9}{10}$ Feingehalt unter die im §. 21 gemeinten Sorten, die auf Bestellung von Privaten nach Vorschrift der Regierungen gemünzt, aber auch von letzteren verweigert werden können. Dasselbe gilt hinsichtlich der im §. 10 nicht genannten französischen Silbermünzsorten.

Es ist ein Übelstand, aber es beeinträchtigt nicht die Identität der Währung, wenn die Theilstücke der Hauptmünzsorte einen andern Feingehalt haben als die letztere. So gab es in Norddeutschland einst sogar dreierlei Sorten Gulden, deren jeder 18 Stück eine Mark feinen Silbers enthielten, von denen aber die des Harzer Fusses aus ganz feinem Silber, die des Reichsfusses aus $14\frac{2}{9}$ -löthigem, die des Leipziger aus 12-löthigem Silber waren, aber bei gleichem inneren Silberinhalte gleichwerthend durcheinander umliefen. Wenn zuletzt die erstere Sorte für werthvoller galt als die letzteren, so hatte das seinen Grund darin, dass diese durch den Kupferzusatz abgegriffen waren und an Silberinhalt verloren hatten. — Es kann also allenfalls das Hauptzahlmittel — das 25-Frankenstück — einen andern Feingehalt haben, als die übrigen Goldmünzsorten. Vielleicht würden letztere neben jenen ganz entbehrlich sein, wenn nicht die Stücke zu 5 Franken wünschenswerth wären, um den Bedarf an silberner Scheidemünze zu vermindern, deren sonst bedeutende Masse einst die Integrität der reinen Goldwährung gefährden könnte. Freilich werden bei jener Feingehaltsverschiedenheit die Stücke von 5 und 10 Franken eine Art von Scheidemünze der Goldwährung bilden, die dann aber, bei der Bestimmung des §. 9, unschädlich bleibt.

Da diese Fünfheit in das französische Münzsystem nicht aufgenommen ist, sondern deren Ausmünzung den dasselbe annehmenden Staaten überlassen bleibt, so haben diese die beste Gelegenheit, hierbei das System wesentlichst zu verbessern und diese Sorte zur Hauptmünzsorte zu machen. Denn als solche ist auch die Fünfheit der Vierheit (20-Franken) vorzuziehen, da es in dieser höheren Etage des Systems nicht sowohl darauf ankommt, ein bequemes Mehrstück der unteren Einheit, als vielmehr ein bequemes Theilstück einer noch höheren Einheit, der 100, zu haben. Von den Vierheiten gehen 25, von den Fünfheiten aber 20 auf das Hundert, und nur mit letzteren kann man auch Halb- und Viertel-hundert zahlen. Und die Menschen werden, trotz allen Decimal-Systemen, stets nur in Halbe und Viertel, nie in Fünftel und Zehntel eintheilen*).

Zu §. 6. Nachdem die Geldgeschichte den Beweis geliefert hat, dass alle Münz-Systeme an dem den edelen Metallen — aus Betrug oder aus Unkunde — gegebenen Kupferzusatz zu Grunde gegangen sind, versteht es sich von selbst, dass ein verbessertes Münz-System vor allem Andern das die Währung bildende Metall ohne allen Zusatz vermünzt fordere. Die gegen die Beschickung der edelen Metalle sprechenden Gründe sind „Geldlehre“ S. 89 angegeben.

Eine der praktisch folgenreichsten unter den zahlreichen Entdeckungen, welche die Chemie in neuerer Zeit gemacht hat, ist die, zunächst für das Münzwesen so wichtige des Münzmeisters W. Brüel in Hannover: dass der menschliche Schweiss eine das Kupfer heftig corrodirende Säure enthält, die aber das Gold gar nicht, das Silber in nur geringem Grade angreift (Hausmann Bergmänn. Zeitschr. Jahrg. 1843, S. 186), wonach sich ergeben hat, dass eben der Kupferzusatz zu den edelen Metallen die hauptsächliche Ursache der Abgreifung der Münzstücke und dadurch des Herabsinkens der gesammten Währung ist. Aber die Münzgesetzgebung und die Münz-Technik scheinen die Fortschritte der Wissenschaft geflissentlich ignoriren und bei einer Verkehrt-heit verharren zu wollen, die einst lediglich des Betrugs wegen eingeführt wurde!

Chemisch reines Gold darf man von der Münze nicht verlangen, so lange nicht ein Verfahren entdeckt ist, bei welchem dasselbe noch weniger kostspielig und umständlich, als jetzt, hergestellt werden kann. Das jetzt befolgte Affinirungs-Verfahren wird oft einen Zusatz unedelen Metalls von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Tausendsteln übrig lassen. Da aber in den für Handelszwecke bestehenden Affinirungs-Anstalten dieses Verhältniss, aus Mangel an nothwendiger Sorgfalt bei dem Verfahren, — mitunter bis zu 8 Tau-

*) An Gespenster glaubten ihrer Zeit Alle, Hexenprocesse förderten ihrer Zeit Alle; der Decimal-Fanatismus muss ebenfalls von Allen getheilt sein, ehe er von Allen als Thorheit anerkannt werden kann.

sendsteln — überschritten wird, so ist es nothwendig, dass mit der Münz-Anstalt zugleich eine Affinirungs-Anstalt verbunden sei. Ein Mindergehalt von zwei Tausendsteln würde allerdings wohl den Werth eines Barrens vermindern, allein auf die Integrität des Münzfusses und auf den inneren Verkehr würde derselbe noch keinen Einfluss ausüben. Goldmünzen können durch 2 Tausendstel Minder-Feingehalt nicht als Geld, sondern höchstens allenfalls als Waare im Verkehre mit dem Auslande, bei welchem eine Rückwirkung auf die Geld- und Verkehr-Verhältnisse des Inlandes kaum denkbar, geschweige denn nachweisbar sein würde, verändert erscheinen. Freilich ist bei einer Goldmünze, die aus ganz feinem Golde bestehen soll, eine Abweichung nur ins Schlechtere, nicht auch eine, eine solche Abweichung im Durchschnitte wieder ausgleichende Abweichung ins Bessere möglich, aber dagegen fällt auch die viel grössere Ungleichheit des Feingehalts bei den einzelnen Münzstücken, die durch die Verschiedenheit der specifischen Schwere des Goldes und des Kupfers, beim Giessen und Erkalten des Metalls entsteht, gänzlich weg. (Geldlehre S. 89, unter 5.)

Der starke Kupferzusatz der französischen Goldstücke legt in das ganze Münzsystem den Keim des Todes. Die Zeit wird bald genug kommen, wo man in 31 Stück Napoleonsd'or nicht mehr den Betrag von 180 Grammen feinen Goldes erhält. Auch das englische Münzsystem ist, dieses Grundübels wegen, bereits von der Zerrüttung ergriffen (Grote Geldlehre S. 190. Vergl. dess. Münzstudien I, S. 453). Ist es wahr, was Soetbeer (Einführung der Goldwährung S. 4) erzählt, dass $3\frac{1}{2}$ pro cent der umlaufenden englischen Goldmünzen um $1\frac{1}{2}$ pro cent oder mehr, also um 15 pro mille und mehr, zu leicht sind? Dass also möglicher Weise von den übrigen $96\frac{1}{2}$ pro cent ein grosser Theil bis 14 pro mille unter dem gesetzlichen Goldinhalte bleibt? Wenn dann der Augenschein beweiset, dass dieser Verlust nur dem Abgegriffensein der Münzstücke, und dann der Chemiker beweiset, dass dieses Abgegriffensein nur dem Kupferzusatze zuzuschreiben sei, so muss man doch annehmen, dass die, welche es à désirer finden, „que les monnaies soient frappées au titre de $\frac{9}{10}$ “, und bei denen „le titre de $\frac{9}{10}$ de fin l'objet d'une approbation unanime“ ist, von den vorstehenden Umständen gar nichts wissen! Wie es in dieser Hinsicht um die französischen Goldmünzen stehe, lehrt gleichfalls der Augenschein. Sie haben sogar grösseren Kupferzusatz als die englischen (erstere $\frac{1}{10}$, letztere $\frac{1}{12}$). Der, den jetzt bereits gemachten Erfahrungen und entdeckten Gründen derselben gegenüber nicht mehr widerlegbare Grund-Lehrsatz ist: Wo das Gold mit einem Kupferzusatze vermünzt wird, da ist die Erhaltung eines geordneten Münzwesens, einer sicheren Währung unmöglich!*)

*) Ausführlicher ist diese Frage besprochen in: Grote Geldlehre S. 53 flg.

Zu §. 7: Die Toleranz von $\frac{1}{400}$ ($2\frac{1}{2}$ p. Mille) ist die des Wiener Münzvertrages von 1857. Wenn die Toleranz nach Procenten bestimmt wird, so werden die kleinen Münzsorten weit genauer justirt sein, als die grösseren es werden können. Da bei den leichteren Stücken die Wagen schärfer anziehen, als bei den schwereren, so macht die genauere Justirung kleiner Münzstücke nicht mehr Schwierigkeiten, als die weniger genaue grösserer. Besser wäre es, wenn die grösseren die genauer justirten wären, weil diese das Hauptzahlmittel und das vorzugsweise bei Zahlung grösserer Summen gebrauchte bilden. Sollte es nicht richtiger sein, für alle Sorten einen gleichen Toleranz-Betrag z. B. von 1 Centigramm zu bestimmen? Da der kleineren Sorten mindere Beträge gemünzt*) und schon deshalb grössere Summen nur in grösseren gezahlt werden, so ist für erstere die Gefahr des Auskippens weniger zu besorgen.

Zu §§. 8 und 13: Der, dem Gewichte gegenüber bedeutende Durchmesser der Münzstücke bezweckt zunächst die Verhinderung des münzfälschenden Ausbohrens derselben. Diese Industrie geht bereits weit genug, um jedes Münzgesetz, welches keine Vorsichtsmassregeln dagegen ergreift, als mangelhaft erscheinen zu lassen (Geldlehre S. 131). Das. S. 187 war gemeint, diese Art der Münzfälschung sei in Deutschland noch nicht beobachtet; aber kaum war jene Zeile gedruckt, als durch die Zeitungen auch in Deutschland, zunächst aus Hannover, Klagen über diese Art der Münzfälschung wiederholt laut wurden, wo man insbesondere mit Blei gefüllte Doppelthaler und 20-Franken-Stücke entdeckte. Seitdem sind mehrfach Nachrichten aus Nordamerika, England und Frankreich veröffentlicht, nach denen diese Fälschungsart überall mehr ausgedehnt wird. Diese Mittheilungen theilen jedoch sämmtlich den Irrthum: der Betrug werde mittelst Durchsägen der Münzstücke, dann Abfeilen der inneren Seiten und Wieder-zusammenlöthen auf dazwischen gelegter Bleiplatte bewerkstelligt. Eine so zeitraubende und schwierige Operation würde die Sache sehr unschädlich bleiben lassen, denn damit würde die Fälschung nur wenige Münzstücke treffen und nur von wenigen geschickten und wohlgeübten Arbeitern gemacht werden können. Sie wird aber vielmehr mittelst einer Bohr- oder Raspel-Maschine vorgenommen, die sehr schnell und sicher arbeitet und von jedem auch noch so Ungeübten geleitet werden kann.

Der für die dickeren Schrötlinge angeführte Grund, dass die

S. 83—92. Dess. Münzstudien Bd. I, S. 415—461. Das oben Gesagte giebt noch neue Zusätze dazu.

*) Seit der Einführung der Goldwährung in Frankreich ist dort bestimmt, dass jedes „Werk“ Gold zu 85% in Stücken von 20-, zu 10% in Stücken von 10-, zu 5% in Stücken von 5-Franken ausgemünzt werden soll. Die Bestimmung gehört aber wohl weniger in das Münzgesetz, als in die Instruction für den Münzmeister.

dünneren Münzstücke der Abreibung und Abgreifung mehr Fläche darböten, fällt gänzlich weg, wenn die Münzen aus edelen Metallen ohne den Kupferzusatz verfertigt werden.

Zu §. 9: Ein Münzsystem ist ein um so verbessertes, je mehr es sich der Barrenwährung nähert. Deshalb wird hier nun zur eigentlichen Basis des Systems eine „Zahlungs-Einheit“ zum Betrage von 100 Rechnungs-Einheiten bestimmt, die freilich aus einzelnen Münzstücken besteht, jedoch aus Münzstücken, die zusammen genommen die Eigenschaften eines Barren Goldes haben und der gegenüber alle einzelnen Münzstücke nur als eine Scheidemünze erscheinen. Es ist durch diese Bestimmung der Versuch gemacht, einen auf Münzstücke gegründeten, aber dennoch stabilen und unveränderlichen Werthmesser zu erschaffen: die Eigenschaften des Abschreibens bei der Hamburger Bank sollen auf Baarzahlen übertragen werden! Begreiflicher Weise enthält nun dieser §. 9 nicht etwa ein Verbot, Zahlungen von 100 und mehr Rechnungs-Einheiten ungewogen anzunehmen, vielmehr wird derselbe praktisch gewiss sehr selten zur Anwendung kommen; man zählt nach wie vor, ohne Wagschale. Es ist hier nur ein Rechts-Grundsatz ausgesprochen, eine theoretische Cautel, durch welche den praktischen Folgen der — sei es wie und welcher Weise entstandenen Verschlechterung der umlaufenden Zahlungsmittel vorgebeugt wird, damit nicht etwa wiederum urplötzlich die Entdeckung gemacht werde, die umlaufenden Zahlungsmittel seien gar keine Friedrichsd'or, für welche sie Jedermann gehalten hatte, sondern nur Pistolen, und Jeder, der 6⁰³ Gramme Gold zu besitzen glaubte, erfahre, dass er deren nur 5⁹⁵ besitze.

Zu §. 10: Von dem Münzfusse der hier vorgeschlagenen Silber-Scheidemünzen ist bereits oben (S. 48) die Rede gewesen.

Es ist ohne Frage eine sprachliche, eine sehr praktische Bequemlichkeit, wenn jede Münzsorte ihren bestimmten Namen hat und man dieselbe nicht erst durch weitläufige Definition und Umschreibung —: „Zwei-und-einen-halben-Silbergroschen-Stück“ — zu bezeichnen braucht. Das ist doch zweifellos! Dessenungeachtet haben die Gesetzgeber, mit Ausnahme seltener Fälle, es unterlassen, den verschiedenen ausgemünzten Sorten auch verschiedene Namen zu geben, und sich darauf beschränkt, nur den verschiedenen Rechnungsmünzen, die mitunter gar nicht auch ausgemünzt wurden, gesetzliche Namen beizulegen. In früheren Zeiten genügte dies auch, da man es dem Volke überliess, für jede Sorte einen besonderen Namen zu adoptiren oder zu erfinden. Aber auch in dieser Hinsicht scheint „der schaffende Geist im Volke“ erstorben zu sein; höchstens dass noch höhnende Namen für schlechte oder missliebige Sorten erfunden werden. Diesem Mangel sollte daher jetzt die Gesetzgebung auf eine passende Weise abhelfen!

Für die silberne und kupferne Scheidemünze möchte ich die

Namen: Mark, Schilling und Pfennig erhalten sehen, denn mit diesen drei Namen würden Erinnerungen an die älteste, die germanische Urzeit, der sie angehören, untergehen. Alle anderen Münzen-Benennungen sind sehr viel jüngeren Ursprungs.

Kaum nöthig zu sagen ist: dass die Rechnungsstufen mit den Benennungen der Münzsorten gar nichts zu thun haben. Und wenn man den Stücken zu 2, 3, 5, 10, 20, 25 und 50 Centimen auch noch so verschieden lautende, auch noch so romantische Benennungen gäbe, so würde doch stets nur nach Francs und Centimes gerechnet werden.

Zu §. 15: Um jede Scheidemünze aus Billon zu beseitigen, müssen Kupfermünzen grösseren Betrags gemünzt, aber, der Bequemlichkeit wegen, der Gestalt nach so klein als möglich gemacht werden, ohne dass die kleinsten Sorten durch ihre Kleinheit unbequem werden. Dies wird dadurch erreicht, dass die verschiedenen Sorten nach verschiedenen Münzfussen ausgebracht werden.

Zu §. 16: Dieser §. enthält Schutzmittel gegen die verschiedenen Arten der Münzfälschung. Die hier gesetzlich vorgeschriebene Art der Randverzierung untersagt die erhöhten Randschriften und den Kerbrand — beides nur Einladungen zum Befälschen desselben. Die Guillochirung des Stempelspiegels ist eine neue Erfindung von mir selbst, durch welche vielleicht die Abätzung der Goldmünzen etwas beschränkt werden dürfte.

Zu §§. 18 und 20: Nicht bloss die Interessen des Handels, sondern auch die Aufrechthaltung der Währung erfordern, dass die Vermünzung von Gold thunlichst erleichtert und befördert werde. Es müssen daher die Münzkosten so niedrig wie möglich — auf $\frac{1}{3}$ pro cent, wie in Frankreich — gesetzlich bestimmt werden. Da sodann in allen Ländern die Anzahl der Münzstätten verringert wird und jeder Staat, wenigstens für Goldmünzen, mit einer einzigen Münzstätte ausreicht, so sollte billigerweise die entfernter liegende Handelsstadt zu gleichem Preise wie die näher liegende von der Münzanstalt bedient, und daher für alle hinsichtlich der Transport-Kosten eine Gleichstellung durch völlige Aufhebung derselben gewährt werden. — Des Zinsverlustes wegen wird die Münzanstalt anzuhalten sein, allen Forderungen so schleunig als möglich zu genügen; ich weiss aber nicht ob hierfür die Festsetzung bestimmter Zeitfristen möglich ist. Einen etwa möglichen Schutz gegen vermeidbare Verzögerungen kann die Instruction der Münzbeamten enthalten, damit da, wo Gewährung gesetzlichen Rechts vielleicht unthunlich ist, die Möglichkeit der Beschwerde über Verzögerung gegeben sei. — Weil Silber und Kupfer, als Scheidemünze, auf Bestellung gar nicht, sondern nur im Auftrage der Staats-Finanz-Verwaltung ausgemünzt werden darf, so fällt die Bestimmung des Ankaufspreises für Silber ganz weg.

Zu §. 19: Die triftigen Gründe dieser Bestimmung sind bereits oben, zu §. 6, angegeben.

Zu §. 21: Darin sind die Münzstätten zu Amsterdam und Wien denen aller übrigen Staaten an Einsicht voraus gewesen, dass sie nicht bloss Münzen zum einheimischen Umlaufe, sondern auch zum auswärtigen Handel lieferten; es wäre ein grosser Rückschritt, wenn die Ausmünzung der Ducaten, der Levantiner, der Zecchinen aus Gott weiss welchem Grunde untersagt würde, so lange der Handel noch deren bedarf. — Durch die Einführung eines neuen Münz-Systems und der Goldwährung würden ebenso die norddeutschen Thaler keineswegs vertilgt werden dürfen, vielmehr werden deren dem grossen Verkehre fortdauernd geliefert werden müssen, so lange er sie noch verlangt. Mein Entwurf sagt aber nicht, dass Handelsmünzen auf Verlangen gemünzt werden „sollen“, sondern nur, dass sie gemünzt werden „dürfen“, und die der Regierung vorbehaltenen besonderen Vorschriften können, nach Ermessen, solche Münzsorten, deren Umlauf schädlich sein würde, ausschliessen. Die Münzstätten mögen alle Münzsorten — ausländische und historische — auf Bestellung liefern, falls für die inländische Währung kein Nachtheil davon zu besorgen ist. Das wird von der Regierung vorher erwogen werden müssen, die dann auch Bestimmungen über die Münzkosten und über den Metall-Preis treffen mag. — Dass Seitens der Regierung selbst dieser §. 21 zu irgend einer Mercanzey gemissbraucht werden könnte, vermag ich nicht abzusehen.

Zu §. 22: Marken. Dieser §. ist erforderlich, um die Ausgebung von „Token“ nicht als einen Eingriff in das Münz-Regal erscheinen zu lassen. Für locale Zwecke können auch besondere Münzsorten, wie in München die Heller, in Braunschweig einst die 2 $\frac{1}{2}$ Pfennigstücke, erforderlich sein. Den Fabrik-Herren und Caffee-Wirthen ist es überall unverwehrt, Münzzeichen unter den in ihrem Geschäfte beschäftigten Personen in Umlauf zu setzen; wenn aber, wie es mit den „Token“ der Fall ist, Münzzeichen auch ausserhalb solcher engeren Kreise umlaufen sollen, so wird der Credit derselben nur dann gesichert sein, wenn sie unter Garantie stets solvent bleibender Personen ausgegeben werden. Unter den „münzberechtigten Personen“ sind die zur Zeit des heiligen römischen Reichs münzberechtigten grösseren Grundbesitzer und Corporationen verstanden, denen nach Bedürfniss neue Münzberechtigte hinzuzufügen sind. Wenn ausser diesen Jemand Scheidemünze überhaupt oder Stücke zu nicht gesetzlichen Münzbeträgen gemünzt haben will, so muss es unter dem Namen solcher Münzberechtigten geschehen, bei denen für den Betrag der Ausmünzung, behuf etwaiger Wiedereinziehung der Münzen Sicherheit zu hinterlegen ist, wodurch der Entwerthung solcher Scheidemünzen, sogar für den Fall eines Übermasses derselben, vorgebeugt ist. — Übrigens ist überhaupt durch die Wortfassung der obigen §§. die Ausmünzung anderer als der gesetzlichen Zahlungsmittel nicht ausgeschlossen. Goldmünzen zu mehr als 5 oder weniger als 1 der Rechnungseinheiten, *pièces de plaisir*

aller Art — Geschichts- und münzförmige Denkmünzen, Goldabschläge der Stempel der Silber- und Kupfermünzen, noch grössere oder noch kleinere Silberstücke, achteckige und viereckige Klippen u. s. w. — sind nicht ausgeschlossen. Durch solche Nebenmünzen kann die Integrität der Währung möglicher Weise nicht beeinträchtigt werden.

Zu §. 23: Eine sehr wesentliche Clausel! So wie es eine Scheidemünze geben muss, als „Unterhalb-Währung“, so muss es auch ein Papiergeld geben als „Oberhalb-Währung“ (sit venia verbis); aber so wenig wie man Thaler und Doppelthaler nach dem Scheidemünzfusse prägen darf, ohne die Währung zu vernichten, so wenig darf man Münzstücke der Währung in Papier darstellen, ohne der Währung die Vernichtung vorzubereiten. Diejenigen Papiergeld-Sorten, die unter den Betrag des obersten Metall-Münzstücks herabgehen oder ihn erreichen, bilden gar eine Scheidemünze der Papiergeldwährung, die der grosse Verkehr aber entbehren kann, da er als solche die Goldmünzen hat. Wo aber Papiergeld auch im kleinen Verkehre umläuft, da ist das Geldwesen bereits im kranken Zustande, es verräth den Mangel an gesundem Nahrungsstoffe: an Metallgelde. Wenn bei gesundem Zustande des Geldwesens der Verkehr ein Bedürfniss nach gemünzten Zahlungsmitteln fühlt, so weiss er auch sofort den Stoff zu denselben herbeizuschaffen, um ihn in die Münzstätten zur Verarbeitung zu liefern. Wenn aber das Bedürfniss nach Zahlungsmitteln theilweise durch Papiergeld befriedigt wird, so wird derjenige Betrag an Metall-Gelde, den es ersetzt und vertritt, für den Verkehr entbehrlich, und in Folge dessen in die Fremde ausgeführt. Das Papiergeld verdrängt dasjenige Metall, auf welchem die Währung beruht, entzieht dieser also ihre Grundlage, und gefährdet ihre Aufrechthaltung*). Die hierzu unentbehrliche Menge des Metallgeldes wird aber dem Verkehre vollständig erhalten, wenn die Nominal-Werthe der Papiergeldstücke oberhalb des Betrages des grössten Münzstücks bleiben. — Diese Massregel gehört freilich nicht in ein Münz-, sondern in ein Geldgesetz, daher ich sie nur als „Zusatz“ beifüge; aber auf die gesicherte Aufrechthaltung der Währung — der Hauptaufgabe eines Münzgesetzes, — ist sie gewiss von bedenklichstem Einflusse. Freilich würde ich durch dieselbe mein Münzgesetz für manche Staaten ganz un-aus- und -ein-führbar machen, wenn ich ihr sofortiges Ins-Leben-treten für unerlässlich hielte; wenn aber die Durchführung dieser Massregel allmählich angestrebt würde, so könnte manchem Übel eben so allmählich entgegen gewirkt werden.

*) „Alles Ideelle zehrt, sobald es vom Realen gefordert wird, endlich dieses und sich selbst auf. So der Credit (Papiergeld) das Silber und sich selbst.“ (Goethe 49, S. 76.)

Der vorstehend für einen praktischen Zweck umgearbeitete Entwurf eines Münzgesetzes hatte ursprünglich die Gestalt des fingirten Ideals eines solchen gehabt. Während jetzt in demselben als Rechnungseinheit der Betrag von 5 Franken und als Basis der Währung das 25-Frankenstück angenommen ist, war ursprünglich erstere der Betrag von 1 Gramme Gold, letztere ein Münzstück von 10 Grammen Gold.

Ein mit letzterem völlig übereinstimmender Vorschlag war der Pariser Münz-Conferenz von 1867 gemacht gewesen; der Berichterstatter derselben, Herr von Parieu, sagt über denselben: Vous n'avez pas cru devoir vous attacher à l'idée de la création d'un système nouveau, et vous avez craint qu'une entreprise de ce genre n'entraînât indirectement l'ajournement indéfini des rapprochemens désirables. Ce système eût été fondé probablement sur l'adoption comme unité d'un poids d'or décimalement arrondi. Vous n'avez pas admis que cette régularité absolue, dont la valeur théorique serait incontestable, pût être atteinte sans des difficultés de transition considérables, sans un trouble profond de ce qui a été appelé des habitudes invétérées.

Behuf einer Prüfung der Richtigkeit dieser Ansichten kommt es darauf an, die drei Fragen, welche das Programm der Preis-Aufgabe in Bezug auf den Übergang von den norddeutschen Münzzuständen zu den französischen gestellt hat, für jeden der an der Pariser Münz-Conferenz theilnehmenden Staaten, in allen den Beziehungen, in welchen ich die Preisfrage erörtert habe, gleichfalls zu erörtern, diese Erörterung aber zweifach — sowohl in Bezug auf den Übergang von jedem der jetzt bei den civilisirten Völkern bestehenden Münzsysteme zu dem französischen, als zu dem idealen — vorzunehmen. Würde man sich bei dieser Arbeit auf die Vergleichen der fünf am ausge dehntesten waltenden Münz-Systeme — des französischen, des norddeutschen, des russischen, des englischen und des amerikanischen — beschränken, so würden neun Bearbeitungen der Preisfrage, und eine zehnte zur vergleichenden Zusammenstellung der Resultate jener erforderlich sein. Wiewohl mir der Inhalt dieser zehnten Schrift noch unbekannt ist, so vermuthe ich doch bereits, er würde zeigen, dass in allen neun Fällen die Erleichterungen und die Schwierigkeiten sich völlig gegen einander ausgleichen; aber ich bin bereits gewiss, dass die Schwierigkeiten der Übergänge, wenn letztere nur nicht auf verfehlten Wegen gemacht würden, für weit grösser gehalten werden, als sie sind. Die anscheinend grösste Schwierigkeit: die Umarbeitung sämtlicher auf der Erde umlaufender Goldmünzen in feinhaltige 10-Grammenstücke wäre wohl gerade die geringste, denn die technischen Ateliers arbeiten mit ihren so sehr vervollkommeneten mechanischen Mitteln heut zu Tage sehr flink, und die Kosten der Umarbeitung — ein Hauptpunkt! — würden durch den Gewinn des

in den jetzigen Goldmünzen eben so unnützer als schädlicher Weise steckenden Kupfers vollständigst gedeckt werden. (Geldlehre S. 90. — Münzstudien I., S. 456).

Indessen hat ein Münz-System, dessen Einheit ein decimal abgerundetes Goldstück ist, bei welchem also das Münz- und das Gewichts-System zusammenfällt, — vorausgesetzt: neben Vermünzung nur feinhaltigen Goldes, — keineswegs bloss einen theoretischen, sondern vielmehr einen sehr praktischen Werth; es ist sicherlich das einzige auf die Dauer praktisch genügende, und der schliessliche Übergang zu diesem wird über kurz oder lang überall als unabweisbar erkannt werden.

Unverständlich ist aber, weshalb auf eingewurzelte Gewohnheiten nur bei den Franzosen, welche sich von solchen seit 1789 so vollständig befreiet haben, nicht aber auch bei anderen Völkern, die zum Theil seit Jahrhunderten an solchen hängen, soll Rücksicht genommen werden. Dieser Grund wird wohl nicht gegen den Übergang zu dem idealen Systeme sprechen!

Und um schliesslich nun noch den Standpunkt, von welchem aus ich die vorgelegte Frage betrachtet, besprochen und beantwortet habe, durch Beziehung auf eine zweifellose Autorität zu rechtfertigen, beziehe ich mich wiederum auf einen Ausspruch Hoffmann's (Geldlehre S. 135):

„Es ist wirklich ganz unausführbar, von einer Rechnung und Zahlung in Silberwerth zu einer Rechnung und Zahlung in Goldwerth plötzlich überzugehen; an einen solchen Übergang kann aber auch Niemand denken, der Kenntniss des Münzwesens genug hat, um den Einfluss der erwähnten Veränderung richtig zu würdigen“!

Druckfehler auf S. 47:

Z. 8 statt: „100 Schill.“ lies: „100 Thlr.“

in den jetzigen Goldmünzen eben so unnützer als schädlicher Weise stecenden Kupfers vollständig gedeckt werden. (Geldlehre S. 90. — Münzstudien I. S. 456).

Indessen hat ein Münz-System, dessen Einheit ein decimal abgerundetes Goldstück ist, bei welchem also das Münz- und das Gewichts-System zusammenfällt. — vorausgesetzt: neben Vermögen nur feinhaltigen Goldes, — keineswegs bloss einen theoretischen, sondern vielmehr einen sehr praktischen Werth; es ist sicherlich das einzige auf die Dauer praktisch genügende und der schliessliche Übergang zu diesem wird über kurz oder lang überall als unabweisbar erkannt werden.

Die

Einführung der Goldwährung in Deutschland

nicht gegen den Übergang zu dem idealen Systeme sprechen!

von

Georg Millauer,

Königlicher Münzmeister in München.

Und um schliesslich nun noch den Standpunkt, von welchem aus ich die vorstehende Abhandlung besprochen und beantwortet habe, durch Beziehung auf eine zweifelhafte Autorität zu rechtfertigen, so will ich mich auf einen Ausspruch Hoffmann's (Geldlehre S. 135):

„Es ist wirklich ganz unanstössig, von einer Rechnung und Zahlung in Silberwerth zu einer Rechnung und Zahlung in Goldwerth plötzlich überzugehen; an einem solchen Übergang kann aber auch Niemand denken, der Kenntnisse des Münzwesens genug hat, um den Einfluss der erwähnten Veränderung richtig zu würdigen!“



Druckfehler auf S. 47.

2. 8 statt „100 Schill.“ lies: „100 Thlr.“

Einleitung

Motto: *Memento mori*
Nihil est in mundo permanente

Die Münzvereinbarung zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz vom 23. December 1865, deren Bestimmungen dann bald darauf auch im Kirchenstaate Aufnahme fanden, gab französischen Staatsmännern und Volkswirthien Veranlassung, die Erweiterung derselben und ihre Ausdehnung auf alle civilisirten Nationen, also geradezu die Begründung eines Weltmünzsystems in Anregung zu bringen.

Es ist leicht erklärlich, welche fruchtbarsten Boden die Idee eines Weltmünzsystems und einer Weltmünze überall in unseren Tagen findet, wo der Reiseverkehr in Folge von Eisenbahnen und Dampfschiffahrt ein ungemein gesteigertes geworden, wo verschiedene Werthpapiere der verschiedensten Länder und der verschiedensten Währungen auf dem Geldmarkte ausgetauscht und erstanden, wo also die Unbedenkenlichkeit verschiedener Münzen, die Abzüge und Verluste bei ihrer Umwandelung, die — besonders für den minder rechenfertigen Mann — lästigen Reductionen einer Währung in die andere u. s. w. unendlich mal schwieriger gefühlt werden, als vorhin, wo endlich jene merkwürdige Regung, welche die Künftigen der Gegenwart ergreifen, unauflöslich den National-Egoismus den gemeinsamen Interessen unterordnet, und nach Gemeinsamkeit und Uebereinstimmung auf den verschiedensten Gebieten des wirthschaftlichen und geistigen Lebens verlangt.

Einleitung.

Motto:

Medicatio tempore!

Die Münzvereinbarung zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz vom 23. December 1865, deren Bestimmungen dann bald darauf auch im Kirchenstaate Aufnahme fanden, gab französischen Staatsmännern und Volkswirthen Veranlassung, die Erweiterung derselben und ihre Ausdehnung auf alle civilisirten Nationen, also geradezu die Begründung eines Weltmünzsystems in Anregung zu bringen.

Es ist leicht erklärlich, welch fruchtbaren Boden die Idee eines Weltmünzsystems und einer Weltmünze überall in unsern Tagen findet, wo der Reiseverkehr in Folge von Eisenbahnen und Dampfschiffahrt ein ungemein gesteigerter geworden, wo verzinsliche Werthpapiere der verschiedensten Länder und der verschiedensten Währungen auf dem Geldmarkte ausboten und erstanden, wo also die Unbequemlichkeit verschiedener Münzen, die Abzüge und Verluste bei ihrer Umwechselung, die — besonders für den minder rechnenfertigen Mann — lästigen Reductionen einer Währung in die andere u. s. w. unendlich mal schwieriger gefühlt werden, als vordem, wo endlich jene merkwürdige Regung, welche die Kulturvölker der Gegenwart ergriffen, unaufhaltsam den National-Egoismus den gemeinsamen Interessen unterzuordnen ringt und nach Gemeinsamkeit und Uebereinstimmung auf den verschiedensten Gebieten des wirthschaftlichen und geistigen Lebens verlangt.

Nicht ohne Aussicht auf Erfolg konnte darum schon im vorigen Jahre die französische Regierung die europäischen Staaten und Nord-Amerika zu Unterhandlungen über Annahme eines allgemeinen Münzsystems nach Paris einladen. Wirklich hat die internationale Münzconferenz in dem von ihr sich angeeigneten Berichte des französischen Staatsrathes E. de Parieu vom 6. Juli 1867 sich über die Grundlage zu einem gemeinsamen Münzwesen unter allen Kulturvölkern geeinigt und als solche die Goldwährung und das goldene Fünf-Frankenstück zu 1,4516 Gramm Feingold als „dénominateur commun“ angenommen.

Gleich nach Beendigung dieser Conferenz schloss dann Oesterreich, das schon in dem Prager Frieden einen Vorbehalt wegen anzuknüpfender Verhandlungen über Revision, bezüglich Auflösung des deutsch-österreichischen Münz-Vertrages vom 24. Januar 1857, aufnehmen zu lassen sich veranlasst fand, einen vorläufigen Vertrag mit Frankreich im Sinne der Conferenz-Resolutionen ab: In beiden Staaten solle die reine Goldwährung eingeführt und als Hauptmünze ein Goldstück zu 25 Franken oder 10 Fl. öst. W. geprägt werden; daneben wolle Oesterreich noch Stücke zu 4 Fl. oder 10 Franken und in Silber mit der Eigenschaft als Scheidemünzen Zwei- und Eingulden-, Vierzig- und Fünfundzwanzigkreuzer-Stücke zu $\frac{835}{1000}$ Feine, ausserdem noch Zehn-, Vier-, Zwei- und Einkreuzer-Stücke in Kupfer ausmünzen. Die Münzen unter vierzig Kreuzer sollen von der gegenseitigen Annahme ausgeschlossen werden.

Aehnliche Bereitwilligkeit zur Annahme des „metrischen“ Münz-Systems zeigten auch Russland und Nord-Amerika — freilich Staaten, deren Hauptzahlmittel, wie in Oesterreich, zur Zeit Papier ist und welche darum bei einer seinerzeitigen Rückkehr zur Metallwährung gewissermassen freie Wahl zwischen Gold und Silber haben. Dabei ist auch nicht zu übersehen, dass alle diese Staaten einheimische Goldproduction haben.

Durch die Pariser Münz-Verhandlungen hat die Frage der Goldwährung in Deutschland eine bestimmtere Gestaltung erlangt, insofern nun der Zweck präcisirt ist, um dessen willen die Goldwährung eingeführt werden soll, und auch die Wahl rücksichtlich der künftigen Goldmünze nur mehr zwischen dem 25- und dem

20-Frankenstücke zu entscheiden haben wird. Wenn die Wichtigkeit des Zweckes — Erreichung von Uebereinstimmung im Münzwesen der bedeutendsten Kultur-Staaten — nicht bezweifelt wird, so werden sich die weiteren Discussionen über Einführung der Goldwährung in Deutschland nur mehr auf die Frage beschränken: wie die Goldwährung mit den möglich geringsten Belästigungen und Störungen des Verkehrs, ohne Ueberlastung der Staatskassen und schroffe Verletzung bestehender Rechtsverhältnisse zur Durchführung gebracht werden kann.

Bei Beantwortung dieser Frage wird man sich, frei von Vorurtheil, über die Schwierigkeiten klar sein müssen, welche der Uebergang von der reinen Silberwährung zur reinen Goldwährung für Deutschland einschliesst in ökonomischer Beziehung sowohl als in rechtlicher; nur dann lassen sich unbefangen die Mittel erwägen, nicht wie das Unmögliche möglich, wohl aber, wie die Härte, die einem reformirenden Eingreifen in die alten und berechtigten Gewohnheiten eines Volkes anzukleben pflegt, weniger fühlbar gemacht und der Uebergang mit weniger Kostenaufwand vollzogen werden kann.

In dieser Weise die Frage zu beantworten, versucht die vorliegende Arbeit.

Um eine Uebersicht zu erhalten von dem, was zu geschehen hat, wenn die Silberwährung mit der Goldwährung vertauscht werden soll, und zugleich um zu sehen, wie der Umtausch vermittelt werden kann, wollen wir kurz die verschiedenen Währungsarten schildern und dann die Münzgeschichte jener Staaten, welche die Goldwährung angenommen haben, soweit es für unsere Zwecke nothwendig erscheint, kennen lernen.

I.

Es darf wohl wie eine anomale Hemmung der natürlichen Willkür angesehen werden, wenn einer Waare, welche der Verkehr als allgemein brauchbares Tauschwerkzeug erkannt und zum Massstabe der Werthvergleiche für alle übrigen aufgenommen hat, bei höherer Entwicklung des Verkehrslebens die Eigenschaft

der universellen Vertretungs-Fähigkeit beigelegt wird, also dass eine übernommene Verpflichtung durch Hingabe jener Waare auch wider Willen des Forderungsberechtigten mit rechtlicher Wirkung erfüllt werden kann. Ein solcher Zwang, nicht nur gerechtfertigt durch Zweckmässigkeit, sondern geradezu auch nothwendig für das Verkehrsleben höher kultivirter Völker, möglich aber nur durch die Autorität des Staates, wandelt das allgemeine Tauschwerkzeug in Geld um.

Nicht durch Zufall oder Laune bestimmt, benützte jener Kulturkreis, aus welchem sich unsere heutige europäische Civilisation herausgebildet hat, sobald neben der reinen Bodenwirthschaft auch Handel und Gewerbe in Aufnahme kamen, erst Kupfer, dann Silber, endlich Gold zu Geldzwecken; es waren diese Metalle die am frühesten verarbeiteten: Kupfer — das vorzüglichste Nutzmetall des Alterthums, Silber und Gold — die vorzüglichsten Ziermetalle, und beide letztere hat tausendjährige Erfahrung als die geeignetsten Tauschwerkzeuge sowohl wegen ihrer Dauerhaftigkeit und Formbarkeit, als auch wegen ihres hohen und gleichförmigen Tauschwerthes erwiesen. Können sich beide dem Verhältnisse des Steigens und Fallens, dem jede Waare unterworfen ist, nicht entziehen, so sind doch in dem grossen Bereiche der Waaren bei ihnen die Werthsschwankungen am geringsten; denn weder sind sie dem Gesetze der stetigen Reproduction unterworfen, noch sind sie für die nächsten und dringendsten practischen Zwecke unmittelbar nothwendig.

Um ihre Brauchbarkeit als Tauschwerkzeug auf das möglichste zu erhöhen, hat man sie, was namentlich für den innern Verkehr von Bedeutung ist, in Münzform gebracht, d. h. in entsprechend geformte Stücke von meist durch die Staatsgewalt genau bestimmtem Gewichte und Feingehalte, deren Richtigkeit durch aufgeprägten Stempel gewährleistet wird. Die Edelmetallstücke verlieren durch Umwandlung zu Münzen, welchen Gesetz und Ueberkommen aus vergangenen Zeiten die verschiedensten Namen gegeben, von ihrer durch die Prägung etwas verschleierten Waaren-Eigenschaft nichts. Fast immer wird den Edelmetallen erst in Münzform die Eigenschaft der universellen Vertretungsfähigkeit beigelegt, und insoweit ist Geld und Münze identisch.

Hat die Autorität des Staates dem Silber jene eminente Eigenschaft beigelegt, wodurch es zum gesetzlichen und für alle Beträge unbeschränkt gesetzlichen Zahlungsmittel wird, so besteht die reine Silberwährung. Gold wird dann nur als Waare betrachtet, deren Werth in Silber wie der aller übrigen Gegenstände im Wege freien Uebereinkommens bestimmt wird. Die reine Silberwährung involvirt die schrankenlose Prägung von groben Silbermünzen; denn da man durch Hingabe eines gewissen Quantum Silber seine übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann, so muss auch jedem Eigenthümer des Rohsilbers erlaubt sein, dasselbe gegen Vergütung der Prägekosten in die gangbare Form umwandeln zu lassen.

Wo Gold vom Staate die Eigenschaft universeller Vertretungsfähigkeit beigelegt worden ist, hat man die reine Goldwährung. Da diese zur Ausgleichung geringerer Beträge im täglichen Verkehre nicht allen Silbergeldes entbehren kann, so legt das Gesetz zwar den Silbermünzen einen festen, jedoch im Vergleiche zum Marktpreise des Metalles höheren Werth bei, um sie nämlich dem inneren Verkehre zu erhalten; aber das eigentliche Werthverhältniss zwischen Gold und ungemünztem Silber, wie es namentlich im Kurs auf Länder mit Silberwährung zum Ausdruck kommt, bleibt der Bestimmung des freien Verkehrs überlassen. Wo die Goldwährung herrscht, hat auch die Goldprägung uneingeschränkten Spielraum; die Silbermünzprägung aber kann ebenso wie in den Staaten mit reiner Silberwährung die Goldmünzprägung verweigert werden. Der Staat selbst beschränkt seine Prägung von Silbermünzen auf das für den Kleinverkehr unentbehrliche Quantum, und indem er die Verbindlichkeit zur Annahme dieses subordinirten Zahlungsmittels auf einen gewissen geringen Betrag einschränkt, giebt er ihnen den Charakter wahrer Scheidemünzen.

Schon aus diesen gedrängten Erklärungen über das Wesen der reinen Silber- und der reinen Gold-Währung ergibt sich klar und ohne weitere Auseinandersetzung, was bei einer Vertauschung beider Währungsarten zu geschehen hat.

Eine dritte Währungsart ist endlich die Doppelwährung, und da diese überall, wo zur Zeit die reine Goldwährung besteht, den Umtausch der Währungen vermittelt hat, so ist sie für die

Frage: wie der Währungswechsel bewerkstelligt werden kann, von besonderer Bedeutung.

So viel über den Vorzug der einen vor der andern der beiden reinen Währungen gestritten worden ist, richtig ist nur: Silber ist in einem weiteren Kreise verwendbar, als Gold, weil es der Kleinverkehr nicht entbehren kann, und gestattet das Ansammeln kleiner Werthe zu grossen Summen. Gold dagegen hat für den grossen Handel, der die Bedürfnisse von weiter Ferne beschafft, wegen des leichteren und wohlfeileren Transportes und wegen der relativ geringeren Ummünzungskosten einen entschiedenen Vorzug, sobald es sich um Zahlungsausgleichungen in Baargeld zwischen weit auseinander gelegenen Handelsplätzen oder zwischen Nation und Nation handelt; darum sind auch zwischen Ländern mit Goldwährung die Schwankungen in den Wechselkursen, deren Ausdehnung naturgemäss durch die Höhe der Transportkosten und Spesen begrenzt wird, unbedeutend. Die vorzüglichere Stellung war gleichwohl seit den Karolinger-Zeiten dem Silber eingeräumt worden, und nach Gewichtsmengen Silber machte sich der abendländische Verkehr die Bewerthung der Waaren, also auch des Goldes, eigen, das neben Silber meist eine untergeordnete Stellung einnahm — nicht, als hätte man es für weniger brauchbar zu Geldzwecken gefunden, sondern weil es wegen seines selteneren Vorkommens nicht in gleich ausgedehntem Maasse zur Verwendung gebracht werden konnte. Dadurch kam es, dass Silber bis in die neuere Zeit als allgemeiner Werthmesser gegolten hat.

Weil es aber keinen Grund giebt, das Gold vom Gebrauche zu Geldzwecken ferne zu halten, so hat man, um die besonderen Vorzüge beider Edelmetalle vereinen zu können, ihnen zugleich und in gleicher Weise die Eigenschaft als unbeschränkt gesetzliches Zahlungsmittel zu dienen, beigelegt, und diese Währungsart ist eben die Doppelwährung. Wo sie herrscht, sind die Münzstätten ermächtigt, Gold und Silber in unbeschränkter Menge zu prägen. Da diese Währungsart die Anwendung von Gold- und Silbergeld ohne Unterschied für die grössten und kleinsten Zahlungen gesetzlich zulässt, so ist die Folge ein gesetzlich festes Werthverhältniss zwischen beiden Metallen. Aber die Fest-

setzung eines unveränderlichen Werthsverhältnisses zwischen zwei Gegenständen überhaupt ist eine Unmöglichkeit und verstösst gegen das Naturgesetz der ewig und nothwendig schwankenden Werthsverhältnisse. Die Doppelwährung war darum niemals auf die Dauer durchführbar, und wo sie den Verkehr beherrschte, führte sie factisch zur reinen Silberwährung — ein Uebergang, der sich ankündet durch Agiotiren der Goldmünzen, — oder aber zur reinen Goldwährung, deren Beginn allgemeiner und auffälliger fühlbar wird durch Verschwinden der für den täglichen Verkehr unentbehrlichen Silbermünzen; denn ein Umlauf dieser mit wechselndem Agio ist, wenigstens auf längere Zeit, nicht möglich, theils wegen der kleineren Werthe, welche Silbermünzen darstellen, theils wegen der Art des Verkehrs, in welchem sie sich besonders bewegen.

Wo immer bisher in Folge der Doppelwährung beide Metalle als gesetzliche Zahlmittel zugelassen waren, da bestanden darum nicht zwei verschiedene Werthmesser neben einander. Der Werthausdruck aller anderen Waaren war Silber und blieb es, auch wenn eine das Silber benachtheiligende factische Verschiebung des gesetzlichen Werthsverhältnisses schon zur Goldwährung trieb, so lange, bis zuletzt Gold den Verkehr erfüllte. Erst wenn die Goldwährung die Silberwährung zu stürzen beginnt, wenn Gold theilweise schon der Werthausdruck des Silbers und aller übrigen Waaren geworden ist, dann mag ein doppelter Werthmesser sich bilden, insofern für die einen noch Silber, für die anderen schon Gold als Maassstab für die Werthvergleiche dient, bis endlich Gold zur unbestrittenen Herrschaft gelangt. Wie der Mensch, um uns eines gebrauchten Vergleiches zu bedienen, nur in Einer Sprache denkt, wenn er auch verschiedene Sprachen selbst mit Leichtigkeit spricht, so bezieht er auch in Gedanken alle Werthe nur auf Ein Maass, wenn er auch verschiedene Werthmaasse kennt und zu gebrauchen versteht.

Es ist nicht die Absicht, nach den vorstehenden Bemerkungen über die Doppelwährung etwa ihre Unhaltbarkeit in den folgenden Anführungen nachweisen zu wollen: sie ist eine zu bekannte Thatsache. Es sollen vielmehr in ihnen unserem ausgesprochenen Plane gemäss die Bedingungen zur Darstellung kommen, unter

welchen sich der Uebergang von der Silber- zur Goldwährung in den Ländern mit Doppelwährung vollzog, um auf diese Weise Anhaltspunkte zu gewinnen, welche in Verbindung mit den vorausgegangenen Erklärungen der verschiedenen Währungsarten zur Auffindung der Grundsätze geeignet sind, die einem beabsichtigten Uebergange von reiner Silberwährung zur reinen Goldwährung unterstellt werden müssen.

Zunächst beschäftigen uns begreiflicherweise die Münzverhältnisse der Staaten des lateinischen Münzvereins: Frankreich, Italien, Belgien und Schweiz. Die letzteren drei Länder hatten schon vor Abschluss der Münzvereinbarung vom Jahre 1865 das französische Münz-System mehr oder minder vollständig angenommen, und die Geschichte der Entwicklung der französischen Münzzustände ist darum zugleich die Geschichte der Entwicklung ihrer eigenen Münzverhältnisse, bei deren Darstellung sich daher kurz gefasst werden kann.

In Frankreich bestimmte das Münzgesetz vom Jahre 1803, welches dem Namen nach im Allgemeinen noch gegenwärtig besteht, dass ein Kilogramm Gold von $\frac{9}{10}$ Feingehalt zu 3100 Franken und ein Kilogramm Silber, ebenfalls $\frac{9}{10}$ fein, zu 200 Franken ausgemünzt werden, also der Werth des Goldes genau das $15\frac{1}{2}$ -fache des Silbers betragen solle. $4\frac{1}{2}$ Gramm Feinsilber bilden darnach ebenso wie $(4\frac{1}{2} : 15\frac{1}{2} =) \frac{9}{31}$ Gramm Feingold gesetzlich den inneren Werth eines Franken.

Ein halbes Jahrhundert schien die gesetzliche Währung ihren vollen Bestand zu haben, während der Umstand, dass verhältnissmässig wenig Gold in den Verkehr kam und Goldmünzen mit Agio bezahlt wurden, doch kaum einen Zweifel darüber bestehen lassen konnte, dass die factisch dominirende Währungsart die Silberwährung war. Als aber im Jahre 1851 in Folge der Entdeckung der californischen Goldfelder und der niederländischen Münzmassregeln die Werthrelation auf dem Edelmetallmarkte zum Nachtheil des Goldes um nahe 2 Procent unter die gesetzliche Proportion ($15\frac{1}{2} : 1$) sank, wurde, da jeder Zahlungspflichtige in Folge der gesetzlichen Doppelwährung seine Verbindlichkeiten in Gold oder in Silber abführen konnte, der Natur der Sache nach aber die Wahl das wohlfeilere Geld traf, Gold das

Hauptzahlmittel im Verkehre. Das Silber strömte fort — dahin, wo es vortheilhafter zur Verwendung gebracht werden konnte, vorzugsweise nach Indien, dessen Bedarf an Edelmetallen in der Neuzeit bei dem fortschreitenden Uebergange grosser Landstriche von der Naturalwirthschaft zur Geldwirthschaft und europäischen Verwaltungsformen ein ausserordentlicher geworden. Erst im Jahre 1865 wurde das Silbergeld, doch nur theilweise, zur Scheidemünze abgewürdigt, nachdem die Unmöglichkeit, es ohne einen solchen Vorgang im Lande zu erhalten, erkannt worden war und die lauten Klagendes Kleinverkehrs über Mangel daran nicht mehr unbeachtet gelassen werden konnten. Der Vertrag vom 25. December 1865 zwischen Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien bestimmte, dass das Zwei-, Ein-, dann Einhalb-Franken-Stück als Scheidemünze um nahe 7 Procent geringer geprägt werden sollen, im Gewichte zwar wie früher, im Gehalte aber nur mehr $\frac{835}{1000}$ fein; dass ferner Niemand einen, die Summe von 20 Franken übersteigenden Betrag in diesen Münzen in Zahlung zu nehmen verbunden ist. Der Fünffrankenthaler blieb ungeändert und ist auch ferner noch als gesetzliches Zahlmittel anerkannt.

Gesetzlich besteht demnach die Doppelwährung in Frankreich fort, factisch freilich nicht. So lange 15½ Pfund Silber auf dem Edelmetall-Markte höher bezahlt werden, als mit Ein Pfund Gold, so lange kann Silber zu Zahlungen in Frankreich ohne Nachtheil nicht gebraucht werden; erst wenn der Silberpreis im freien Verkehr auf das gesetzliche Werthverhältniss oder darunter gefallen sein wird, wird auch Silber wieder zur Zahlungsverwendung kommen und zur Vermünzung in die französischen Münzstätten gebracht werden. Mit der Wiederaufnahme der Ausmünzung von Fünffrankenstücken zu 25 Gramm Münzsilber auf Rechnung von Privaten erwächst aber dann für Frankreich die Gefahr, die erst bestandene Wandlung von der Silberwährung zur Goldwährung wieder zurück von der Goldwährung zur Silberwährung machen zu müssen. Den nächsten Anstoss könnte der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung geben; doch davon unten.

Wie Frankreich gelangten auch die Schweiz und Belgien zur Goldwährung. Zwar hatte die Gesetzgebung dieser Staaten den

Fehler der französischen zu vermeiden gesucht; aber das Gesetz war nicht im Stande, den übermächtigen Einfluss des fremden Geldwesens, welches in jenen Landesgebieten zum grossen Theile zum eigenen gemacht worden war, abzuwehren.

Als die Schweiz am Schlusse der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ihre Münzverhältnisse neu ordnete, nahm sie mit Rücksicht auf ihre lebhaften Verkehrsbeziehungen zu Piemont und Frankreich, dann die unbedeutende Ausdehnung ihres zwischen Deutschland und Frankreich eingeklemmten Gebietes, welche ein selbständiges Münzwesen dauernd zu erhalten wenig hoffen liess, das französische Münzsystem mit der wesentlichen Abweichung an, dass sie den Goldmünzen zum Schutze der reinen Silberwährung, den gesetzlichen Kurs versagte. Nachdem sie sich aber einmal ihrer Selbständigkeit im Münzwesen begeben hatte, traf sie der Rückschlag der Erscheinungen, welche in Frankreich rücksichtlich der Nachfrage und des Angebots der Edelmetalle eintraten. Schon im Jahre 1854 gab das Andringen des französischen Goldes und das Verschwinden des Silbers Anlass zu wiederholten Berathungen der schweizerischen Regierung, die auch jetzt noch auf der Silberwährung bestehen blieb — freilich fruchtlos. Bei dem zunehmenden Mangel an Silber nahmen und gaben Staats- und Privatbanken französisches Gold zum vollen Nennwerth in Zahlung, und ihnen folgten die Bundes- und Cantonalbanken, so dass schon im Jahre 1859 factisch die Goldwährung bestand, worauf die Silbermünzen mit Ausnahme des Fünffrankenthalers nur mehr als Scheidemünzen ausgebracht wurden, die durch den Vertrag von 1865 durch neue, nach einem anderen Münzfusse geprägte, ersetzt wurden.

Auch Belgien hatte seine Münzunabhängigkeit aufgegeben, als es durch Gesetz vom 5. Juni 1832 das französische Münzsystem adoptirte. Später erhöhte es das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber (auf 15,82 : 1), indem durch Gesetz vom 31. März 1847 verordnet wurde, 3515 Franken statt 3444 $\frac{1}{9}$, aus dem Kilogramm Feingold zu prägen — ohne Zweifel in der Absicht, den Eintritt des Goldes zu begünstigen. Sobald aber dieses Metall massenhaft auf dem Markte erschien, wurde die Ausmünzung von Goldmünzen eingestellt, die Einziehung der ausgegebenen

angeordnet, der gesetzliche Kurs der fremden Goldmünzen aufgehoben und so die reine Silberwährung durchgeführt. Aber Belgien konnte sich seiner Münzabhängigkeit nimmer entziehen, und ein Gesetz vom 4. Juni 1861 gestattete den französischen Goldmünzen den Umlauf zum vollen Nennwerthe. Wegen der Silbermünzen hielt Belgien in seinen Beschlüssen bis zum Vertrage von 1865 zurück.

In Italien bestand in allen Staaten, welche das heutige Königreich Italien bilden, noch ehe die Unabhängigkeit der übrigen an den mächtigsten, an Sardinien, verloren worden, die Doppelwährung, und manche derselben, wie namentlich Sardinien, dann auch Parma und Modena, hatten vollständig das französische Münzsystem angenommen, so dass ihre Lira in Silber zu 100 Centesimi und der französische Frank zu 100 Centimes, dann ihr goldenes 20 Lire-Stück und das französische 20 Franken-Stück eine und dieselbe Münze rücksichtlich des Metallgehaltes war. Der Rückgang des Goldpreises auf dem grossen Markte am Anfange der Fünfziger Jahre veranlasste in Italien dieselben Gegenströmungen der Edelmetalle, welche in Frankreich — hier nur in höher gehenden Wogen — beobachtet wurden: das gesetzlich höher gewerthete Gold strömte zu, das zu nieder gewerthete Silber strömte ab.

In ähnlicher Weise wie die Staaten des lateinischen Münzvereins gelangte fast ein Jahrhundert früher England zur Goldwährung; denn nicht aus freier Wahl führte das Inselreich die Goldvaluta ein, etwa weil es sie der weiter vorgeschrittenen ökonomischen Entwicklung des Landes anpassender gefunden hätte: seine Münzverhältnisse hatten dazu gedrängt. Noch während des ganzen siebzehnten Jahrhunderts war Silbergeld unbeschränkt für jeden Betrag gesetzliches Zahlungsmittel. Als unter Jacob I. Gold gegen Silber zu hoch gewerthet wurde, zog sich das Silber allmählich aus England weg und nur abgenützte Silberstücke blieben im Verkehre zurück. Im Jahre 1695 begann man diese umzuprägen und durch vollhaltige Münzen zu ersetzen; aber die von der Münze ausgegebenen neuen vollwichtigen Stücke verschwanden alsbald wieder, weil durch das gesetzliche Werthverhältniss zwischen Gold und Silber letzteres Metall noch immer benach-

theiligt war. Während dieser Zeit gewöhnte sich das Volk an den Gebrauch des Goldes, welches endlich das Hauptmünzmetall wurde, ungeachtet man mit einer letzten Anstrengung das Ausströmen des Silbers durch übrigens unzureichende Erhöhung seines Werthes in Gold zu verhüten suchte. Gleichwohl wurde erst im Jahre 1774 die vollendete Thatsache durch ein Gesetz anerkannt, welches den heimischen Silbermünzen einen, den Marktpreis namhaft übersteigenden Nominalwerth beilegte und dadurch die Silbermünze der älteren abgenützten und verschlechterten, die erfahrungsmässig allein im Lande sich erhalten konnte, absichtlich gleich machte, aber zu seiner Annahme nur im Betrage bis zu 25 Liv. St., später (1816) bis nur zu 2 Liv. St. verpflichtete. Alles Silbergeld wurde auf diese Weise Scheide- oder Ausgleichmünze, indess Silber als Metall der Bewerthung des freien Verkehrs überlassen blieb. Die Ausmünzung des Silbergeldes, welches in England zum Golde im Werths-Verhältnisse von (1 : 14,2878) steht, ist, wie überall die Prägung von Scheidemünze, ausschliesslich der Regierung vorbehalten, indess Goldgeld der Hauptmasse nach für Rechnung von Privaten, unter Aufsicht der Regierung geprägt wird, welche ihrerseits Goldprägungen nur für den eigenen Bedarf durch die Vermittlung der Bank von England bewerkstelligen lässt.

In Nordamerika bestand nach einem Münzgesetze vom 18. Januar 1837 die Doppelwährung mit dem fixen Werthsverhältnisse (15,99 : 1). Da das Gold in ihm zu hoch, das Silber zu niedrig gewerthet war, zog sich dieses, namentlich seit Auffindung der californischen Goldfelder, aus dem Verkehr, und nur sehr abgenütztes Silbergeld blieb im Umlaufe, bis selbst dieses seit 1850 ausgesucht und eingeschmolzen wurde. Durch Congressacte vom 21. Februar 1853 wurde dann die Ausbringung der Silbermünzen in einem um circa 7 Procent geringeren Münzfuss als Scheidemünzen verfügt, doch nur vom halben Dollar abwärts, so dass in Nordamerika ebenso wie in Frankreich die Doppelwährung gesetzlich fortbesteht.

Auch die niederländische Münzgeschichte der neueren Zeit enthält für unsern Zweck in indirecter Weise beachtenswerthe Momente. Nachdem Holland und Belgien im Jahre 1815 zum

Königreich der Niederlande erklärt worden, wurden durch Münzgesetz vom 28. September 1816 die Münzverhältnisse des Königreichs in der Weise geregelt, dass der holländische Gulden zu 9,613 Gramm Feinsilber zur Grundlage des Münzsystems genommen und in Gold die Prägung von 10-Guldenstücken zu 6,056 Gramm Feingold verfügt wurde, wodurch die Werth-Relation zwischen Gold und Silber auf (15,87 : 1) und also höher kam, als sie damals im freien Verkehre stand. Da in Folge davon grosse Summen in Gold auf Rechnung von Privaten zur Vermünzung kamen, die vollhaltigen Silbermünzen aber dem Umlaufe entzogen wurden, so bestimmte ein Gesetz vom 22. März 1839 die Leichterprägung des Gulden, der fortan nur mehr 9,450 Gramm Feinsilber enthielt. Dadurch stellte sich zwar das gesetzliche Werthverhältniss für Silber günstiger (auf 15,604 : 1), aber noch immer nicht ausreichend zu seinem Schutze, so dass auch jetzt noch nur unterwichtige Münzen (Silbermünzen) sich in der Circulation erhalten konnten. Da beschloss der ohnehin mit Lasten viel beschwerte Staat im Jahre 1845 eine kostspielige, durchgreifende Reform des ganzen Münzwesens auf Grundlage der reinen Silberwährung. Der Gold-Willem — das ehemalige Zehnguldenstück, ist nur mehr Handelsmünze, der ein fester Werth in Silber nicht beigelegt werden darf.

Es genügt an diesen münzgeschichtlichen Bruchstücken; sie lehren: Keine Nation hat plötzlich ihre Silberwährung geändert. Wo immer man im Laufe der Zeit von der Silber- zur Goldwährung gelangte, war Gold schon lange und zwar regelmässig als gesetzliches Zahlungsmittel neben Silber im allgemeinen Verkehre gebraucht worden; der Uebergang wurde eingeleitet dadurch, dass Gold im inneren Verkehre höher als auf dem allgemeinen Markte gewerthet wurde, und er vollzog sich, indem die Erhaltung des für den täglichen Verkehr unentbehrlichen Silbergeldes dazu drängte, dem Silber in Münzform eine, die marktübliche weit überschreitende Werthung zu geben, seine Verwendung zu Zahlungszwecken aber auf den eng abgeschlossenen Kreis des täglichen Verkehrs zu beschränken.

Zur Beantwortung der Frage: wie die Einführung der Goldwährung angebahnt und vollzogen werden kann, geben die dar-

gestellten, den Gang ihrer Entwicklung bezeichnenden Hauptmomente den Grundgedanken; weitere Nutzanwendungen aus der Münzgeschichte der Länder mit Goldwährung werden zweckmässiger bei geeigneter Gelegenheit erholt werden.

Wenn Deutschland die Goldwährung einführen will, so muss es, um das gleiche Ziel zu erreichen, die gleichen Verhältnisse einleiten, wie sie in Bezug auf den Edelmetall-Umlauf ursprünglich in den Ländern mit Goldwährung bestanden haben; es wird darum nicht die Doppelwährung einführen müssen, welche zwar in jenen Ländern nicht ohne Zwischenfälle endlich zur Goldwährung führte, die aber einen unstäten Wechsel im Gebrauche des einen oder anderen beider Münzmetalle zu Zahlungszwecken, ein gewinnbringendes Anpassen ihrer Benützung an die zeitweise sehr unruhigen Fluctuationen des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber im freien Verkehr, verstatet und deshalb keinen sicheren Erfolg für die Erreichung des angestrebten Zieles versprechen lässt. Deutschland wird vor Allem den Eintritt von Gold in den Geldumlauf durch Verstattung günstiger Bedingungen für seine Circulation zu veranlassen, dann aber auch Maassnahmen vorzukehren haben, die seine Ausbreitung und Erhaltung durch alle Verkehrsschichten begünstigen und festigen. Ist dann einmal Gold gleich mächtige, vielleicht schon mehr oder minder maassgebende Valuta geworden, dann wird der Uebergang zur Goldwährung ohne erhebliche Schwierigkeiten zum Abschlusse gebracht werden können.

II.

Das eigentliche Werk des Wiener Münzvertrages vom 28. Januar 1857 war die vertragsmässige Feststellung und Sicherung der reinen Silberwährung in Deutschland und Oesterreich. Zu einer Zeit, da die Goldentdeckungen in Californien und Australien, und die Vorgänge im französischen Münzwesen erwarten liessen, dass das Gold auch in den Verkehrsbeziehungen Deutschlands eine bedeutendere Stelle einnehmen werde, aber auch zugleich die Befürchtungen eines unvermeidlichen, raschen und bedeutenden Sinkens des Goldwerthes schon allgemeiner wurden, musste es für geboten erscheinen, für Aufrechterhaltung

der in voller Geltung bestehenden Silberwährung Maassnahmen zu vereinbaren, die ihre Beeinträchtigung und Gefährdung durch das massenhaft auf den Markt strömende Gold, abzuwehren geeignet waren. Die Silberwährung durch die Goldwährung ersetzen zu lassen, konnte damals um so weniger für rathsam gehalten werden, als sich schon in England Stimmen vernehmen liessen, die, auf das bereits eingetretene und voraussichtlich noch weitere Fallen des Goldwerthes hinweisend, zum Verlassen der Goldwährung und zum Uebergange zur Silberwährung aufforderten.

Wenn dann doch der Wiener Vertrag eine gemeinsame Vereins-Goldmünze schuf, so sollte diese lediglich nur den Charakter und die Geltung einer Handelsgoldmünze haben, also ihr Silberwerth im gemeinen Verkehre durch das Verhältniss von Angebot und Nachfrage bestimmt werden, und damit hing es auch zusammen, dass sich die Vereinsstaaten nicht verbindlich machten, seiner Zeit unterwichtig gewordene Vereinsgoldmünzen für voll einzuziehen und umzuprägen, sondern den Verlust in Folge von Abnutzung und die Kosten der Umprägung dem letzten Besitzer überbürdeten.

Es ist bekannt, dass der Handel von der ihm dargebotenen Gelegenheit, Gold in Form von Vereinsgoldmünzen zur Zahlungsverwendung zu bringen, keinen Gebrauch gemacht hat.

Der Grund ist leicht erklärlich, wenn man sich nur daran erinnern will, dass der nächste Zweck einer Münze ist, dem Verkehre im Inlande zu dienen, und dass der Grad der Brauchbarkeit einer Münze nach ihrer Verwendbarkeit in diesem Verkehre bemessen zu werden pflegt. In dieser Beziehung war nun zwar die Möglichkeit der Verwendung der Goldkronen anstatt Silbergeldes zu Zahlungen an die Staatskassen nach einem allzeit veränderlichen Kassenkurse, der übrigens immer etwas unter dem Handelskurse stehen sollte, durch den Vertrag vorgesehen worden; allein es musste denn doch vom Anfange an im hohen Grade zweifelhaft erscheinen, dass Jemand Lust haben werde, Gold auf seine Kosten in Vereinsmünzen umprägen zu lassen, welche nicht unwahrscheinlich an den öffentlichen Kassen kaum zu dem Preise angebracht werden konnten, zu dem das Rohmetall auf dem

offenen Markte erstanden wurde, und deren Annahme in Zahlung wegen der Unsicherheit ihres Silberwerthes nur mit Schwierigkeiten von Privaten zu erlangen war. Der innere Verkehr wird jederzeit, so lange er Silbermünzen zu seinem Gebrauche in ausreichender Menge vorfindet, Gold mit schwankendem und bei den Staatskassen vollends unter den allgemeinen Marktpreis herabgehenden Silberwerthe zurückweisen. Für den Verkehr mit dem Auslande aber ist die Münzform ziemlich gleichgültig; sie verliert alle Bedeutung, wenn das Ausland die Münze wegen ihres unbequemen Verhältnisses zu den eigenen Münzen in seine Geldcirculation nicht aufnehmen kann oder aus anderweitigen Erwägungen nicht aufnehmen will. Die Goldkronen blieben seit ihrem Erscheinen seltene Münzen, die Prägung anderer Goldmünzen wurde vertragsmässig unterlassen, die geringe Bewerthung des Goldes aber verdrängte dieses Metall aus Deutschland nach Frankreich, welches Silber dafür zurückgab.

Der Umlauf von Gold ist darum zur Zeit in Deutschland unbedeutend und seine Erweiterung muss erst eingeleitet werden.

Zu diesem Zwecke empfiehlt sich die Ausgabe von Gold-Geld mit festem Silberwerthe unter Zusicherung des Staates, dasselbe jederzeit zum nämlichen Werthe in seinen Kassen annehmen zu wollen.

Wie schon bemerkt, werden Goldmünzen ohne festen Silberwerth im gewöhnlichen Verkehre nur ungern in Zahlung genommen und nicht selten wird ihre Annahme geradezu verweigert, und dies aus Unkenntniss eben so wohl wie aus Misstrauen: man ist sich über den Silberwerth der Goldmünze ganz und gar im Unklaren und fürchtet Uebervortheilung, oder aber man kennt zwar ihren eben marktüblichen Werth, fürchtet aber wegen ihres, oft in den kürzesten Zwischenräumen auf und ab schwankenden Silberwerthes, bei der Wiederausgabe Verluste erleiden zu müssen. Dieselben Zweifel über schadlose Wiederverwendbarkeit des eingenommenen Goldes beschleunigen seine Ausgabe, und die Goldmünzen kehren so immer wieder in den grösseren Verkehr zurück. Ein fester Silberwerth jedoch und die Gewissheit schadloser Verwendbarkeit zu Zahlungen an die öffentlichen Kassen lässt die

Goldmünze leicht von den Centralpunkten des Verkehrs in die entfernter liegenden Verkehrskreise dringen und hier verweilen.

Gesetzliche Verpflichtung zur Annahme des Goldgeldes auch wider Willen des Empfängers bleibt schon aus dem Grunde besser unterlassen, weil erfahrungsmässig Zwang zur Beseitigung von Misstrauen und Vorurtheil nur wenig günstige Mitwirkung verspricht. Eine solche Verpflichtung ist aber auch gar nicht nothwendig; denn Gewähr dafür, dass die Goldmünzen ohne Abzug und Verlust an die Staatskassen in Zahlung gebracht werden können, sichert ihnen allein schon willige Aufnahme im gewöhnlichen Verkehre. Der Geldverkehr der Privaten mit dem Staate ist in unsern Tagen ein so ausgedehnter und bildet einen so bedeutenden Theil des Gesamtverkehrs, dass die volle und schadlose Verwendbarkeit einer Münze in diesem Verkehre von entscheidendem Einflusse für ihre Umlaufs-Fähigkeit in allen Verkehrsschichten ist.

Man hat viel Gewicht darauf gelegt, dass der Goldmünze ein runder Werth in Silber, wie etwa 5 Thaler oder 10 Thaler beigelegt werde, und hat behauptet, dadurch zunächst werde die Einbürgerung des Goldgeldes im gewöhnlichen Verkehr erleichtert und könne die Goldwährung angebahnt werden. Die Bequemlichkeit einer solchen Münze soll durchaus nicht in Abrede gestellt werden; aber nothwendig, um die Münze, wenn man will, populär zu machen, ist sie nicht, und wer die Münzgeschichte Deutschlands kennt und sich an die verschiedenen, in die üblichen Rechnungsweisen gar oft nichts weniger als bequem einpassenden Tarifrungen des Reichsspeciethaler, des Ducaten, Goldgulden, oder gar an die „Siebener“ und „Siebzehner“ Oesterreichs oder an die „Elferle“ Bayerns erinnern will, wird unsere Ansicht theilen, dass eine Münze auch von minder bequemer Werthe im Umlaufe recht wohl beliebt sein kann, sobald nur für den Empfänger die Gewissheit besteht, dass er sie ohne Nachtheil bei ihrer Wiederausgabe vereinnahmen kann.

Ein runder Silberwerth der Goldmünze hat aber auch gar keine Bedeutung, ehe die Goldwährung zur Durchführung gekommen ist: denn er kann sehr wahrscheinlicher Weise während der Uebergangsperiode Aenderungen erfahren müssen, wodurch

er die „eckigste“ Gestaltung erlangt. Gelingt es aber auch, einen solchen runden Werth das ganze Uebergangsstadium hindurch bis zum Eintritte der Goldwährung unentstellt zu erhalten, so will uns doch scheinen, als habe er selbst dann noch keinen besonderen Vorzug. Wir halten es wenigstens für wenig passend, wenn in Ländern, welche die reine Goldwährung angenommen haben, die Goldmünze als ein Multiplum der früher in Silber ausgedrückten Rechnungseinheit erscheint. Wenn es in Frankreich silberne und goldene Fünffrankenstücke, in Nordamerika Dollar in Gold und Silber, in beiden Ländern überhaupt Goldmünzen als Vielfache der Wertheinheit in Silber giebt, so ist das nur folgerichtig, so lange jene Länder gesetzlich die Doppelwährung haben. Werden sie aber die factisch bestehende reine Goldwährung auch gesetzlich anerkennen, dann wird es angemessen, den Gold- und Silbermünzen verschiedene Namen beizulegen. Gewiss ist, dass dadurch eine Verzögerung der Aufnahme richtiger Vorstellungen über den neuen Werthmaassstab leichter vermieden werden kann. Wird eine Goldmünze im runden Werthe von fünf Thalern aus der Uebergangsperiode mit in den Eintritt der Goldwährung herübergenommen, so wird man sie sich noch lange als das Aequivalent von fünf Thalern der Silberwährung, d. h. von fünfmal $\frac{1}{30}$ Pfund Feinsilber vorzustellen geneigt sein, indess doch jetzt der Thaler eine bestimmte Gewichtsmenge in Gold, vielleicht — wenn Gold zu Silber wie $15\frac{1}{2} : 1$, — $\frac{1}{465}$ Pfund Feingold ist, welche, da sie Inconvenienzen halber nicht als geprägte Münze dargestellt werden kann, durch eine Silbermünze repräsentirt, aber nicht durch sie als Aequivalent ersetzt wird. Giebt man jedoch der Goldmünze einen besonderen Namen und lässt zugleich durch sie die Rechnungseinheit verkörpern, indess „Gulden“, „Thaler“ nur mehr den Namen eines bestimmten Theiles der neuen Einheit bilden, so dass, wenn die neue Rechnungseinheit und die sie verkörpernde Goldmünze etwa „Krone“ genannt wird, der Thaler $\frac{1}{5}$ Krone ist, oder der fünfte Theil der Krone „Thaler“ genannt wird, so wird durch solches Vorgehen lediglich nur dem eigentlichen Wesen der Goldwährung entsprochen und dieses selbst leichter zur allgemeinen Erkenntniss gebracht. In England hat das Gesetz consequent die gleich-

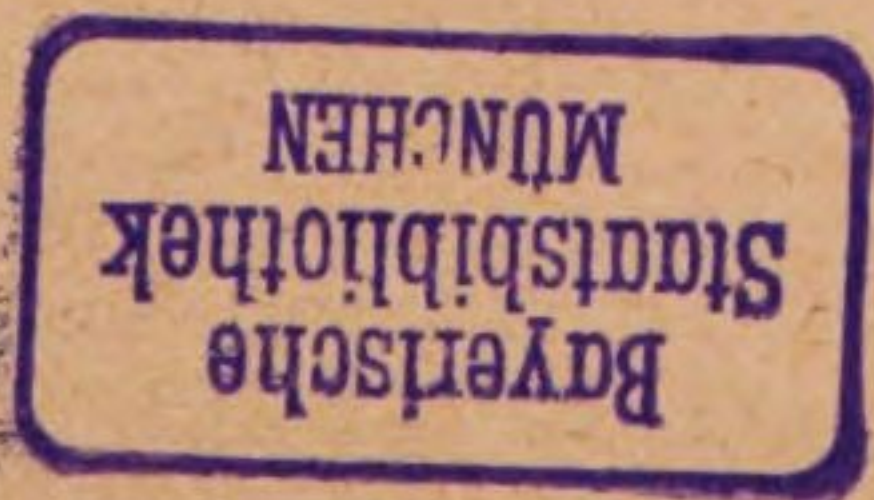
artigen Namen für Gold- und Silbermünzen vermieden; dort giebt es keine Goldmünzen als Vielfache von Schillingen oder ganzen und halben Kronen, es sind diese vielmehr Theilstücke des Sovereign.

Die Frage über die passendste und zweckmässigste Goldmünze kann, wie nach dem Vorgetragenen leicht zugegeben werden wird, endgiltig erst erledigt werden, wenn einmal die Goldwährung und das neue Münzsystem zum Bestande gekommen sind.

Während der Uebergangsperiode könnte selbst die Goldkrone beibehalten werden, jene „mit seltener Uebereinstimmung“ als unpractisch und unbrauchbar getadelte Münze.

Freilich ist der Tadel, soweit er die Münze an sich betrifft — ihre Neuheit ausgenommen — nicht gerechtfertigt; er kann nur auf die Bestimmungen des Vertrages von 1857 fallen, welche den Schutz der Silberwährung beabsichtigten und eben deshalb die ausgedehnte Verwendung der neuen Goldmünze im Geld-Verkehr unmöglich machten. Würde der Goldkrone ein entsprechender fester Silberwerth, vielleicht (nach dem Werthverhältnisse von $15\frac{1}{2} : 1$) von 9 Thlr. 9 Sgr. oder 16 Fl. $16\frac{1}{2}$ Kr. s. W., 13 Fl. 95 Nkr. ö. W. beigelegt, und würde ihre Annahme zu diesem festen Silberpreise bei allen öffentlichen Kassen verfügt, der Vorwurf der Unbrauchbarkeit und selbst der ihres unbequemen Silberwerthes würde nicht mehr gehört werden. Als ein competentes Urtheil über die Brauchbarkeit der Goldkrone als Münze darf das Gutachten der Handelskammer zu Bremen vom 13. Mai 1864, die Einführung der Goldwährung in Deutschland betreffend, angesehen werden; denn Bremen, für welches aus begreiflichen Gründen die Goldkrone, zu deren Gunsten die Prägung der Pistolen à 5 Thlr. Gold aufgegeben werden musste, bei ihrem Erscheinen eine unbequeme, lästige und unwillkommene Münze war, ist der einzige deutsche Staat, welcher sie durch Gesetz vom 1. September 1857 zum gesetzlichen Zahlungsmittel im bremischen Staate für alle in Thaler Gold zu leistenden Zahlungen erklärt hat, indem ihr Werth auf $8\frac{4}{10}$ Thaler Gold festgestellt wurde.

„Die Frage der gemeinschaftlichen Goldausmünzung in Deutschland“, heisst es in jenem Gutachten, „steht im engsten Zusammenhange mit der Frage, welche Stellung man überhaupt dem Golde



und seiner Benutzung als Werthzeichen (!) in dem deutschen Verkehrsleben gesetzlich anweisen solle. Man wird daher kaum im Stande sein, über die Zweckmässigkeit der einen oder andern unter den vorgeschlagenen Goldmünzen ein bestimmtes Urtheil abzugeben, ohne die Frage der gesetzlichen Währung, von welcher die Circulationsfähigkeit der Goldmünzen am meisten abhängt, zu berühren.“ Die Kammer warnt dann, die Gründe der Unbeliebtheit und äusserst beschränkten Circulation der Goldkrone lediglich oder auch nur vorzugsweise darin zu suchen, dass sie in einem höchst unbequemen Verhältnisse zu allen übrigen Werthrepräsentanten steht. Sie findet ganz richtig den Grund in den gesetzlichen Bestimmungen über ihren Gebrauch, und fährt fort: „Um gerecht gegen die Kronen zu sein, muss zunächst eingeräumt werden, dass die Banquiers sie gerne nehmen und sie als Handelsmünze bei Geldsendungen nach England, Frankreich und Amerika leicht und bequem verwenden können, und überhaupt den auf die Ausprägung der Kronen bezüglichen technischen Bestimmungen des Wiener Münzvertrages volle Anerkennung zollen.“ Wir haben und fühlen nicht im Mindesten Beruf, als Apologet für die Vereins-Goldmünze aufzutreten; wir glaubten aber selbst auf die Gefahr hin zu ermüden, darauf aufmerksam machen zu sollen, dass jede Münze, auch wenn ihr Werth wenig bequem in das bestehende Münzsystem einpasst, im Verkehr unbeanstandet genommen wird, wenn nur ihre schadlose Wiederausgabe gesichert ist, und dass bei Beurtheilung der Zweckmässigkeit einer Goldmünze in Ländern mit reiner Silberwährung, an sich recht wohl berechtigte Wünsche den Massstab nimmermehr bilden dürfen.

Der deutschen Goldkrone geben die Beschlüsse der Pariser Münzconferenz keine Hoffnung auf Fortbestand; denn der künftigen Goldmünze mit internationalem Charakter soll das goldene Fünffrankenstück (1,612903 Gramm schwer, $\frac{9}{10}$ fein, und 1,451613 Gr. Feingold enthaltend) zu Grunde liegen. Man hat das, in den Ländern des Frankensystems bisher nicht geprägte 25-Frankenstück zu 7,258065 Gramm Feingold als Weltmünze vorgeschlagen, indess das in grosser Anzahl geprägte 20-Frankenstück zu 5,806452 Gr. Feingold die im südwestlichen Europa weit verbreiteste Münze ist. (In Belgien prägte man zwar nach dem Gesetze vom 31. Mai

1847, welches aber schon durch Verfügung vom 28. Dezember 1850 wieder ausser Kraft gesetzt wurde, 25-Frankenstücke, jedoch nur zu 7,124 Gramm Feingold.)

Der Grundsatz der Einheit, welcher die Verzichtleistung auf die Prägung anderer Goldmünzen fordert, lässt Deutschland, wenn der Vorschlag der Pariser Münzconferenz angenommen wird, keine weitere Wahl.

Das 25-Frankenstück kommt gleich mit

- 0,7258 deutschen Goldkronen,
- 2,1087 österr. Dukaten,
- 2,1347 schwedischen Dukaten,
- 6,0968 Thalern Gold in Bremen,
- 1,2033 preuss. Friedrichsd'or od. kön. sächsischen Augustd'or,
- 1,2184 hannoverschen oder braunschweigischen Pistolen,
- 1,2198 dänischen Pistolen,
- 1,1985 niederländischen Gold-Willem,
- 1,2099 russischen Halbimperialien (zu 5 Rubel);
- 1,3960 griechischen 20-Drachmenstücken,
- 0,9912 englischen Sovereigns,
- 0,9648 nordamerikanischen Halbadlern (zu 5 Dollars),
- 0,9616 spanischen Dublonen (zu 100 Reales),
- 0,8929 portugiesischen Halbkronen (zu 5 Milreis od. 5000 Reis).

Das 20-Frankenstück ist genau zu vergleichen mit

- 0,5806 deutschen Goldkronen,
- 1,6870 österr. Dukaten,
- 1,7077 schwedischen Dukaten,
- 4,8774 Thalern Gold in Bremen,
- 0,9626 preuss. Friedrichsd'or,
- 0,9747 hannoverschen Pistolen,
- 0,9758 dänischen Pistolen,
- 0,9588 niederländ. Willem,
- 0,9680 russischen Halbimperialien,
- 1,1168 griech. 20-Drachmenstücken,
- 0,7930 englischen Sovereigns,
- 0,7718 nordamerik. Halbadlern,
- 0,7693 span. Dublonen,
- 0,7143 portug. Halbkronen.

Bis jetzt hat noch nichts über die entschiedene Annahme der projectirten Weltmünze durch die besonders dabei interessirten Staaten — England und Oesterreich — verlautet. Man hat bekanntlich in Oesterreich viel Gewicht auf das 25-Frankenstück als Weltmünze gelegt, weil es unter Zugrundelegung der Werthrelation ($15,309 : 1$) zwischen Gold und Silber, den bequemen Silberwerth von 10 Gulden ö. W. ($6\frac{2}{3}$ Thaler oder $11\frac{2}{3}$ Fl. s. W.) hat. Allein dieses Werthsverhältniss besteht eben im freien Verkehr nicht mehr, und nach dem heutigen Stande des Goldpreises würde Oesterreich das Zehngulden- (oder 25-Franken-) Stück, wie wir gleich sehen werden, nicht unter 10 Fl. $12\frac{1}{2}$ Nkr. von seinen Münzstätten ausgeben lassen können. Ueberhaupt erscheint uns die projectirte Weltmünze wie eine Art Anachronismus. Sie mochte im Anfange der Fünfziger Jahre, wo das Pfund Sterling längere Zeit in London und Paris zu 25 Franken in Silber notirt war, von Manchen als taugliche Grundlage bei Einführung eines für Deutschland, Frankreich und England gemeinschaftlichen Münzsystems nach dem damaligen Stande des Edelmetallmarktes und der Münzverhältnisse dieser Länder angesehen und empfohlen werden; jetzt, da dieselben Bedingungen nicht mehr bestehen, dürfen auch nicht mehr die gleichen Folgerungen gemacht werden wollen. Das damalige Werthsverhältniss zwischen Gold und Silber besteht nicht mehr, Franken in Silber bestehen auch nicht mehr, 25 Franken aber in Gold sind 7,2581 Gramm Feingold, der Sovereign dagegen enthält 7,3223 Gramm Feingold, ist also um 22 Centimes besser. Deshalb stehen auch die Sovereigns in den französischen Handelsplätzen, wenngleich sie meist zu 25 Franken gerechnet werden, im Kurs immer etliche Centimen darüber; wenn aber in London das 20-Frankenstück häufig zu 16 Schilling circulirt, so darf dieser Abusiv-Kurs ja nicht als Regel angesehen werden.

Wird nun England seinen Münzfuss um nahe $\frac{7}{8}$ Procent verringern und den bestehenden Vorrath an Goldmünzen umprägen, um eine Uebereinstimmung seiner Goldmünze mit der in Aussicht genommenen Weltmünze, die zunächst nur für Oesterreich den Vorzug eines höchst bequemen Silberwerthes zu haben scheint, herbeizuführen?

Wir erinnern uns gelesen zu haben, dass die Bevollmächtigten Englands ebenso wie Preussens und Hollands in der achten und letzten Sitzung der internationalen Münzconferenz, in welcher der Schlussbericht des Staatsraths de Parieu von sämmtlichen Anwesenden einstimmig genehmigt wurde, nicht mit anwesend waren, und dass im Laufe der Verhandlungen von Seiten Englands einmal geäußert wurde: So lange die öffentliche Meinung sich nicht für eine Aenderung in den dermaligen Münzverhältnissen entschieden habe und diese weder in den grossen Handelstransaktionen noch im täglichen Detailverkehr Unzuträglichkeiten veranlassen, so lange ferner nicht unbestreitbar dargethan sei, dass die Annahme eines neuen Systems überwiegende Vortheile involvire, welche das Verlassen des bisherigen in die Gewohnheiten des Volkes tief eingewurzelten Systems rechtfertigen, werde die brittische Regierung sich nicht entschliessen, hinsichtlich der Assimilation des brittischen Münzwesens mit jenem der Continentalstaaten irgend welche Schritte zu thun. Die brittische Regierung sei nicht in starren Vorurtheilen über die vorliegende wichtige Frage verfangen; gleichwohl habe sie ihren Bevollmächtigten die grösste Zurückhaltung auftragen zu müssen geglaubt, damit sie nicht eine Ansicht äusserten, welche der Vermuthung Raum geben könnte, als möchte Grossbritannien in naher Zeit der Münzconvention von 1865 beizutreten geneigt sein.

Nach diesen Erklärungen Englands ist die Annahme des 25-Frankenstücks als Weltmünze sehr problematisch. Ueberhaupt werden die allzu sanguinischen Hoffnungen auf baldige Vereinbarung eines Weltmünzsystems allmählich zu weichen beginnen. Schon im Februar dieses Jahres sollte die Pariser Münzconferenz wieder zusammentreten, um die Erklärungen der einzelnen Regierungen über die aufgestellten Grundlagen entgegen zu nehmen und sodann auf deren Basis die Einigung abzuschliessen; noch immer aber verlautet nichts über die Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Bei der Frage wegen einer künftigen gemeinsamen Goldmünze unter den Staaten des südwestlichen Europas aber wird das 20-Frankenstück wieder in besondere Erwägung zu ziehen sein, insofern es im continentalen Handelsverkehre schon eine

sehr bedeutende Verbreitung gefunden hat und gerade in jenen Ländern, mit welchen Deutschland besonders lebhaftere Verkehrsbeziehungen hat, in Frankreich, Belgien, Luxemburg, in der Schweiz, die Hauptmünze bildet; nur darf seiner, in Deutschland sonst angenommenen Bewerthung von 5 Thlr. 10 Sgr. oder 9 Fl. 20 Kr. s. W., wobei das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber wie 15,309 : 1 steht, keine Bedeutung beigelegt werden, weil eben letzteres zur Zeit nicht mehr besteht.

Wenden wir uns zur Hauptfrage: welchen Silberwerth soll die Goldmünze erhalten?

Wir haben gesehen, dass Gold überall da zuströmte, wo man mehr Silber dafür bot, als auf dem allgemeinen Markte. Es gilt überhaupt als unbezweifelte Thatsache, dass jede Waare vorzugsweise jenen Markt aufsucht, wo sie am vortheilhaftesten zur Verwerthung kommt, und es wird darum auch Gold vorzugsweise da angeboten werden, wo der Verkäufer die günstigsten Bedingungen für sein Angebot findet. Wenn zur Anbahnung der Goldwährung in Deutschland als die erste Aufgabe erscheinen muss, Gold in die Circulation zu bringen und darin zu erhalten, so darf also der Silberwerth der Goldmünze keinesfalls unter den Preis des Goldes auf dem Weltmarkte herabgehen. Nach den Notirungen zu Hamburg berechnen wir für die ersten drei Monate dieses Jahres einen Durchschnittspreis für die Kölnermark Feingold von 429 M. B.; rechnet man mindestens 1 M. B. hinzu für Prägekosten, dann Spesen und Provision bei Beschaffung des Goldes, so wird zur Zeit die Mark Feingold in den geprägten Goldmünzen im geringsten Ansätze zu 430 M. B. berechnet werden müssen und also das Zollpfund zu 465 Thaler oder $813\frac{3}{4}$ Fl. s. W., wonach sich das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber auf ($15\frac{1}{2}$: 1) stellt. Der Silberwerth des 20-Frankenstücks berechnet sich dann auf $5\frac{2}{3}$ Thlr. oder 5 Thlr. 12 Sgr., 9 Fl. 27 Kr. s. W., 8 Fl. 10 Kr. öst. W. (jener des 25-Franken- oder österreichischen Zehnguldenstückes auf 6 Thlr. $22\frac{1}{2}$ Sgr., 11 Fl. $48\frac{3}{4}$ Kr. s. W., 10 Fl. $12\frac{1}{2}$ Nkr. öst. W.). Freilich steht der Napoleonsd'or zur Zeit in den Kursblättern viel höher. Man bezahlte ihn in Berlin am 9. März mit 5 Thlr. $13\frac{5}{8}$ Sgr., in Frankfurt mit 9 Fl. 32 Kr., was einer Werthrelation von 15,72 : 1) ent-

spricht. Allein sein hoher Preis ist nur die Folge einer das Angebot übersteigenden Nachfrage; wird Ersteres erhöht, indem Deutschland die Münze selbst prägt, so wird sich sein Preis dem allgemeinen Marktpreise des Goldes, welchen wir allzeit unsern Berechnungen zu Grunde legen, sogleich anpassen. Im Uebrigen ist bekannt, dass die Notirungen der Edelmetalle in Münzform in den Kursblättern nur den Preis besagen, zu welchem der Banquier sie in geringerer Menge nimmt und giebt, dass aber für grössere Quantitäten ganz andere Preise berechnet werden.

Keinesfalls ist der berechnete Silberwerth der Goldmünze für die gegenwärtigen Marktverhältnisse zu hoch. Wollte er aber für zu hoch angesehen und angewendet werden, dass eine hohe Tarifrung der Goldmünzen sie weniger geeignet zur Versendung in's Ausland macht, so ist dieser Einwand vollkommen zutreffend, aber hier vollkommen unpassend; denn während der Uebergangsperiode kann es sich nicht darum handeln, Gold leicht zur Werthversendung in's Ausland bringen zu lassen; es handelt sich vielmehr darum, Gold zur Einfuhr und Silber zur Ausfuhr zu bringen, um eben die Substituierung des neuen Werthmassstabes für den bisherigen durchführen zu können.

Der Silberwerth der Goldmünze wird festgestellt unter dem stillen Vorbehalte, ihn, wenn nöthig, durch Verstattung eines Agio bei der Annahme in den öffentlichen Kassen zu erhöhen. Bei dem ewig schwankenden Werthsverhältnisse zwischen Gold und Silber kann möglicher Weise schon in nächster Zeit der Preis des Goldes auf dem Edelmetall-Markte höher oder auch niedriger zu stehen kommen, als er in dem festgesetzten Tarife der Goldmünze angenommen ist. Im ersten Falle wird, falls sich der höhere Goldpreis längere Zeit sollte auf dem Markte erhalten können, ein weiteres Zuströmen von Gold unterbleiben und gleichzeitig ein allmählicher Abfluss des im Umlaufe befindlichen veranlasst werden. Es wird dann nothwendig, eine Erhöhung des Silberwerthes der Goldmünze eintreten zu lassen, — ein Uebelstand, insofern er den zufälligen Besitzern von Goldgeld ihnen nicht zukommende Vortheile einräumt, der aber keine weiteren Belästigungen des Verkehrs zur Folge hat. Im andern Falle wird der niedrigere Marktpreis des Goldes, oder richtiger, der ihn über-

steigende Preis des Goldgeldes ein erheblicheres Beiströmen von Gold veranlassen, wodurch die Uebergangsperiode nur abgekürzt wird.

Es liegt in der Natur der Sache, dass auch den von andern Staaten ausgegebenen 20-Frankenstücken — es sei erlaubt, diese Münzgattung als die künftige gemeinsame Goldmünze ansehen zu dürfen — unbeschränkter Umlauf zum gleichen Kurse wie den eigenen gestattet wird, sobald nur vertragsmässig von den übrigen Staaten Garantien für jederzeit ungeänderte, vollhaltige Ausbringung der gemeinsamen Goldmünzen übernommen worden sein werden. Ein derartiges Vertragsverhältniss zwischen den Ländern mit Goldwährung (dass, wo Doppelwährung gesetzlich noch besteht, an ihre Stelle reine Goldwährung zu treten habe, ist selbstverständlich) und zwischen Deutschland kann ungeachtet der Silberwährung des Letzteren, die ja in Goldwährung convertirt werden soll, recht wohl eingegangen werden, insofern es sich vorerst nur auf Vereinbarung über Prägung des 20-Frankenstückes als gemeinsame, nach Form und Gehalt gleiche Goldmünze, deren Annahme in den öffentlichen Kassen der contrahirenden Staaten gegenseitig zugestanden wird, zu beschränken hat.

Zeigen sich einmal in Folge der Begünstigung des Goldgeld-Umlaufes Goldmünzen zahlreicher im Verkehre, so mag es zweckmässig sein, Zahlungen an den Staat bei Anleihen etc. zum Theil in Gold, zum Theil in Silber zu bedingen. Gewisse Leistungen an den Staat in Goldzahlungen vorzuschreiben in der Absicht, auf diese Weise gewissermassen ein Bedürfniss an Zurückhaltung der Goldmünzen im Verkehre zu veranlassen, halten wir nicht für räthlich, weil die Zahlungspflichtigen beschwert und benachtheiligt werden können, und die Massnahme, die einem Ausfuhr-Verbote nicht unähnlich sieht, für die beabsichtigte Erhaltung der Goldmünzen doch unwirksam sein muss, wenn besondere Verhältnisse des Geldverkehrs ihren Abfluss fördern.

In Ländern, wo eine entschiedene Gesetzgebung die Goldmünzen der Silberwährung so vollständig untergeordnet hat, wie in Deutschland, wird es immer längerer Zeit bedürfen, bis Gold im allgemeinen Verkehr einen gleichmässigeren Gebrauch zu Zahlungen findet. Auf dem Lande, wo eingewurzelte Vorurtheile

und Misstrauen den mächtigsten Halt zu haben pflegen, wird das vereinnahmte Gold bald wieder ausgegeben und vorzugsweise zu Leistungen an die öffentlichen Kassen verwendet werden, während für Silbergeld die dortigen Verkehrskreise noch lange den vorzüglichsten Sammelplatz bilden werden. An lebhafteren Verkehrs-Plätzen dagegen wird Gold sich leicht einbürgern, und hier wird bei Steuerzahlungen viel häufiger das für den grösseren und den Reiseverkehr weniger bequeme Silber in Gebrauch kommen, indess Gold der allgemeinen Circulation wird erhalten werden wollen. Als ein Merkmal für einen Zustand des Gleichgewichtes in Benützung beider Metalle zu Zahlungszwecken kann es betrachtet werden, wenn unter Privaten bei Pachten und Miethen, bei Ausleihung von Capitalien etc., Contracte schon häufiger in Gold abgeschlossen werden; vorzüglich aber sind die Steuern percipirenden Kassen zur Beobachtung des örtlich verschiedenen Gebrauches der beiden Metalle geeignet, und von ihnen aus wird sich Gewissheit über die allgemeinere Aufnahme des Goldes und seine gleichmässige Zahlungsverwendung in allen Verkehrsschichten in der Weise, dass nicht etwa in manchen Landestheilen die Circulation noch hauptsächlich oder selbst ausschliesslich aus Silbermünzen besteht, während Gold vorzugsweise nur in den Centralpunkten des Verkehrs und in den Haupt-Handelsstädten umläuft, zu verschaffen sein, ehe die Thätigkeit des Staates eingreift, um die Goldwährung zur Vollendung und gesetzlichen Anerkennung zu bringen.

III.

Wir haben es für ausreichend zur Einleitung des Ueberganges zur Goldwährung erachtet, dem durch Vertrag mit den Ländern der Goldvaluta als internationale Münze angenommenen Goldstücke einen festen, nur einer Erhöhung fähigen Silberwerth beizulegen, zu welchem es bei den öffentlichen Kassen angenommen werden muss; eine Verpflichtung für die Privaten, das Gold für alle Beträge in gleicher Weise wie Silber in Zahlung zu nehmen, haben wir nicht für nothwendig gehalten, in der Ueberzeugung, dass, wenn einmal die schadlose Verwendbarkeit des

Goldgeldes im Privatverkehr und im Verkehr mit dem Staate wird erkannt worden sein, sich die Meinung des grossen Publicums günstig für das ungewohnte Zahlungsmittel umstimmen werde. Zweierlei sollte erreicht werden: Gewöhnung an den Gebrauch von Goldgeld, dann Ausbreitung und Erhaltung desselben im Umlaufe. So weit mag der Verkehr selbst dem Eintritte der Goldwährung vorarbeiten. Wie lange Zeit nothwendig sein wird, einen ausreichenden Bestand an Goldmünzen zu erlangen, kann selbstverständlich nicht vorausgesehen werden; es werden hier die Marktverhältnisse und die Handelsconjuncturen ebenso wie der Silberpreis des 20-Franken-Stücks entscheidend sein. Ist aber einmal Gold in grosser Menge durch ganz Deutschland neben Silber im Umlaufe, dann wird es Sache der Staatsregierungen, auf der gewonnenen Grundlage die weitere Entwicklung und die Vollziehung des Ueberganges zur Goldwährung zu sichern, und sie können sich zu dieser Initiative um so leichter entschliessen, als sie nicht mehr werden fürchten müssen, bei ihrem Vorgehen mit der öffentlichen Meinung im Widerspruche zu stehen.

Der Zeitpunkt, wann dies geschehen kann, wird im Allgemeinen an den am Schlusse des vorigen Abschnittes angegebenen Kriterien erkannt; der Umstand aber, dass in der Silbercirculation alles neuere vollwichtige Geld verschwunden ist und das umlaufende schon aus mehr oder minder unterwichtigen Stücken besteht, weist auf die Nothwendigkeit, nunmehr den Abschluss zu beschleunigen.

Der Aufnahme der Goldcirculation entspricht nämlich im Allgemeinen eine gleichmässige Abnahme der Silbercirculation; begreiflicherweise strömen aber die neuen vollwichtigen Münzstücke — ganz besonders die seit 1858 geprägten Vereinsthaler — ab, während der circulirende Silbervorrath mit dem Fortgange der Entwicklung sich immer mehr auf die abgenützten Münzstücke — auf die älteren zwölflothigen Thaler, die bis 1857 geprägten Zwei- und Einguldenstücke, die Theilstücke des Thalers und das vorhandene Silberkleingeld reduciren wird. Eine derartige Deteriorirung des Silbermünzfusses mit dem Fortschreiten des Währungswechsels macht das Silbergeld nur mehr brauchbar

für den inneren und kleineren Verkehr; im grösseren Verkehre, bei Wechselzahlungen etc., wird nur mehr Gold zur Zahlungsverwendung gebracht werden können, und in Folge davon wird sich bald auch der Wechselkurs zwischen den deutschen und den ausländischen Handelsplätzen unter der Annahme bestimmen, dass Gold das Hauptzahlmittel Deutschlands geworden ist.

Die factischen Valutaverhältnisse erkennt die Gesetzgebung durch Annahme der reinen Goldwährung an, das heisst also: sie erhebt Goldgeld zum gesetzlichen und für alle Beträge unbeschränkt gesetzlichen Zahlmittel, weist aber das Silbergeld dem Kleinverkehre zur Ausgleichung geringerer Beträge zu.

Das ungesäumte und energische Vorgehen der Regierungen nach dieser Richtung ist dringend nothwendig, damit nicht durch Versäumnisse das ganze Unternehmen auf eine thatsächliche Zerrüttung des Münzwesens und eine Verschlechterung des bisher gesetzlichen Werthmassstabes hinausgehe.

Das französische Werthsverhältniss zwischen Gold und Silber, welches seit nun fast zwei Decennien continuirlich über dem Marktpreise zu Gunsten des Goldes steht, wendete bisher eine derartige Gefahr vom französischen Münzwesen ab; sie tritt aber mit dem Steigen des Goldpreises im freien Verkehre näher heran, und wenn Frankreich seine factische Goldwährung nicht rechtzeitig auch gesetzlich anerkennt, wird die rückkehrende Silberwährung den Münzfuss in den umlaufenden Nominalen unter fünf Franken um nahe 7 Procent verschlechtert finden. Ob Frankreich dann geneigt sein wird, den schwereren Münzfuss in diesen Münzstücken mit grossem Kostenaufwande wieder herzustellen, möchten wir bezweifeln.

Süddeutschlands missliche Sonderstellung im heutigen deutschen Münzwesen wurzelt wesentlich in einer planlosen und unbedachtsamen Aufnahme des Goldes als Hauptzahlmittel im zweiten Decennium des vorigen Jahrhunderts, als die Finanz- und Münzwirren Frankreichs unter Law die Edelmetalle ausser Land trieben und in Folge davon namentlich französisches Gold in die süddeutsche Metallcirculation einströmte. Je mehr die daraus geprägten Goldgulden und die Vielfachen des Goldgulden unter den Namen Maxd'or und Carld'or (Carolins) den Verkehr erfüll-

ten, um so geringer wurde der Münzfuss im zurückgebliebenen und im neu ausgegebenen Silbergelde; und als endlich die Bedingungen, welche das Einströmen des Goldes begünstigt hatten, fielen und Gegenwirkungen dem Silber die verlorne Hauptstellung im Geldumlaufe wiedergewannen, da war Süddeutschland vom 18-Guldenfusse, der um das Jahr 1715 in Deutschland noch bestand — freilich nicht unverkümmert — am Schlusse der ersten Hälfte des Jahrhunderts bis zu einem 24-Guldenfusse gelangt. Wie die nachgefolgten Bemühungen, den österreichischen 20-Guldenfuss im südwestlichen Deutschland einzuführen, an den Schwierigkeiten, einem leichteren Münzfusse einen schwereren zu substituiren, scheiterten, ist bekannt genug.

Aber nicht nur der Schutz der neuen Währung, auch die Rücksicht auf den gewöhnlichen und täglichen Verkehr verlangt einen rechtzeitigen Abschluss der Uebergangsperiode. In dieser Beziehung soll er herbeigeführt werden, ehe noch ein eigentlicher, im Kleinverkehre fühlbarer Mangel an Silbergeld, das nun einmal ohne Störungen und peinliche Belästigungen desselben nicht entbehrt werden kann, eingetreten ist. Als sich in Frankreich die Goldwährung zu vollziehen begann, betrafen die laut gewordenen Klagen im Verkehre nicht den Sturz der bisherigen Währung, sie richteten sich nur gegen den Mangel an Silbergeld, bezüglich an Theilstücken unter 10 Franken, die mit Ausnahme der durch Abnützung entwertheten aus dem Umlaufe verschwunden waren und durch Neuprägungen nicht ergänzt werden konnten, weil gerade die vollwichtigen Silberstücke vorzugsweise begehrter Gegenstand für den Export waren. In vielen Fabrikstädten konnte den Arbeitern der Taglohn nur in der Weise bezahlt werden, dass man ihn mehreren zusammen in Gold bezahlte, für dessen Verwechslung sie dann selbst zu sorgen hatten. Die Prägung goldener Fünffrankenstücke seit 1854 war ein wenig empfehlenswerther Behelf, und erst die Prägung von Theilmünzen aus Silber, aber mit dem Charakter von Scheidemünzen, war der richtige Weg, die Klagen dauernd zu beseitigen.

Da der Verkehr in der Hauptsache die Beschaffung des Goldes schon bewerkstelliget hat, kann der Staat auch leichter zur unumwundenen Annahme der Goldwährung schreiten. Er

wird zunächst das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber, das der Bestimmung des künftigen wirklichen Werthes der Werthseinheit, des Thalers oder Gulden, zu Grunde zu legen ist, endgiltig feststellen und wird, nachdem die Silberprägungen ohnehin schon lange beschränkt, eine Zeit lang selbst schon eingestellt worden sind, das noch umlaufende grobe Silbergeld theils zur Umprägung in grössere Silberscheidemünze, theils, soweit es zu diesem Zwecke entbehrlich ist, zur Beschaffung des weiter erforderlichen Goldes, unter Ansetzung eines möglichst kurzen Termines, nach dessen Ablauf es nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel ist, einrufen, indess das vorhandene Kleingeld von Groschen, Kreuzern und Kupfermünzen noch im Umlaufe belassen werden kann. Bis zu jenem Termine werden die bis daher geprägten circulirenden grösseren Silbermünzen inländischen Gepräges zum vollen Nennwerthe bei den Münzstätten eingewechselt, d. h. also nach dem festgestellten Werthverhältnisse zwischen Gold und Silber gegen Gold oder neue Silber-Scheidemünze zu ihrem Nominalwerthe umgetauscht, nach demselben aber nur mehr als Waare behandelt. Die Umprägung des umlaufenden Kleingeldes wird vorgenommen werden, wenn der Verkehr ausreichend mit den nöthigen Zwischenmünzen versehen ist.

Weil bei noch so ausgedehnter Thätigkeit der Münzstätten diese die an sie gestellte Aufgabe innerhalb der kurzen Einlösungsfrist nicht bewältigen können, so empfiehlt sich, nach dem Beispiele Hollands, Münzscheine auszugeben, mit welchen das zur Einlösung gebrachte Silber bezahlt wird, doch, soweit sie die durch Demonetisation des bisherigen Silbergeldes entstehende Lücke auszufüllen haben, in kleineren Abschnitten.

Zur Durchführung der schon oben erwähnten niederländischen Münzreform in den Jahren 1845 bis 1847 wurden nämlich eigene Münzbillets in Abschnitten von 1000, 500, 100, 50 und 10 Gulden gefertigt, womit den Lieferanten die zur Umprägung gebrachten Münzen bezahlt wurden. Diese Scheine circulirten bis zum festgesetzten Einlösungstermine als gesetzliches Zahlungsmittel, dem baaren Gelde gleich, für die darauf angegebene Summe, und die Regierung leistete dafür Sicherstellung durch Hinterlegung verzinslicher Werthpapiere bei der niederländischen Bank. Am Ende jedes

Monats wurde der Betrag der ausgegebenen und eingezogenen Münzbillets an die allgemeine Rechnungskammer angegeben, die eingezogenen Münzbillets aber derselben überantwortet, um von zwei Mitgliedern der Kammer, unter öffentlicher Anzeige, vernichtet zu werden. Nach Vollendung der Umprägung der alten Geldsorten wurden auch die Münzbillets dem Umlaufe wieder entzogen, weshalb schon bei ihrer Ausgabe bestimmt ward, dass, wenn sie binnen zwei Jahren nach dem festgesetzten Einlösungstermine nicht zur Umwechslung gebracht werden würden, sie als verjährt betrachtet werden sollen.

In ähnlicher Weise könnte auch in Deutschland bei Ausgabe von Münzscheinen vorgegangen werden.

Die Circulation im gemeinen Verkehr würde also bis zum Abschluss der Münzreform in Deutschland bestehen: aus dem schon vorhandenen neuen Goldgelde, dem bisherigen Kleingelde, dagegen Gold- oder neues Silbergeld allmählich umzuwechselnden Münzscheinen und dem in seinem Nominalwerthe unberührt gelassenen Papiergelde.

Betrachtungen über den Münzfuss der künftigen Silberscheidemünzen gehören nicht in den Bereich unserer Aufgabe. Aus den oben mitgetheilten Münzverhältnissen Englands, Frankreichs etc. ergeben sich unschwer die leitenden Gesichtspunkte bei seiner Bestimmung.

Es lässt sich nicht verkennen, dass auf dem von uns vorgeschlagenen Wege mit grosser Schonung der Jahrhunderte alten Verkehrsgewohnungen die neue Werthschätzung angebahnt und eingeleitet und bezüglich des unvermeidlichen Kostenaufwandes für Beschaffung und Prägung der Goldmünzen die möglichste Minderung erwartet werden kann. Anderseits verkennen wir aber auch nicht, dass eine rasche Durchführung der Münzreform von ihrem Beginne weg auf diese Weise wenig in Aussicht steht. Freilich, ist denn die rasche Abwicklung einer so bedeutenden Aenderung, wie die Substituierung eines neuen Werthmessers für den altgewohnten nothwendig, ja mit Rücksichtnahme auf die Langsamkeit und Schwierigkeit, womit Aenderungen im Münzwesen überhaupt in den gemeinen Verkehr eindringen, auch nur wünschenswerth?

Statt eine eingehende Beantwortung der Frage zu versuchen, wollen wir jene Modalität des Ueberganges, die eine Beschleunigung der Valuta-Umwandlung erwarten lässt, zum Gegenstand unserer Untersuchung machen, aber auch hier die Mitwirkung der gesetzlichen Doppelwährung ausschliessen, und nur den Vorbehalt einer Erhöhung des Silberwerths der Goldmünze im Bedarfsfalle bestehen lassen.

Bis zu einer gewissen Zeit — etwa drei Jahre noch — soll die Silberwährung gesetzliche Geltung in Deutschland haben; nach Ablauf dieser Frist soll Gold der Werthmesser und das allein gesetzliche Zahlungsmittel, Silber aber nur mehr Waare sein, dessen Werthsverhältniss zum Golde der freie Verkehr bestimmt.

Die nächste Frage wird die Beschaffung des neuen Münzmetalles betreffen, welche auf dem erst vorgeschlagenen Wege im Wesentlichen dem Verkehre überlassen blieb, im gegenwärtigen Falle aber durch die Münzstätten besorgt werden muss.

Rechnet man die Einwohnerzahl Deutschlands auf 34 Millionen und nimmt man mit Berücksichtigung der umlaufenden Geldsurrogate 16 Thlr. oder 28 Fl. s. W. als die für den deutschen Verkehr nöthige Münzmenge auf den Einwohner an, während man in Frankreich 75 Franken, in England ungeachtet seines ungeheuren Verkehrs nur 2 Liv. Sterl. auf den Kopf der Bevölkerung rechnet, so berechnet sich für Deutschland ein Bedarf an Münzen von 544 Millionen Thalern oder 952 Millionen Gulden s. W. Davon wird der vierte Theil der Scheidemünzen und die schon vorhandene Menge Gold, für deren Schätzung jedoch Anhaltspunkte nicht bestehen, die aber aus den schon weiter oben angegebenen Gründen keinesfalls hoch angeschlagen werden darf, in Abrechnung gebracht werden können, so dass die Einführung der Goldwährung eine Goldmünzenmenge von nahe 400 Millionen Thalern oder 700 Millionen süddeutschen Gulden, d. i. nahe eine Million Pfund Münzgold zu $\frac{9}{10}$ Feine nothwendig macht.

Die Goldproduction Deutschlands kann bei Beschaffung dieser Menge nicht in Betracht kommen. Sie betrug nach Soetbeer im gesammten Deutschland

1849: 5,1 Münzpfund,

1850: 7,5 „

1851:	18,7	Münzpfund,
1852:	27,2	„
1853:	38,9	„
1854:	25,7	„
1855:	31,5	„
1856:	17,3	„
1857:	29,5	„
1860:	86	„
1861:	57	„
1862:	20	„
1863:	90	„

während die Goldgewinnung Oesterreichs im nämlichen Zeitraume jährlich im Durchschnitte 3300 Pfund betrug.

Das benöthigte Gold muss also aus dem Auslande bezogen werden, und zwar durch Einkauf von Barrengold, wohl auch durch Verstattung günstiger Eintritts- und Umlaufs-Bedingungen für fremdes Gold, sei es in Münz- oder Barrenform.

Um fremde, in der Heimath noch wirklich als Geld circulirende, nicht etwa zum Metallwerth abgeschätzte Goldmünzen in den Verkehr zu ziehen, wird man ihnen nach den oben gegebenen Andeutungen und besonders nach den Erfahrungen, die sonst zahlreich genug in Deutschland über Eintritt und Umlauf fremden Geldes gemacht worden sind, einen den Werth in der Heimath oder auf dem grossen Markte übersteigenden Silberwerth beizulegen haben. Die Aussicht auf nur einige Procente Gewinn wird den Wechsler sogleich geneigt machen, seine Thätigkeit der Erreichung des für den Kundigen deutlich genug ausgesprochenen Zweckes zuzuwenden; nebenbei mag auch der auswärtige Handel seinen Vortheil darin finden, Deutschland statt mit Waare oder durch Anweisungen auf ausstehende Forderungen mit der höher geschätzten Goldmünze oder auch mit Goldbarren, falls die Prägebezüglich auch Affinirungskosten nieder genug gestellt sind und im übrigen Rohgold dieselbe Vergünstigung wie gemünztes Gold geniesst, zu bezahlen. Ein solcher Umtausch des deutschen Silbers gegen fremdes Gold kann sich jedoch nur in Ländern mit gesetzlicher Doppelwährung vollziehen lassen; am leichtesten da, wo Gold die factisch dominirende Währung ist, und wieder leichter,

wenn die einzutauschende Goldmünze direct im Geldverkehre Deutschlands verwendet werden kann, dem Auslande also nicht noch die Prägekosten vergütet werden müssen. Alle diese Bedingungen finden sich in Frankreich, und es tritt hier deutlich die ganz eigene Inconsequenz zu Tage, wenn ein Staat mit gesetzlicher Doppelwährung aber factischer Goldwährung mit einem andern Staate mit reiner Silberwährung eine Convention auf Grundlage der reinen Goldwährung eingehen wollte, die Letzterer erst herbeiführen muss. Wie schon erwähnt, hat Frankreich mit seinem bisherigen fehlerhaften Münzsysteme nur theilweise gebrochen; es hat die thatsächlich bestehende Goldwährung noch nicht gesetzlich anerkannt, und dem silbernen 5-Frankenstücke ist darum keineswegs die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels genommen. Wenn daher das Silber zur Zeit in Frankreich nur momentan verdrängt ist, so kann es bei entgegengesetzter Conjunctur des Geldmarktes recht wohl zu seiner früheren bevorzugten Stellung wieder gelangen und das Gold verdrängen, wie es von diesem verdrängt worden ist. Eine solche Conjunctur würde sich aber ergeben, wenn Deutschland beim Uebergange zur Goldwährung das Gold um einige Procente höher zu werthen veranlasst würde, als es in Frankreich durch das gesetzliche Werthverhältniss ($15\frac{1}{2} : 1$) geschätzt ist. Deutschland würde sein Silber an Frankreich und Frankreich sein Gold an Deutschland abgeben; schliesslich hätten beide die Währungen getauscht, Deutschland hätte Goldwährung, Frankreich aber Silberwährung, und — die beabsichtigte Münzeinheit?

Ausserdem ist die Herbeiziehung fremder Goldmünzen immer eine bedenkliche Sache: nicht allein, dass über die zu diesem Zwecke verstattete Prämie hinaus noch dem Auslande die Prägekosten vergütet werden müssen, es werden ihm auch noch überdies, wenn nicht besondere Aufmerksamkeit das Einschleichen unwichtiger, abgenützter Stücke in die Circulation abwehrt, die Abnutzungskosten bezahlt; der weiteren Erwägung nicht zu gedenken, dass die streng gesetzmässige Ausbringung der begehrten Münze eben nur erwartet werden kann. Uebrigens ist leicht einzusehen, dass bei dieser indirecten Art der Beschaffung des Goldes, die sich nur innerhalb gewisser Grenzen bewegen kann,

eine Preiserhöhung unvermeidlich ist, wie beim directen Ankaufe auch. Der Unterschied ist etwa der: dort bietet der Käufer die höheren Preise, hier verlangt sie der Verkäufer.

Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben: Eine plötzliche ausgedehnte Nachfrage nach Gold muss seinen Preis alsogleich erhöhen. Es ist zwar wahr, Gold ist in fabelhaften Quantitäten während der letzten zwei Decennien gewonnen worden, und die Goldausbeute in Californien und Australien ist eine viel nachhaltigere, als man anfangs nach früheren Erfahrungen erwarten konnte; auch Sibirien ist noch lange nicht erschöpft, und immer wieder lesen wir von Auffindung neuer Goldfelder, so dass das Angebot von Gold noch für längere Zeit ein namhaftes bleiben wird. Aber anderseits ist auch die Nachfrage nach Gold eine gegen früher ausserordentlich gesteigerte geworden dadurch, dass das Gebiet der Goldwährung plötzlich eine ungeahnte Erweiterung erlangt hat. Ausser England haben jetzt auch Nordamerika, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und Brasilien gesetzlich oder factisch die Goldwährung, und Oesterreich beabsichtigt den Uebergang dazu; bei weitem die Mehrzahl dieser Staaten aber muss erst die Metall-Valuta herstellen. China und Indien, wohin sonst nur Silber in Zahlung gebraucht werden konnte, nehmen nun auch Gold in Zahlung. Es ist darum durchaus ungerechtfertigt, wenn man, um die Schwierigkeiten bei Beschaffung des neuen Münzmetalles nicht erkennen zu müssen, nach Nordamerika oder Frankreich weist, wo sich der Umtausch von Silber gegen Gold leicht und jäh vollzog, freilich auch nicht, ohne dass Gold theurer bezahlt worden wäre, als es auf dem Weltmarkte zu haben war: es gab Frankreich $15\frac{1}{2}$, Nordamerika $15\frac{99}{100}$ Pfund Silber für 1 Pfund Gold, das im freien Verkehre $15\frac{12}{100}$ bis $15\frac{30}{100}$ Pfund Silber galt; man übersieht, dass Angebot und Nachfrage sich bereits geregelt haben, so dass der Werth des Goldes in den letzten Jahren und besonders seit voriges Jahr eine unzweifelhafte Tendenz zum Steigen zeigt. Wir berechnen nach den Hamburger Notirungen das Werthsverhältniss zwischen Gold und Silber für das Jahr

1863:	15,285 : 1
1864:	15,287 : 1
1865:	15,324 : 1
1866:	15,306 : 1
1867:	vom Anfange des Jahres bis Ende März 15,279 : 1, vom April bis Ende September schwankend, durchschnittlich 15,396 : 1, vom October bis Ende des Jahres 15,496 : 1,
1868	die ersten drei Monate 15,460 : 1.

Obwohl auf dieses Steigen des Goldwerthes bis fast zum Normalstande (15,5 : 1) die Pariser Münz-Conferenz und ihre Resolutionen ohne allen Einfluss waren?

Wenn die Beschaffung von etwa 100 Millionen Thalern Gold durch England in den Jahren 1819 bis 1822 den Preis dieses Metalls schon um 4,4 Procent erhöhte, so würde die Nachfrage nach 400 Millionen Thalern Gold innerhalb einiger Jahre eine Preiserhöhung des gesuchten Metalles sicher über 4½ Procent veranlassen, und die Werthrelation über (16 : 1) steigern, bei welchem Verhältnisse das 20 - Frankenstück mit 5 Thlr. 18 Sgr. oder 9 Fl. 48 Kr. s. W. zu vergleichen kommt.

Die Steigerung des Goldpreises in Folge bedeutender Goldankäufe kann auch aus dem Fallen desselben nachgewiesen werden, wenn ein an sich nicht bedeutender Vorrath auf den Markt gebracht wird, ohne dass sich auf diesem ein Bedarf davon ausspricht. Als durch die schon besprochenen Massnahmen der holländischen Regierung gegen das Gold in der zweiten Hälfte des Jahres 1850 für 24 Millionen Thaler dieses Metalles zum Ausgebot kamen, sank sein Preis um 3 Procent unter den Normalstand (15½ : 1).

Da drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf: Wird Oesterreich zur Goldwährung gelangen, wenn es dem 25-Frankenstück einen Silberwerth von 10 Fl. öst. W. beilegt, also ein Pfund Gold mit 15,309 Pfund Silber gleichwerthet, indess es im freien

Verkehre mit nahe $15\frac{1}{2}$ Pfund Silber, das ist um nahe $1\frac{1}{4}$ Procent höher bezahlt wird?

Wird durch Deutschlands Nachfrage nach Gold sein Preis nur um $4\frac{1}{2}$ Procent über seinen gegenwärtigen erhöht, so wird der Goldankauf allein um 18 Millionen Thaler höher kommen, als nach dem augenblicklichen Marktpreise des Goldes. Rechnet man dazu die dem Käufer zur Last fallenden Transportkosten einschliesslich Versicherungstaxen zu circa $1\frac{1}{4}$ per Mille für Gold und 9 per Mille für Silber, ferner $1\frac{1}{2}$ Procent Verlust für Prägekosten und Mindergewicht des demonetisirten Silbers, endlich die Prägekosten von Gold, nicht unter $\frac{1}{4}$ Procent, so ergibt sich ein Gesamt-Aufwand von nahe 30 Millionen Thalern, also ein Verlust von etwa 8 pCt. des umzutauschenden Silbers. Die Ummünzungskosten des beibehaltenen Silbers und des Kleingeldes bleiben ausser Ansatz, weil sie durch Annahme eines leichteren Silbermünzfusses gedeckt werden. Sehr wahrscheinlich ist dieser Kostenaufwand zu nieder angesetzt; allein es will auch nur eine Annäherungssumme für die Kosten, die mit einem jähen Uebergange von der Silber- zur Goldwährung verbunden sind, entworfen werden: entzieht sich ja ohnehin die Gestaltung des Goldpreises in Folge vermehrter Nachfrage nach diesem Metalle und reichlicheren Angebotes von Silber jeder Berechnung. Bezüglich letzteren Metalles mag noch erinnert sein, dass seine Verwendung zu Zahlungen nach Indien und China nicht mehr die frühere Bedeutung hat.

Ueberhaupt aber wollten wir in dem Vorgetragenen einen Beleg für die Richtigkeit unserer Ansicht gewinnen, dass der vorbereitende Uebergang auch in Rücksicht auf den Kostenaufwand zweckmässiger ein allmählicher ist und dem Verkehre selbst überlassen bleibt. Dabei bot sich uns zu manchen Erwägungen Stoff in Fülle: Wird die bisherige Goldausbeute ausreichen, um alle Haupthandelsstaaten mit Gold zur Einführung der Goldwährung zu versehen? Wird nach Erschöpfung der californischen und australischen Wäschchen die künftige Goldproduction zureichen, dem ausgedehnten Gebiete der Goldwährung Ersatz des jährlichen Verlustes durch Abnützung, Umprägung, Verwendung zu Zwecken der Kunst und Industrie etc. zuzuführen? Welche neue Erscheinungen werden sich auf dem Edelmetallmarkte und im Geldver-

kehre zeigen, wenn Silber seine Function, als gesetzliches Zahlungsmittel zu dienen, überall verloren haben wird? Wir wollen nicht in das Gebiet practisch zweifelsohne müssiger Fragen streichen; uns genügt die Thatsache, dass der Werth des Goldes jetzt schon eine steigende Tendenz hat, deren Grund wir in einer, das Angebot übersteigenden Nachfrage finden. Ein Sinken der Goldpreise wird auch nicht erwartet werden dürfen, wenn die Goldproduction noch lange Zeit gleich ergiebig ist wie bisher, es müsste denn sein, dass Münzgesetze innerhalb des Umfanges seiner gegenwärtigen Benützung den Fortgebrauch behindern und nachtheilig auf seine Bewerthung wirken würden. Wenn übrigens über kurz oder lang denn doch der Ertrag der Seifen ein geringerer wird, da die Goldausbeute auf der Oberfläche nachlassen muss und die tieferen Schichten nur mit viel mehr Mühe und Zeitaufwand zu erschöpfen sind, und wenn dann das Gold bergmännisch aus Quarzgängen wird gewonnen werden müssen, so wird die zwar nachhaltigere, aber minder ergiebige Gewinnungsweise, bei welcher sich der Bergmann jenen mühsamen Vorarbeiten, die die Natur dem Goldwäscher geleistet, selbst unterziehen muss, einen Abschlag des Goldwerthes zu Gunsten des Silbers um so weniger erwarten lassen.

Die Frage, womit Deutschland die Ausgaben auf Beschaffung des neuen Münzmetalles decken wollte, würde sich leicht beantworten lassen: wie schon gesagt, zunächst durch jenen Theil seines Silbers, der durch Einführung der Goldwährung für seinen Geldumlauf entbehrlich wird (die durchschnittliche Silberproduction in Deutschland kann zu 128,000 Münzpfund im Jahre angenommen werden), dann aber überhaupt durch Waaren aller Art, wozu auch seine verzinslichen Werthpapiere gehören, deren Preise freilich gegen Gold so nieder gestellt werden müssten, dass das Ausland es vortheilhaft fände, sie für das gesuchte Metall umzutauschen. In gleicher Weise wird auch die künftige Beschaffung des Goldes für Ersatz des Abganges an Goldmünzen aus verschiedenen Ursachen bewerkstelligt werden können. Die Nachschaffung wird um so geringer werden, je mehr — nicht etwa Banknoten und Papiergeld in Umlauf gebracht werden, sondern je mehr nach Art des Geldverkehrs in England, auch in

Deutschland Wechselzahlungen, Anweisungen und Contocurrent-Rechnungen die Metall-Circulation ersetzen.

Wenn wir die Beschleunigung des Ueberganges zur Goldwährung, vom Beginne der Einleitungen dazu, in der angenommenen Weise nicht für rathsam finden können, weil die Verkehrsgewöhnung zu wenig geschont und eine bedeutende Erhöhung der Preise bei Beschaffung des Goldes veranlasst werden würde, so halten wir auch die Festsetzung einer Frist schon beim Beginne des Ueberganges, bis zu welcher die gesetzliche Geltung der Silberwährung aufzuhören und die der Goldwährung zu beginnen hat, für bedenklich. Zwar wird eine solche Terminbestimmung als geeignet angesehen werden können, Misstrauen und Vorurtheil gegen das ungewohnte Zahlungsmittel zum Weichen zu bringen; sie könnte aber in entgegengesetzter Richtung Verwicklungen im Verkehre zur Folge haben, wenigstens so lange neben dem in Umlauf tretenden Golde das bisherige Silber-Courant nicht entbehrt werden kann, indem sich nun wahrscheinlich gegen dieses die Beargwohnung richten würde, und Zahlungen in Silber beanstandet oder nur mit Aufgeld genommen werden wollten.

Wenn wir endlich die Vermittelung des Ueberganges zur Goldwährung durch vorübergehende Einführung der Doppelwährung abweisen, so berücksichtigen wir weniger die bekannten Bedenken gegen die Doppelwährung, als ganz besonders den schon einmal angedeuteten Umstand, dass bei Annahme derselben die thatsächliche Vollziehung des Ueberganges dem reinen Zufalle überlassen bleiben würde; denn die Doppelwährung — wir erinnern an die oben versuchte Schilderung der verschiedenen Währungsarten — muss nicht gerade zur Goldwährung führen, sie kann ebenso gut nach einem, längere oder kürzere Zeit dauernden Hinlenken dazu, wieder zur Silberwährung zurückführen. Es würde sich eben, sollte Aussicht auf Erfolg bestehen, darum handeln, dass die gesetzliche Werthrelation zwischen beiden Metallen hoch genug zu Gunsten des Goldes festgestellt ist, so dass das Werthsverhältniss im freien Verkehr Hemmungen im Zuströmen des Goldes, gegen Austausch von Silber, während der ganzen Uebergangsperiode nicht veranlassen und am wenigsten eine Gegenströmung und Gegenwirkung sich geltend machen

kann. Wer aber wollte hier die richtige Proportion finden? Gelänge es übrigens auch durch des Zufalls Gunst, so würde ganz gewiss für die erste Zeit des Unternehmens das benöthigte Gold viel zu theuer bezahlt worden sein. Ist die Wahl eine minder glückliche, und übersteigt früher oder später die Werthrelation auf dem freien Markte die gesetzliche, so wird eine continuirliche Abströmung des Goldes die Folge sein, gegen welche sich ein allenfallsiges Hervorholen der einst beliebten, nun lange schon verrosteten Verbote des Einschmelzens, Saigerns, Granulirens, Ausführens etc. nach Erfahrungen, die neuerlich wieder in Frankreich und Russland gemacht worden, vollständig unwirksam erweisen müssten.

IV.

Ist die Goldwährung zum Abschlusse gekommen, so ist fortan Gold der Maassstab, an welchem die Werthe aller Dinge, also auch der des Silbers gemessen werden, — eine Thatsache, welche den Vorstellungen im gewöhnlichen und Kleinverkehre noch lange unzugänglich sein wird, die aber im grösseren Verkehre sogleich in der Werthstabilität des Goldes, gegen welches jetzt, wie sonst gegen das Silber, die Preise aller andern Dinge auf und ab schwanken, den entsprechenden Ausdruck findet. Alle Kursnotirungen geschehen nur mehr in Gold, und jede Veränderung des Goldpreises wird nur in einer Veränderung des Silberpreises in den Kursblättern zu erkennen sein.

Die Substituierung des neuen gesetzlichen Zahlungsmittels an Stelle des bisherigen macht Bestimmungen nothwendig, nach welchen die in der früheren Silbervaluta contrahirten Verbindlichkeiten in der neuen Goldvaluta abzutragen sind. Es ist selbstverständlich, dass die Wahl des Maassstabes, welcher den Relutionsbestimmungen zu Grunde gelegt werden soll, keine ungebundene und willkürlich freie sein kann, dass ihr vielmehr ein rechtlicher Grund unterstellt werden muss, der freilich nur vermittelnden Charakter haben wird. Um ihn aufzufinden, mag der Fall gedacht werden: der Schuldner einer Geldsumme in Silber wolle

seinen Gläubiger befriedigen, nachdem die Goldwährung eingeführt worden ist, ohne dass jedoch Bestimmungen über Begleichung von in Silber eingegangenen Zahlungsverbindlichkeiten in der neuen Währung schon beständen. Da der Schuldner seiner Zeit Geld, oder nach den Eingangs gegebenen Erklärungen, Waare mit universeller Vertretungsfähigkeit erhalten hat, welche damals Silber war, Silber aber jetzt demonetisirt, d. h. zur gewöhnlichen Waare abgewürdigt worden ist, so kann der Gläubiger nicht mehr durch Silber, sondern nur wieder durch Waare mit universeller Vertretungsfähigkeit, jetzt also durch Gold, befriedigt werden, und zwar nach einem, wirthschaftlich und rechtlich gleich wichtigen Grundsatz, durch so viel Gold, als davon zur Zeit der Entstehung der Schuld am Orte des Contractes für die geliehene Summe in Silber zu erhalten war, wobei die Preisfluctuationen zwischen Gold und Silber in der Zwischenzeit ohne Berücksichtigung bleiben.

Nach Soetbeer war das Werthsverhältniss zwischen Gold und Silber:

1801—1810:	15,61	: 1
1811—1820:	15,51	: 1
1821—1830:	15,80	: 1
1831—1840:	15,75	: 1
1841—1850:	15,83	: 1

Von 1851 an war die durchschnittliche Werthrelation, nach den Londoner Silberpreisen berechnet:

1851:	15,46	: 1
1852:	15,59	: 1
1853:	15,33	: 1
1854:	15,33	: 1
1855:	15,36	: 1
1856:	15,33	: 1
1857:	15,29	: 1
1858:	15,36	: 1
1859:	15,21	: 1
1860:	15,27	: 1
1861:	15,50	: 1
1862:	15,35	: 1

Endlich berechnen wir sie nach den Notirungen des Goldpreises im Hamburger Kursblatt:

1863: 15,²⁹ : 1

1864: 15,²⁹ : 1

1865: 15,³² : 1

1866: 15,³¹ : 1

1867: 15,³⁹ : 1

und für die ersten drei Monate

1868: 15,⁴⁶ : 1

Während also bei Zahlungsverbindlichkeiten aus dem Jahre 1859 schon für $15\frac{21}{100}$ Pfund Silber ein Pfund Gold (vorausgesetzt, dass dieser Kurs überall der nämliche in Deutschland war) grundsätzlich gegeben werden müsste, würden Zahlungscontracte aus dem Zeitraume von 1841 bis 1850 nach dem Verhältnisse von $15\frac{83}{100}$ Pfund Silber für ein Pfund Gold reducirt werden müssen, und so verschieden nach Verschiedenheit der Zeit, zu der sie eingegangen worden.

Es würde in den bei Weitem meisten Fällen nicht schwer sein, die genaue Werthrelation zwischen Gold und Silber ausfindig zu machen, unter deren Zugrundelegung Zahlungsverbindlichkeiten nach dem Grundsätze der Billigkeit zu begleichen wären, da Zeit und Ort der Schuldentstehung, beide massgebend bei Aufsuchung der Relation, regelmässig aus den darüber bestehenden Documenten werden erkannt werden können; und diese Darlegung ist, wie auf die Schuldverhältnisse der Privaten, also auch auf die des Staates anwendbar, der ohne Zweifel die gleichen Pflichten hat wie ein Privatschuldner, und bezüglich dessen Anleihen, deren Domicil in der Regel die Hauptstadt des borgenden Landes ist, Zeit und Ort genau bekannt sind.

Indess ist leicht einzusehen, dass die Umschreibung und Reducirung aller aus Darlehen entstandenen, auf Silber ausgestellten Zahlungsverbindlichkeiten in andere, auf die neue Währung lautende, nach diesem Grundsätze nicht unmöglich zwar, im Grossen und Ganzen aber ebenso schwierig wäre, als wenn man während des Uebergangsstadiums zur Goldwährung und vor Abschluss derselben alle in Silber bestehenden Zahlungsverbindlich-

keiten, soweit sie kündbar sind, künden, und dafür nach freiem Uebereinkommen neue begründen wollte, die auf Gold lauteten.

Für viele Fälle, z. B. Leistungen an den Staat u. dgl. kann ohnehin jener allgemeine Grundsatz nicht in Anwendung gebracht werden. Es stellt sich darum die Nothwendigkeit heraus, einen allgemeinen und gemeinsamen Reductionsmassstab aufzustellen, nach welchem alle Arten Zahlungsverbindlichkeiten, also auch die mannigfachen Leistungen an den Staat, so weit nicht besondere Vorbehalte und rechtliche Bestimmungen ausdrücklich dagegen sind, gleichförmig behandelt werden können, ohne dass sich von der Billigkeit zu weit entfernt wird. Dazu wird man nach unserer Ansicht gelangen, wenn man den Preis des Goldes an den wichtigsten deutschen Handelsplätzen nach einem langjährigen Durchschnitte zu Grunde legt. Nach den obigen Angaben, auf welche wir uns allein beziehen können, war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts der Goldpreis ein ziemlich gleichförmiger; man bezahlte im Durchschnitte $15\frac{7}{10}$ Pfund Silber für 1 Pfund Gold. Dagegen sank er — um uns der üblichen Ausdrucksweise zu bedienen, denn eigentlich stieg nur der Silberpreis — in der zweiten Hälfte um einige Procente; es wurden seit nun fast zwei Decennien für ein Pfund Gold nur $15\frac{33}{100}$ Pfund Silber, also um nahe $2\frac{36}{100}$ Procent weniger gegeben. Es wäre also der eigentliche Reductionsmassstab für alle aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts stammenden Zahlungsverbindlichkeiten das Werthverhältniss $15,70 : 1$, für alle aus neuerer Zeit stammenden das Verhältniss $15,33 : 1$. Wird als allgemeiner Reductionsmassstab für die Periode vom Beginne dieses Jahrhunderts bis zur Gegenwart das Werthverhältniss ($15\frac{1}{2} : 1$) angenommen, so ist dieses das durchschnittliche von den beiden eben angegebenen, entfernt sich von beiden nur um etwas wenig mehr als 1 Procent und steht dem jetzt marktüblichen sehr nahe. Das Werthverhältniss ($15\frac{1}{2} : 1$) ist seit einem halben Jahrhunderte die gesetzliche Werthrelation Frankreichs und wird seitdem auf dem Continente als das normale betrachtet, das auch bei einem seinerzeitigen Uebergange Frankreichs von der Doppelwährung zur reinen Goldwährung der gesetzliche Massstab für die Reductions-Bestimmungen bleiben wird. Denn wo Doppelwährung die gesetz-

liche Währung war, kann nur die vom Gesetze aufgestellte Werthrelation beim Uebergange zur Goldwährung der einzig mögliche Reductions-Massstab sein, insofern jedes Gesetz unbedingte Befolgung verlangt, auch wenn der Inhalt für tadelnswerth, hart und ungerecht gelten sollte. Freilich ist, wie Michel Chevalier sagt, der Gesetzgeber souverain und er hat das Recht, heute das Gegentheil von dem zu beschliessen, was er gestern gewollt hat. „Aber der Gesetzgeber muss gerecht sein und seine Verpflichtungen halten; in seiner Achtung für die Gerechtigkeit und für sein gegebenes Wort schöpft er diejenige Achtung, von welcher sein Wille, im Interesse der Gesellschaft selbst, umgeben sein soll.“

Für die seltener vorkommenden, in Silber ausbedungenen Zahlungsverbindlichkeiten aus Zeiträumen vor Beginn dieses Jahrhunderts würde bei Convertirung derselben in die Goldwährung die zur betreffenden Zeit und am betreffenden Orte üblich gewesene Werthrelation in jedem besonderen Falle besonders zu ermitteln sein.

Es ist wohl selbstverständlich, dass wir das aufgefundene Werthverhältniss ($15\frac{1}{2} : 1$) nicht für den einstigen Uebergang Deutschlands zur Goldwährung empfehlen und die inzwischen möglicher Weise eintretenden, mehr oder weniger erheblichen Aenderungen in den Werthbeziehungen beider Münzmetalle können ignoriren wollen. Wir wollten durch die Aufsuchung der Relation lediglich nur unsere Ansicht zum Ausdruck bringen, wie bei Feststellung des Reductionsmassstabes vorgegangen werden kann.

Ehe wir die vorliegende Arbeit beenden, wollen wir nur noch wie als Anhang einige Bemerkungen über die Einführung des Franken zu 100 Centimen als Rechnungseinheit in Deutschland beifügen.

Die grosse Mehrzahl des Publikums, und selbst des kaufmännischen, ist der Meinung, es gelte der Frank 8 Sgr. oder 28 Kr. s. W. Allein so verhält es sich denn doch nicht. Der Silberfrank ist in Deutschland nach einem ganz richtigen Grundsätze über den Umlauf fremden Geldes um fast $1\frac{1}{4}$ Procent zu nieder und in einem $29\frac{17}{27}$ -Thaler- oder $51\frac{23}{27}$ -Guldenfuss geschätzt, während sein wahrer Werth in den bestehenden deutschen

Münzfüssen $8\frac{1}{10}$ Sgr., $28\frac{35}{100}$ Kr. s. W., $40\frac{1}{2}$ Nkr. ö. W. beträgt; oder der Frank ist in Frankreich $4\frac{1}{2}$ Gramm, in Deutschland $4\frac{4}{9}$ Gramm Feinsilber. Bei Annahme des französischen Frankensystems müsste natürlich, um eine Gleichstellung des Franken mit den bisherigen Wertheinheiten ermöglichen zu können, die genaue Vergleichung, nicht die approximative zu Grunde gelegt werden. Aber auch die genaue ist zur Zeit nicht richtig, insofern sie sich auf den Silberfranken zu $4\frac{1}{2}$ Gramm Feinsilber bezieht, Frankreich aber gegenwärtig nach Goldfranken zu 0,2903 Gramm Feingold rechnet, dessen Preis in Ländern mit reiner Silberwährung, wie allbekannt, veränderlich ist. Nur wenn und so lange das gesetzliche Werthverhältniss ($15\frac{1}{2} : 1$) mit dem auf dem Weltmarkte üblichen zusammentrifft, ist in den Ländern mit Silberwährung die Bewerthung des Silberfranken auch auf den Goldfranken anwendbar. Bezeichnet man den marktüblichen Werth eines Pfundes Gold in Pfunden Silber mit v , so ist der Silberwerth des Goldfranken $= 0,5226 \times v$ Sgr. oder

$$= 1,8290 \times v \text{ Kreuzer s. W.}$$

Wenn aber die neue Rechnungseinheit durch die seitherige bekannte als den Massstab für die gegenseitige Vergleichung, zur Verständigung gebracht werden muss, so bedarf es eines festen Verhältnisses beider zu einander. Es kann also von einer Einführung des französischen Frankensystems in Deutschland nicht die Rede sein, bis nicht die Goldwährung eingeführt und der Werth des Silberthalers, Silberguldens etc. in Gold bestimmt ist; nur zu Goldthaler, Goldgulden können Goldfranken in festes und genaues Werthverhältniss treten.

Soweit wir uns erinnern, enthält der Bericht der internationalen Münzconferenz keine ausdrückliche Empfehlung für Einführung des Frankensystems. Das Hauptgewicht ist nur auf die Annahme einer internationalen Goldmünze als Vielfachen des goldenen Fünffranken gelegt, die Fortdauer einer Thaler- oder Guldenrechnung also zulässig. Und in der That gehört die Aenderung einer altgewohnten Rechnungsweise zu den wichtigsten, das innerliche Volksleben am tiefsten ergreifenden Thatsachen, deren Schwierigkeit viel zu wenig erkannt ist. Schon vor nahe vierzig Jahren, als der Zoll-Vertrag vom 27. Mai 1829, den

Bayern und Württemberg mit Preussen und Hessen schlossen, die Einführung eines gleichen Münz-, Maass- und Gewichtssystems in Aussicht nahm, wurde die Einführung des französischen Münzsystems, dessen factische Grundlage noch die Silberwährung war, empfohlen.

Den Vorschlag beleuchtete Dr. v. Hermann in einem höchst wichtigen Aufsätze (im Archive der politischen Oeconomie und Polizeiwissenschaft von Dr. Rau, Bd. I. 1835), dessen anempfohlene Regelung des deutschen Münzwesens thatsächlich, wenn auch erst im Jahre 1857 durch die Ergebnisse der Wiener Münzconferenz, zur vollständigen Durchführung gekommen ist, und äusserte über Einführung des Frankengeldes darin:

„Der Vorschlag will nichts weniger, als dass die zweiundzwanzig Millionen Einwohner des Vereinsgebietes den gewohnten Vorstellungen bei der Schätzung des Tauschwerths der Güter entsagen, und dafür andere mit neuen Benennungen annehmen. die eine verschiedene Rechnungsweise erfordern. Die Schwierigkeiten, welche mit einem solchen Vorgange verbunden sind, darf man indessen nicht nach der Leichtigkeit bemessen, mit der ein rechenfertiger Mann sich der verschiedensten Münzen bedient; obwohl auch ein solcher bei Reisen in Ländern mit ihm ganz ungewohnten Münzverhältnissen selten ohne Unbequemlichkeit und kleine Verluste durchkommt.

Man muss vielmehr das gemeine Volk ins Auge fassen und erwägen, wie wenig Vorstellungen und Wörter der Gedanken- und Sprachschatz etwa eines Tagelöhners in sich fasst, wie schwer es ihm also werden muss, so wichtige Vorstellungen und Ausdrücke umzutauschen, als die sind, mit denen er täglich den Werth seiner Arbeit, den Umfang seines Lebensbedarfes, ja die Bedeutung eines grossen Theils seiner Existenz sich vergegenwärtigt, um vollständig einzusehen, was man in jenem Vorschlage verlangt. Zu gut weiss der gemeine Mann, dass er bei solchen Aenderungen gewöhnlich von dem gewandteren Lohngeber oder Kaufmanne übervorthelt wird, und so kommt dann noch Miss-
trauen gegen das Neue zu seiner Anhänglichkeit an das Alte hinzu, um ihn gegen ähnliche Anordnungen ganz einzunehmen und widerstrebend zu machen.“ —

Wir sind am Schlusse unserer Arbeit.

Wie sie auch beschaffen sein und wie sie von Wohlwollen oder Missgunst beurtheilt werden mag, nimmer wird mit Berechtigung getadelt werden wollen, wenn Meinungen und Ansichten offen und ohne Rückhalt ausgesprochen werden in einer Sache, welche bis jetzt eben so selten discutirt worden ist, als häufig seit der Entdeckung der Goldfelder Californiens und Australiens über die Vorzüge der Goldwährung im Allgemeinen, über die principielle Unrichtigkeit der Doppelwährung u. dgl. geschrieben und verhandelt worden ist. Wir haben mit Sorgfalt zu vermeiden gesucht, bei unsern Untersuchungen auf einen andern Standpunkt, als den der Wirklichkeit zu gerathen, in der Ueberzeugung, dass von einem zu hohen Standpunkte herab — auf welchem sich hochmüthige Vornehmthuerei und geistlose mikrologische Haarspalterei gar so gerne zu tummeln pflegen — die zunächst liegenden Gegenstände allermeist übersehen werden, indess dann die räthselhafte, neblige Ferne ihren mächtigen Einfluss für Schaffung luftiger Phantasiegebilde zur vollen Geltung bringt; wir haben aber auch mit gleicher Sorgfalt zu vermeiden gesucht, mit jener Frivolität in Münzfragen zu urtheilen, womit so Viele über wirthschaftliche Dinge zu entscheiden sich für berechtigt halten; wahrscheinlich, weil sie eben selbst im Verkehre thätig sind.

Zur Erläuterung und Rechtfertigung unserer Sätze haben wir dann immer wieder auf die Münzgeschichte verwiesen, aus Gründen, die kaum einer besonderen Darlegung bedürfen, am wenigsten für solche, denen die Erfolge der Verbindung von Geschichte und Wirthschaftslehre nicht unbekannt sind. Freilich giebt es deren, welche die Vergangenheit des Münzwesens mit ihren zahllosen Fehlern für durchaus werthlos, durch unsere jetzigen Verkehrsverhältnisse ohnehin einem ernsten, practisch-nützlichen Studium ferngerückt halten. Indess die Münzgesetze, unter welchen eine gesunde Metallcirculation allein bestehen kann, sind in der Gegenwart mit ihren geänderten Verkehrsverhältnissen noch genau dieselben, welche sie vor zwei oder drei Jahrhunderten waren; und wer wollte läugnen, dass die Fehler vergangener Zeiten belehren, und sei es auch nur in negativer Weise?

Wie wenig gerade die Gegenwart Ursache hat, mit Geringschätzung auf die Vergangenheit zurückzublicken, das zeigt die unvergängliche Verwechslung von Geld und Kapital, die vielleicht nie glänzender zu Tage trat, als in der Neuzeit im Streite über die Vorzüge der beiden einfachen Währungen gegen einander.

Wenn wir uns aber vorzugsweise auf die neuere Münzgeschichte bezogen, so geschah es, nicht nur weil sie allgemein bekannter ist, sondern auch, weil die frühere Zeit die Währungsart, welche wir Eingangs als reine Goldwährung schilderten, nicht kannte. Wurde auch da und dort diese Währungsart in Folge der Doppelwährung — der eigentlichen Währung der verflossenen Jahrhunderte — factisch die dominirende, so wollte man doch nicht dabei bleiben und kehrte man alsbald wieder zur Silberwährung zurück. Wir werden auf diese Thatsache anderwärts in eingehenderer und ausführlicherer Weise zurückkommen. (In „Geschichte des Münz- und Geldwesens im Königreich Bayern diesseits des Rheins“, zu deren Bearbeitung der Verfasser dieser Denkschrift seine Mussestunden seit mehreren Jahren benützt.)

Zur deutschen Münz - Reform

von

Hermann Weibezahn,

Secretair der Handels-Kammer zu Köln.



Inhalts-Uebersicht.

	Seite
1. Stellung der Frage	131
2. Geld ist Waare	132
3. Die Währung	137
4. Der deutsche und der französische Silber-Münzfuss, sowie das Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber	139
5. Erörterung der beim Uebergange zur Goldwährung in Betracht kommenden Rechtsfragen	142
6. Die Lösung des Conflicts und die dem Staate hierdurch erwachsen- den Kosten	147
7. Die Modalitäten des Ueberganges zur Goldwährung	152
8. Die letzten Schritte	157



Motto:
Geld ist Waare!

1. Stellung der Frage.

Die Bedenken, welche gegen die ernstliche Inangriffnahme einer gründlichen Reform des deutschen Münzwesens in massgebenden Kreisen zu bestehen scheinen, dürften vorzugsweise auf folgende Ursachen zurückzuführen sein. Vor allen Dingen auf das mit der Muttermilch eingesogene Vorurtheil, dass der Werth des Silbers ein constanter, oder wenigstens doch ein beständigerer sei, als der des Goldes. An dieses Vorurtheil knüpft sich sodann die Befürchtung, dass ohne eine schwere Schädigung von Rechten und Interessen der Uebergang von der Silberwährung zur Goldwährung nicht möglich sein werde. Weiter ist es die Besorgniss vor den unvermeidlichen, wenn auch vorübergehenden Unbequemlichkeiten, welche die Annahme einer neuen Rechnungs-Münze allerdings zur Folge hat. Endlich scheut man auch wohl noch die, vermöge einer vollständigen Umgestaltung des deutschen Münzwesens den Staatskassen zur Last fallenden, nicht unerheblichen Kosten.

In Folge einer vom bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages gegebenen Anregung, sollen nun diese Bedenken, soweit sie mit dem Uebergange zur Goldwährung zusammenhängen, im Nachstehenden einer näheren Würdigung unterzogen werden. Die vom genannten Ausschusse in seinem Ausschreiben vom December v. Js. gestellte Preis-Aufgabe erstreckt sich nämlich nur auf die Frage:

Welche Vorbereitungen und Uebergangs-Massregeln sind anzurathen, und welche gesetzlichen Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung

bestehender Zahlungs-Verbindlichkeiten zu erlassen, wenn in einem Lande, wo auf Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?

Erläuternd wird hinzugefügt, dass der Uebergang vom 30-Thaler- und 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfusse zum französischen Goldmünzfusse der Erörterung zu Grunde zu legen sei.

Da nach der Erklärung des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages die Denkschrift dazu dienen soll, eine klare Vorstellung über sämtliche beim Uebergange zur Goldwährung in Betracht kommenden Momente in weitesten Kreisen zu verbreiten, so muss damit begonnen werden, verschiedene Verhältnisse, insbesondere die Natur des Geldes, das Wesen der Währung, die Grundlagen des deutschen und des französischen Münzsystems, sowie die Schwankungen der Werth-Relation zwischen Gold und Silber vor dem Auge des Lesers kurz zu entwickeln.

2. Geld ist Waare.

Die Existenz der menschlichen Gesellschaft beruht auf dem gegenseitigen Austausche der Güter. Der Güter-Austausch erheischt aber ein Tauschmittel, d. h. eine Waare, gegen welche der abzutretende Gegenstand von Jedem gern hingegeben, oder mit anderen Worten, welche von Jedermann bereitwilligst genommen wird. Die besonderen Eigenschaften von Gold und Silber haben zur Folge gehabt, dass fast ausschliesslich diese beiden Edelmetalle gegenwärtig als Tauschwaare dienen.

Soweit nun Gold oder Silber in Form von Barren zur Vermittelung des Tausches im Grossen benutzt werden, liegt ihre Waaren-Qualität ganz unzweifelhaft am Tage. Es wird daher von Niemandem in Abrede gestellt werden können, dass beiden Edelmetallen in dieser Form alle Eigenschaften anhaften, welche bei den übrigen Waaren sich geltend machen. Mithin auch die durch Veränderung von Angebot und Nachfrage herbeigeführte Schwankung des Tauschwerths und zwar beider Metalle sowohl unter sich, als auch im Vergleiche zu anderen Waaren. Um

nun darthun zu können, dass die Werthschwankungen des Rohmetalls auch auf die aus demselben gefertigten Münzen sich fortpflanzen, ist es erforderlich, die Entstehung und den Zweck der Münzen mit wenigen Worten anzudeuten.

In der Gestalt von Barren erfüllen die beiden Edelmetalle nur unvollkommen die Aufgabe der Tauschvermittlung. Gewicht und Gehalt der ohnedies für kleinere Umsätze ungeeigneten Barren müssen, will man vollständig sicher gehen, zuvor erprobt werden, während die Bedürfnisse des Verkehrs es erheischen, dass die Tauschenden einer derartigen Mühe und Weitläufigkeit sich überhoben sehen.

In Rücksicht hierauf fertigte man daher aus dem Rohstoffe: Gold oder Silber das Fabrikat: Gold- oder Silbermünzen, d. h. Stücke Metalls in handlicher Form von einem bestimmten Gehalte an edlem Metalle. Die Anfertigung dieses Fabrikats konnte aus dem Grunde nicht lediglich der Privat-Industrie überlassen werden, weil dann die Garantie für den bekanntlich schwer zu erkennenden Edelmetall-Gehalt gefehlt haben würde. Es musste daher nothwendiger Weise die Münz-Fabrikation entweder ganz vom Staate besorgt, oder es konnte Privaten nur nachgelassen werden, durch die Staats-Münzanstalten, also unter Garantie des Staates für die Vollwichtigkeit der einzelnen Münzstücke, Barren in die gesetzlichen oder herkömmlichen Landesmünzen umwandeln zu lassen.

Die Thatsache, dass die Münzprägung von den Regierungen früherhin vielfach missbraucht wurde, und dass unter dem Drucke von Landes-Calamitäten, oder in gewinnsüchtiger Absicht nicht vollhaltige Münzen in den öffentlichen Münzstätten häufig ausgeprägt worden sind, kommt hierbei nicht weiter in Betracht. Gegenwärtig giebt sich unter den Regierungen aller Welthandelsstaaten ein edler Wetteifer kund, ihren Verpflichtungen bezüglich des Münzwesens in dieser Richtung wenigstens im vollsten Umfange zu genügen.

Durch die Umwandlung eines Stückes Rohstoff: Gold oder Silber in das Fabrikat: Gold- oder Silbermünze, wird nun der Gebrauchswerth und folgerichtig auch der Tauschwerth des betreffenden Stückes Edelmetall erhöht, allein keineswegs in dem

Verhältnisse, wie es bei anderen Fabrikaten, z. B. bei Anfertigung eines kunstvoll gearbeiteten Schrankes aus Eichenholz sich herausstellt. Hier überwiegt einerseits der Arbeitslohn vollständig die Kosten des Rohstoffes und andererseits geht der Tauschwerth des letzteren durch die Fabrikation fast ganz verloren, da, wenn man den Schrank in seine verschiedenen Bestandtheile zerlegt, letztere für sich allein nicht einmal den Werth mehr besitzen, welchen sie im rohen Zustande hatten. Bei der Fabrikation der Münzen sind dagegen nicht nur die Fabrikationskosten verhältnissmässig äusserst niedrige, sondern der Werth des Rohstoffes wird auch durch die Umgestaltung nicht verringert, indem man durch Einschmelzen der Münzen den Rohstoff in seiner früheren Form und Beschaffenheit sofort wieder herstellen kann. Der Hauptfactor für die Bestimmung des Tauschwerthes einer Münze bleibt daher der Edelmetall-Gehalt und derselbe ist auch in dieser Form den Tauschwerth-Schwankungen des Rohmetalls nach wie vor unterworfen.

Es soll versucht werden, im Nachstehenden den Beweis hierfür beizubringen.

Je nach dem Steigen oder Fallen des Tauschwerthes der in einem Lande vorhandenen Waaren-Vorräthe vergrössert oder verringert sich das Vermögen der Gesamtheit. Das Vorhandensein gleicher Körnermengen in einem vorzugsweise Getreide producirenden und exportirenden Gebiete vorausgesetzt, ist dieses Land in einem Jahre wo die Cerealien am Weltmarkte hoch im Preise stehen, reicher als in einem andern Jahre, wo der Getreidepreis allgemein ein niedriger ist. Gleichen Einfluss äussern alle andern, in einem Lande befindlichen Waaren-Mengen, insbesondere auch die in Barren- oder Münzform in demselben vorhandenen Edelmetall-Quantitäten. Angenommen, es seien im Gebiete des deutschen Zollvereins in Barren- und Münzform 10 Millionen Pfund feines Silber vorhanden, so ist der absolute Werth dieser Edelmetallmenge ein entschieden grösserer, wenn der Tauschwerth des Silbers sehr hoch steht, so dass z. B. im internationalen Verkehre 1 Pfd. Gold bereits mit 15 Pfd. Silber zu kaufen ist, als in dem Falle, wo für 1 Pfd. Gold 16 Pfd. Silber in Tausch gegeben werden müssen. Was aber von der

Gesammtheit gilt, gilt auch vom Einzelnen, aus dem jene sich zusammensetzt.

So ist denn der deutsche Rentner etc., was die im Augenblicke realisirbaren Forderungen oder seinen Kassen-Vorrath an Silber betrifft, in Wirklichkeit im ersteren der obigen Fälle entsprechend reicher, als im zweiten. Auch der Beamte, welcher monatlich 150 Thaler bezieht, kommt mit seinem Gehalte bei einem hohen Preisstande des Silbers entschieden weiter, als in den Zeiten, wo letzterer ein wesentlich niedrigerer ist. Ja, die Wirkungen derartiger Tauschwerth-Schwankungen des Münzmetalls machen sogar in den kleinsten Verhältnissen, selbst bei dem Lohne des Handarbeiters in übereinstimmender Weise sich geltend. Der Rentner, der Beamte, der Arbeiter, sie besitzen oder beziehen, mag Silber am Weltmarkte hoch oder niedrig stehen, zwar das gleiche Quantum Silber an Zinsen, Gehalt und Lohn, allein da die Schwankungen des Silber-Tauschwerths auf die Preise aller Güter Einfluss üben, so wird ein Jeder seinem Einkommen entsprechend von jenen berührt.

Dieser Einfluss der Schwankungen des Tauschwerths des einen oder andern Edelmetalls, welcher also sowohl bei den Barren, als auch bei den Münzen in der Zu- oder Abnahme der für ein gleiches Edelmetall-Quantum einzutauschenden Güter sich äussert, tritt nun am augenscheinlichsten an der Stelle hervor, wo der Güter-Austausch des betreffenden Landes mit dem Weltmarkte unterhalten wird. Von hieraus wirkt jener Einfluss jedoch zurück auf die innern Verhältnisse des betreffenden Landes und zwar sowohl auf die Preise der Waaren, welche das Land exportirt, als auch auf die der Güter, welche in dasselbe von Aussen eingeführt werden.

Zunächst gegenüber den Ländern, in welchen die Goldwährung besteht, machen die Schwankungen im Tauschwerthe des Silbers durch den Stand des Wechselcourses sich sofort bemerklich. Steht Silber hoch im Preise, so ist der Wechselcours auf die Märkte der Goldwährung für das Land der Silberwährung ein günstiger. Die von jenen Märkten bezogenen Waaren kommen also dem diesseitigen Importeur billiger zu stehen, als in dem Falle, wo der Stand der Wechselcourse auf

dieselben ein hoher ist. Entsprechend den hierdurch verringerten Bezugskosten stellen sich demnach die Preise jener Waaren auch im Detail-Verkehr niedriger. Aber nicht nur bei den von Aussen eingeführten, sondern auch bei den zum Export gelangenden Artikeln tritt ein Preis-Abschlag und zwar aus folgenden Ursachen ein. Bei dem, durch den hohen Preisstand des Silbers herbeigeführten ungünstigen Wechselcours für das Land der Goldwährung kann nämlich letzteres die Erzeugnisse aus den Gebieten der Silberwährung nicht so vortheilhaft beziehen, als im entgegengesetzten Falle. Die Concurrenz des der Goldwährung anhängenden Auslandes in dem Bezuge der Produkte des Landes der Silberwährung lässt daher nach und die Folge davon ist, dass vermöge der verringerten Nachfrage die Preise der betreffenden Güter nicht so hoch steigen, oder sich nicht so hoch halten, wie es bei einem grösseren Mitbewerbe von jener Seite der Fall gewesen sein würde. Es ist dieses zwar anscheinend ein Widerspruch, dass der Mitbewerb des Auslandes bei nominell niedrigen Waaren-Preisen sich vermindere. Zur Lösung desselben bedarf es wohl kaum der Bemerkung, dass wenn die Ungunst des Wechselcourses durch den niedrigen Preisstand der Waaren vollständig oder mehr als ausgeglichen wird, d. h. wenn das betreffende Land der Silberwährung trotz des ungünstigen Wechselcourses dennoch vermöge des billigen Preises als die vortheilhafteste Bezugsquelle für die fragliche Waare sich ergiebt, der Mitbewerb des Landes der Goldwährung sofort wieder eintritt.

Ist dagegen der Tauschwerth des Silbers ein verhältnissmässig geringer, so äussert sich dieses in den angedeuteten Beziehungen in durchaus gegentheiligen Erscheinungen und jene Güter bedingen verhältnissmässig höhere Preise.

Bei Gestaltung der Wechselcourse wirken ausser dem Werth-Verhältnisse zwischen Gold und Silber, freilich auch noch andere wesentliche Factoren mit. So das Gesamt-Verhältniss des gegenseitigen Güter-Austausches und bei langsichtigen Wechseln der Stand des Disconts. Obwohl nun in der als Anlage I. angefügten, aus Angaben des 2. Jahrgangs der Jahrbücher für die amtliche Preussische Statistik gebildeten Tabelle, in Er-

mangelung des Wechselcourses auf London für Wechsel nach Sicht, der Cours von Dreimonats-Papier hat eingestellt werden müssen, so wird dennoch die Wahrheit der obigen Behauptung durch eine, den Schwankungen des Werth-Verhältnisses zwischen Gold und Silber fast ganz analoge Veränderung des Wechselcourses zwischen London und Berlin vollständig dargethan.

Die Veränderlichkeit des Silber-Tauschwerths kann im Verkehre zwischen Ländern der Silberwährung allerdings nicht im Wechselcourse zu Tage treten. Dagegen liegt es auf der Hand, dass, falls alle Handelsstaaten der Erde die Silberwährung besäßen, die Schwankungen des Tauschwerthes dieses Metalles durch das Steigen oder Fallen der Preise aller anderen Waaren um so gleichmässiger zu Tage treten würde.

Durch die vorstehenden Erörterungen dürfte daher zur Evidenz nachgewiesen sein, dass der Tauschwerth des in den Gold- und Silber-Münzen enthaltenen Edellmetalls denselben Schwankungen unterworfen ist, wie das betreffende Rohmetall. Ist dieses aber der Fall, so folgt mit Nothwendigkeit hieraus, dass selbst unter Fortdauer derselben Währung sowohl bei den für einen entfernten Termin bedungenen Zahlungen, als auch namentlich bei der Wiedererstattung von Darlehen, je nach dem inzwischen eingetretenen Steigen oder Fallen des Münz-Metalls, ein Mehr oder Weniger von dem Schuldner geleistet wird, als ursprünglich bedungen, oder dem Letzteren gewährt worden war.

Es kann hiernach einem Zweifel nicht unterliegen, dass der Schuldner, welcher vor 8 Jahren ein Darlehn von 900 Silberthalern erhielt, als das Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber 1 zu 15,12 war, wenn er Ende December 1867 das Darlehn mit 900 Silberthalern zurückerstattete, wo jenes Werth-Verhältniss wie 1 zu 15,55 sich herausstellte, an und für sich weniger an Tauschwerthen zurückgewährt hat, als er seiner Zeit empfangen.

3. Die Währung.

Trotzdem, wie wir also gesehen haben, der Tauschwerth sowohl des Silbers, als auch der des Goldes einem steten Schwanken unterliegt, wird diese Thatsache dennoch ignorirt und in einigen

Staaten von allen Waaren allein das Silber, in anderen dagegen nur das Gold als unveränderlich in seinem Tauschwerthe betrachtet. Dort genügt der Schuldner vollständig seiner Verbindlichkeit, mag Silber höher oder niedriger am Weltmarkte stehen, wenn er ein Darlehn oder die Forderung aus einem Kaufvertrage etc. mit soviel landesüblichen Silbermünzen abführt, wie er früher empfangen, oder wie bei Abschluss des Vertrages bedungen worden sind. Alle Tauschwerthe werden daher in den Ländern der ersten Kategorie in Silber angeschlagen und da es bekannt ist, wie viel feines Silber die Landesmünzen enthalten, so genügt zur Feststellung des Preises die Angabe der Zahl der betreffenden Münzen. Diejenige Münze, in welcher die grösseren Werthsummen angeschlagen zu werden pflegen, nennt man die Rechnungs-Münze. Von einem Lande nun, in welchem Silbermünzen die vorerwähnten Functionen zugetheilt worden sind, sagt man, es besitzt die Silberwährung.

In den Staaten dagegen, wo das Gold und die Münzen aus Gold als constant im Tauschwerthe betrachtet und alle Werth- und Preis-Angaben in Goldmünzen gemacht, auch jegliche Verbindlichkeiten, ohne Rücksicht auf den im internationalen Tausch-Verkehre bestehenden Tauschwerth des Goldes, durch die empfangene oder bedungene Anzahl goldener Landesmünzen ausgeglichen werden können, besteht die Goldwährung.

Doch es giebt auch noch eine dritte Fiction und zwar die, welche ursprünglich von der Annahme ausging, dass das Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber ein constantes sei, und die es daher, falls nicht die Zahlung in einem der beiden Metalle ausdrücklich bedungen worden war, dem Belieben des Zahlungspflichtigen anheimstellte, in Gold- oder Silber-Münzen seinen Verbindlichkeiten zu genügen. Durch die im Laufe der Zeiten gemachten Erfahrungen hat sich jedoch die letzte Fiction in der Praxis als gänzlich unhaltbar erwiesen. Die Staaten, welche gegenwärtig der Doppel-Währung noch anhängen, führen daher für deren Beibehaltung einen anderen Rechtfertigungsgrund und zwar den an, dass durch die thatsächliche Währung des unter der gesetzlichen Relation im Werthe stehenden von den beiden Edelmetallen den Nachtheilen vorgebeugt werde, welche

eine zu weit gehende Tauschwerth-Erhöhung des einen oder des andern Edelmetalls zur Folge haben könne. Abgesehen von andern, später noch näher in das Auge zu fassenden Nachtheilen der Doppelwährung, wird dieser anscheinende Vorzug jedoch durch den Nachtheil vollständig paralysirt, dass, sollte das in den letzten 50 Jahren zwischen nicht sehr fernen Punkten hin- und herschwankende Tauschwerth-Verhältniss beider Edelmetalle zu einander durch die entschiedene Entwerthung des einen oder des andern wesentlich alterirt werden, das Land der Doppelwährung unfehlbar von denselben Calamitäten betroffen werden würde, wie in dem Falle die Länder der Goldwährung, sollte Gold, und die der Silberwährung, sollte Silber übermässig und nachhaltig im Preise steigen oder fallen.

4. Der deutsche und der französische Silber-Münzfuss, sowie das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber.

In Norddeutschland wird, wie bekannt, nach der Münz-Convention vom Jahre 1857 das Pfund feines Silber (500 Grammen) zu 30 Thalern, (in Süddeutschland zu 52½ Gulden) ausgebracht.

Da in Frankreich aus 500 Grammen feinem Silber 22⅔ Fünffrankenstücke geprägt werden, so stellt sich das silberne Fünffrankenstück im Werthe gleich 1 Thaler 10 Sgr. 6 Pf. nach norddeutschem Gelde.

Der in Frankreich gesetzlich bestehenden Doppelwährung liegt nun bekanntlich ein Werthverhältniss zwischen Gold und Silber von 1 zu 15,5 zu Grunde. So lange daher dieses Werthverhältniss genau oder annähernd in Wirklichkeit besteht, gilt das goldene Zwanzigfrankenstück 5 Thaler 12 Sgr. nach unserem Gelde. Steigt das Silber oder fällt das Gold im Tauschwerthe und zwar so weit, dass das Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber 1 zu 15,3 nahekkommt, so hat das goldene Zwanzigfrankenstück nur noch einen ungefähren Werth von 5 Thaler 10 Sgr.

Die Frage nun, welche Werth-Relation zwischen Gold und Silber für die Gegenwart und Zukunft als die wahrscheinliche zu betrachten ist, erscheint für die vorliegende Erörterung von der

grössten Bedeutung. Wir müssen daher versuchen, uns, soweit es möglich ist, hierüber eine bestimmte Ueberzeugung zu bilden.

Es ist allerdings eine heikle Sache, eine sichere Entscheidung über diese Frage treffen zu wollen, da die Schwankungen des Tauschwerth-Verhältnisses zwischen Gold und Silber, sowohl vom Golde als auch vom Silber ausgehen können und auch bald von dem einen, bald von dem andern der beiden Metalle ausgegangen sind. Als Ursachen dieser Schwankungen können, von aussergewöhnlichen, wie z. B. Kriegseignissen, abgesehen, welche den Tauschwerth des Goldes vorübergehend steigern, nur eine bedeutende Zu- oder Abnahme der Production oder der Consumption — der auch die Ausfuhr nach entfernten Gegenden ohne Aussicht auf allmähliches Rückströmen des betreffenden Edelmetalls beizuzählen ist — überhaupt in Betracht kommen.

In der That liegen derartige Erscheinungen aus den letzten 20 Jahren in reichlicher Menge vor und es kommt darauf an, deren Einfluss auf das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber vorurtheilsfrei zu prüfen.

Diese Erscheinungen sind nun in der als Anlage II. beige-fügten Tabelle, soweit das Material hierfür erreichbar war, durch Zahlen ausgedrückt worden.

Fassen wir nunmehr die Zahlen-Angaben dieser Tabelle einmal näher in's Auge!

Es sei vorausgeschickt, dass das durchschnittliche Werthverhältniss zwischen Gold und Silber für den Zeitraum von 1801 bis 1850 nach den an der Hamburger Börse gemachten Notirungen wie 1 zu 15,64 sich herausstellt.

Auch für das Jahr 1850 ergiebt sich noch annähernd dieses Werthverhältniss, obwohl die Production des Goldes, welche der des Silbers im Jahre 1846 fast noch gleich stand, bereits von 1848 an eine sehr bedeutende Steigerung aufzuweisen hatte. Die Zunahme der Goldgewinnung in den Jahren 1849 und 1850 um ca. 100 Procent gegen die vom Jahre 1846 bewirkte also noch keine Aenderung des Werthverhältnisses zwischen den beiden Edelmetallen. Erst als Holland in Folge der Annahme der reinen Silberwährung gegen Ende des Jahres 1850 und im Jahre 1851 ca. 50 Millionen Gulden in Gold an den Markt brachte und Silber

dafür einkaufte, sowie als ferner vom Jahre 1852 an einerseits die Goldausbeute fast um weitere 100 Procent stieg und andererseits der Silberabfluss nach Ost-Asien grössere Dimensionen anzunehmen begann, erhöhte sich der Tauschwerth des Silbers. Die Goldproduction ging vom Jahre 1854 an etwas wieder zurück, während die Silber-Production eine kleine Zunahme aufzuweisen hatte, dagegen gewannen die Silber-Exporte nach Ost-Asien einen aussergewöhnlichen Umfang. Der Schluss ist daher berechtigt, dass vorzugsweise die Silber-Exporte nach Asien das bedeutende Steigen des Silbertauschwerths, welches im Jahre 1859 mit 15,10 zu 1, seinen Culminationspunkt erreichte, herbeigeführt haben. Obwohl die Goldausbeute vom Jahre 1860 in einem gegen die Vorjahre beschränktern Umfange stabil wurde, während die Silber-Gewinnung einen weiteren Aufschwung nahm, so blieb Silber immer noch ziemlich hoch im Tauschwerthe, weil noch namhafte Silber-Exporte bis zum Jahre 1864 Statt fanden. Erst der bedeutende Abschlag, welchen die Silber-Ausfuhr vom Jahre 1865 an erlitt, hatte ein entscheidendes Sinken der Silberpreise zur Folge, so dass in den letzten Jahren annähernd die Werthrelation von 1 zu 15,50 wieder erreicht worden ist.

Die eben angeführten Erscheinungen berechtigen nun zu folgenden Schlüssen:

- 1) Die wahrhaft überraschende Steigerung der Gold-Ausbeute hat den geringsten Antheil an der mit dem Jahre 1851 anhebenden Steigerung der Silberpreise.
- 2) Letztere ist vielmehr der Hauptsache nach durch die Silber-Ausfuhr nach Ost-Asien herbeigeführt worden.
- 3) Mit einiger Wahrscheinlichkeit darf der Wieder-Zunahme des Silberabflusses nach dem Osten für die nächsten Jahre entgegesehen werden, da der Preis-Abschlag des Silbers demselben Vorschub leistet.
- 4) Es ist hiernach anzunehmen, dass das frühere Werthverhältniss zwischen Gold und Silber von 1 zu 15,64 bleibend nicht wieder erreicht, ja dass nicht einmal das in Frankreich angenommene durchschnittliche Werth-Verhältniss von 1 zu 15,50 in Wirklichkeit das mittlere auf die Dauer sein wird.

- 5) Mit grösserer Berechtigung ist die für den Zeitraum von 1851 bis 1867 sich ergebende Durchschnitts-Werthrelation zwischen beiden Edelmetallen von 1 zu 15,³², für die Zukunft als das mittlere Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber zu betrachten. —

Hiermit wären nun die thatsächlichen Verhältnisse festgestellt, welche für die Beurtheilung und Berücksichtigung der Rechte und Interessen, die bei dem Uebergange von der Silber- zur Goldwährung in Betracht kommen, sowie für die Feststellung der Modalitäten des Ueberganges die erforderlichen Grundlagen abzugeben geeignet sind. Diese Grundlagen sind allerdings nicht sämtlich unumstössliche, d. h. es kann für deren absolute Richtigkeit, da sie zum Theil von zukünftigen zufälligen Ereignissen abhängen, keine Gewähr geleistet, dagegen darf, da sie in offenkundiger und loyaler Weise vor den Augen des Lesers entwickelt worden sind, wohl der Anspruch erhoben werden, dass, so lange und soweit nicht das Gegentheil dargethan wird, sie wenigstens die Wahrscheinlichkeit für sich haben.

5. Erörterung der beim Uebergange zur Goldwährung in Betracht kommenden Rechtsfragen.

Zunächst würde die allgemeine Frage aufzuwerfen sein: ist der Staat berechtigt, die Bestimmung zu treffen, dass nicht nur von ihm selbst den, durch die Staatsschuld-Verschreibungen oder vermöge der verschiedenartigsten Vertrags-Verhältnisse eingegangenen, auf Silber lautenden Verpflichtungen, durch ein bestimmtes Quantum Gold solle genügt, sondern dass auch allen, zwischen Privaten bestehenden, ebenfalls auf Silber basirten Verbindlichkeiten, in gleicher Weise durch Gold solle entsprochen werden können?

Die Zulässigkeit einer solchen Bestimmung, falls sie unter Mitwirkung sämtlicher Factoren der Gesetzgebung zu Stande kommt und als Gesetz publicirt wird, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Aber nicht nur vom formellen Rechtsstandpunkte, sondern auch vom Standpunkte der Moral aus betrachtet, ist dem Gesetzgeber ein jedes Eingreifen in die Rechtssphäre des Ein-

zeln unter der Voraussetzung erlaubt, dass das Interesse der Gesamtheit die betreffenden Umgestaltungen erheischt, dass mit andern Worten der bezügliche Act der Gesetzgebung als eine sittliche Nothwendigkeit sich herausstellt. Und so haben wir denn auch gesehen, wie durch die im Laufe der letzten 40 Jahre erschienenen Gesetze über die einfache Aufhebung oder die Ablösbarkeits-Erklärung der verschiedenartigsten Verpflichtungen und Leistungen directe Vermögens-Schädigungen namentlich in den Fällen herbeigeführt worden sind, wo die fragliche Berechtigung vielleicht erst kurz vorher unter onerosem Titel erworben worden war.

Selbstverständlich hat der Gesetzgeber bei derartigen tief eingreifenden Veränderungen den Interessen der davon Betroffenen die thunlichste Berücksichtigung zu schenken und er kann sich daher der Verpflichtung nicht entziehen, deren Schadloshaltung soweit als möglich sich angelegen sein zu lassen.

Es kommt also zunächst darauf an festzustellen, ob und in wie weit durch die Annahme der Goldwährung eine Benachtheiligung der Gläubiger, oder eine solche der Schuldner eintritt und weiter durch welche, mit der in Rede stehenden Umgestaltung irgend vereinbaren Anordnungen jene Schädigung, sei es der Zahlungspflichtigen, sei es der Empfangs-Berechtigten entweder ganz abgewendet oder doch wesentlich gemildert werden könne.

Aus den Erörterungen in den 3 ersten Abschnitten dieser Abhandlung gewannen wir nun die Ueberzeugung, dass der Tauschwerth sowohl des Silbers, als auch der des Goldes steten Schwankungen unterliegt, ferner dass diese Schwankungen des Währungs-Metalls auf den Tauschwerth der Münzen zunächst im internationalen, und von hier auch indirect im innern Verkehre nicht ohne Einfluss bleiben, und dass endlich die neuesten Veränderungen des Tauschwerths zwischen beiden Edelmetallen weniger vom Golde ausgegangen sind, als vom Silber. Es steht daher das Gold dem Silber als Währungs-Metall wenigstens nicht nach und aus diesem Grunde kann gegen den Uebergang von der Silber- zur Goldwährung in abstracto weder ein rechtliches Bedenken obwalten, noch auch von irgend Jemandem die Behauptung einer Interessen-Verletzung mit Erfolg geltend gemacht werden.

Was sodann den Uebergang zur Goldwährung in concreto, und zwar vom deutschen 30-Thaler- und 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfusse zum französischen Goldmünzfusse, mit Münzen von 77 $\frac{1}{2}$ Stück auf das Pfund Münzgold, anlangt, so drängt sich vor Allem die Frage auf, welches Werth-Verhältniss zwischen Gold- und Silber der Convertirung der früher in deutschen Silbermünzen bedungenen oder herkömmlichen Zahlungen in die neuen Goldmünz-Einheiten zu Grunde zu legen sein würde?

Die Antwort ist an und für sich eine sehr einfache, denn sie kann nur dahin lauten, dass die durchschnittliche oder mittlere Werth-Relation zwischen beiden Edelmetallen jener Umwerthung zu Grunde zu legen sei!

Die Schwierigkeit beginnt erst mit der Beantwortung der weiteren Frage: welches Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber ist für die Gegenwart als das mittlere oder durchschnittliche zu betrachten?

Wir haben oben gesehen, dass während das mittlere Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ungefähr wie 1 zu 15,64 sich verhielt, eine Veränderung dieser Werth-Relation und zwar in Folge der im Abschnitte 3 hervorgehobenen Thatsachen und Erscheinungen, welche gegen Ende der vierziger und Anfangs der fünfziger Jahre zu Tage traten, in der Richtung Statt gefunden hat, dass der Tauschwerth des Silbers gegen früher ein höherer geworden ist. Es ergab sich ein mittlerer Tauschwerth zwischen Gold und Silber für die Periode von 1851 bis zum Schlusse des vorigen Jahres von 1 zu 15,32. Wir konnten uns weiter der Erkenntniss nicht verschliessen, dass jene Thatsachen und Erscheinungen auch für die Zukunft als fortwirkend anzunehmen seien, und dass daher eher das letztere, als das frühere mittlere Werth-Verhältniss die Wahrscheinlichkeit der Dauer für sich habe. Die endgültige Feststellung der betreffenden Durchschnittszahl wird allerdings einer noch genaueren Ermittlung, als der obigen, vorbehalten bleiben müssen, dagegen ist es bei einer vorurtheilsfreien Beachtung aller in Betracht kommenden Momente nicht wohl anzufechten, wenn das mittlere Werth-Verhältniss zwischen Gold und

Silber für die neue, mit dem Jahre 1851 anhebende Aera schon jetzt ziemlich nahe an 1 zu 15,³² angenommen wird.

Stände nun an dem, als Termin für den Uebergang zur Goldwährung festgesetzten Tage Gold zu Silber wie 1 zu 15,³², so würde die Annahme des französischen Goldmünzfusses keinerlei Bedenken hervorrufen und es würde eine Benachtheilung weder der Zahlungspflichtigen, noch der Zahlungs-Emptänger zu befürchten sein. In diesem Falle stimmte nämlich der Tagescours der französischen Goldmünzen mit deren aus der obigen Verhältnisszahl sich ergebenden Durchschnittscourse genau überein und sowohl die laufenden, als auch die später zu erfüllen den oder dauernden Zahlungs-Verbindlichkeiten würden, ohne die Rechte und Interessen irgend Jemandes zu verletzen, in Goldmünz-Einheiten des französischen Münzfusses, das 20-Frankenstück zu 5 Thlr. 10 Sgr. deutschen Geldes gerechnet, umgewerthet werden dürfen.

Der nahe liegende Einwand, dass hierdurch der mathematische Grundsatz: „Sind zwei Grössen einer dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich“, verletzt werde, indem man in Deutschland das 20-Frankenstück 5 Thlr. 10 Sgr., in Frankreich dasselbe dagegen 4 silbernen Fünffrankenstücken, mithin 5 Thlr. 12 Sgr. in deutschem Gelde gleichgestellt habe, ist einfach durch den Hinweis zu begegnen, dass in dem fraglichen Falle dieses Missverhältniss lediglich der französischen Gesetzgebung zur Last falle, welche bei der dermaligen mittleren Werth-Relation des Goldes zum Silber von 1 zu 15,³², das goldene 20-Frankenstück 4 silbernen Fünffrankenstücken gleich achte, während das erstere unter diesen Umständen nur noch einen Werth von 19 Franken 76 Centimes in Silber habe.

Soll aber bei einer Werth-Relation, wie der beim Beginne dieses Jahres, wo Gold zu Silber annähernd wie 1 zu 15,⁵ stand, der Uebergang zur Goldwährung vollzogen werden, so würden durch die Zugrundelegung des ermittelten durchschnittlichen Werth-Verhältnisses von 1 zu 15,³², in Beziehung auf die laufenden Verbindlichkeiten allerdings die Rechte und Interessen der Zahlungspflichtigen beeinträchtigt erscheinen. Träfe man daher, um Letzteren vollständig gerecht zu werden, die Be-

stimmung, dass das am Tage des Ueberganges zur Goldwährung bestehende Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber die Grundlage für die Umwerthung der im deutschen Silbermünzfusse eingegangenen Verbindlichkeiten abgeben solle, und würde man demgemäss alle, auch die für spätere, oder ewige Zeiten eingegangenen Verpflichtungen nach demselben Massstabe umwerthen, so wäre die Rechtsverletzung bezüglich der letzteren Zahlungs-Verbindlichkeiten voraussichtlich eine noch grössere. Angenommen nämlich, das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber stände an dem betreffenden Tage wie 1 zu 15,5, und es würde also demgemäss zur Umwerthung der in Deutschland bestehenden Zahlungs-Verbindlichkeiten jeder Art das 20-Frankenstück 5 Thalern 12 Sgr. nach deutschem Gelde gleichgestellt, so müssten die sämmtlichen Forderungs-Berechtigten, wie z. B. die Inhaber von Staats-Schuldverschreibungen, von Actien und Obligationen jeder Art, ferner die Bezieher fester Gehalte, oder Renten u. s. w. eine Kürzung ihrer Kapital-Forderungen, beziehungsweise des Betrages ihrer festen Bezüge um circa $1\frac{1}{4}$ Procent sich gefallen lassen. Wie aber, wenn nach einigen Jahren wieder ein Steigen des Silber-Tauschwerths eintritt, und wenn Silber dauernd so hoch bleibt, dass die mittlere Werth-Relation für Gegenwart und Zukunft wie 1 zu 15,32 oder gar noch höher im Werthe auf Seiten des Silbers sich herausstellt?

Da also einerseits entweder nur das factische, oder nur das durchschnittliche Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber der Umwerthung aller bestehenden Zahlungs-Verbindlichkeiten zu Grunde gelegt werden kann, andererseits aber durch das erstere die Rechte und Interessen bezüglich der laufenden Verbindlichkeiten auf Seiten der Schuldner, durch das letztere die der Gläubiger bezüglich der später zu erfüllenden, sowie der dauernden Zahlungs-Verpflichtungen verletzt werden, so bleibt nichts Anderes übrig, als den Knoten zu Gunsten einer jener beiden Convertirungs-Grundlagen zu durchhauen, und es soll im nächsten Abschnitte untersucht werden, in welcher Richtung dies zu erfolgen hat.

6. Die Lösung des Conflicts und die dem Staate hierdurch erwachsenden Kosten.

Als die einzig mögliche Lösung stellt es sich heraus, dass dasjenige Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber dem Uebergange zur Goldwährung, oder vielmehr der Umwerthung aller unter Herrschaft der Silberwährung eingegangenen Verpflichtungen zu Grunde gelegt werde, welches als das mittlere oder das durchschnittliche für Gegenwart und Zukunft angenommen werden muss.

Den dauernden Zahlungs-Verbindlichkeiten würde man hierdurch im vollsten Masse gerecht. Zwar könnte bei den zu derartigen Leistungen Verpflichteten, sollte Gold im Momente des Uebergangs thatsächlich über dem Durchschnitts-Tauschwerthe stehen, der Wunsch rege werden, ihre Verbindlichkeiten vor der Annahme der Goldwährung zu lösen, um, soweit sie in der Lage sich befinden, auch nach vollzogenem Uebergange Credit in Anspruch nehmen zu müssen, die betreffenden Darlehen etc. in dem momentan höher im Tauschwerthe stehenden Golde zurück zu erhalten, in welchem sie dann auch später ihre Schuld zu verzinsen und wieder abzutragen haben würden. Die zu dauernden oder ewigen Leistungen Verpflichteten mögen sich jedoch zur Beruhigung dienen lassen, dass ihre Activ-Forderungen, sowie auch ihre laufenden Einnahmen, sollte überhaupt eine bleibende Erhöhung ihrer Leistungen herbeigeführt werden, in einem ganz gleichen Verhältnisse sich steigern.

Allein schon aus diesem Grunde kann daher das, auch vom bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages in dessen Ausschreiben vom December v. J. angedeutete, theoretisch zwar berechnete, praktisch dagegen höchst bedenkliche Auskunft-Mittel, die Kündbarkeit der als unkündbar eingegangenen Zahlungs-Verpflichtungen zu proclamiren, nicht empfohlen werden.

Auf dem Papiere nimmt sich eine derartige Massregel ganz vortrefflich aus, allein in der Praxis treten derselben nicht nur die grössten Schwierigkeiten, sondern auch die allergewichtigsten

Bedenken entgegen. Die Kündigungs-Befugniss würde selbstverständlich sowohl den Zahlungspflichtigen, als auch den Empfangsberechtigten einzuräumen sein. Die natürliche Folge hiervon wäre, dass von der Kündigungs-Befugniss in allen den Fällen der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden würde, wo aus andern Gründen entweder dem Berechtigten oder dem Verpflichteten die Auflösung des bestehenden Vertrags-Verhältnisses vortheilhaft erschien. Welche Verwirrung müsste aber entstehen, wenn dem Staate seine Schuldverschreibungen, den verschiedenen Actien-Unternehmern etc. ihre Prioritäten etc. plötzlich gekündigt werden könnten!

Woher schon allein das Silber nehmen, um alle diese Rückzahlungen gleichzeitig zu effectuiren, wo den neuen Credit finden, ohne welchen der überwiegenden Mehrzahl der Verpflichtungen nicht würde genügt werden können? Welchen Massstab wollte man für die Verbriefungen aufstellen, deren Cours unter den Nominalwerth gesunken ist, oder für die, welche im Augenblicke über Pari stehen? Aber wenn aush vielleicht von der Kündigungs-Befugniss, namentlich in den Fällen, wo weder der Berechtigte, noch der Verpflichtete eine Aenderung des Bestehenden herbei zu wünschen sich veranlasst sieht, kein erheblicher Gebrauch gemacht werden sollte, so könnte dieselbe doch nur zu der grössten Beunruhigung der Gemüther dienen, und sie würde dazu führen, den Uebergang zur Goldwährung als etwas mehr Eingreifendes, Gewagtes und Bedenkliches erscheinen zu lassen, als er in der That ist. —

Anders verhält es sich dagegen mit den laufenden Zahlungsverbindlichkeiten, und es werden die Verpflichteten von directen Nachtheilen durch den Uebergang zur Goldwährung auf Basis der Durchschnitts-Relation allerdings in dem Falle betroffen, dass das Gold einen höheren als den mittlern Tauschwerth im Augenblicke des Ueberganges einnimmt.

Es ist nämlich nicht in Abrede zu stellen, dass unter dieser Voraussetzung die laufenden Forderungen durch den Uebergang zur Goldwährung um den Procentsatz gesteigert werden, welcher aus der Differenz sich ergibt, um welche Gold höher, oder Silber tiefer im Tauschwerthe steht, als im durchschnittlichen Verhält-

nisse von 1 zu 15,³² angenommen worden ist. Hierbei nun eine Ausgleichung in der Weise anstreben zu wollen, dass eine entsprechende Kürzung an jenen Forderungen eintritt, hat aus dem Grunde Bedenken gegen sich, weil die Fortdauer des niedrigen Silbertauschwerthes vorausgesetzt, auch mit demselben Rechte dem etwa einige Monate später zu erfüllenden Verbindlichkeiten ein gleicher Anspruch zuerkannt werden müsste und es absolut unmöglich sein würde, ohne reine Willkür und entsprechende Rechtsverletzung die Grenzscheide aufzurichten, bis zu welcher eine Reduction der über kurz oder lang zur Erfüllung kommenden Zahlungs-Verpflichtungen Platz greifen solle.

Es sind daher anderweite Mittel und Wege in Betracht zu ziehen, durch welche die, den Zahlungs-Pflichtigen drohenden Nachtheile abgewendet und die Betreffenden für ihre effective Mehrleistung vollständig schadlos gehalten werden. Würde es ihre Aufgabe sein, das ihren Gläubigern zu gewährende Mehr an Tauschwerth aus eigenen Mitteln anzuschaffen, so läge eine Rechtsverletzung in der eclatantesten Weise vor. Dieses ist aber dann keineswegs der Fall, wenn der Staat durch Ausprägung der erforderlichen Goldmünzen, welche er allerdings nur in dem mittleren Werthverhältnisse zwischen Gold und Silber in Umlauf bringen dürfte, allen Schuldnern Gelegenheit bietet, ohne Aufwendung von gösseren Mitteln als bisher, sich diejenigen Münzen zu verschaffen, welche nach vollzogenem Uebergange zur Goldwährung nur noch als Währungs- und Umlaufs-Münze zulässig sind. Mit anderen Worten, die Staatskasse nimmt das den einzelnen Zahlungspflichtigen aufgebürdete Mehr der Zahlungsleistung dadurch vollständig auf ihre Schultern, dass sie die neu geprägten 20-Frankstücke von vorn herein nur zu 5 Thlr. 10 Sgr. und nicht höher in Umlauf setzt.

Dass bei einem derartigen Uebergange zur Goldwährung die Mehrleistungen Seitens der Zahlungspflichtigen jeder Art in der That nicht diesen zur Last fallen, erhellt aus folgender Parallele. In einem Lande der Silberwährung, und so war es mehr oder weniger in Wirklichkeit im Anfange dieses Jahrhunderts in Deutschland, befinden sich nur durch Abnutzung um $1\frac{1}{4}$ pCt.

an Silberwerth verringerte Courant-Münzen im Umlaufe. Der Staat entschliesst sich endlich, das Opfer zu bringen, die abgenutzten Münzen einzuziehen und dafür neue vollhaltige Courantstücke in Umlauf zu setzen. Ist in diesem Falle eine Klage der Zahlungspflichtigen berechtigt, dass für das in minderwerthen Münzstücken empfangenes Darlehn, dieselbe Zahl vollwichtiger Münzstücke zurückzuerstatten sei; oder kann die Beschwerde einer Anstalt, welche die Gehalte ihrer Beamten in der alten Münzen normirt hat, oder auch Derer, welche einen, zur Deckung einer in den alten Münzen contrahirten Forderung ausgestellten Wechsel nunmehr mit mehr Silber als früher einlösen müssen, als gerechtfertigt angesehen werden? Doch keinesfalls und zwar lediglich nicht aus dem Grunde, weil die Staatskasse ihren Verbindlichkeiten nach allen Richtungen hin zuerst mit den vollhaltigen Courant-Münzen und zwar ohne Werth-Aufschlag genüge und Jedermann Gelegenheit bot, unter denselben Bedingungen, wie bisher die an Werth geringeren, so nunmehr die einen grösseren Edelmetallgehalt und einen höheren Tauschwerth besitzenden neuen Münzen sich zu verschaffen, d. h. die ersteren gegen die letzteren ohne Aufschlag an den öffentlichen Kassen einzutauschen.

Der thatsächliche Erfolg ist sonach in beiden Fällen ganz derselbe und hierauf kann es bei Erörterung der vorliegend in Betracht zu ziehenden Rechte und Interessen allein nur ankommen. Denn wollte man einwenden, der vorentwickelte Vergleich hinke in der Beziehung, dass nach dem in Geltung befindlichen und nur staatsseitig ausser Beachtung gebliebenen Münzgesetze Jedermann einer solchen Eventualität hätte entgegensehen müssen und sich ihr aus diesem Grunde zu unterwerfen habe, so sei erwiedert, dass vom rechtlichen und moralischen Standpunkte aus allerdings beide Fälle verschiedenartig beurtheilt werden können, dass dagegen in Beziehung auf die Gefährdung des Interesses Einzelner, falls überhaupt davon die Rede sein kann, es sich ganz gleich bleibt, ob irgend eine Massregel als die endliche Vollziehung eines lange Zeit hindurch ausser Acht gelassenen Gesetzes, oder auf Grund eines neuen Actes der Gesetzgebung zu Tage tritt. Doch die Hauptsache ist, dass in der That von

einer Benachtheiligung der Zahlungspflichtigen nicht die Rede sein kann, da ja auch ihren Forderungen in der neuen werthvolleren Münze genügt wird. Und auch den Staat treffen nur die ersten Anschaffungskosten der neuen Goldmünzen, indem derselbe seine Steuern, sowie alle seine Einnahmen fortan ebenfalls in den höher gewertheten Münzen bezieht.

Eine vollständige Ausgleichung aller Rechte und Interessen findet aber endlich und zwar sowohl im inneren Verkehre, als auch in dem mit dem Auslande dadurch statt, dass in Folge der im ersten Abschnitte entwickelten Waaren-Qualität der Münzen, deren Tauschwerth-Erhöhung eine entsprechende, im gewöhnlichen Tagesverkehre jedoch schwerlich wahrnehmbare Ermässigung aller Waarenpreise zur nothwendigen Folge hat.

Die Lasten, welche dem Staate aus dem Uebergange zur Goldwährung auf der im Vorstehenden entwickelten Basis bei dem augenblicklichen Werthverhältnisse zwischen Gold und Silber von 1 zu 15,5 erwachsen würden, sind allerdings keine ganz unerhebliche. Sehen wir von den Kosten der Ummünzungen und Neuausmünzungen ab, welche ja unter allen Umständen bei dem Uebergange zu einem neuen Münzsystem aufzuwenden sind, so werden durch den Uebergang zur Goldwährung bei den dormaligen Goldpreisen diejenigen Mehrkosten verursacht, welche dadurch sich ergeben, dass wir das für den Uebergang zur Goldwährung erforderliche Goldmetall zu einer Zeit gegen unser Silber eintauschen, wo Silber unter, und Gold über der durchschnittlichen Werthrelation steht. Wir befinden uns also mit einem Fabrik-Unternehmen, welches bei hohem Preisstande des betreffenden Rohstoffes bedeutende Quantitäten davon für die Zukunft einlegt, oder mit einem Jeden in gleicher Lage, der ein grosses Quantum einer ihm erwünschten Waare gegen Hingabe anderer in seinem Besitze befindlichen Güter zu einer Zeit eintauscht, wo jene aussergewöhnlich hoch und letztere ausnahmsweise tief im Preise stehen.

Ein derartiges Verfahren ist allerdings nicht rationell, namentlich wenn mit einiger Wahrscheinlichkeit auf einen günstigen Umschwung des bezüglichen Tauschwerth-Verhältnisses gerechnet werden darf; allein unter Umständen wie der vorliegende, wo

es sich darum handelt, die deutschen Münzzustände endlich auf einheitlicher und zeitgemässer Basis von Grund auf umzugestalten, kann jenes Opfer nicht als ein solches betrachtet werden, um jene Reform auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Angenommen, dass Nord- und Süddeutschland für ihre Silberbarren und Courant-Münzen im etwaigen Betrage von 300 Millionen Silberthalern Gold anzukaufen haben würden, so wäre dafür im Augenblick ein Quantum Goldmetall im Werthe von ca. 296 Millionen Goldthalern (1 Goldthaler = $3\frac{3}{4}$ Goldfranken) zu erhalten. Die Differenz von annähernd 4 Millionen Thalern wäre also das Opfer, welches durch den Uebergang zur Goldwährung bei der dermaligen Werthrelation zwischen Gold und Silber in Anspruch genommen werden würde.

7. Die Modalitäten des Ueberganges zur Goldwährung.

Die Modalitäten des Ueberganges zur Goldwährung, namentlich die in dieser Beziehung etwa zu treffenden Vorbereitungen, stehen mit der Wahl der neuen Rechnungsmünze im engsten Zusammenhange. Sie sind andere, wenn man ein, im deutschen Silbermünzfusse wurzelndes Münzstück als Rechnungsmünze für das neue Münzsystem annimmt und dessen Silbergehalt ein der Durchschnitts-Werth-Relation zwischen den beiden Edelmetallen entsprechendes Quantum Goldes substituirt, als in dem Falle, wo ein fremdes Münzstück seinem Goldgehalte nach in das neue deutsche Münzsystem als Rechnungsmünze eingefügt wird.

Da der bleibende Ausschuss des Deutschen Handelstages als Rechnungsmünze den französischen Goldfrank bereits in Aussicht genommen hat, so kann es hier nur darauf ankommen, auf dieser Grundlage die Modalitäten, beziehungsweise die Vorbereitungen für den Uebergang von der Silber- zur Goldwährung in Betracht zu ziehen.

Der Umstand, dass das Verhältniss des Edelmetall-Gehalts der französischen Goldmünzen zu dem der Silber-Courant-Münzen jenes Landes auf einer Werth-Relation von 1 zu 15,5 beruht, — während wir zu dem Resultate kamen, dass der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung auf Grund einer Werth-Relation

von annähernd 1 zu 15,₃₂ Statt zu finden habe — macht es unmöglich, den französischen Silbermünzfuss als Durchgang für die Annahme des französischen Goldmünzfusses zu benutzen. Sollte dieses dennoch geschehen und wollte man alle in Deutschland auf Grund des 30-Thaler- und des 52½-Guldenfusses bestehenden Forderungen, unter Ermässigung derselben um ca. 1¼ Procent zunächst in den französischen Silbermünzfuss und aus diesem sodann in den französischen Goldmünzfuss umwerthen, so käme man eben wieder in das oben berührte Dilemma, dass für die zu einer späteren Zeit fällig werdenden, sowie für die ewigen Zahlungsverpflichtungen eine Werth-Relation zwischen Gold und Silber von 1 zu 15,₅ angenommen würde, während die mittlere Werth-Relation für Gegenwart und Zukunft mit Wahrscheinlichkeit wie 1 zu 15,₃₂ sich herausstellt.

Aus diesem Grunde kann daher auch von der vorläufigen Einführung der Doppelwährung und zwar so, dass thatsächlich die Goldwährung vorherrscht, nicht die Rede sein, weil dieselbe ein Steigen des Silbertauschwerths bis zur mittleren Werth-Relation von 1 zu 15,₃₂ voraussetzt, während einem solchen Hinaufgehen des Silbers wenigstens für die allernächste Zeit nicht entgegengesehen werden darf. So lange aber Silber niedriger im Tauschwerthe steht, als das Verhältniss von 1 zu 15,₃₂ andeutet, würde die Doppelwährung nur die Folge haben, dass die Goldmünzen sofort wieder aus dem Verkehre verschwänden.

Doch selbst auch angenommen, das Werthverhältniss zwischen Gold und Silber gestatte die Annahme der Doppelwährung, so würde dennoch entschieden von derselben abgerathen werden müssen. Im Grunde betrachtet, ist dieselbe nur ein Beruhigungs- und Beschwichtigungsmittel für ängstliche Gemüther und zwar eins der schlechtesten Art. Die Doppelwährung erregt nämlich Hoffnungen, von denen man wünschen muss, dass sie sich nicht erfüllen, denn naht wirklich die Erfüllung — wozu gegenwärtig bei einem fortgesetzten Fallen des Silbertauschwerthes in Frankreich Aussicht vorhanden ist — so werden selbst dem eingefleischtesten Anhänger derselben die Augen über das Unheil geöffnet, welches die Doppelwährung dadurch herbeiführt, dass die Goldmünzen ebenso rettungslos aus dem Verkehre verschwinden,

wie dieses bei dem Hinaufgehen des Silbertauschwerths über das zu Grunde gelegte Werthverhältniss mit den vollhaltigen Silbermünzen der Fall gewesen ist. Wozu aber erst durch Schaden klug werden und die Erfahrungen sich nicht zu Nutze machen wollen, welche in England zur Beseitigung der unvermeidlichen Rivalität zwischen Gold und Silber durch Annahme der reinen Goldwährung bereits vor 50 Jahren führten!

Da der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung demnach nur mit einem Schritte erfolgen kann, so bleibt nichts übrig, als dass ein Tag festgesetzt werde, an welchem dieser Uebergang zum Vollzuge gelangt.

Die hierfür zu treffenden Vorbereitungen können nur darin bestehen, dass eine entsprechende Anzahl von Goldmünzen nach dem französischen Goldmünzfusse, jedoch unter deutschem Gepräge zur Anfertigung kommt, welche dann vom Tage des Ueberganges zur Goldwährung an von allen öffentlichen Kassen in sämtlichen Theilen des Zollvereins-Gebietes in Umlauf gesetzt werden. Dieses würde sowohl dadurch zu geschehen haben, dass alle Zahlungen des Aersars von da an in den neuen Goldmünzen, und zwar das 20-Frankenstück zu 5 Thlr. 10 Sgr. gerechnet, erfolgten, als auch dadurch, dass die silbernen Courantmünzen in gleichem Verhältnisse gegen Gold zum Umtausch gelangten. Mit der letzteren Manipulation könnte allenfalls auch bereits kurz vor dem Uebergangstermine begonnen werden, da ja die Einwechslung des Silber-Courants gegen Gold nach wie vor geschehen muss, und die möglichste Beschleunigung des Umtausches aus dem Grunde geboten ist, damit die Periode der factischen Doppelwährung thunlichst abgekürzt werde. Bei richtiger Vorbereitung und energischer Durchführung des Umtauschgeschäftes dürfte ein Zeitraum von einigen Wochen hierzu wohl ausreichen, und es kann dann von einer ferneren Benutzung des für die Bedürfnisse des Verkehrs im Umlaufe verbleibenden Restes der silbernen Courant-Münzen zu Zahlungen jeder Art nur insofern noch die Rede sein, als sie als Scheidemünze fungiren, d. h. dass Niemand verpflichtet ist, eine die kleinste Goldmünze übersteigende Summe in Silber zu nehmen. Die fortgesetzte Umwechslung der noch überschüssigen Courant-Münzen bei den

öffentlichen Kassen gegen Gold wäre selbstverständlich hierdurch nicht ausgeschlossen.

Es bedarf wohl nicht der Bemerkung, dass die Einziehung beziehungsweise Umwechslung der in Deutschland coursirenden Silbermünzen nur Anwendung auf die von den betreffenden deutschen Staaten geprägten finden, und nicht auch auf diejenigen Münzen nicht betheiligter Staaten auszudehnen sein würde, welche, wie die österreichischen Gulden etc. im Verkehre sich dauernd eingenistet haben. Alle Münzstücke, welche in dieser Weise in Nord- und Süddeutschland das Bürgerrecht erworben, können von den Staatskassen nur zu einem, aus dem Silbertauschwerthe sich ergebenden niedrigeren Betrage gegen Gold umgetauscht und deren Benutzung zu Zahlungen, selbst auch nur als Scheidemünze, muss nach dem Uebergange zur Goldwährung untersagt werden. Wer nicht demnächst Schaden leiden will, möge sich zeitig ihrer entledigen. Das Rückströmen dieser Münzen nach ihren Heimathländern wird hiervon die Folge sein. Die Münzen dagegen, welche vielleicht in der eigenen Heimath bereits ausser Cours gesetzt worden sind, oder deren Heimathland ohne einen bestimmten Rechtsnachfolger im Laufe der Zeit die staatliche Selbstständigkeit verloren hat, bringen ihren letzten Besitzer in entsprechenden Verlust.

Eine kurze Erwähnung werde auch der Stellung zu Theil, welche das Staatspapiergeld, sowie die Noten der verschiedenen öffentlichen und Privat-Bankanstalten beim Uebergange zur Goldwährung einnehmen.

Was das Staatspapiergeld anlangt, so würde dessen Umtausch gegen neues, auf ein entsprechendes Goldquantum lautendes Papier, dessen Einfügung in das neue Münzsystem ohne Schwierigkeit bewirken. Der Umtausch hätte am Tage des vollzogenen Ueberganges zur Goldwährung zu beginnen, und es wäre zur Beschleunigung des Umtausches eine angemessene Frist zu bestimmen, bis zu welcher nur die Annahme des alten Papiergeldes im Privat-Verkehre obligatorisch sein solle.

Was Zinscoupons und Dividendenscheine betrifft, so kommen dieselben, da sie eigentlich als Umlaufsmittel nicht anzusehen sind, streng genommen hier nicht in Betracht. Dennoch

sei ihrer, sowie der Verbriefungen jeder Art, mit der Bemerkung gedacht, dass die Anfertigung neuer, auf Gold lautender Schuldverschreibungen nebst Zinscoupons, sowie der Actien nebst Dividendenscheinen etc. nicht erforderlich scheint, weil das wegen des Ueberganges zur Goldwährung zu erlassende Gesetz in dieser Richtung das Nöthige allgemein verfügen würde.

Aehnlich wie mit dem Staats-Papiergelde wäre es mit den Banknoten, sowie auch mit dergleichen Zahlungs-Versprechen von Communen, Corporationen und Anstalten, soweit deren existiren, zu halten. Streng genommen könnte man sich auch sowohl bei dem Staats-Papiergelde, als auch bei den Banknoten an der allgemeinen Bestimmung des neuen Münzgesetzes, wonach alle Zahlungs-Versprechen in Silber, in Zukunft als auf eine entsprechende Quantität Gold lautend angesehen werden sollen, ein Genüge sein lassen. Allein andere Rücksichten und zwar einerseits das Erforderniss einer, in jeder Beziehung untadelhaften Beschaffenheit derartiger, für den Umlauf bestimmter Zahlungs-Versprechen und andererseits die Zweckmässigkeit, dem Publikum den vollzogenen Uebergang zur Goldwährung auch durch sichtbare Zeichen anschaulich zu machen, sprechen doch für die Anfertigung neuer, auf Gold lautender Umlaufsmittel dieser Gattung.

Materiell bereiten dagegen die in so grosser Menge in Umlauf befindlichen Banknoten etc. beim Uebergange zur Goldwährung keinerlei Schwierigkeit. Glaubte etwa eine Bank Vortheil darin zu finden, wenn sie ihre sämmtlichen Noten vor dem Uebergangstermine einzöge, um am Tage der Annahme der Goldwährung, oder kurz vorher für das in den Händen befindliche Silber ein entsprechendes Quantum Gold vom Staate zu erhalten, so mag sie bedenken, dass die Forderungen, welche sie realisirte, um ihre Noten aus dem Umlaufe zu ziehen, am Tage des Uebergangs zur Goldwährung ebenfalls auf Gold gelautet und ihr denselben Vortheil gebracht haben würden, wie die mit Mühe und Kosten verknüpfte aussergewöhnliche Einziehung ihrer Forderungen und der Umtausch des Silbers gegen Gold. Eben weil sämmtliche Activforderungen der Banken in dem Momente des Uebergangs zur Goldwährung einen, dem neuen Goldmünzfusse entsprechenden Werth annehmen, erleidet der Vermögensstatus der-

selben dadurch keine Veränderung, dass mit ihren Passivis eine gleiche Umwandlung vor sich geht und sie daher verpflichtet sind, die früher gegen Silber in Umlauf gesetzten Banknoten fortan in Golde einzulösen.

8. Die letzten Schritte.

Es erübrigt noch den weiteren Verlauf der Sache bis zur Erreichung des, vom bleibenden Ausschusse des deutschen Handeltages der deutschen Münzreform gesteckten Zieles kurz in das Auge zu fassen.

Jenes Ziel ist erklärter Massen die Annahme des französischen Goldfrank als Rechnungs-Münze und weiter der Beitritt zu der zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz am 23. December 1865 abgeschlossenen Convention mit der alleinigen Modifikation, dass das von der im Juni v. Js. zu Paris abgehaltenen internationalen Münzconferenz befürwortete Prinzip der reinen Goldwährung an Stelle der in jener Convention noch aufrecht erhaltenen Doppelwährung tritt.

Wie oben dargethan worden ist, kann für den Uebergang Deutschlands zur Goldwährung der französische Silbermünzfuss als Durchgang nicht benutzt werden. Wir vermögen daher das zu errichtende deutsche Münzgebäude nicht von unten nach oben, sondern wir müssen letztere von oben nach unten zur Ausführung bringen. Es hat daher zunächst die Krönung des Baues mit einer neuen Bedachung zu erfolgen. Dies geschieht, indem an einem bestimmten Tage der Uebergang von der Silber- zur Goldwährung, und zwar unter Zugrundelegung der ermittelten durchschnittlichen Werthrelation zwischen Gold und Silber dadurch stattfindet, dass der letzteren entsprechend, alle, nach dem deutschen 30-Thaler- und 52 $\frac{1}{2}$ -Guldenfusse bestehenden Werthbestimmungen als auf ein entsprechendes Quantum Gold lautend betrachtet und die zur Werthausgleichung erforderlichen Goldmünzen kurz vor jenem Termine in Umlauf gesetzt werden.

Von dem Momente des Ueberganges an dürfen alle bestehenden Verbindlichkeiten, soweit es sich nicht um kleinere Werthe handelt, nur durch die neuen Goldmünzen ausgeglichen, auch

neue Verpflichtungen lediglich unter Zugrundelegung einer jener Goldmünzen, oder eines ideellen Theiles ihres Edelmetallgehalts eingegangen werden. Unsere bisherigen Silbermünzen, einschliesslich der im Umlaufe verbliebenen Courantstücke, sinken zu Scheidemünzen herab, allein einstweilen dienen sie dem neuen Oberbaue noch als Stütze, und erst, wenn die Bedachung vollendet und befestigt dasteht, kann man daran gehen, auch die bisherigen Träger durch neue zu ersetzen.

Mit andern Worten, selbst unter der Herrschaft der Goldwährung behält Norddeutschland einstweilen seinen Thaler, Süddeutschland seinen Gulden als Rechnungs-Münze bei, unter dem Thaler wird jedoch nicht mehr der 30. Theil und unter dem Gulden der 52,5. Theil eines Pfundes feinen Silbers verstanden, sondern beide haben eine neue Grundlage in Goldmetall, und zwar jener von annäherd 1,09 Grammen, dieser von ca. 0,63 Grammen feinen Goldes erhalten.

Es bedarf wohl kaum des Hinweises, dass für die kurze Uebergangs-Periode, in welcher bis zur erfolgten Befestigung der Goldwährung Thaler und Gulden noch als Rechnungsmünze fungiren, diejenige der, in der internationalen Convention vom Juni vorigen Jahres für zulässig erklärten Goldmünzen eine besondere Wichtigkeit gewinnen und daher vorzugsweise auszuprägen sein wird, welche ausser in Franken, auch sowohl in Thalern, als auch in Gulden ohne Bruchtheil ausgedrückt werden kann. Diese Münze ist nun das 15-Frankenstück, dessen Edelmetall-Gehalt mit dem eben angedeuteten Goldgehalte von 4 Thalern oder mit dem von 7 Gulden übereinstimmt.

Der zweite und letzte Schritt zur vollständigen Erreichung des von dem bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages in Aussicht genommenen Endzieles würde, nach angemessener Zwischenzeit die Annahme des Frank als Rechnungsmünze und die Ausprägung der in der Convention vom 23. December 1865 vorgesehenen Franken-Vielheiten und Frank-Theilstücke mit den aus den reinen Goldwährungen sich ergebenden Modificationen sein, neben welchen Münzen übrigens vorerst auch noch das 15-Frankenstück beizubehalten sein möchte.

Von dem Uebergange zur Goldwährung unter gleichzeitiger

Annahme des Goldfrank als Rechnungsmünze, welches Vorgehen die sofortige Einziehung aller bisherigen Münzen zur nothwendigen Folge haben würde, kann dagegen nicht entschieden genug gewarnt werden. Man würde das Haus, dessen allmähliche Umgestaltung nach dem angedeuteten Plane sehr wohl möglich ist, hierdurch vollständig niederreißen und die Bewohner desselben den Unbequemlichkeiten und Nachtheilen des Umbaus in einem Grade aussetzen, dass über die auf allen Gebieten des Tauschverkehrs mit Nothwendigkeit zu Tage tretenden Wirren ebenso lebhaft wie begründete Klagen laut werden dürften.



U e b e r s i c h t

des Werth-Verhältnisses zwischen Gold und Silber, sowie des gleichzeitigen Standes des Wechselcourses auf London an der Berliner Börse in verschiedenen Jahren.

Jahr und Monat.	1 Mark Gold fein galt Mark Silber.	In London zahlbar 1 Pf. St. auf 3 Mon. Thlr.	Thl. Sgr. Pf.	Jahr und Monat.	1 Mark Gold fein galt Mark Silber.	In London zahlbar 1 Pf. St. auf 3 Mon. Thlr.	Thl. Sgr. Pf.
1823.				1853.			
Januar	15,87	7,09		Januar	15,32	6,70	
Februar	15,91	7,16		Februar	15,41	6,72	
März	16,03	7,22		März	15,46	6,73	
April	16,10	7,20		April	15,42	6,72	
Mai	16,13	7,15		Mai	15,39	6,70	
Juni	16,18	7,16		Juni	15,39	6,66	
Juli	16,17	7,19		Juli	15,36	6,65	
August	16,18	7,18		August	15,37	6,64	
September	16,17	7,14		September	15,35	6,61	
October	16,09	7,14		October	15,32	6,56	
November	15,97	7,10		November	15,19	6,57	
December	15,98	7,07		December	15,19	6,53	
Im Durch- schnitte	16,06	7,15 =	7. 4. 6.	Im Durch- schnitte	15,35	6,65 =	6. 19. 5.
1833.				1863.			
Januar	15,89	6,97		Januar	15,40	6,70	
Februar	15,89	6,94		Februar	15,34	6,70	
März	15,90	6,93		März	15,34	6,70	
April	15,93	6,92		April	15,35	6,69	
Mai	15,93	6,88		Mai	15,33	6,69	
Juni	15,89	6,87		Juni	15,31	6,65	
Juli	15,84	6,86		Juli	15,32	6,69	
August	15,83	6,84		August	15,33	6,69	
September	15,85	6,84		September	15,45	6,66	
October	15,86	6,83		October	15,37	6,64	
November	15,86	6,81		November	15,29	6,62	
December	15,88	6,82		December	15,26	6,60	
Im Durch- schnitte	15,88	6,87 =	6. 26. 1.	Im Durch- schnitte	15,34	6,67 =	6. 20. 1.
1843.				1865.			
Januar	15,60	6,84		Januar	15,38	6,70	
Februar	15,55	6,84		Februar	15,47	6,75	
März	15,64	6,85		März	15,51	6,75	
April	15,74	6,87		April	15,50	6,75	
Mai	15,78	6,87		Mai	15,53	6,77	
Juni	15,78	6,87		Juni	15,52	6,76	
Juli	15,83	6,86		Juli	15,54	6,78	
August	15,80	6,86		August	15,55	6,80	
September	15,76	6,84		September	15,52	6,75	
October	15,74	6,83		October	15,52	6,71	
November	15,70	6,82		November	15,47	6,70	
December	15,72	6,81		December	15,44	6,68	
Im Durch- schnitte	15,72	6,84 =	6. 25. 2.	Im Dursch- schnitte	15,49	6,74 =	6. 22. 2.

**Die Edelmetall-Ausbeute und der Gold- und Silber-
Abfluss nach Ost-Asien seit 1849.**

Jahr.	W e r t h der Edelmetallproduction in Thalern.		In Procenten der Gesammt- Production beider Edelmetalle.		W e r t h der nachweisbaren Edelmetall-Ausfuhr nach Asien in Thalern.		Ein Pfund Gold stellt sich im Werthe gleich Pfund Silber.
	Gold.	Silber.	Gold.	Silber.	Gold.	Silber.	
1846	58,450,500	53,289,000	52	48	?	?	15,66
1849	104,155,350	57,387,000	64	36	?	?	15,75
1850	116,812,650	62,640,000	65	35	?	?	15,60
1851	138,021,300	60,300,000	70	30	681,830	11,440,000	15,35
1852	221,865,450	59,550,000	79	21	6,144,870	17,594,920	15,42
1853	234,783,150	56,220,000	81	19	6,491,500	37,060,180	15,35
1854	209,408,100	57,330,000	79	21	8,151,700	30,553,450	15,22
1855	204,748,800	60,270,000	77	23	7,943,400	52,894,190	15,32
1856	216,745,800	60,990,000	78	22	3,191,920	94,059,340	15,33
1857	211,691,250	63,480,000	77	23	3,528,400	134,306,140	15,27
1858	205,530,000	67,440,000	75	25	2,223,560	37,953,100	15,22
1859	192,096,150	68,100,000	74	26	6,202,750	109,009,940	15,10
1860	178,257,750	71,280,000	71	29	16,232,560	72,015,530	15,12
1861	178,536,750	74,700,000	71	29	9,523,180	59,062,350	15,28
1862	176,258,250	79,620,000	69	31	22,617,680	97,331,860	15,33
1863	179,006,400	87,150,000	67	33	53,486,420	100,910,220	15,34
1864	?	?	?	?	46,460,000	113,040,000	15,38
1865	?	?	?	?	28,986,000	64,960,000	15,49
1866	?	?	?	?	19,206,000	47,160,000	15,45
1867	?	?	?	?	10,986,000	13,647,000	15,47

Anmerkung.

Die Angaben über die Production der beiden Edelmetalle, sowie über die Silber-Ausfuhr nach Ost-Asien bis zum Jahre 1863, sind dem Bremer Handelsblatte, Jahrgang 1866, Seite 7 und 133, entnommen; die über den Silber-Abfluss nach Asien vom Jahre 1864 an dem Economist. Die Edelmetall-Ausfuhr von 1851 und 1852 umfasst nur die von England. Vom Jahre 1853 ist der Export aus den Häfen des Mittelmeeres mit darin enthalten.

Das Werth-Verhältniss zwischen Gold und Silber stützt sich auf Angaben des 2. Jahrgangs des Preussischen Jahrbuches für amtliche Statistik, beziehungsweise des Preussischen Staats-Anzeigers.

1891

THE JOURNAL OF THE
SOCIETY OF THE HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK

NAME	RESIDENCE	DATE OF BIRTH	DATE OF DEATH	DATE OF BURIAL
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891
JOHN J. HARRIS	NEW YORK	1815	1891	1891

THE JOURNAL OF THE
SOCIETY OF THE HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK

THE JOURNAL OF THE
SOCIETY OF THE HISTORY OF THE
CITY OF NEW YORK

Die nothwendigen Vorbereitungen
für
den Uebergang zur Goldwährung

von

R. Bach

in Buchholz in Sachsen.



Die Geschichte des Mittelalters

Erster Theil

Aben Lebrung von Goldschmidt

Die Geschichte des Mittelalters ist eine der interessantesten und wichtigsten Theile der Geschichte. Sie führt uns in eine Zeit, in welcher die Welt in einer rapiden Entwicklung begriffen war, in welcher die Kulturen der verschiedenen Völker sich gegenseitig beeinflussten und in welcher die Grundlagen der modernen Welt gelegt wurden. In diesem ersten Theile werden wir uns mit der Geschichte des Mittelalters in Europa befassen, beginnend mit der Karolingerzeit und endend mit der Renaissance. Wir werden die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen dieser Zeit betrachten und die Rolle der Kirche und des Papsttums in der Welt des Mittelalters untersuchen. Wir werden auch die Kriege und Konflikte dieser Zeit betrachten, die die Welt des Mittelalters so sehr geprägt haben. Dieser erste Theil wird Ihnen einen Überblick über die Geschichte des Mittelalters geben und Sie auf die weiteren Theile des Buches vorbereiten.

Einleitung.

Motto:

Prüfet Alles und das Beste behaltet!

Die Geschichte des Münzwesens in Deutschland ist mit der politischen Geschichte Deutschlands Hand in Hand gegangen. Die Souverainetät vieler kleiner Fürsten, welche die Münzgerechtheitsame besaßen, brachte es mit sich, dass es in früherer Zeit nicht allein ein buntes Gemisch von Münzsystemen gab, sondern selbst diese durch Verschlechterung der Ausprägungen nicht inne gehalten wurden. Da kein gemeinsames Organ mit gesetzgeberischen Befugnissen als einigendes Band zwischen den Einzelsouverainetäten vorhanden war, so ging jedes Land und Ländchen seinen Weg für sich; Zollgränzen und Schlagbäume traten überall hemmend entgegen und die Kirchthurminteressen waren so überwiegend, dass man gar nicht das Bedürfniss fühlte, sich in volkswirtschaftlichen Fragen in Uebereinstimmung mit den Nachbarn zu setzen. Es hat daher auch gewiss viele Mühe gekostet, seiner Zeit — in der Mitte des vorigen Jahrhunderts — durch freie Vereinigung zwischen den wichtigsten deutschen Staaten eine Convention im Münzwesen zu Stande zu bringen. Nach dieser Convention wurde die Cölnische Mark feines Silber zu 20 Gulden ausgeprägt. Gulden nach diesem Münzfusse gab es eigentlich nur in Oesterreich, die übrigen süddeutschen Länder prägten 24 Gulden aus der Mark feines Silber- und die norddeutschen Staaten rechneten nach Thalern, 2 Thaler für 3 Gulden im

20-Guldenfusse gerechnet. Bald aber wich Preussen hiervon ab, indem es den 21-Gulden- oder 14-Thalerfuss einführte.

Dies blieb so bis 1839, wo Süddeutschland von dem 24-Gulden- zu dem 24½-Guldenfusse überging, im Norden der 14-Thalerfuss allgemein eingeführt wurde und durch die beschlossene Prägung von Zweithalerstücken mit dem Werthe von 3½ Gulden süddeutsch als Vereinsmünze ein vereinigendes Mittelglied zwischen Nord- und Süddeutschland hergestellt wurde.

1857 traten in Wien sämmtliche deutsche Staaten zu einem Congresse zusammen, um das Münzwesen in besserer und rationellerer Weise zu ordnen. Es gelang jedoch nicht, eine allgemeine deutsche Münz- und Rechnungseinheit herzustellen, sondern es blieben immer noch drei Gruppen, die nur darin übereinstimmen, dass allen groben Silbercourantmünzen nicht mehr die Cölnische Mark, sondern das halbe Kilogramm zu Grunde gelegt, und der Thaler, dreissig auf das Pfund fein, zur Vereinsmünze erhoben wurde. Neben diesen Thalern zu 30 Groschen bestehen die süddeutschen Gulden zu 60 Kreuzern und die neuen österreichischen Gulden zu 100 Kreuzern fort. Bremen und Hamburg blieben ganz ausserhalb und liessen ihre abweichenden Münzfüsse fortbestehen. Die reine Silberwährung bildete die Grundlage der drei Hauptsysteme, und den Goldmünzen schenkte man nur insofern Beachtung, als man in der Goldkrone eine allgemeine Goldhandelsmünze schuf, welche ihres schwankenden und ungerade Zahlen ausdrückenden Werthes halber nur in sehr kleinen Mengen den Verkehr vermittelt.

So wie nun in den deutschen Münzconventionen das Streben nach Vereinigung innerhalb der deutschen Gränzen seinen Ausdruck fand, so strebt jetzt, nachdem Eisenbahnen und Telegraphen die Hauptvölker der Erde näher zusammengeführt haben, die Handelswelt darnach, eine Vereinigung im Münzwesen zwischen den wichtigsten handeltreibenden Nationen der Erde herbeizuführen.

Die erste grössere internationale Vereinigung im Münzwesen ist die Convention, welche Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz im December 1865 mit einander abgeschlossen haben, und wird als das auf den rationellsten Grundlagen aufgebaute

System anerkannt. Es konnte daher auch nicht Wunder nehmen, dass im Schoosse des 1867 bei Gelegenheit der Weltausstellung zu Paris tagenden internationalen Münzcongresses der Gedanke sich Bahn brach, dass unter den bestehenden Münzsystemen das französische allein geeignet sei, allen übrigen zur Grundlage zu dienen.

Nun ist allerdings die Münzconvention zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz principiell die Doppelwährung, d. i. die Bestimmung, dass man nach freier Wahl in Gold oder Silber nach einer festgesetzten unveränderlichen Werthrelation ($15\frac{1}{2} : 1$) zahlen kann, zu Grunde gelegt; factisch sind aber nur die Goldmünzen die couranten Zahlungsmittel, da die Silber-Fünffrankenstücke schon vor längerer Zeit, als das Gold einen geringeren Werth repräsentirte, wie es nach der angenommenen Werthrelation haben sollte, ausgewandert und grösstentheils verschwunden sind.

England und Nordamerika, die wichtigsten handeltreibenden Verkehrsvölker, rechnen und zahlen nur in Gold, daher konnte auch auf dem Pariser Congresse von 1867 nur die Anbahnung einer grösseren internationalen Vereinigung in der Uebereinstimmung der Goldmünzen gefunden werden.

Diesen Grundsatz hat Oesterreich bereits befolgt, indem es am 31. Juli 1867 einen Präliminarvertrag mit Frankreich abgeschlossen hat, worin es sich verpflichtet, seinen Goldmünzen den gemeinschaftlichen Nenner von fünf Franken Gold, im Gewichte von 1,6129 Grammen und in der Feinheit von 900 Tausendtheilen zu Grunde zu legen.

Ausserdem wird Oesterreich 25-Frankstücke (Zehn Gulden) als internationale Goldmünze prägen. Dieses 25-Frankstück hat eine grosse Zukunft, denn England hat Aussichten eröffnet, dasselbe als Sovereign (Pfund Sterling) zu adoptiren, und Nordamerika wird es vielleicht als 5-Dollarstück einführen.

Es gilt nun auch für uns, unser Münzsystem dahin umzuformen, dass wir an der Wohlthat der internationalen Circulation unserer Münzen Theil nehmen können, und dies kann nur dadurch geschehen, dass wir Goldmünzen prägen, die mit Frankreich und seinen Vertragsgenossen den gemeinschaftlichen Nenner von

fünf Franken Gold gemein haben, und diesen Goldmünzen gesetzlichen Umlauf zum Nennwerthe verleihen.

Daraus ergibt sich die Nothwendigkeit der Annahme der Goldwährung; ohne diese ist die angestrebte Uebereinstimmung mit den wichtigsten Verkehrsländern nicht zu erlangen und alle sonstigen Verbesserungen des Münzwesens unwesentlich und von geringem Werthe.

Die Annahme der Goldwährung bedingt aber geschickte Uebergangsmaassregeln, wenn dieselbe nicht Unbequemlichkeiten, Verluste und Störungen aller Art zur Folge haben soll, und der Untersuchung dieser sich nothwendig machenden Uebergangsmaassregeln ist daher die gegenwärtige Abhandlung speciell gewidmet.

1. Frankensystem und Uebergang zu demselben.

An erster Stelle betrachte ich den Fall, dass von den gesetzgebenden Gewalten des norddeutschen Bundes der Beschluss gefasst würde, das Frankensystem mit allen seinen Consequenzen anzunehmen und der Convention vom 23. December 1865 zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz pure beizutreten.

Daher lasse ich vor allen Dingen den Wortlaut dieses Vertrages in der sinngetreuen Uebersetzung folgen.

Münzvertrag zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz, vom 23. December 1865.

Art. 1. Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz treten, was das Gewicht, die Feinheit, die Gestalt und den Umlauf der von ihnen geprägten Gold- und Silbermünzen betrifft, in volle Uebereinstimmung.

In der Gesetzgebung der einzelnen Staaten über die Billon- und Kupfermünzen wird dagegen nichts geändert.

Art. 2. Die hohen verhandelnden Parteien verpflichten sich, keine anderen Goldmünzen als Stücke von 100 Franken, von 50 Franken, von 20 Franken, von 10 Franken und von 5 Franken zu prägen, oder mit ihrem Stempel prägen zu lassen, und zwar was das Gewicht, die Feinheit, die zulässige Abweichung und den Durchmesser anbetrifft, so wie folgt:

Benennung der Münzen.	Gewicht.		Feinheit.		Durch- messer.
	Richtiges Gewicht.	Zulässige Ab- weichung, so- wohl darüber als darunter.	Richtige Feinheit.	Zulässige Ab- weichung, so- wohl darüber als darunter.	
Franken.	Gramme.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Millimeter.
Geld.	100	32,25806	900	2	35
	50	16,12903			28
	20	6,45161			21
	10	3,22580			19
	5	1,61290			17

Sie werden ohne Unterschied in ihren öffentlichen Kassen die nach vorstehenden Bedingungen in einem oder dem anderen Staate geprägten Goldmünzen annehmen, mit dem Vorbehalte jedoch, diejenigen Stücke auszuschliessen, deren Gewicht sich um $\frac{1}{2}$ Procent unter die obenbezeichnete zulässige Abweichung vermindert hat, oder von denen das Gepräge verwischt ist.

Art. 3. Die contrahirenden Regierungen verpflichten sich, keine anderen Silber-Fünffrankenstücke zu prägen oder prägen zu lassen, als nach folgendem Gewicht, Feinheit, zulässiger Abweichung und Durchmesser:

Gewicht.		Feinheit.		Durchmesser.
Richtiges Ge- wicht.	Zulässige Abwei- chung, sowohl dar- über als darunter.	Richtige Fein- heit.	Zulässige Abwei- chung, sowohl dar- über als darunter.	
Gramme.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Millimeter.
25	3	900	2	37

Sie werden gegenseitig die genannten Münzen in ihren öffentlichen Kassen annehmen mit dem Vorbehalte, diejenigen auszuschliessen, deren Gewicht durch die Abnutzung sich um mehr als 1 Procent unter die obenbezeichnete zulässige Abweichung vermindert hat, oder deren Gepräge sich abgeschliffen hat.

Art. 4. Die hohen Contrahenten werden künftig keine anderen Silbermünzen von 2 Franken, 1 Franken, 50 Centimes und 20 Centimes prägen als nach folgenden Bedingungen bezüglich des Gewichts, der Feinheit, der zulässigen Abweichung und des Durchmessers:

Benennung der Münzen.	Gewicht.		Feinheit.		Durch- messer.
	Richtiges Gewicht.	Zulässige Ab- weichung, so- wohl darüber als darunter.	Richtige Feinheit.	Zulässige Ab- weichung, so- wohl darüber als darunter.	
Franken.	Gramme.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Tausendtheile.	Millimeter.
2	10	} 5	} 835	} 3	27
1	5				23
0,50	2,50				18
0,20	1				16

Diese Münzen müssen durch die Regierungen, welche sie ausgegeben haben, wieder eingeschmolzen werden, wenn deren Gewicht sich durch die Abnutzung 5 Procent unter die obenbezeichnete zulässige Abweichung vermindert hat, oder wenn das Gepräge verschwunden ist.

Art. 5. Die Silbermünzen von Zwei, Ein, Einhalb, und Ein-fünftel Franken, welche nach anderen Bedingungen als die oben angegebenen geprägt sind, sollen vor dem 1. Januar 1869 aus der Circulation zurückgezogen werden.

Diese Frist wird für die Zwei- und Einfrankenstücke der Schweiz nach dem Gesetze vom 31. Januar 1860 bis zum 1. Januar 1878 verlängert.

Art. 6. Die nach den Vorschriften des Art. 4. geprägten Münzen haben zwischen den Angehörigen des Staates, welcher sie geprägt hat, gesetzlichen Cours bis zur Höhe von 50 Franken für jede Zahlung.

Der Staat, welcher sie in Umlauf gesetzt hat, wird dieselben von seinen Angehörigen ohne Beschränkung des Betrags annehmen.

Art. 7. Die öffentlichen Kassen jedes der vier Staaten werden die nach Art. 4. geprägten Silbermünzen eines oder mehrerer der anderen Staaten bis zur Höhe von 100 Franken bei jeder Zahlung an diese Kassen annehmen.

Die Regierungen von Belgien, Frankreich und Italien werden bis zum 1. Januar 1878 die Schweizer Zwei- und Einfrankenstücke, welche nach dem Gesetze vom 31. Januar 1860 in Uebereinstimmung mit dem Art. 4. emittirt sind, bis zur Höhe von 100 Franken für jede Zahlung in ihren Kassen annehmen.

Alles dies unter dem Vorbehalte im Art. 4. was die Abnutzung anbetrifft.

Art. 8. Jede der contrahirenden Regierungen verpflichtet sich, von den Angehörigen oder öffentlichen Kassen der anderen Staaten die Scheidemünzen, welche sie emittirt hat, gegen einen gleichen Werth in Courantmünzen (Goldstücke oder Stücke von

Fünf Franken in Silber) auszutauschen, mit der Bedingung, dass die Summe, welche zum Austausch präsentirt wird, mindestens 100 Franken beträgt. Diese Verpflichtung wird noch zwei Jahre über den Ablauf des gegenwärtigen Vertrags hinaus verlängert.

Art. 9. Die hohen Contrahenten dürfen nach dem Art. 4. geprägte 2-, 1-, $\frac{1}{2}$ - und $\frac{1}{5}$ -Frankenstücke nur bis zu einem Werthe von 6 Franken für jeden Einwohner in Umlauf setzen.

Diese Zahl, indem hierbei den letzten Volkszählungen in jedem der vier Staaten und der wahrscheinlichen Vermehrung der Bevölkerung Rechnung getragen wird, ist bis zum Ablauf dieses Betrags festgesetzt wie folgt:

für Frankreich	auf	239	Millionen	Franken
„ Belgien	„	32	„	„
„ Italien	„	141	„	„
„ die Schweiz	„	17	„	„

Von diesen Summen, welche die Regierungen in Umlauf zu setzen das Recht haben, sind die bereits emittirten Werthe in Abzug zu bringen.

Für Frankreich ohngefähr 16 Millionen in $\frac{1}{2}$ - und $\frac{1}{5}$ -Frankenstücken nach dem Gesetze vom 25. Mai 1864, für Italien ohngefähr 100 Millionen in 2-, 1-, $\frac{1}{2}$ - und $\frac{1}{5}$ -Frankenstücken nach dem Gesetze vom 24. August 1862, für die Schweiz ohngefähr für $10\frac{1}{2}$ Millionen in 2- und 1-Frankenstücken nach dem Gesetze vom 31. Januar 1860.

Art. 10. Die Feinheit der Münzen wird in Zukunft auf den in den vier Staaten geschlagenen Gold- und Silbermünzen angegeben werden.

Art. 11. Die contrahirenden Regierungen werden sich jährlich gegenseitig den Betrag ihrer Emission in Gold- und Silbermünzen, den Stand der Einziehung und Einschmelzung der älteren Münzen, ihre Anordnungen und alle administrativen die Münzen betreffenden Documente mittheilen. Sie werden sich ferner von allen Vorfällen, welche sich auf den Umlauf ihrer Gold- und Silbermünzen beziehen, gegenseitig Nachricht geben.

Art. 12. Das Recht des Zutritts zu diesem Vertrage ist jedem anderen Staate vorbehalten, welcher die darin enthaltenen Verpflichtungen und das Münzsystem der Union in dem, was die Gold- und Silbermünzen betrifft, annimmt.

Art. 13. Die Ausführung der in diesem Vertrage enthaltenen Verpflichtungen ist, soweit als es nöthig ist, der Erfüllung der constitutionellen Functionen in den Staaten, denen dies obliegt, untergeordnet, was sie sich verpflichten, in möglichst kurzer Frist zu bewirken.

Art. 14. Der gegenwärtige Vertrag bleibt in Kraft bis zum 1. Januar 1880. Wenn er ein Jahr vor Ablauf nicht gekündigt wird, so bleibt er weitere fünfzehn Jahre zu Recht bestehen, und so fort von fünfzehn zu fünfzehn Jahren, wenn er nicht gekündigt wird.

Art. 15. Dieser Vertrag soll binnen sechs Monaten oder womöglich noch eher zu Paris ratificirt werden.

Bei Durchsicht dieses Vertrags wird es dem aufmerksamen Leser nicht entgehen, dass es den contrahirenden Staaten laut Art. 3. unbenommen ist, Stücke zu fünf Franken in Silber neben den Goldmünzen zu prägen und dieselben in beliebigen Mengen in Umlauf zu setzen. Es ist hiermit den Regierungen in die Hand gegeben, stets dasjenige Edelmetall zu den Ausprägungen zu verwenden, welches im gegebenen Augenblicke im Verhältniss zu der festen Werthrelation zwischen Gold und Silber von $15\frac{1}{2}$ zu 1 am billigsten zu stehen kommt. Die Doppelwährung ist also in diesem Verträge principiell beibehalten, und da dieser Vertrag fest auf lange Zeit hinaus abgeschlossen ist, so wäre darnach wohl anzunehmen, dass man einem Lande, welches die darin vereinbarten Bestimmungen sich aneignen will, den Anschluss nicht verwehren wird. Ja dieses Recht des Anschlusses ist jedem Staate in Art. 12. ausdrücklich vorbehalten.

Freilich ist dagegen in Betracht zu ziehen, dass Frankreich neuerdings entschlossen scheint, die Doppelwährung aufzugeben und zur reinen Goldwährung überzugehen. Daher kann auch der Uebergang zum Frankensystem mittelst der Doppelwährung nur nebenher wegen der dabei vorkommenden interessanten Momente beleuchtet werden.

Die Doppelwährung bietet nämlich für uns die Handhabe, welche uns den Beitritt insofern erleichtert, als dadurch die Möglichkeit gegeben ist, eine feste Werthrelation zwischen Thalern und Franken decretiren zu können.

Die nach Art. 3 in die Feinheit von 900 Tausendtheilen auszuprägenden Fünffrankenstücke in Silber wiegen 25 Gramme, es gehen daher 40 auf ein Kilogramm oder 20 auf ein Pfund, d. i. ein Pfund Silber in der Feinheit von 900 Tausendtheilen ist gleich 100 Franken.

Bei uns gehen 27 Thaler auf ein Pfund solchen Silbers, und daher sind 100 Franken Silber genau 27 Thaler werth. Der Thaler hat darnach den Werth von $370\frac{10}{27}$ Centimen oder abgerundet: 370 Centimen.

Dieses Werthsverhältniss von 370 Centimen für den Thaler

kann nun als fester Satz zur Umrechnung der Thaler in Franken adoptirt werden, und zwar würde die Annahme dieses Satzes folgende Folgen nach sich ziehen.

Wir würden also die in den Artikeln 2., 3. und 4. verzeichneten Münzen prägen, vornehmlich aber, da es bei uns an Gold fehlt, und dasselbe mit Kosten aus dem Auslande bezogen werden müsste, die in Art. 3. bezeichneten Fünffrankenstücke in Silber. Silberthaler und Silber-Fünffrankenstücke würden bei uns die Grundlage des Verkehrs bilden, und Gold, so lange solches wie jetzt mehr als 465 Thaler das Pfund kostet, wenig zu sehen sein.

Die in der alten Thalerwährung eingegangenen Verbindlichkeiten würden daher auch, so lange dieser Zustand währt, in Thalern oder in Silber-Fünffrankenstücken, das Stück der mehrerwähnten Werthrelation von 27 Thalern für 100 Franken gemäss, zu 1 Thlr. 10½ Sgr. gerechnet, bezahlt werden.

Dies würde sich erst dann ändern, wenn der Preis des Pfundes Gold unter 465 Thaler herunterfiele, dann würden die Goldmünzen bald den Verkehr allein vermitteln, mit alleiniger Ausnahme des Kleinverkehrs, für welchen die in Art. 4. verzeichneten Silber-Scheidemünzen dienen. Silberthaler und Silber-Fünffrankenstücke aber würden nach und nach aus dem Verkehre verschwinden, denn speculative Inhaber fänden alsdann durch Exportation und Einschmelzung derselben einen Gewinn.

Die Schuldner von Verbindlichkeiten neueren Datums würden in Goldmünzen nach dem Nennwerthe, die Schuldner aber von Verbindlichkeiten aus der alten Währung ebenfalls in Gold, 100 Franken für 27 Thaler gerechnet, Zahlung leisten. Die Gläubiger von Schuldnern der letzteren Kategorie hätten alsdann den Nachtheil, dass sie anstatt des theurer gewordenen Silbers das billiger gewordene Gold als Zahlung erhielten. Dieser Nachtheil bestände jedoch genau genommen nur in einem entgangenen imaginären Gewinne, denn die in Empfang genommenen Goldmünzen lassen sich wieder zum Nennwerthe verwerthen. Man ersieht hieraus, der strenge Rechtsbegriff würde bei diesem Verfahren keine Einbusse erleiden.

Auch für sämtliche in Thalern valedirende Werthpapiere, als da sind: „Staatsschuldscheine, Actien, Prioritäten,

Pfandbriefe und andere Anlehns-Obligationen,“ wäre der feste Satz von 3 Franken 70 Centimen für den Thaler massgebend und eine etwaige Convertirung hätte unter Zugrundelegung dieses Satzes stattzufinden.

Bemerkung. Da die auf den Zinsbogen dieser Werthpapiere ausgedrückten terminlichen Zinsbeträge oft Beträge in Thalern, Groschen und Pfennigen ergeben, deren jedesmalige Umrechnung in Franken ziemlich unbequem sein dürfte, so könnte man, wenn man vorläufig von einer vollständigen Convertirung der Papiere in Franken absehen wollte, auf den zinstragenden Werthpapieren den Werth in Franken durch Aufdrückung eines Stempels verlautbaren, wie z. B.

für 100 Thlr. 370 Franken

„ 500 „ 1850 „

„ 1000 „ 3700 „

und neue Zinsbogen dazu ausgeben, worauf die Zinsbeträge in Franken ausgeworfen sind.

Bei dem im Umlaufe befindlichen Papiergelde, es mag nun Staatspapiergeld oder Banknoten betreffen, ist es nicht zu umgehen, dass dasselbe gegen in Franken lautende Appoints umgetauscht wird. Ein Thaler wird auch hier für 3 Franken 70 Centimen gerechnet.

Die Einlösung der neuen in Franken lautenden Appoints geschieht entweder in Goldmünzen laut Art. 2. und Silber-Fünf-Frankenstücken laut Art. 3. nach dem Nennwerthe oder in Silberthalern zum festen Course von 370 Franken für 100 Thaler.

Die Doppelwährung gewährt also beim Uebergange zum Frankensysteme die Bequemlichkeit der Annahme eines festen Ueberrechnungssatzes der Thaler in Franken und erleichtert auch den Uebergang insofern, als die in Deutschland aufgehäuften Silbervorräthe ferner ihre ungestörte Verwerthung in daraus geprägten Münzen finden, ohne dass es nöthig wird, gegen diese Silbervorräthe Gold vom Auslande einzutauschen.

Alle diese auf dem festen Ueberrechnungssatze von 370 Centimen für den Thaler gegründeten Uebergangsmassregeln sind aber unausführbar, wenn zufällig der Umstand eintritt, dass vor dem Uebergange zum Frankensysteme der Werth des Goldes unter 465 Thaler für das Pfund, d. i. unter die im französischen Münzsysteme geltende Werthrelation zwischen Gold und Silber

von $15\frac{1}{2}$ zu 1 herabsinkt. Dann finden die Regierungen bei der Hinausgabe von Silber-Fünffrankenstücken nicht mehr ihre Rechnung und werden daher dieselbe unterlassen, sie werden es vorziehen, gegen ihre Silbervorräthe Gold vom Auslande einzutauschen und daraus Goldmünzen laut Art. 2. prägen. Das Silber-Fünffrankensück ist aber eben die Münze, worauf die feste Werthrelation von 100 Franken gegen 27 Thaler, oder 370 Franken für 100 Thaler basirt, und wenn dasselbe nicht mehr existirt, so kann diese Werthrelation und hiermit die Doppelwährung nicht mehr zum Uebergange in das Frankensystem benutzt werden. Es bleibt dann nichts übrig, als den directen Uebergang zur reinen Goldwährung in's Auge zu fassen.

Dieses ist um so nöthiger, als Frankreich neuerdings entschlossen scheint, die Silber-Fünffrankenstücke ganz fallen zu lassen und sich ebenfalls der reinen Goldwährung zuzuwenden.

Beim Uebergange nun zur Frankenwährung mit der Einrichtung, dass als Courantmünzen nur Goldmünzen laut Art. 2. der Convention vom 23. December 1865 geprägt werden und nur diesen der gesetzliche Umlauf zum Nennwerthe gestattet wird, dass ferner Silber-Courantmünzen, d. i. Fünffrankenstücke laut Art. 3. mehrgedachter Convention nicht geprägt werden, also dass man der festen Werthrelation zwischen Silber-Fünffrankenstücken und Silberthalern ermangelt, sind folgende von den vorhergehenden völlig verschiedene Uebergangsmaassregeln zu ergreifen.

Es wird sich in diesem Falle hauptsächlich darum handeln, wie es mit den Silberthalern und den Doppelthalern nach erfolgtem Uebergange zur Frankenwährung gehalten werden soll.

Vor allen Dingen müsste man sich in dem mit den Ländern der Frankenwährung abzuschliessenden Vertrage vorbehalten, dass diese Thaler, so lange es die obwaltenden Umstände wünschenswerth machen, d. i. so lange diese Massen Silberthaler nicht durch Goldmünzen ersetzt werden können, fernerhin als Handelsmünzen mit veränderlichem Course fortcirculiren.

(Z. B. der Cours für 100 Thaler würde sein: Fr. 368., 368. 50., 369., 369. 10., 369. 40. etc.)

Es wäre dieses ein ähnliches Verhältniss wie das, welches

jetzt die Goldkronen als Goldhandelsmünzen der bestehenden Silberwährung gegenüber einnehmen. Dass die Bedingung, die Thaler als Silberhandelsmünze fortbestehen zu lassen, von Frankreich und den mit ihm vereinten Staaten acceptirt werden würde, unterliegt keinem Zweifel, weil aus dem zwischen Oesterreich und Frankreich am 31. Juli 1867 abgeschlossenen Präliminarvertrage ersichtlich ist, dass einerseits Oesterreich sich vorbehält, fernerhin Maria-Theresia-Thaler als Handelsmünze zu prägen, und Frankreich seinerseits ebenfalls den Vorbehalt erhebt, in dem Falle, dass es ihm zweckmässig erschiene, eine Handelssilbermünze zu prägen.

Der Thaler als Handelsmünze und sein jeweiliger Werth in Franken, wie er sich aus dem Börsencourse ergibt, hätte nun die Grundlage für die gesetzmässige Erfüllung aller aus der Thalerwährung herstammenden Zahlungsverbindlichkeiten zu bilden. Wer also eine in Thalern contrahirte Schuld zu zahlen hat, hat dies entweder in effectiven Silberthalern zu bewerkstelligen oder in Goldmünzen laut Art. 2. zu dem bestehenden Börsencourse. Der Umrechnungsmodus von Thalern in Franken ist daher in dem Börsencourse der Silberthaler gegeben. — Da es als gesetzlich zulässig gelten muss, dass sich Schuldner und Gläubiger jederzeit dahin verständigen, die Umrechnung des Schuldbetrags nicht bis zur Zeit der Erfüllung der Zahlungsverbindlichkeit zu verschieben, so können die Umrechnungen nach dem bestehenden Tagescourse der Thaler auch jederzeit vorgenommen werden, wenn Schuldner und Gläubiger dahin übereinkommen. Die sofortige Umrechnung wird z. B. sogleich beim Uebergangstermine in die Frankenvährung sich nothwendig machen bei allen Conto-Currentgeschäften. Sie wird aber auch wünschenswerth sein bei Schuldverbindlichkeiten, deren Abwicklungstermin unbestimmt ist und sich sehr in die Länge ziehen kann, wie z. B. auch bei Hypothekenschulden; findet bei solchen eine Umrechnung statt, so würde die Summe in der neuen Valuta auf den Schulddocumenten resp. in den Hypothekenbüchern zu verlautbaren sein. Um in dieser Hinsicht alle Rechtsunsicherheit zu vermeiden, wären von der Regierung diejenigen Börsenplätze zu bezeichnen, deren Notirungen als maassgebend zu betrachten sind, und diesen Börsen-

plätzen einen festbegränzten Rayon anzuweisen, innerhalb dessen alle Behörden den Börsencours des bezeichneten Platzes als den gesetzmässigen anzuerkennen haben.

Sollte eine Zeit kommen, wo die Silberthaler von den Regierungen eingezogen und eingeschmolzen werden, wobei die Regierungen einen festen, den dann obwaltenden Coursverhältnissen angemessenen Preis bestimmen müssten, zu welchem die Silberthaler einzuliefern sind, so wäre dann dieser Preis das feste endgültige Werthsverhältniss, nach welchem von da ab die Umrechnung aller dann noch in Thaler valedirenden alten Verbindlichkeiten auszuführen wäre.

Das in Thalern ausgestellte Papiergeld, sowohl Cassenanweisungen des Staats, als Noten der zu deren Herausgabe privilegirten Banken, wären den als Handelsmünze coursirenden Silberthalern im Werthe gleichzustellen und hätte also denselben veränderlichen Werth. Da man aber jedenfalls vorziehen würde, ehestens neue in Frankenbeträgen auszustellende Appoints hinauszugeben, so würde solchenfalls der Cours festzustellen und bekannt zu machen sein, nach welchem die alten Werthzeichen gegen neue angenommen werden. Dieser Cours dürfte dann keinenfalls ungünstiger für die Inhaber festzusetzen sein, als der obwaltende Börsencours.

Der Silberthaler und sein Zeitwerth als Handelsmünze bildet ferner auch den Werthmesser für alle Werthpapiere, die in Gestalt von Staatspapieren, Anleihens-Obligationen aller Art, Prioritäts-Obligationen, Actien und Pfandbriefen in so grossen Massen in Umlauf sind, und für deren Zinsbeträge. —

Der Wunsch, diese in Thalern ausgestellten Werthpapiere in in Franken valedirende Appoints umgewandelt zu sehen, würde bald sowohl seitens der Inhaber, als seitens der Schuldner laut werden. Es ist daher die Frage zu untersuchen, auf welche Weise eine solche Conversion am besten ausführbar ist.

Ich mache dafür folgenden Vorschlag:

Die neuen Obligationen werden in Appoints von Frs. 1000., 500. und 100. hinausgegeben und zwar in der Weise, dass für je 100 Thlr. neue Appoints im Gesamtbetrage von Fr. 400. gewährt werden. Diese Thlr. 100. würden zu einem festen Course

angenommen, der für den Inhaber nicht ungünstiger sein dürfte, als der Börsencours. Der zur Erfüllung von 400 Franken fehlende Betrag wäre vom Inhaber baar zu vergüten. Sollte das zu convertirende Anlehen unter pari stehen, so würde auf die Baarzahlungen noch das Dis-Agio zu vergüten sein. Beim Course von 95 z. B. und von 370 Franken für 100 Thlr. sind daher statt 30 Franken beispielsweise nur Fr. 28. 50. auf 100 Thlr. darauf zu zahlen, um 400 Franken in neuen Obligationen zu erwerben. — Bei Inhabern von Thaler-Obligationen, welche die zu machenden Baarzahlungen etwa nicht zu leisten vermöchten, könnten die Banquiers das Geschäft auf die Weise vermitteln, dass sie sich für die zu leistende Baarzahlung durch Innebehaltung der ersten Zinscoupons schadlos hielten. Dieser letztere Fall dürfte jedoch nur sehr vereinzelt vorkommen.

Durch diese Manipulation würde der Staat oder die Corporation z. B. bei einer Anleihe von einer Million Thaler seine Schuld um circa 300,000 Franken oder 80,000 Thlr. vermehren, diese letztere Nummer aber auch baar eingezahlt erhalten.

Eine Conversion der Actien in die Frankenwährung kann auf einfachere Weise bewirkt werden, denn für Actien im Nominalbetrage von 100 Thalern könnte man einfach Actien im Nominalbetrage von 400 Franken hinausgeben, ohne dass die Inhaber nöthig hätten, den Fehlbetrag darauf zu zahlen.

Ich nehme den Fall an, das Actiencapital irgend eines Unternehmens bestände aus der Summe von einer Million Thaler, welche in 10,000 Stück Actien emittirt sind, so würde nach der Conversion dieses Actien-Capital dann 4 Millionen Franken in 10,000 Stück Actien zu je 400 Franken betragen. Wenn nun der Betrag der zu vertheilenden Dividende 40,000 Thlr. beträgt, so kommt auf die Actie ein Betrag von 4 Thalern oder circa 15 Franken. Auf eine Actie im Nominalbetrage von 100 Thalern würde dies 4% Dividende, auf eine Actie im Nominalbetrage von 400 Franken aber nur $3\frac{3}{4}$ % betragen. Der Inhaber einer Actie von 400 Franken befindet sich daher in demselben Besitzverhältnisse wie früher, wo diese Actie nur 100 Thlr. Nominalwerth hatte, denn er bekommt nicht mehr Dividende als in den früheren Verhältnissen. Da der Cours der Actien sich nach der Höhe

der Dividende richtet, so wird der Preis einer Actie derselbe sein, ob deren Nominalbetrag nun auf 100 Thaler oder 400 Franken lautet. Der Inhaber hat daher nicht mehr und nicht weniger Besitz als früher. — Hierbei ist auch Gelegenheit geboten, die Nominalbeträge der Actien mehr ihrem Courswerthe entsprechend zu reguliren, was durch Gesellschaftsbeschluss geschehen kann. Bei Actien, welche 12 und mehr Procent Dividende geben, kann z. B. der Nominalbetrag der Actien auf 1000 Franken gesetzt werden.

Die in dem Vorhergehenden angegebenen Uebergangsmassregeln beziehen sich auf die Rolle, welche den Silberthalern bei dem Uebergange in die Frankenwährung angewiesen und auf die Art und Weise, wie die Erfüllung von den in der Thalerwährung eingegangenen Zahlungs-Verbindlichkeiten ausgeführt werden soll. Sie beleuchten den Fall, dass man sich zur Erleichterung des Ueberganges der Doppelwährung bedient und dadurch ein festes Werthsverhältniss zwischen Silberthalern und Silber-Fünf-Frankenstücken behufs der Umrechnung gewinnt, und zweitens den Fall, dass dies nicht thunlich erscheint und der directe Uebergang in die reine Goldwährung vorgezogen wird. Darnach hätten entweder die in Art. 2. und 3. der Convention vom 23. December 1865 angegebenen Münzen, oder nur die in Art. 2. verzeichneten Goldmünzen die Grundlage der gesetzlichen Circulation zu bilden.

Ich habe daher noch zu betrachten, wie es mit den in Art. 4. verzeichneten Silberscheidemünzen gehalten werden soll, welche nur insofern an der gesetzlichen Circulation Antheil haben, als es sich um Beträge unter 50 Franken handelt. Diese Münzen dürfen laut Art. 9. den Betrag von 6 Franken für den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen, was für Norddeutschland eine Summe von ca. 180 Millionen Franken ergeben würde. Sie würden dazu dienen, die alten Silbermünzen unter einem Thaler zu ersetzen, und deren Einführung wäre dadurch am besten zu bewirken, dass man ein Jahr oder länger noch vor dem eigentlichen Uebergangstermine zur Frankenwährung mit der Prägung und Hinausgabe derselben begönne.

Die Hinausgabe dieser neuen Silberscheidemünzen hätte zu folgenden Preisen zu geschehen:

Das 2-Frankenstück zu 16 Groschen,

„ 1-Frankenstück „ 8 „

„ $\frac{1}{2}$ -Frankenstück „ 4 „

„ $\frac{1}{5}$ -Frankenstück „ 16 Pfennige sächsisch oder
20 Pfennige preussisch,

sowie ausserdem noch

Stücke von 10 Cents. zu 8 Pf. sächs. oder 10 Pf. preuss.,

dgl. „ 5 „ „ 4 „ „ 5 „ „

Hiergegen würden die alten Münzen unter einem Thaler, d. i. die Silbermünzen von $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{12}$, $\frac{1}{15}$, $\frac{1}{30}$ und $\frac{1}{60}$ Thlr. und die sächsischen Kupfermünzen von 5 Pf. eingezogen und eingeschmolzen, und zwar dabei zu ihrem Nennwerthe von den Regierungen, die sie ausgegeben, angenommen.

Bei Eintritt des Umrechnungstermins wären diese eben erwähnten alten Münzen dahin zu devalviren, dass solche von da an von den Regierungen nur zu folgenden Werthen genommen würden. Nämlich:

$\frac{1}{3}$ Thlr. zu 1 Frank 20 Cents.,

$\frac{1}{6}$ „ „ 1 „ 60 „

$\frac{1}{12}$ „ „ 1 „ 30 „

$\frac{1}{15}$ „ „ 1 „ 24 „

$\frac{1}{30}$ „ „ 1 „ 12 „

$\frac{1}{60}$ „ „ 1 „ 6 „

Preussische 4-, 3-, 2- und 1-Pfennigstücke zu ebensoviel Cents.

Durch diese Massregeln würden weder die Regierungen noch das Publikum etwas verlieren. Für die Regierungen würden nämlich die Kosten der Umprägung nahezu gedeckt, dass man Silber zum Preise von $112\frac{1}{2}$ Franken für das Pfund sich verschafft und dasselbe zum Preise von 120 Franken für das Pfund wieder verwerthet. Das Publikum dagegen aber bekäme die Franken zum Preise von 8 Groschen in die Hände, während es eigentlich 81 Pfennige sächs. dafür bezahlen sollte. Durch die vom Umrechnungstermine an angeordnete Devalvirung der alten Silberscheidemünzen wäre zugleich das Publikum gezwungen, diese

alten Münzen rechtzeitig gegen neue Münzen einzuliefern, und nach dem Termine könnte Jedermann in Besitz der erforderlichen neuen Scheidemünzen sein.

Wollte man vor dem zur Umrechnung bestimmten Termine Goldmünzen laut Art. 2. und eventuell Silber-Fünffrankenstücke laut Art. 3. prägen und in Umlauf setzen, so würde dies laut der Werthrelation von 100 Franken für 27 Thlr. zu dem Course von

5 Thlr. 12 Sgr. für ein 20-Frankenstück,
und 1 Thlr. 10½ Sgr. für ein 5-Frankenstück
stattzufinden haben.

Die alten Goldmünzen, als da sind „Kronen, Friedrichsd'or und Louisd'or, repräsentiren im Frankenfusse folgende feste Werthe:

eine Krone = Franken, 34,4444.

ein preussischer Friedrichsd'or = Franken, 20,77684.

ein Louisd'or = Franken, 20,51931.

Dieselben könnten demgemäss unter zweckmässiger Abrundung dieser Preise tarifirt und dann nach und nach zu diesem Tarife von den Regierungen, welche sie ausgegeben haben, eingezogen und eingeschmolzen werden.

Es bleibt nun noch die Schwierigkeit übrig, dass das Publikum sich bei der Einführung der Frankenwährung der althergebrachten Werthsbegriffe gänzlich entschlagen muss, und dass für Abgaben und Gebühren jeglicher Art, für Eisenbahnfrachten und Fahrpreise, für das Brief-, Packet- und Geldporto u. s. w. ganz neue Tarife aufgestellt werden müssen. Mit einigem guten Willen und Eifer für die gute Sache ist aber wohl darüber hinwegzukommen.

Etwas populärer würde sich dieser tief eingreifende Uebergang in eine vollständig neue Währung gestalten, wenn man dem Franken einen andern, d. i. einen deutschen Namen gäbe, z. B. Mark, mit der Eintheilung in hundert Pfennige, und ferner erlaubte, den zehnten Theil des Franken mit dem Ausdrucke Groschen zu bezeichnen. Der „Groschen“ ist ein in Norddeutschland fest eingebürgerter Begriff, nach dem man gewöhnt ist, die kleineren Werthe zu bemessen, und dann auch der neue Groschen kleiner wäre, so hätte man doch einen Anklang an das Alte.

2. Drittelthalersystem unter Einführung der Goldwährung und Uebergang zu demselben.

Ich wende mich nun zu einem anderen Vorschlage, zu dem Falle nämlich, dass man nur insofern einen Anschluss an das französische Münzsystem beabsichtigte, als man sich einzig mittelst der Goldmünzen damit in Uebereinstimmung setzte, und diese Goldmünzen einer neuen Währung nach dem reinen Decimalsysteme, welche erlaubte, die alten Silbermünzen im Umlaufe zu belassen, zur Basis dienen liesse.

Diese neue Goldmünze wäre das 25-Frankenstück im Gewichte von 8,06451 Grammen und in der Feinheit von 900 Tausendtheilen, welche Aussicht hat, in Oesterreich als 10-Guldenstück, in Nordamerika als 5-Dollarstück und in England als Pfund Sterling (Sovereign) eingeführt zu werden. Wenn man das Goldagio nicht berücksichtigt, so repräsentirt solche den Werth von 20 Drittelthalern, und passt daher mit ihren Unterabtheilungen, d. i. Stücken von 10- und 5-Drittelthalern, zu einem Münzsysteme, dessen Grundlage der Drittelthaler mit der Eintheilung in hundert Pfennige ist.

Wie leicht die Annahme dieses Systems der Drittelthaler ist, brauche ich, nachdem sich seit längerer Zeit die meisten Organe des Handels und Verkehrs empfehlend dafür ausgesprochen haben, nicht ausführlich zu beweisen. Die Summen der Thaler brauchen nur mit drei vervielfacht zu werden, um die Summen der neuen Einheit darzustellen, während die Groschen den Zehnern der neuen Unterabtheilung in Pfennigen entsprechen.

Die jetzigen in Norddeutschland coursirenden Silbermünzen behalten alle ihren jetzigen Werth, so:

der Doppelthaler	=	600	Pfennigen,	
„ Thaler . .	=	300	„	
„ $\frac{1}{3}$ Thaler .	=	100	„	
„ $\frac{1}{6}$ Thaler .	=	50	„	
„ $\frac{1}{12}$ Thaler .	=	25	„	
„ $\frac{1}{15}$ Thaler .	=	20	„	
„ $\frac{1}{30}$ Thaler .	=	10	„	u. s. w.

Weder Abgabensätze, Gebühren für Benutzung der Eisenbahnen und Posten, noch die Preise der Waaren brauchen neu tarifirt zu werden.

Soll aber hiermit eine wirkliche Uebereinstimmung mit der Frankenwährung herbeigeführt werden, so dürfen die neuen Goldmünzen von 20, 10 und 5 Drittelthalern Nennwerth nicht blosse Handelsmünzen sein, die dann einem veränderlichen Course unterworfen sein würden, es muss vielmehr angeordnet werden, dass alle Zahlungen gesetzlich eben nur in den erwähnten Goldmünzen zum Nennwerthe zu geschehen haben.

Die Silbermünzen sind künftig nur als Scheidemünzen zu betrachten, und die Verbindlichkeit, solche zum vollen Nennwerthe anzunehmen, darf sich höchstens bis zur Summe von 40 Drittelthalern (gleich 50 Franken) bei jeder einzelnen Zahlung versteigen. Im Allgemeinen würden dann die Silbermünzen einem veränderlichen Course unterliegen, und grössere Summen als je 40 Drittelthaler brauchten nur zu diesem jedesmaligen Course angenommen zu werden. Diese Bestimmung müsste sich auf alle Zahlungen beziehen, selbst auf diejenigen, welche an und von den Regierungen geleistet werden.

Dagegen dürfte bei in Gold zahlbaren Forderungen die Zahlung in Silber unter Vergütung des jeweiligen Agios nicht verweigert werden können, wenigstens in den ersten Jahren, so lange die Metallschätze der Banken zum grössten Theile in Silber bestehen und noch keine hinlängliche Menge Goldmünzen coursirt.

Auch wäre es zweckmässig, den französischen Goldmünzen zu 100, 50, 20, 10 und 5 Franken gesetzlichen Umlauf zum festen Werthe von 80, 40, 16, 8 und 4 Drittelthalern zu gestatten, wogegen man von den Ländern der Frankenwährung als Gegenleistung verlangen könnte, dass sie unseren 20- und 10-Drittelthalerstücken gesetzlichen Umlauf zum festen Werthe von 25 und 12½ Franken angedeihen lassen. Der Cours für Silber wäre auf den Börsenplätzen am besten nach Procenten auszuwerfen, z. B. 98., 98. 50., 99. etc., woraus ersichtlich ist, dass man bei Silberzahlungen 2, 1½ und 1 Procent Agio zu vergüten hätte.

Gewissermaassen würden dann zwei Währungen neben einander herlaufen. Die Goldwährung als die stabile, gesetz-

liche, und die Silberwährung, als veränderliche, nur insofern al pari zulässig, als sie in Gestalt von Scheidemünzen bei kleinen Summen Verwendung findet.

Die neue Einheit, der Drittelthaler, muss nun ferner einen passenden Namen erhalten, und da könnte der Name „Mark“ gewählt werden, weil er deutsch und kurz ist und auch ohngefähr dem auszudrückenden Werthe entspricht, indem die jetzigen Hamburger Mark Courant nur um Weniges grösser sind. Ein Hundertelmark könnte fernerhin „ein Pfennig“, ein Zehntelmark „ein Groschen“ heissen. Dreimarkstücke, nämlich die alten Thaler, könnten ferner ihren alten Namen „Thaler“ behalten und Zweimarkstücke mit dem Namen „Gulden“ bezeichnet werden. — Diese Anklänge an das Alte würden die neue Einrichtung sehr populair machen, und im gewöhnlichen Leben alle Störungen des Uebergangs vermeiden lassen.

Bei Annahme dieses Systems der Drittelthaler in Gold („Mark“) ist hauptsächlich der sich hierbei vollziehende Uebergang zur reinen Goldwährung in's Auge zu fassen.

Hierbei liesse sich nämlich der Grundsatz: „dass alle in der Silberwährung eingegangenen Zahlungsverbindlichkeiten auch in dieser zur Erfüllung gelangen“, in leichter Weise zur Ausführung bringen.

Für alle Summen, die vor dem Uebergange zur neuen Währung auf Hypotheken, in Staatspapieren, Pfandbriefen, Actien, Prioritäten und anderen Werthpapieren angelegt sind, kann auch nach erfolgtem Uebergange nur Zahlung in Silberwährung verlangt werden, also, dass wenn in Gold gezahlt wird, das Agio darauf in Anrechnung gebracht werden kann. Ebenso ist dies bei Zahlung von Wechseln, deren Verfallzeit in die neue Rechnung hinübergreift, der Fall. Nur bei laufenden Rechnungen mit Banquiers würde sogleich beim Uebergange in die neue Währung dem Saldo das dann statthabende Gold-Agio hinzuzurechnen sein, wenn der Saldo nicht ausdrücklich extra zur Abmachung gelangt. Bei Schuldbeträgen für Waarenlieferungen ist die Umrechnung in Goldwährung hingegen nicht nöthig, da sie bei Ablauf der Zahlungsfrist in der alten Währung zur Erledigung gelangen.

Das in Thalern lautende Papiergeld ist im Werthe den

Silberthalern gleich zu achten, und würde baldmöglichst gegen Appoints, in „Mark“ ausgestellt, umzutauschen sein, unter Berechnung des jeweiligen Gold-Agios. Dieses neue Papiergeld ist in Goldmünzen zum Nennwerthe zahlbar, oder in Silber nach dem laufenden Tagescourse.

Man sieht hieraus, dass eine eigentliche Umrechnung bei Annahme der Drittelthalerwährung mit wenig Ausnahmen nirgends stattzufinden braucht. Da das Thalerstück unter demselben Namen mit dem Werthe von drei Mark fernerhin Cours unter den angegebenen gesetzlichen Beschränkungen hat, so brauchen auch alle in Thalern valedirenden Staatspapiere, Actien, Prioritäten, Pfandbriefe und Anleihe-Obligationen aller Art nicht convertirt zu werden, sondern bleiben unbehindert mit aller Bequemlichkeit in Umlauf. Der ohnehin veränderliche Cours würde einfach nur so viel niedriger, als das Gold-Agio austrägt.

Da bei dem jetzigen Preise des Goldes von 469 Thalern für das Pfund, während es nur $459\frac{7}{27}$ Thaler kosten dürfte, wenn die Goldmünzen mit den Silbermünzen gleichen Werth haben sollten, sich für Silber ohngefähr ein Dis-Agio von 2 Procent herausstellt, so ist es wenig wahrscheinlich, dass sich dieses Verhältniss durch Heruntergehen des Goldpreises so weit änderte, dass die Silbermünzen nach ihrem Nennwerthe denselben Werth ausdrückten, als die Goldmünzen nach ihrem Nennwerthe. Erst dann, wenn der Preis des Goldes noch unter $459\frac{7}{27}$ Thaler für das Pfund hersänke, würden sich die Silbermünzen zum Gebrauch als Scheidemünzen nicht mehr eignen, und man würde dann gezwungen sein, die Silbermünzen in der Feinheit etwas schlechter auszuprägen; z. B. nur in der Feinheit von 835 Tausendtheilen, wie bei den französischen Silberscheidemünzen.

Ich gebe nun noch ein Bild von den Gold- und Silbermünzen, welche bei Annahme der Drittelthaler- oder Markwährung künftig auszuprägen sein würden:

a. In Gold. Feinheit 900 Tausendtheile oder unter 10 Theilen 9 Theile Gold.

1377 $\frac{7}{9}$ Mark auf das Pfund fein.

1240 Mark auf das Pfund rauh.

	Gewicht in Grammen.	Feingewicht in Grammen.
20-Markstücke . . .	8,06451	7,258
10-Markstücke . . .	4,03225	3,629
5-Markstücke . . .	2,01612	1,814

b. In Silber. Feinheit $888\frac{8}{9}$ Tausendtheile oder 8 Theile Silber, 1 Theil Legirung.

90 Mark auf das Pfund fein.

80 Mark auf das Pfund rauh.

	Gewicht in Grammen.	Feingewicht in Grammen.
2-Markstücke . . .	12,50	11,1111
1-Markstücke . . .	6,25	5,5555
$\frac{1}{2}$ -Markstücke . . .	3,125	2,7777

Ferner Münzen zu 20, 10, 5, 2 und 1 Pfennigen in Billon und Kupfer.

Mit Ausnahme der Thaler und Doppelthaler, welche in der Feinheit von 900 Tausendtheilen ausgeprägt sind, und fernerhin in Umlauf bleiben könnten, wären die übrigen alten Silbermünzen nach und nach einzuziehen und umzuschmelzen, damit das bunte Gemisch von Silbermünzen in verschiedener Feinheit und von verschiedenem Diameter einmal ein Ende gewönne.

Randbemerkungen hierzu.

Bei Einführung des 25-Frankenstücks (20-Markstücks) in Gold ist die Frage noch zu erörtern, ob diese Münze, dadurch, dass derselben ein in einer geraden Anzahl Grammen Ausdruck findendes Gewicht verliehen würde, nicht einer weiteren Vervollkommnung fähig ist. Und dieses ist allerdings dann möglich, wenn man das Feingewicht, auf welchem der eigentliche Werth der Münze beruht, beibehält und nur die in Tausendtheilen ausgedrückte Feinheit demgemäss abändert. Dieser Umstand ist von solcher Wichtigkeit, dass er ganz gewiss verdient, in Erwägung gezogen zu werden, denn Münzen, welche dem Verkehre zur gesetzlichen Grundlage dienen, sind erst dann vollkommen, wenn man sie nicht zu zählen, sondern in beliebiger Menge nur in die Waage zu werfen braucht, um die Anzahl der Stücke und zugleich deren Gesamtwert zu ermitteln, wie dies bei den Silberstücken des Frankenfusses der Fall ist. Um dies zu er-

reichen, braucht man nur das Gewicht des 25-Frankenstückes von 8,06451 Grammen auf 8 Gramme abzurunden und das Feingewicht von 7,258 Grammen bestehen zu lassen. Die Feinheit des Goldes stellt sich dann auf $907\frac{8}{31}$ Tausendtheile, oder wenn man die überall zulässige Abweichung dafür in Anspruch nimmt, auf 907 Tausendtheile. — Die neuen Goldmünzen würden sich dann so darstellen:

	Gewicht in Grammen.	
20-Markstücke	8	} Feinheit 907 Tausendtheile.
10-Markstücke	4	
5-Markstücke	2	

Goldmünzen von demselben Gewichte, jedoch in der Feinheit von 900 Tausendtheilen, würden nicht ganz 1 Procent weniger werth sein, als Münzen von 25, $12\frac{1}{2}$ und $6\frac{1}{4}$ Franken nach dem französischen Münzfusse, und wären daher nicht tauglich, eine Uebereinstimmung mit den Ländern der Frankenwährung herzustellen.

3. Betrachtung des Drittelthalersystems unter Berücksichtigung einer wünschenswerthen Uebereinstimmung auch mit Oesterreich.

In Vorgehendem erblicken wir das aufgerollte Bild des Falles, dass man die Verbesserung des Münzsystems und die Einführung der Goldwährung durch Einführung des Drittelthalers als Münze und Rechnungseinheit zur Ausführung bringen wollte. — Ein wichtiger Präcedenzfall hierfür ist der am 31. Juli 1867 abgeschlossene Präliminarvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich.

In dem Art. 18 dieses Vertrages sind die Bedingungen angegeben, unter welchen Frankreich und seine im Münzwesen Verbündeten inclusive Oesterreich mit noch ausserhalb stehenden Staaten Münzconventionen eingehen zu wollen sich verpflichtet. — Diese Bedingungen gipfeln in der Annahme des gemeinschaftlichen Nenners von fünf Franken Gold für die Goldmünzen, und in dem Grundsatz, dass das Kilogramm und seine Unterabtheilungen als Münzgewicht angenommen wird.

Bei dem Systeme der Drittelthaler in Gold werden diese Bedingungen namentlich erreicht bei der Hauptgoldmünze, dem 25-Franken- oder 20-Markstücke. Bei den Unterabtheilungen von 10 und 5 Mark fehlt der verlangte gemeinschaftliche Nenner von 5 Franken Gold. Man müsste daher entweder sich zur Prägung von 8- und 4-Markstücken (gleich 10- und 5-Frankstücken) entschliessen oder auf die internationale Circulation dieser kleineren Goldmünzen verzichten.

Die von mir vorgeschlagenen Silbermünzen für das Drittelthalersystem, welche genau dem Werthe der bisherigen Silbercourantmünzen entsprechen, und daher für unsere Verhältnisse am passendsten erscheinen, sind nach den bekannt gegebenen Intentionen der französischen Regierung und ihrer Verbündeten nicht geeignet zur internationalen Circulation. Dieses ist jedoch kein grosser Fehler, denn wir würden dadurch sicher vermeiden, von den geringhaltigen französischen, Schweizer etc. Silberscheidemünzen überschwemmt zu werden, während unsere Silbermünzen gerne im Auslande genommen werden würden. Grosse Dimensionen könnte eine Auswanderung der Silbermünzen deswegen nicht annehmen, weil die gesetzliche Goldwährung immer noch werthvoller bleibt, und man bei grossen Zahlungen stets Zahlung in Goldmünzen zum Nennwerthe verlangen würde.

Zum besseren Verständniss des Gesagten lasse ich nun den Wortlaut des am 31. Juli 1867 als Präliminarvertrag vorläufig zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Münzvertrages in sinngetreuer Uebersetzung folgen:

Art. 1. Oesterreich erklärt, der Münzvereinigung, welche durch die Convention vom 23. December 1865 zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz hergestellt ist, seinerseits, speciell was die Goldmünzen anlangt, beitreten zu wollen, und zwar unter folgenden Bedingungen, Vorbehalten und Erklärungen, welche Frankreich acceptirt.

Art. 2. Oesterreich hält den Gulden als Benennung seiner Münzeinheit aufrecht. Es wird auf diejenigen seiner Goldmünzen, deren Grösse es erlaubt, neben dem Werthe in Gulden auch den entsprechenden Werth in Franken und zwar in dem Verhältnisse von 2 Franken 50 Centimen für einen Gulden aufprägen lassen.

Art. 3. Oesterreich verpflichtet sich, vom 1. Januar 1870 an neue Goldmünzen nach den in der Convention vom 23. December 1865 angegebenen Normen und Bedingungen zu prägen oder mit seinem Stempel prägen zu lassen, ferner aber auch Goldmünzen zu 10 Gulden oder 25 Franken, im Gewichte von 8,06451 Grammen, in Feinheit von 900 Tausendtheilen, von 24 Millimeter Durchmesser, mit cannelirtem Rande und mit einer zulässigen Abweichung von 2 Tausendtheilen sowohl darüber als darunter, was die Feinheit und das richtige Gewicht betrifft.

Art. 4. Frankreich behält sich vor, mit Zustimmung von Belgien, Italien und der Schweiz, von jetzt an, wenn es solches für nützlich hält, 25-Frankstücke in Gold nach den in vorhergegangenen Artikel angegebenen Bedingungen zu prägen, welche gleich den in der Convention vom 31. December 1865 genannten Goldmünzen gesetzlichen Cours in Frankreich haben sollen.

Art. 5. Es ist einverständene Sache, dass keine der hohen contrahirenden Parteien dazu gezwungen sein soll, gleichzeitig alle in dem Art. 2. der angezogenen Convention genannten Goldmünzen prägen zu lassen.

Art. 6. Vom 1. Januar 1870 an wird Frankreich die in Oesterreich nach dem Art. 2. geprägten Goldmünzen in seinen öffentlichen Kassen zum Werthe von 2½ Franken für einen Gulden annehmen, unter dem Vorbehalte, diejenigen Stücke auszuschliessen, deren Gewicht durch die Abnutzung vermindert ist, oder deren Gepräge sich abgeschliffen hat.

Art. 7. Oesterreich wird vom 1. Januar 1870 an die in der Convention vom 23. December 1865 genannten Goldstücke, sowie die in Frankreich laut Art. 4. geprägten 25-Frankstücke zum Preise von 2½ Franken für einen Gulden, unter obigem Vorbehalte wegen der Abnutzung, in seinen öffentlichen Kassen annehmen.

Art. 8. Die hohen Contrahenten verpflichten sich, weder die Feinheit, das Gewicht, noch den gesetzlichen Umlauf der in den vorhergegangenen Artikeln genannten Goldmünzen zu ändern, sondern als solche zu betrachten, die unveränderlich gemeinschaftlich ihrer gesetzlichen Währung zu Grunde liegen.

Sie behalten sich vor, ihren gegenseitigen gesetzgebenden Factoren Gesetzentwürfe, die Unterdrückung ihrer Silbercourantmünzen betreffend, vorzulegen, sowohl je nachdem es das Interesse deren Umlaufs im Inlande erheischt, als auch im Hinblick auf die Erleichterung weiterer Münzconventionen.

Die Regierung Sr. k. k. apostolischen Majestät wird die Unterdrückung seiner Silbercourantmünze nicht über den 1. Januar 1873 hinaus verschieben. Sie verpflichtet sich, vom 1. Januar 1870 an keine solchen Silbercourantmünzen weiter zu emittiren.

Art. 9. Solange Oesterreich seine Silbercourantmünzen nach dem Fusse von 12,344 Grammen und 9 % Feinheit für den Gulden beibehält, wie es das kaiserliche Patent vom 19. September 1857

bestimmt und so lange als Frankreich seine nach dem Artikel 3. der Convention vom 23. December 1865 geprägte Silbercourantmünze beibehält, verpflichten sich die hohen Contrahenten, sich jeder Massregel zu enthalten, welche diesen Münzen einen Vorzug vor den Goldmünzen für den Umlauf in ihren Staaten verleihen könnte.

Art. 10. Oesterreich behält sich vor, auch nach der Aufhebung der Silberwährung Marie-Theresien-Thaler nach dem Fusse von 1780 als Handelsmünze zu schlagen.

Frankreich behält sich ebenfalls vor, wenn es in seinem Interesse ist, von der Zeit an, wo es seine bisherige Silber-Courantmünze aufgibt, eine Silberhandelsmünze prägen oder prägen zu lassen.

Art. 11. Obgleich Oesterreich über die Grundlage, wonach es seine Silberscheidemünzen einrichten will, noch nichts definitiv beschlossen hat, so erklärt es doch, hierbei folgende Grundsätze bezüglich der Ausprägung, der Hinausgabe und des Umlaufs nach der Convention vom 23. December 1865 annehmen zu wollen, vorausgesetzt, dass Frankreich auch dieselben gegen Oesterreich beobachtet:

- 1) Oesterreich verpflichtet sich, seine Scheidemünzen in der Feinheit von 835 Tausendtheilen zu prägen.
- 2) So lange Frankreich in Uebereinstimmung mit Art. 3. der Convention 23. December 1865 seine Silber-Fünffrankenstücke beibehält, wird Oesterreich keine 2-Guldenstücke als Scheidemünze ausprägen.
- 3) Oesterreich übernimmt die Verpflichtung, die Gränze von 6 Franken für jeden Einwohner bei der Summe seiner Emission von Scheidemünzen nicht zu überschreiten.
- 4) Nach dem Artikel 6. der Convention vom 23. December 1865 werden die Silberscheidemünzen in Oesterreich nur bis zum Betrage von 20 Gulden für jede Zahlung gesetzlichen Umlauf haben.

Art. 12. Die hohen Contrahenten behalten sich vor, ausserdem, sobald es Platz greift, den gegenseitigen Umlauf ihrer Silberscheidemünzen zu vereinbaren, und in diesem Falle wird Oesterreich die Bestimmungen des Art. 2. in gegenwärtigem Vertrage, die Aufprägung des Werthes in Franken betreffend, auf diese Münzen anwenden.

Art. 13. Die hohen Contrahenten verpflichten sich, entweder in ihrer Gesetzgebung die nöthigen Dispositionen aufrecht zu erhalten oder ihren gesetzgebenden Organen vorzuschlagen, um die Gleichheit in der Unterdrückung der Fälschung, der Verschlechterung und der Färbung ihrer Münzen herzustellen, ohne Unterschied der einem jeden Staate eigenen Münzen und der Münzen der andern Staaten, die in den öffentlichen Kassen Cours haben, in Gemässheit der Convention vom 23. December 1865 und des gegenwärtigen Vertrages.

Art. 14. Oesterreich erklärt, sich der Verpflichtung anzuschliessen, die Feinheit der Ausprägung seinen Gold- und Silbermünzen aufzuprägen, dem Artikel 10. der Convention vom 23. December 1865 gemäss mit Ausnahme der Maria-Theresia-Thaler laut Art. 10. dieses Vertrages.

Art. 15. Die hohen Contrahenten werden sich laut Art. 11. der Convention vom 23. December 1865 jährlich die Menge der von ihnen emittirten Gold- und Silbermünzen mittheilen, sowie ferner den Stand der Einziehung und Einschmelzung der alten Münzen, und die administrativen Anordnungen und Documente, welche das Münzwesen betreffen. Sie werden sich ausserdem gegenseitig von allen Vorfällen, welche die gegenseitige Circulation ihrer Gold- und Silbermünzen betreffen, Mittheilung machen.

Art. 16. Die hohen Contrahenten erklären ausserdem folgende Grundsätze für die Ausprägung ihrer Münzen annehmen zu wollen:

- 1) Die Münzen sollen soweit es möglich zum richtigen Gewicht und in richtiger Feinheit ohne irgend einen Abzug für Prägekosten hergestellt werden.
- 2) Das Kilogramm und seine Unterabtheilungen soll allein zum Ausdruck des Gewichts der Münzen angewandt werden.
- 3) Die Grundmodelle der zum internationalen Umlaufe zugelassenen Münzen sollen in den Archiven des französischen Kaiserreichs niedergelegt werden.
- 4) Die Commission für das Münzwesen in Paris wird an Oesterreich auf dessen Verlangen Normalgewichte für die Herstellung derjenigen Münzen ausliefern, die für den internationalen Verkehr bestimmt sind.
- 5) Die hohen Contrahenten werden sich unmittelbar nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags unter Beirath einer technischen Commission über die gemeinschaftlichen Regeln und Anordnungen verständigen, welche der Ausprägung und Probe der für den internationalen Verkehr bestimmten Münzen zu Grunde liegen sollen.

Art. 17. Irgend eine Einschmelzung einer Art oder Serie von Münzen, welche zum gegenseitigen Verkehr zugelassen sind, soll von dem Staate, welcher sie ausgegeben hat, nur unter dem Vorbehalte angeordnet werden, dass wenigstens die Frist von einem Jahre zu deren Einziehung bewilligt wird.

Art. 18. Die hohen Contrahenten verpflichten sich, mit jedem Staate Unterhandlungen über eine Münzvereinigung zu pflegen, welcher gewillt ist, der Währung seiner Goldmünzen den gemeinschaftlichen Nenner von fünf Franken zu Grunde zu legen und die im Art. 16 genannten Grundsätze auf sein Münzsystem in Anwendung zu bringen.

Weil der Thaler sich in keiner Weise dazu eignet, einen Anschluss an die Frankenwährung vermittelt Annahme einer für den internationalen Verkehr passenden Goldmünze herzustellen — denn eine Goldmünze von 15 Franken oder 4 Thalern hat keine Aussicht, in Frankreich, Oesterreich, England oder Nordamerika adoptirt zu werden, und auch die Eintheilung des Thalers in 100 Theile ist nicht gut thunlich, weil dann die kleineren Silbermünzen nicht zu den bisherigen passen würden und ebensowenig zum internationalen Verkehre tauglich wären — so bin ich, abgesehen von dem Vorschlage, das Frankensystem auch bei uns einzuführen, auf den alten Vorschlag, den Drittelthaler zur Münz- und Rechnungseinheit zu erheben, zurückgekommen.

Nächst dem ist aber noch der Gedanke zu berücksichtigen, sich dem Systeme der österreichischen Gulden anzuschliessen und die dahin einschlägigen Artikel des Münzvertrages zwischen Frankreich und Oesterreich zu acceptiren. Die alten Silbermünzen sind hierbei vorläufig ebensogut wie bei dem Drittelthalersysteme ferner zu gebrauchen, denn:

2 Thaler = Fl.	3. —	$\frac{1}{12}$ Thaler = Fl.	0,12 $\frac{1}{2}$
1 „ = „	1. 50	$\frac{1}{15}$ „ = „	0,10
$\frac{1}{3}$ „ = „	— 50	$\frac{1}{30}$ „ = „	0,05
$\frac{1}{6}$ „ = „	— 25	$\frac{1}{60}$ „ = „	0,02 $\frac{1}{2}$

und nur die Silbermünzen unter einem Thaler würden aus dem Verkehre gezogen werden müssen, um den zum internationalen Verkehre bestimmten Silberscheidemünzen Platz zu machen.

Thaler und Doppelthaler dagegen könnten als Silberhandelsmünzen mit veränderlichem Cours fortbestehen, welcher Cours in einfachen Procentsätzen wie beim Drittelthalersysteme angegeben werden könnte.

Das Bild von den neuzuprägenden Münzen würde sich dann folgendermassen herausstellen.

In Gold: Feinheit 900 Tausendtheile.

	Gewicht.
10-Gulden- (25-Franken-) Stücke	8,06451 Gramme
4-Gulden- (10-Franken-) Stücke	3,22580 „
2-Gulden- (5-Franken-) Stücke	1,61290 „

In Silber: Feinheit 835 Tausendtheile:

		Gewicht.
1-Guldenstück	= 2 $\frac{1}{2}$ Franken	12,50 Gramme
$\frac{1}{2}$ -Guldenstück	= 1 $\frac{1}{4}$ „	6,25 „
20-Kreuzerstück	= $\frac{1}{2}$ „	2,50 „
10-Kreuzerstück	= $\frac{1}{4}$ „	1,25 „

Diese Münzen wären zugleich zum internationalen Verkehre bestimmt.

Mit den Zahlungsverbindlichkeiten jeder möglichen Art, die aus der alten Währung stammen, kann es ebenso gehalten werden wie bei Annahme der Drittelthalerwährung. Zwingende Gründe zur Umrechnung sind nicht vorhanden, weil abgesehen von dem Goldagio jeder Thaler = 1 $\frac{1}{2}$ Gulden repräsentirt, und da sich Oesterreich vorbehalten hat, fernerhin Maria-Theresia-Thaler als Handelsmünze zu prägen, so könnte man sich eben so gut vorbehalten, den Silberthaler als Handelsmünze fortbestehen zu lassen, wenn man auch davon absehen wollte, Silberthaler fortzuprägen.

Daraus geht hervor, dass der engere Anschluss an den Vertrag zwischen Oesterreich und Frankreich viele empfehlenswerthe Momente bietet; ja, der Umstand, dass dadurch die Bildung einer dritten abgesonderten Gruppe im Münzwesen vermieden wird, verschafft dieser Idee fast den Vorzug vor dem Drittelthaler-systeme.

Ich habe nun den Uebergang zur Goldwährung und den Anschluss an das französische Münzsystem mittelst Einführung einer internationalen Goldmünze unter drei Gesichtspunkten betrachtet:

- erstens: bei Annahme der Frankenwährung,
- zweitens: bei Annahme der Drittelthalerwährung,
- drittens: bei Annahme der österreichischen Gulden.

Alles Systeme mit reiner Decimaleintheilung.

Dabei habe ich es für überflüssig gehalten, die Massregeln zu erörtern, welche nöthig wären, aus der süddeutschen, aus der Bremer Goldthaler- und aus der Hamburger Markwährung dahin

überzugehen, weil dies die gesetzgeberische Thätigkeit des nord-deutschen Bundes nicht berührt.

Möchte diese Arbeit einigermassen zur Erreichung der angestrebten Verbesserung des Münzwesens beitragen und nicht nur schätzbares Material bleiben, sondern recht bald in der Verwirklichung eines der gemachten Vorschläge ihre beste Belohnung finden.



Beantwortung der Preisfragen

durch

Joh. Georg Killermann,

Königlicher Landgerichts-Assessor in Arnstorf in Niederbayern.

Motto:

Die Volksinteressen gehen mit denen
des Staates Hand in Hand.

I.

Durch das in neuerer Zeit — in Folge der Verbesserung der Posteinrichtungen, der Ausdehnung der Eisenbahn- und Telegraphennetze über alle civilisirten Theile der Erde und der bestmöglichst unterhaltenen Dampfschiffahrts- und sonstigen Verkehrsverbindungen — eingetretene Näherrücken der Völker und Völkerstämme wurde das schon früher vorhandene Bedürfniss nach Einheit von Mass und Gewicht in der Weise ein allgemeines und dringendes, dass die früheren mittelalterlichen Zustände nicht länger mehr geduldet werden konnten, und sehen wir in Folge dessen bereits manche volkswirtschaftliche Einrichtung, welche dieses Bedürfniss wenigstens theilweise befriedigt.

Hiermit in einigem Zusammenhange steht, da die Währung auch nichts anderes, als ein Mass ist, nämlich das allgemeine und ausschliessliche Werthmass für die sämtlichen Tauschgüter, — die zur Zeitfrage erhobene Währungsfrage.

Doch verdankt die Währungsfrage ihre Erhebung zur Zeitfrage nicht ihrer Hinneigung zur Mass- und Gewichtsfrage, sondern dem Umstande, dass das bisherige, auf dem europäischen Continente grösstentheils eingeführte Währungsmetall, das Silber, eine seiner Haupteigenschaften als Währungsmittel verloren hat.

Von jedem Währungsmittel wird nämlich unter Anderm mit Recht gefordert, dass es in einer ganz geringen Quantität einen möglichst hohen Tauschwerth repräsentire.

Silber repräsentirt nun zwar noch immer einen ansehnlichen Tauschwerth, allein bei Weitem nicht mehr den von früher, bei

Weitem nicht den von Gold, und entspricht deshalb als Währungsmetall nicht mehr so sehr als früher, und nicht in dem Grade, als Gold.

Dass das Silber zur Zeit als Währungsmetall nicht mehr besonders tauglich ist, geht daraus hervor, dass grössere Zahlungen nur durch Anwendung bedeutender eigener oder fremder physischer Kräfte oder aber durch Verwendung von Werthpapieren stattfinden können.

Allein, da die Anwendung Ersterer jedenfalls ein grosser Missstand ist, und die Verwendung Letzterer in Zeiten einer allgemeinen Creditlosigkeit, wozu insbesondere die Kriegszeiten gehören, mit grossen Nachtheilen verbunden ist, so liegt auf platter Hand, dass die Silberwährung dem Bedürfnisse nicht mehr völlig und namentlich nicht unter allen Zeitverhältnissen entspricht.

Anders dagegen ist das Verhältniss bei der Goldwährung, weil mit dem gleichen Gewichte Gold ein ungefähr sechszehnmal grösserer Werthbetrag gedeckt werden kann, als durch Silber, und weil hierbei weder so bedeutende physische Kraftanwendungen, noch, als Folge hiervon, so namhafte Verwendungen von Baargeld-Surrogaten erforderlich sind.

Wenn somit das Gold an und für sich mehr als Silber zum Währungsmetalle geeigenschaftet ist, so erscheint die Silberwährung nur als Surrogat der Goldwährung und wird deshalb mit der Zeit von dieser gänzlich verdrängt werden.

Die Verdrängung der Silberwährung wird und muss um so eher stattfinden, als der erwähnte Surrogats-Gebrauch für die Volkswirtschaft mehrere nicht unerhebliche Nachtheile mit sich führt.

Diese sind:

- a) Hervorrufung übergrosser Circulation von Papiergeld und Banknoten dadurch, dass in Folge des verhältnissmässig geringern Tauschwerthes des Silberbaargeldes das Bedürfniss nach den genannten Baargeld-Surrogaten stets in übermässiger Weise unterhalten wird;
- b) Aufmunterung der auswärtigen, die Goldwährung bereits besitzenden Völker, ihr Silber in die Länder mit Silber-

währung einzuführen, dagegen deren Gold an sich zu ziehen.

Als Folge von beiden

c. immer weiterschreitendes Sinken des Silbertauschwerthes und fortgesetztes, rasches Emporschnellen des Tauschwerthes der sämtlichen wirthschaftlichen Güter gegenüber dem Baargelde und seinen Surrogaten.

Da die Erfahrung lehrt, dass ein längeres Verkennen richtiger, volkswirthschaftlicher Grundsätze sich stets durch Nachtheile rächt, so wird

d) der längere Gebrauch des ungeeigneten Silberwährungssurrogats statt des in der Goldwährung bestehenden Hauptmittels den Nationalwohlstand in der Weise beschädigen, dass dieser weniger blühend als ausserdem sein und werden kann.

Da die Goldwährung für die Volkswirthschaft zweckmässiger ist, als die Silberwährung, so ist demnach ein Bedürfniss für die Goldwährung in jedem, dieselbe zur Zeit noch entbehrenden Lande vorhanden.

Doch wird dies Bedürfniss nicht in allen Ländern gleichzeitig befriedigt werden können, sondern nur in denen, wo solide Münzzustände bereits bestehen.

Länder mit unsoliden Münzzuständen haben zwar auch das Bedürfniss nach der Goldwährung, ja sogar noch in höherem Grade, als Länder mit soliden Münzzuständen.

Allein, da jene Länder ein noch dringenderes Bedürfniss, nämlich vor Allem die Herstellung solider Münzzustände, zu befriedigen haben, und da die Goldwährung überhaupt nur ein Product grossen Nationalwohlstandes ist, so wird ihnen der Uebertritt von der Silberwährung zur Goldwährung nicht leicht möglich sein, und ist es für diese Länder daher gerathener, vor Allem dem dringenden Bedürfniss abzuhelpen.

Sollten sie aber dennoch primär den Uebertritt zur Goldwährung anstreben, so wird dies lediglich auf dem Papiere geschehen, und werden in diesem Falle die mit der wirklichen Einführung der Goldwährung verbundenen, nothwendigen Folgen,

nämlich die Einströmung von Gold und Ausfuhr von Silber, nicht eintreten, sondern erst nach Herstellung der soliden Münzzustände.

Allein auch in einem Lande mit soliden Münzzuständen darf der Uebertritt zur Goldwährung nicht plötzlich erfolgen, sondern muss nur allmählich und erst nach gewissen Vorbereitungen in mehreren Uebergangsstadien stattfinden, weil eine derartige Aenderung den ganzen Volksverkehr trifft, und weil ein sofortiger plötzlicher Uebertritt den Tauschwerth des Goldes vorübergehend zum grössten Nachtheile des betreffenden Landes so lange auf die äusserste Höhe hinauftreiben würde, bis dem dringenden Bedürfnisse nach Gold von Auswärts einigermaßen abgeholfen wäre.

Beim allmählichen Uebertritte dagegen wird das Bedürfniss nach Gold auf einen längeren Zeitraum vertheilt.

Hierdurch wird aber dasselbe minder dringend, was hinwieder zur Folge hat, dass der Tauschwerth des Goldes nicht in so hohem Grade steigt, sondern sich ohne alle Störungen mit dem der Nachbarländer ausgleicht.

II.

Nachdem wir im vorstehenden Abschnitte gesehen haben, dass der Uebergang von der Silber- zur Goldwährung am zweckmässigsten nur nach und nach stattfinden kann, fragt es sich vor Allem, welches die ersten Schritte hierzu sind.

Da ohne eine gewisse, die Verkehrsbedürfnisse befriedigende, umlaufende Quantität Goldes wohl nicht mit Ernst an die Einführung der Goldwährung gedacht werden kann, so erscheinen als primäre Schritte zu dieser Neuerung diejenigen Massregeln, welche geeignet sind, die Masse des im Verkehre befindlichen Goldes zu vermehren; oder mit andern Worten, welche bezwecken, dass das inländische Gold dem einheimischen Verkehre erhalten; das ausländische aber nach und nach diesem theilweise gewonnen werde.

Dergleichen Massregeln sind:

- a. Fixirung des Tauschwerthes der im Verkehre bereits befindlichen einheimischen Goldmünzen;

- b. Annahme derselben als gesetzliches vollgültiges Zahlungsmittel bei allen öffentlichen Kassen und
- c. vermehrte Emission von Goldgeld und in Verbindung hiermit Minderung und Einstellung der Emission von Silbergeld.

Mit letzterer Massregel könnte auch noch das Verbot der Annahme des ausländischen Silbergeldes bei den inländischen öffentlichen Kassen verbunden werden.

Allein, da ein derartiges Verbot doch nur im Kleinverkehre seine Wirkungen äussern würde, und diesem, insbesondere aber dem Grenzverkehre sehr lästig fallen müsste, so ist die Erlassung eines derartigen Verbotes um so weniger anzuempfehlen, als die ausländischen Münzen erfahrungsgemäss in gewissen wiederkehrenden Perioden doch wieder dem Auslande zuströmen, und als die sub lit. a. bis c. erwähnten Massregeln zur Erreichung des beabsichtigten Zieles zur Genüge ausreichen.

Wenn der Tauschwerth der einheimischen Goldmünzen einmal der Art fixirt ist, dass ihr Besitzer sie jederzeit an den öffentlichen Kassen um den vorausbekannten und bestimmten Preis absetzen kann, dann wird man nicht mehr nöthig haben, mit dem jeweiligen Empfänger wegen deren Annahme in längere oder kürzere Unterhandlungen zu treten, und wird es diesem auch nicht mehr beifallen, mit dem in Goldmünzen Bezahlenden durch Annahme dieser Münzen ein besonderes Nebengeschäftchen machen zu wollen.

Kurz und gut, Gold wird nur dann ein gesuchtes Zahlungsmittel werden, wenn dessen Tauschwerth ein für allemal fixirt ist!

Die Fixirung des Tauschwerthes der Goldmünzen wird demnach die erhöhte Nachfrage hiernach, die Nachfrage aber die Erhöhung des Goldtauschwerthes selbst und die Tauschwerths-Erhöhung den Import von Gold zur Folge haben, und wird somit auf diese Weise die beabsichtigte Wirkung der sub lit. a. erwähnten Massregel erreicht werden.

Eine andere Frage ist freilich die, in welcher Höhe der Tauschwerth des Goldes fixirt werden soll? oder mit anderen Worten: Soll fraglicher Fixirung der Durchschnitts-Cours einer

längeren Zeitperiode oder der Tages-Cours zu Grunde gelegt werden?

Um diese Frage richtig zu beantworten, müssen wir den beabsichtigten Zweck, nämlich die beabsichtigte Vermehrung des im Verkehre befindlichen Goldes in's Auge fassen, und werden demzufolge einer sich aus dem Durchschnitts-Course berechnenden Fixirung des Goldtauschwerthes unter dem Tages-Course in keinem Falle das Wort reden können.

Durch eine derartige Fixirung würde die beabsichtigte Wirkung nicht nur nicht erreicht, wohl aber das Gegentheil erzielt, und unsere Goldmünzen dem sie zum Courswerthe nehmenden Auslande zugewiesen werden.

Der Tauschwerth der einheimischen Goldmünzen muss somit mindestens auf den Tages-Cours, besser noch etwas über denselben fixirt werden, weil der Uebergang von der Silber- zur Goldwährung den Tauschwerth des Goldes nothwendigerweise etwas erhöhen muss, und weil, sobald der fixirte Tauschwerth des Goldes von dem Courswerthe überholt wird, das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung eintritt.

Später, wenn einmal die Goldwährung ganz durch- und eingeführt ist, kann alsdann der Staat auch diese zum bestehenden Münzsysteme nicht passenden Münzen auf ihren wahren Werth heruntersetzen, einlösen und umprägen.

Wenn hier der Fixirung des Tauschwerthes der einheimischen Goldmünzen als einer empfehlenswerthen Massregel erwähnt ist, so versteht sich dies wohl selbstverständlich nur hinsichtlich der unbeschädigten Münzen.

Den Werth der beschnittenen und beschädigten vaterländischen Münzen fixiren zu wollen, hierzu hat der Staat ebensowenig, als den ausländischen Goldmünzen gegenüber, eine Pflicht und noch weniger eine Veranlassung, da sie ihm gleich diesen bei Bezahlung ihres höchsten Courswerthes in genügender Quantität zur Umprägung von selbst zuströmen werden.

Doch ist es nicht rathsam, wenn der Staat bei Annahme der beschädigten oder minderwichtigen und der unbeschädigten oder vollwichtigen Münzen in allzu ängstlicher oder rigoroser Weise verfährt, weil er hierdurch die Privaten zu gleicher Handlungs-

weise veranlasst, welche ihrerseits wiederum in der Besorgniss, überhaupt etwas verlieren zu müssen, oder in der Absicht, Nebengeschäfte zu machen, selbst die vollwichtigsten Münzen be-
anstanden und somit, unter Aufrechthaltung eines Courses für
sämmliche Goldmünzen, die beabsichtigten Wirkungen wieder
vereiteln würden.

Eine allzu grosse Rigorosität in dieser Angelegenheit ist
überdies auch aus dem Grunde nicht zu empfehlen, weil ja sämt-
liche Münzen durch den Gebrauch als Zahlungsmittel sich im
Laufe der Zeit doch etwas abnützen und mithin selbst die voll-
wichtigsten derselben nach längerer oder kürzerer Zeit den
minderwichtigen gleich werden.

Demnach sollen von den einheimischen Goldmünzen nur die
absichtlich beschädigten und die auffallend abgenützten dem
Course verfallen und von der Annahme zum fixen Tauschwerthe
ausgeschlossen werden.

Dass ohne Annahme der auf diese Weise in ihrem Tausch-
werthe fixirten Goldmünzen als gesetzliches vollgültiges Zahlungs-
mittel bei den öffentlichen Kassen die ganze empfohlene Mani-
pulation zwecklos ist, indem die Bevölkerung nur dem Voran-
schreiten des Staates folgen kann und wird, bedarf keiner wei-
teren Auseinandersetzung.

Demzufolge fällt gewissermassen die sub lit. b. empfohlene
Uebergangsmassregel mit der sub lit. a. zusammen.

Allein im richtigen Verständnisse der unter lit. b. anempfoh-
lenen Massregel wird der Staat nicht nur die vollwichtigen Gold-
münzen zu einem gewissen, ein für allemal fixirten Tauschwerthe
an den sämmtlichen öffentlichen Kassen annehmen, sondern er
wird die Annahme, wenn auch nur zum Cours- und Gewicht-
werthe, auf die ausländischen und minderwichtigen inländischen
Goldmünzen ausdehnen, und sich auf diese Weise in den Besitz
des zur Einführung der Goldwährung nothwendigen Metalls setzen,
wobei er noch den Vorthail erreicht, dass er die minderwichtigen
und die zum Münzsysteme nicht passenden Goldmünzen rascher
aus dem Verkehre verschwinden lassen kann, als ausserdem. Ja,
die Annahme der ausländischen und minderwichtigen inländischen
Münzen zu ihrem Cours- oder Gewichtswerthe bei den sämt-

lichen, oder doch bei den Hauptkassen des Staates, dürfte die erste Vorbereitungsmaßregel zur Einführung der Goldwährung sein, und dies schon deshalb, weil auf diese Weise sich der Staat am vortheilhaftesten in den Besitz einer bedeutenden Quantität Goldes setzen kann, und weil die Fixirung des Tauschwerthes der vollwichtigen inländischen Goldmünzen überhaupt nur eine secundäre Maßregel ist, die nur bezwecken soll, dasjenige Goldgeld, welches zu dem Coursverthe nicht in die öffentlichen Kassen fließt, trotzdem dem Lande zu erhalten, und das Goldgeld überhaupt und allmählich in den Volksverkehr als gesetzliches Zahlungsmittel einzuführen.

Wenn der Staat sodann auf diese Weise und nöthigenfalls auch durch Ankauf von Rohgold eine entsprechende Quantität dieses Metalls gesammelt hat, so kann er sofort mit der Emission von Goldgeld beginnen.

Es ist hierbei nicht rathsam, dass der die Goldwährung einführende Staat grosse Quantitäten Goldes vorher ansammelt und erst dann zur Prägung und Emission der Münzen schreitet, weil ihm einerseits die Zinsen durch das unfruchtbare Liegenlassen der bezüglichen Goldquantitäten entgehen, und weil er hierdurch anderseits durch das theilweise Entziehen des Goldes dem Verkehre, den Cours sämtlicher Goldmünzen unabsichtlich und insofern sein Bedarf noch nicht gedeckt ist, zu seinem eigenen Nachtheile erhöhen würde.

Die Frage anbelangend, welche Werthgrößen diese neu zu emittirenden Goldmünzen darzustellen haben, so kann dieselbe hier nur ganz allgemein dahin beantwortet werden, dass diese Münzen eine ohne Bruchtheile theilbare Mehrheit der bereits bestehenden Münzeinheit sein müssen, insofern nämlich die Prägung der Münzeinheit wegen zu grosser Geringfügigkeit des Tauschwerthes derselben — wie dies z. B. beim Franken, Gulden und auch Thaler der Fall wäre — nicht angezeigt ist.

Münzen dieser Art oder gar noch kleinere aus Gold zu prägen, ist aber deshalb nicht angezeigt, weil dieselben so klein würden, dass sie im Verkehre nicht mehr fassbar wären, und weil dieselben, als nur für den Kleinverkehr bestimmt, sich allzu rasch abnützen würden.

Wenn man demnach zur Herstellung der aufgezählten und andern Münzeinheiten nicht zu Gold-Compositionen greifen will, was seine Nachtheile insofern hätte, als diese Compositionen hinsichtlich ihres Feingehaltes im Kleinverkehre fast nicht controlirt, dagegen leicht verfälscht werden könnten, so bleibt nichts anderes übrig, als obige Münzeinheiten nebst ihrer Stückelung nach wie vor in Silber zu prägen.

Demnach wird das Silber selbst nach vollständiger Einführung der Goldwährung nicht gänzlich aus dem Verkehre verschwinden. Doch kann dasselbe in Zukunft nur dem Kleinverkehre dienen. —

Nachdem wir gesehen haben, dass die neuen Goldmünzen regelmässig eine ohne Bruchtheile theilbare Mehrheit der jeweiligen Münzeinheit darzustellen haben, fragt es sich, welche Mehrheit dies sein soll?

Auch diese Frage lässt sich, weil hier grösstentheils die Handelsbeziehungen zu den Nachbarstaaten und deren Münzsysteme massgebend sind, nur allgemein dahin beantworten, dass auf diese nachbarlichen Verhältnisse insofern die möglichste Rücksicht zu nehmen ist, — als man Zahlen wählen soll, welche eine Reduction der beiderseitigen Münzen leicht gestatten.

Aus diesem Grunde wäre es, wenn z. B. Deutschland die Goldwährung einführen wollte, angezeigt, statt den daselbst coursirenden Dukaten, Friedrichsd'or etc. eine gemeinschaftliche Goldmünze zu 4 Thlr. — wie dies durch Emission der Goldkronen denn auch, jedoch im vielzugerungen Grade, geschehen ist — einzuführen, weil hierdurch den nachbarlichen Verhältnissen, sowohl gegen Osten und Süden, als auch gegen Westen und Norden, am meisten Rechnung getragen wäre.

Ausserdem haben die sogenannten Decimalzahlen als: 5. 10. 20. 50 etc. wegen ihrer bequemen Rechnungsweise so viele Vortheile für sich, dass sie sich hierdurch von selbst empfehlen, weshalb ihnen denn auch in neuerer Zeit vor den sogenannten leichttheilbaren Zahlen, als: 4. 12. 24. 30. 60 etc. stets der Vorzug eingeräumt wird.

Demnach hätte man z. B. in Deutschland in einer Vereins-Goldmünze zu 4 Thalern — somit in den bereits coursirenden

Goldkronen und Halbkronen — die zweckmässigsten, aber auch, da die Prägung zu kleiner Werthgrössen in Gold — wie aus den oben angegebenen Gründen erhellt — unzweckmässig und das allmähliche Verschwinden der z. Z. coursirenden, andern Goldmünzen aus dem Verkehre im hohen Grade angezeigt ist, zugleich die zukünftig kleinsten, inländischen Goldmünzen.

Die Forderungsbeträge bis zur bezeichneten Summe von 4 Thlr. resp. 2 Thlr. wäre demnach auch künftig noch in Silber zu bezahlen.

Beträge dagegen, welche diese Summen erreichen oder übersteigen, dürften nach vollständiger Einführung der Goldwährung nur mit Goldgeld bezahlt werden.

Es könnte zwar bezüglich dieser äussersten zulässigen Silberzahlungen auch eine andere Summe gesetzlich festgesetzt werden; allein die Begrenzung der Silberzahlung bis zur kleinsten Goldmünze ist die natürlichste und deshalb auch die zweckmässigste.

Demnach wird selbst dem Silbergrobgelde die gleiche Aufgabe, wie den Scheidemünzen zufallen, und werden diese, wie jene, lediglich die Ausgleichung der minder bedeutenden Zahlungsverbindlichkeiten zu vermitteln haben.

Aus diesem Grunde wird denn auch wenig daran liegen, ob das Silbergrobgeld im Vergleiche zum Golde den wahren Nominalwerth hat, oder ob derselbe etwas geringer ist.

Doch soll diese Differenz nicht zu bedeutend sein, weil dies wiederum Missstände anderer Art im Gefolge hätte.

Selbstverständlich kann jedoch obige auf dem Gesetzeswege anzuordnende Massregel: dass alle Zahlungen, die den Betrag der kleinsten Goldmünze erreichen, in Goldgeld geleistet werden müssen, nicht als Uebergangsmassregel aufgefasst werden.

Diese Anordnung hat mit einer Uebergangsmassregel nichts gemein.

Sie erscheint vielmehr als Abschluss der Einführung der Goldwährung selbst, somit als letzte gesetzliche Bestimmung zur Einführung der Goldwährung und wurde anticipando hier lediglich deshalb erwähnt, weil aus ihr die Masse des seiner Zeit für den Verkehr nothwendigen Silbers am besten ermessen werden

kann, was bei der Silbergeld-Emissions-Frage nicht unbeachtet bleiben darf.

Länder, in denen auf Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, werden demnach von dem Augenblicke an, wo sie die Goldwährung einzuführen Willens sind, die Emission von Silbergeld einzustellen haben, da die bereits umlaufenden Baarsummen hiervon zur Lösung ihrer dereinstigen Aufgabe ohnehin zu gross sind und deshalb, statt vermehrt, vermindert werden müssen.

Länder dagegen, in welchen obige Münzzustände nicht bestehen, sondern Mangel an Baargeld haben, können unter Umständen allerdings mit der Emission von Silbergeld noch fortfahren; allein hierdurch wird dann, wenn dergleichen Länder im Uebergangsstadium nicht förmlich stecken bleiben, dies jedenfalls im hohen Grade verlängert.

III.

Wenn durch obige Vorbereitungen und Uebergangsmassregeln sich die im Lande coursirende Goldquantität einmal der Art vermehrt haben wird, dass Goldmünzen im täglichen Verkehre keine Seltenheiten mehr sind, dann kann der die Goldwährung wünschende Staat durch Erlassung gewisser gesetzlicher Anordnungen sich seinem Ziele nähern.

Dem beabsichtigten Zwecke gemäss müssen diese zu erlassenden Gesetze die allmähliche Verdrängung des Silbers, dagegen die successive und allgemeine Einführung des Goldes als ausschliessliches gesetzliches Zahlungsmittel im Auge haben.

Demgemäss gehört hierher die Erlassung einer Gesetzesvorschrift dahin, dass von einem im Gesetze zu bezeichnenden Termine an alle, eine gewisse Summe übersteigenden Zahlungen in Goldgeld geleistet werden müssen.

Selbstverständlich und zur Vermeidung von Umgehungen des Gesetzes muss dasselbe auch auf die Theilzahlungen ausgedehnt werden.

Die Zinsen und Kosten, dann die allenfalls stipulirten und verwirkten Conventionalstrafen wären wegen Einheit des Rechtsgeschäftes der Hauptforderung beizuzählen.

Eine Gesamtforderung dagegen, die durch verschiedene Rechtsgeschäfte erworben wurde, wäre auf Verlangen des einen Contrahenten und insofern keine Novation in Mitte läge, hinsichtlich der Zahlungsmittelfrage stets in die bezüglichen Einzelforderungen aufzulösen.

Die Grösse der festzusetzenden und ohne specielle und ausdrückliche Beistimmung des Gläubigers nur in Gold tilgbaren Summe wird von der im Verkehre überhaupt befindlichen Goldquantität abhängen.

Je geringer diese ist, desto seltener darf die bezügliche Gesetzesvorschrift zur Anwendung kommen, und desto höher muss demnach die nur in obiger Weise tilgbare Summe sein.

Je mehr dagegen das Gold im Verkehre verbreitet ist, desto häufiger kann fragliches Gesetz zur Anwendung kommen, und desto geringer ist die bezügliche Schuldsumme gesetzlich festzusetzen.

Dass hiebei nur runde Summen gewählt werden sollen, bedarf keiner besondern Begründung.

Den Zeitpunkt anbelangend, an welchem das Gesetz in Wirksamkeit treten soll, so wird es gut sein, wenn derselbe möglichst lange vorher bekannt gegeben wird, weil dann die Schuldner nicht so leicht ins Gedränge gerathen, und weil nur hierdurch dieses an und für sich harte, aber unumgänglich nothwendige Gesetz einigermaßen milder gemacht werden kann.

Die Wirkungen eines derartigen Gesetzes werden sich bald darin zeigen, dass die Nachfrage nach Gold zunehmen, die nach Silber aber abnehmen, dass Gold einströmen, Silber dagegen ausströmen, und dass das im Lande bereits befindliche Gold dem inländischen Verkehre erhalten wird.

Wenn auch die ersten bedeutenderen Goldzahlungen nur mit grosser Mühe aufgebracht werden sollten, so wird dies glücklicher Weise keinen Bestand haben, und ist die Besorgniss darüber, dass dergleichen bedeutendere Zahlungen anfänglich gar nicht geleistet werden könnten, jedenfalls unbegründet, weil ja der im Gesetze auszusprechenden Zulässigkeit des Papiergeldes und der Banknoten statt Goldgeldes ein Hinderniss unter den weiter unten erwähnten Cautelen nicht im Wege steht.

Nach und nach werden die Goldzahlungen stets und in dem Grade leichter aufgebracht werden, als Silber aus-, Gold dagegen eingeführt werden wird.

Wenn grössere Zahlungen sodann keine besonderen Schwierigkeiten mehr machen werden, so wird dies bei kleineren um so weniger der Fall sein, und kann sodann der Staat die nur mit Goldgeld zahlbare Summe unbedenklich heruntersetzen, und nach gewissen Zwischenräumen hiemit so lange fortfahren, bis er zur kleinsten Goldmünze gelangt.

Alsdann wird der im vorgehenden Abschnitte anticipando bereits erwähnte Grundsatz: „dass alle Zahlungen, die den Betrag der kleinsten Goldmünze erreichen, in Goldgeld getilgt werden müssen!“ in gesetzliche Kraft zu treten haben, und kann dann von diesem Augenblicke an von der Einführung der alleinigen Goldwährung als einer vollendeten Thatsache gesprochen werden.

Bei allen Zahlungsverträgen, in welchen nur die Abführung einer gewissen Summe, z. B. von so und so viel Thalern, Dollars oder Franken, ohne nähere Bezeichnung der Münzen stipulirt wird, nimmt man sowohl in der Theorie, als auch in der Praxis an: der Schuldner könne sich liberiren, wenn er nur überhaupt in der landesüblichen Münze die ihm obliegende Zahlung leistet.

So wird z. B. ein Schuldner von 1000 Thalern von seiner Zahlungs-Verbindlichkeit frei, wenn er statt der erwähnten 1000 Thaler 3000 Drittelthaler, oder 1750 Gulden südd. Währung bezahlt.

Dagegen bei Zahlungs-Verbindlichkeiten, in welchen neben der Summe auch die Münzsorte festgestellt ist, verhält sich dies anders, und der Schuldner von 1000 Gulden „in Kronenthalern“ kann sich nicht durch Erlage von 1000 Guldenstücken von seiner Verbindlichkeit befreien, sondern muss eben diese Summe in Kronenthalern leisten.

Wendet man nun diesen überall üblichen Grundsatz auch auf diejenigen Schuldverhältnisse an, welche vor oder während der Einführung der Goldwährung bereits entstanden sind, oder entstehen, jedoch erst hernach zur Tilgung gelangen, so wird

man es sehr erklärlich finden, dass der Schuldner einer beliebigen Summe Silbergeldes statt Silbermünzen nunmehr die landesüblichen Goldmünzen bezahlen darf, beziehungsweise muss; dass dagegen der Schuldner einer gewissen Summe mit bereits festgesetzter Münzsorte sich selbst nach Einführung der Goldwährung nur durch Erlage der fraglichen Summe in der bestimmten Münzsorte liberiren kann.

Der Grund hiervon liegt darin, dass bei Eingehung der Zahlungs-Verbindlichkeiten esterer Art die Landesüblichkeit des Zahlungsmittels als selbstverständlich nicht erwähnt wird, während sie bei Zahlungsübereinkommen zweiter Art als durch den Vertrag ausgeschlossen betrachtet werden muss.

Da nun weitaus die Mehrheit der Zahlungsverbindlichkeiten in der Weise abgeschlossen wird, dass wohl die einzelnen Summen, nicht aber auch die Münzsorten vertragsmässig festgestellt werden, so folgt hieraus, dass die Mehrzahl der bestehenden Zahlungsverbindlichkeiten nach Einführung der Goldwährung nur durch Zahlung in Goldgeld gelöst werden kann, insofern sie nämlich die vom Gesetze festgesetzten, nur in Goldgeld tilgbaren Beträge überhaupt erreichen; ferner, dass von dieser allgemeinen Regel nur jene wenigen Zahlungsverbindlichkeiten ausgenommen sind, bei welchen neben den Summen auch die Münzsorten vertragsmässig festgestellt sind.

Diese Anschauung hat theils die Absicht der Parteien, theils den Wortlaut der fraglichen Vertragsbestimmungen für sich und liegt so nahe, dass eine bezügliche gesetzliche Bestimmung nicht leicht irrig interpretirt werden kann.

Wie bereits bemerkt, sind die Zahlungsverbindlichkeiten, bei welchen neben den Summen auch die Münzsorten stipulirt werden, zwar die bedeutend selteneren; dagegen aber sind sie gewöhnlich die grössten, und hat hier der Contrahent, der eine Abänderung des bereits festgesetzten Zahlungsmittels wünscht, keinen andern Weg, als den der Novation.

Bei bereits fälligen, oder doch bei nach vorgängiger Kündigung in kurzer Zeit fällig werdenden Forderungen dieser Art, wird es dem die Novation wünschenden Contrahenten leicht sein, ohne besondere Nachtheile zu seinem Ziele zu gelangen, wenn er das

Obligationsverhältniss löst, oder durch Kündigung den andern Contrahenten zur Novation zu bestimmen sucht.

Fälle dieser Art bedürfen demnach einer gesetzlichen Regelung gar nicht, weil jeder Contrahent durch die bezeichneten rechtzeitigen Handlungen den ihm durch Einführung der Goldwährung drohenden Nachtheil selbst abwenden kann.

Anders verhält es sich aber bei jenen Zahlungsverbindlichkeiten dieser Art, welche für mehrere Jahre unauflösbar sind, oder von dem Eintritte oder Nichteintritte dieser oder jener Thatsache, somit von Bedingungen abhängen.

Hier kann der Gegner durch Auflösung oder Kündigung des Rechtsverhältnisses zur Novation desselben nicht gezwungen werden.

Da jedoch auch diese Rechtsverhältnisse unter der Voraussetzung abgeschlossen wurden, dass sich bis zu ihrer Lösung die Währungsverhältnisse nicht ändern werden, und da es für den Gläubiger sowohl, als auch für den Schuldner unter Umständen äusserst unangenehm wäre, wenn jener nach mehrjähriger Einführung der Goldwährung, statt der landesüblichen Goldmünzen die in einem uralten Verträge stipulirten Silbermünzen zur Zahlung annehmen, dieser dagegen sie leisten müsste, so dürfte es auch angezeigt sein, dass für diese besonderen Fälle eine gesetzliche Bestimmung dahin erlassen werde: „dass auf einseitigen Parteiantrag hin dergleichen erst später fällig werdende oder an eine Bedingung geknüpfte Zahlungsverbindlichkeiten schon nach Verstreichen einer dem Gegner zur Erinnerungsabgabe vorgesezten kurzen Frist kraft des Gesetzes novirt werden.“

Wäre der Gegner hiermit nicht einverstanden, so müsste er innerhalb der erwähnten Ausschlussfrist seine Erinnerungen gegen die beantragte Novation vorbringen und sein Interesse liquidiren, über welche Punkte alsdann bei ihrer Nichtanerkennung durch den Antragsteller die Gerichte zu entscheiden hätten.

Unter diesen Umständen würden alle vor oder während der Einführung der Goldwährung entstandenen oder entstehenden Zahlungs-Verbindlichkeiten nach Einführung der Goldwährung grösstentheils in Goldgeld bezahlt werden müssen, und wären von dieser allgemeinen Regel nur diejenigen Zahlungs-

verbindlichkeiten ausgenommen, welche der Summe und der Münzsorte nach genau festgestellt, aber nicht novirt wurden.

Ganz denselben gesetzlich auszusprechenden Grundsätzen müssten auch die Staatsobligationen, Wechsel, Aktien, Anweisungen und die anderen Creditpapiere, die ja doch, richtig betrachtet, auch nichts anders als Darlehnsscheine sind, unterworfen werden; und müssten somit auch diese Creditpapiere bei ihrer Einlösung, wenn sie anders die in Goldgeld zahlbare Summe erreichen, statt wie bisher in Silber, später in Gold abgetragen, und falls hierbei vertragsmässig auch die Münzsorte festgestellt sein sollte, selbst novirt werden.

Hinsichtlich des Papiergeldes und der Banknoten dürften jedoch dieselben Normen nicht massgebend sein.

Während die obengenannten Creditpapiere nur als secundäre Geldsurrogate erscheinen, stellen sich die Banknoten und das Papiergeld als primäre Geldsurrogate mit Zulässigkeit einer doppelten Auffassung dar, nämlich:

- 1) als Surrogate für das bisherige Währungsmetall, nämlich für das Silber, und
- 2) als Surrogate für das neu einzuführende Währungsmetall, nämlich für das Goldgeld.

Geht man von ersterer Auffassung aus und lässt das Papiergeld die Stelle des Silberbaargeldes vertreten, so ist — da kein Grund vorliegt, warum das Surrogat privilegirter, als das Baargeld sein sollte, — selbst klar, dass hiermit nicht die gesetzlich nur in Goldgeld zahlbare Summe getilgt werden kann; dass aber auch der Staat bei Einlösung dieses Papiergeldes nicht gehalten sein kann, Goldgeld als Aequivalent zu geben, insofern diese Einlösung überhaupt noch so zeitig erfolgt, dass das einzulösende Papier nicht die gesetzlich nur in Goldgeld tilgbare Summe erreicht. —

Fasst man dagegen das Papiergeld als Surrogat für Goldgeld auf, so kann hiermit jede, wenn auch noch so grosse Schuldsomme getilgt werden.

Dagegen müsste aber auch der Staat für das ihm zur Einlösung präsentirte Papiergeld nur Goldgeld als Aequivalent hergeben.

Da erstere Auffassung ohnehin nur provisorisch sein könnte, indem sie mit der steten Minderung der gesetzlich nur in Goldgeld tilgbaren Summe nach und nach verschwinden müsste, überdies auch dem beabsichtigten Zwecke bei Weitem nicht so gut, als die zweite entspricht, so ist dieser unbedingt und umso mehr der Vorzug einzuräumen, als man hiermit über die ersten Klippen eines Anstosses durch die Möglichkeit der Verwendung des Surrogats statt des anfänglich allenfalls etwas mangelnden Hauptmittels, des Goldgeldes, leicht hinwegkommt.

Es wäre demnach im bezüglichen Gesetze hinsichtlich des einheimischen Papiergeldes und der Banknoten auch der Grundsatz aufzustellen, dass diese Papiere als Aequivalent für Goldgeld anerkannt und demgemäss statt desselben bei allen Zahlungen zum Nominalwerthe unverweigerlich angenommen werden müssen.

Als Goldgeldsurrogaten würde somit dem Papiergelde und den Banknoten gegenüber dem Silbergelde ein grosser Vorschub gegeben werden.

Um jedoch zu verhindern, dass dieses Privileg ausarte und zum Nachtheile des Landes unsolide Münzzustände herbeiführe, so müsste sich der obigen Grundsatz aufstellende Staat gleichzeitig verbindlich machen, die bereits umlaufende Quantität von Papiergeld und Banknoten nicht weiter zu vermehren, oder die zur Zahlung präsentirt werdenden Papiergelder und Banknoten stets und unverweigerlich zum Nominalwerthe gegen Goldgeld einzulösen.

Im letztern Falle würde dann dem Publikum die Controle anheimgegeben sein, und aus dem allzuraschen und häufigen Zurückströmen der genannten Papiere zu den Staatskassen müsste der untrügliche Schluss gezogen werden, dass mehr Geldsurrogate als der Verkehr erfordert, umlaufen. —

Von einer den Bedarf überschreitenden Papiergeld-Emission hat aber der Staat so lange, als der letzterwähnte Grundsatz der sofortigen Einlösung aufrecht erhalten wird, wegen der vielen parat zu haltenden Einlösungsmittel, keinen Vorthail, und wird sie demnach von selbst unterlassen; wenn aber nicht, so schadet sie auch nicht. —

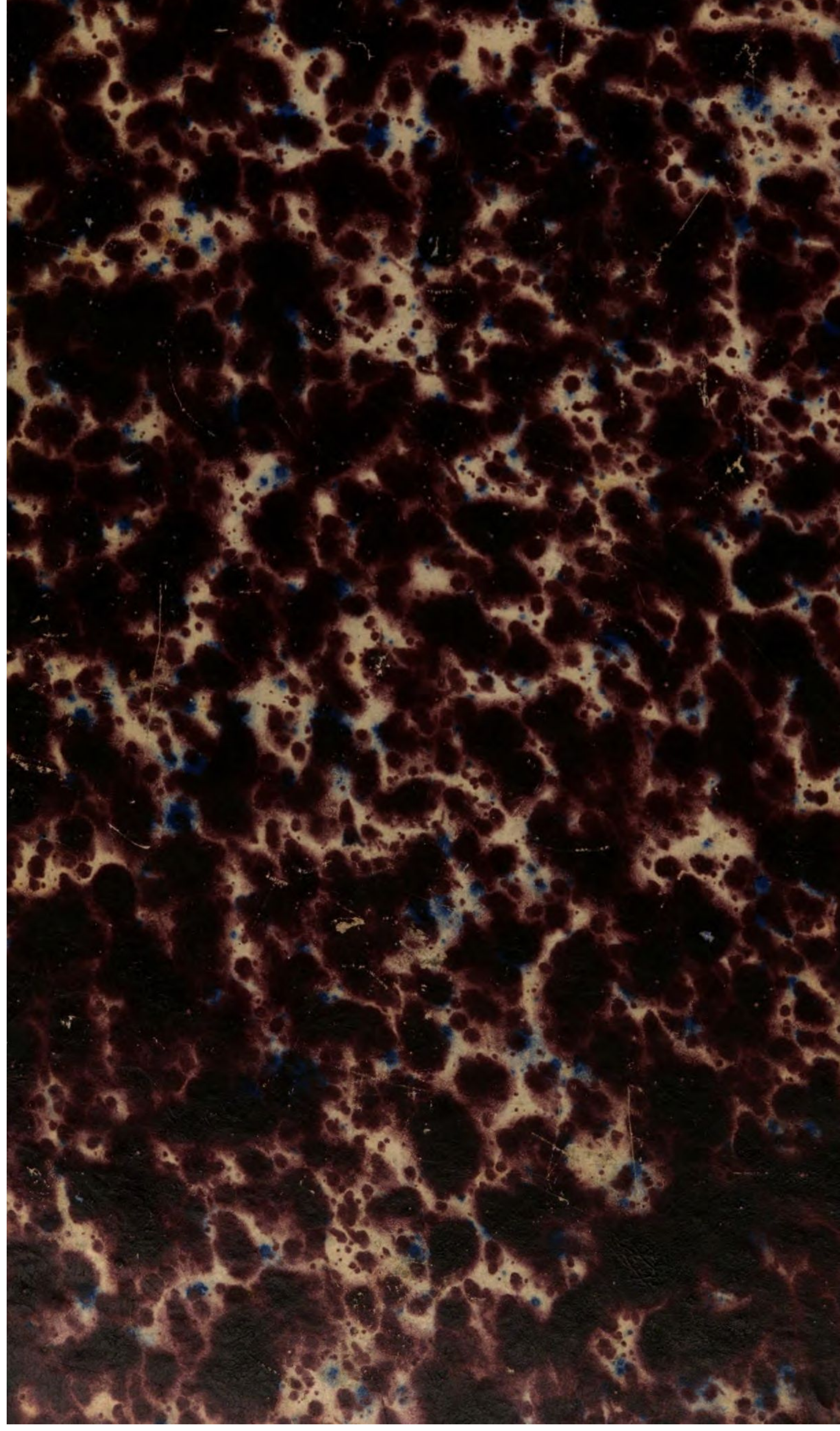
Diese Vorthelle könnten selbstverständlich nur dem inländischen, nicht aber auch dem unter obigen Verpflichtungen nicht circulirenden ausländischen Papiergelde nebst Bankscheinen zugestanden werden, was zur Vermeidung jeden Missverständnisses gleichfalls gesetzlich auszusprechen wäre.

Hiermit dürften aber auch die durch die Einführung der Goldwährung nothwendig werdenden gesetzlichen Bestimmungen erschöpft sein.



Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN


~~~~~  
Druck von Liebheit & Thiesen in Berlin,  
Alte Leipzigerstr. 19. 20.  
~~~~~

Der Uebergang zur Goldwährung Eine Sammlung von Preisschriften
herausgegeben von dem bleibenden Ausschuss des Deutschen Handelstages

Berlin 1868

Merc. 245 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10291854-6